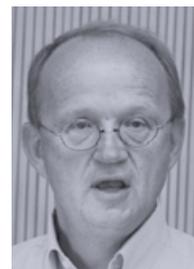
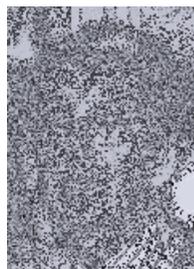




zur debatte

7/2010

Themen der Katholischen Akademie in Bayern



7

Außenminister Fürst Karl zu Schwarzenberg hielt die Laudatio auf Professor Halík

9

Auch Erzbischof Reinhard Marx würdigte die großartige Lebensgeschichte des Preisträgers

11

Lufthansa Vorstandsvorsitzender Wolfgang Mayrhuber ging auf die ethischen Verpflichtungen eines Weltkonzerns ein

14

Die gegenwärtigen Krisenherde der Weltpolitik analysierte General Klaus Naumann

19

Prof. Dr. Klaus Pollack brachte Zahlen und Trends zum Thema Kirchenaustritt

26

Ratschläge für die krisengeschüttelte Kirche gab Dr. Thomas von Mitschke-Collande

29

Dr. Gabriela Grunden berichtete von fragenden, suchenden und zweifelnden Menschen

30

Pfarrerin Elke Wewetzer meinte, Kirchen sollten offensiv auf Ausgetretene zugehen

Romano Guardini Preis 2010 für Tomáš Halík



Fotos (17): Pfeiffer

Die Preisverleihung: Erzbischof Reinhard Marx, Professor Tomáš Halík,

Außenminister Fürst zu Schwarzenberg und Akademiedirektor Dr. Schuller.

Mit dem Romano Guardini Preis 2010 zeichnete die Katholische Akademie den tschechischen Soziologen und Religionsphilosophen Prof. Dr. Dr. Tomáš Halík aus. Die Laudatio am 27. September 2010 hielt vor rund 350 Ehrengästen aus Kirche, Politik, Wissenschaft, Justiz und Verwaltung der

tschechische Außenminister Karl Fürst zu Schwarzenberg. „zur debatte“ dokumentiert die Laudatio und die Dankesrede des Preisträgers. Die Begrüßung durch Akademiedirektor Dr. Florian Schuller, die Grußworte sowie bildliche Impressionen vervollständigen die Dokumentation des Abends.

Eine Macht über der Macht. Zu Guardinis Vision der Postmoderne

Tomáš Halík

Wenn ich mich heute Abend für die mir zuteilgewordene Ehre bedanke, möchte ich dies tun, indem ich Sie teilhaben lasse an den ersten Gedanken, auf die mich die Verleihung des Romano Guardini Preises brachte. Als ich mit großer Überraschung und Rührung erfuhr, dass ich zum diesjährigen Laureaten des Preises werden sollte, sah ich mich sogleich angeregt (und in gewissem Sinne auch verpflichtet), erneut einige jener Werke Romano Guardinis aufmerksam zu lesen, die vor vielen Jahren meine Konversion zum Christentum und eigentlich mein ganzes Leben wesentlich beeinflusst haben. Das Werk Guardinis wirkte beständig auf den Stil meines religiösen Denkens und auf meine persönliche Spiritualität, auf mein Gebetsleben und auf mein Erleben der Liturgie. Guardini war für mich jedoch nicht nur Lesemeister, sondern auch Lebensmeister. Meine Liebe zu Guardini als Lebensvorbild hatte bestimmt Einfluss auf einige meiner Lebensentscheidungen; rückblickend stelle ich sogar mit Überraschung fest, dass auch in manchen, meinem freien Entscheiden sich entziehenden Ereignissen, mein Lebenslauf dem Schicksal Guardinis in einigen Aspekten ähnelte.

I.

Ich stehe jedoch nicht hier, um Ihnen von mir zu erzählen, sondern um mit Ihnen die Gedanken zu teilen, die mir beim wiederholten Lesen seines Werkes gekommen sind, eines Werkes, das uns berechtigt, Guardini als einen der ersten christlichen postmodernen Denker zu



Prof. Dr. Dr. Tomáš Halík, Präsident der Tschechischen Christlichen Akademie

bezeichnen. Als ich das schmale Büchlein „Das Ende der Neuzeit“ zum ersten Mal las, waren seit seiner Niederschrift keine zwanzig Jahre vergangen. Heuer, so sehe ich, trennen uns von der ersten Auflage genau sechzig Jahre.

In welchem Sinne kann Guardini als postmoderner Denker, vielleicht sogar als der erste christliche postmoderne Denker identifiziert werden? Sein Denkstil ist anders als der jener Auto-

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser!

Bekanntlich lautet unser voller Namen „Katholische Akademie in Bayern“. Ich lasse allerdings gerne das Wörtchen „in“ weg und schreibe nur „Katholische Akademie Bayern“. Für mein subjektives Sprachempfinden betont nämlich die Präposition „in“ zwar zu Recht die Verortung unserer Akademie „in“ Bayern, lässt damit aber zugleich vermuten, dass sich auch deren Wirkung vor allem innerhalb des Freistaats vollziehe. Schon die Adresskartei der Leserinnen und Leser unserer „debatte“ könnte jedoch interessante Aufschlüsse über die Breitenwirkung jenseits der weißblauen Grenzpfähle geben.

Die sehr berechtigte Frage, was dann die einzelne bayerische Diözese von der Akademie „habe“, wie sie ihren Diözesanen direkt nütze, kann nur dann guten Gewissens beantwortet werden, wenn deutlich wird, dass hier ein grundsätzlicher Dienst für die Kirche insgesamt geleistet wird – nämlich das immer neue Wagnis, die Wirklichkeit anzusehen, wie sie ist, auf deren Stimmen aufmerksam hinzuhören, mit gelassenem Selbstbewusstsein die eigenen Überzeugungen ins Spiel zu bringen und so im offenen Austausch die Tiefe ahnen zu lassen, aus der wir leben.

Zum Vergleich nehme ich manchmal den Einsatz für weltweite Mission. Dafür engagieren sich viele Pfarreien und alle Diözesen mit zum Teil hohem finanziellem und auch personellem Aufwand, jenseits von Berechnungen, was es unmittelbar nütze, sondern schlicht und einfach deshalb, weil Mission zum Grundauftrag der Kirche gehört. Ich will nun beileibe nicht unsere Akademiearbeit mit Mission auf dieselbe Stufe stellen, sondern nur die Perspektive andeuten, der wir letztlich unsere Existenzberechtigung verdanken.

Warum ich Ihnen diese Gedanken vorlege? Bei der diesjährigen Verleihung des Romano Guardini Preises wurde einmal mehr deutlich, wie unser Haus wahrgenommen wird. Dass Fürst Schwarzenberg, der tschechische Außenminister, die Laudatio auf Tomáš Halík hielt, den tschechischen katholischen Intellektuellen par excellence, der in der Untergrundkirche zum Glauben und zum Priestertum fand, und mit dessen Christlicher Akademie in Prag wir seit langem eng verbunden sind, so wie der ganze Festakt waren deutliches Zeichen und klarer Auftrag, auch in Zukunft – getragen von den bayerischen Diözesen – für Präsenz und Relevanz der Kirche zu arbeiten, die immer die eine bleibt.

Gesegneten Advent wünscht Ihnen

Ihr

Dr. Florian Schuller

ren, die wir heute zu den „postmodernen“ zählen. Guardini ist auch weder der erste noch der einzige christliche Kritiker der neuzeitlichen Kultur und auch nicht der einzige, der das zwanzigste Jahrhundert als große Umbruchszeit begriff. Das Spezifische Guardinis liegt nämlich darin, dass er seine Kritik nicht mit Nostalgie nach der vormodernen Zeit verbindet (er weiß gut, dass das Bild des Mittelalters als goldenes Zeitalter des christlichen Glaubens eine Illusion der Romantiker ist) und dass er in seiner Sicht der Zukunft weder dem naiven Optimismus der Fortschrittsverkünder noch dem Pathos düsterer apokalyptischer Visionen unterliegt. Guardini erwartet, dass sich der Prozess der Säkularisierung und Entchristlichung fortsetzt, jedoch auch, dass „sich aus dem Nebel der Säkularisierung ein neues Heidentum entwickeln wird, aber anderer Art, als das erste“.

Dieses Heidentum und die Entchristlichung können nämlich zeigen, was das Christliche eigentlich ist. Es werde sich ein neuer Raum für einen entschlossenen Aufbruch der Christen öffnen. Es scheint mir jedoch nicht, dass Guardini damit eine wie auch immer geartete „religiöse Mobilisation“ und Reconquista der europäischen Kultur gemeint hat, die wir heute hinter manchen emotionsgeladenen Aufrufen zu einer „neuen Evangelisation“ seitens evangelikaler und charismatischer *movimenti* erahnen können. Der christliche Glaube der Zukunft wird nach seiner Meinung *karger, dafür aber reiner, kräftiger, lebensnaher* sein, „sein Schwerpunkt wird tiefer in das Personale – in Entscheidung rücken“.

Die Säkularisation in der Moderne bedeutete Fragmentierung und Spezialisierung der einzelnen Lebensbereiche, die somit immer mehr ihrer immanenten Logik folgen. Neben einer „politischen Politik“ und „ökonomischen Ökonomik“ ist auch eine „religiöse Religion“ entstanden, die den Kontakt mit dem Ganzen des Lebens immer mehr verlor, bis sie sich auf eine feierliche Ornamentierung von „Übergangsritualen“ reduzierte.

Es sei angemerkt, dass die derzeitige Gegenbewegung, jenes erneute Zusammenwachsen und Verknüpfen der Welten, das wir Globalisierung nennen, dazu führt, dass auch die Religion dynamisch den Rahmen der bisherigen Traditionen und Institutionen sprengt. Wir können hier viele Formen eines „neuen Heidentums“ sowie eine überraschende Wiederkehr der Religion im öffentlichen, insbesondere politischen Leben beobachten. Sehen wir hier aber auch jenen „neuen Aufbruch“ des Glaubens, den Guardini von den Christen in Zukunft erwartete? Erweisen sollte sich dieser Mut vor allem in der Bereitwilligkeit der Christen, Verantwortung für die Schlüsselprobleme unserer Zeit zu übernehmen.

II.

Als das zentrale Problem der bevorstehenden Zeit bezeichnete Romano Guardini die Macht und deren Beherrschung. Er hat die Hoffnung geäußert, „aus alledem müsse ein Ethos des Herrschens, eine Regierungskunst hervorgehen, in welcher Macht über die Macht ausgeübt wird“.

Die ganze Neuzeit ist durch ein nie da gewesenes Wachstum der Macht des Menschen gekennzeichnet, erfolgt insbesondere durch die Erweiterung der Vernunftkenntnis (knowledge is power), der Wissenschaft und der Technik. Der Mensch war bemüht, diese Macht ständig zu steigern, die Natur sowie die Geschichte, sein eigenes Schicksal wie auch das der anderen in die eigene Regie zu nehmen und, wie wir heute

sehen, schließlich sogar das intimste Geheimnis der Entstehung des Lebens und die Möglichkeit, die grundlegenden Qualitäten und Strukturen des menschlichen Wesens zu ändern. In der späten Moderne wurde jedoch deutlich, dass der Mensch die Kontrolle über die Macht verlor und sie sich gegen ihn wendet. In Prag warnten davor bereits die alten Legenden vom Golem, dem künstlichen Menschen, den einst der berühmte kaballistische Gelehrte Maharaal, Rabbi Löw, geschaffen hatte; als der Rabbi einmal vergaß, aus Golems Körper das Leben spendende „Schem“ herauszunehmen, eine Inschrift mit dem Namen Gottes, fing der Golem an, statt seine Dienerrolle zu erfüllen, seine Umgebung zu zerstören. Ein ähnliches Motiv durchdringt die Romane und Dramen des tschechischen Schriftstellers Karel Capek in den Jahren zwischen den beiden Weltkriegen.

Guardini schrieb sein Buch genau in der Mitte des zwanzigsten Jahrhunderts, als Europa seine fürchterlichsten Erfahrungen mit dem Machtmissbrauch gerade erst hinter sich hatte. Auch als am Ende des Jahrhunderts eines der *um Europa kreisenden Gespenster* seinen blutrünstigen Spaziengang durch die Geschichte endgültig beendet hat, verschwindet die Frage von Macht und Gewalt nicht von der Liste der Hauptprobleme der heutigen Menschheit. Wir begegnen ihr nicht nur in Form von Kriegen, Diktaturen und Terroranschlägen, sondern auch in der Umweltzerstörung; die unkontrollierbare Macht droht nicht bloß mit physischer Liquidierung, sondern mit der Destruktion der grundlegenden Strukturen des Menschseins überhaupt.

Als Winston Smith, Held des Romans „1984“ von George Orwell, den Mut aufbringt, den Ermittler zu fragen, ob der Große Bruder wirklich existiere, bekommt er als Antwort zu hören: SIE sind es, der nicht existiert! (It is YOU who doesn't exist!)

Orwells Roman lese ich nicht als eine Utopie oder Satire auf totalitäre Regime, sondern (neben Kafkas „Prozess“) als die vielleicht bedeutendste prophetische Mahnung, als Warnung vor den verborgenen selbstzerstörerischen Kräften unserer Welt; und eben diesen Satz (ähnlich wie das Gespräch des Priesters mit Josef K. in Kafkas „Prozess“) halte ich für die *theologische* Schlüsselbotschaft des Buches.

Der Große Bruder ist abwesend und allgegenwärtig zugleich. Der Große Bruder, verborgener Gott der Welt, in der die Lüge sich Wahrheit nennt und der Hass Liebe, will durch Einschüchterung nicht nur den Gehorsam der Untertanen erzwingen, sondern seine potenziellen Gegner und Aufrührer dadurch besiegen, dass er sie zu dem Einzigen zwingt, was sich nicht erzwingen lässt, was er selbst nicht kennt und dessen er nicht fähig ist, nämlich zur Liebe. Smith scheitert beim Versuch, die Freiheit zu erringen, als er beginnt den Großen Bruder zu lieben; Liebe ohne Freiheit ist nämlich nicht Liebe, sondern nur unterdrückter, aber nicht verwandelter und nicht überwundener Hass, gezeugt und genährt von der Angst.

Mit dem Großen Bruder ist es so wie mit allen Dämonen, die Gott spielen: um sein zu können, hat der Mensch (mit seiner Wahrheit und seiner Freiheit) nicht zu sein. Wenn der Mensch Mensch wird, wenn er *tatsächlich* menschlich lebt, „in Wahrheit lebt“, als Freier handelt, dann zeigt sich der Große Bruder gerade dadurch als nichtexistent, als Lüge, als Schimäre. Wir alle, die wir irgendein totalitäres Regime (obwohl noch keines die Vollkommenheit der Vision Orwells erreicht hat) nicht nur überlebt, sondern *als geistige*

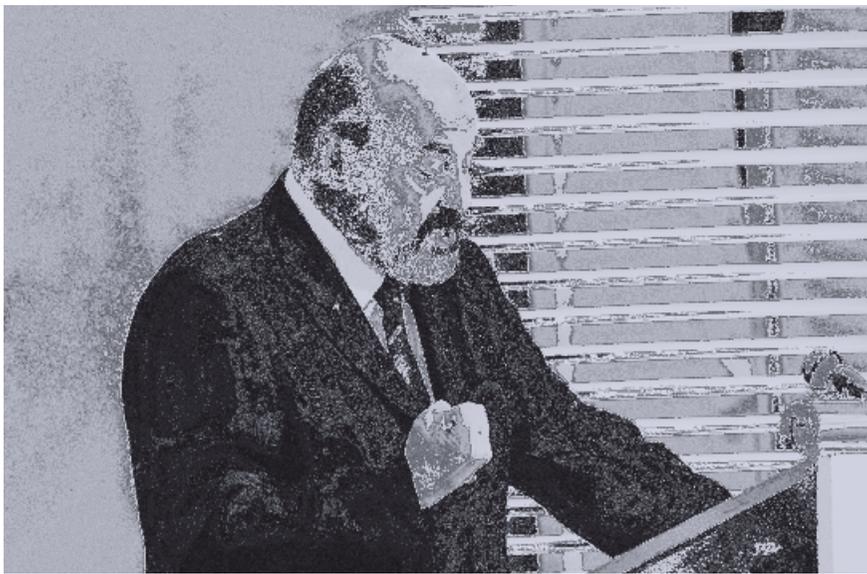
Erfahrung durchlebt haben, wissen, wovon in diesem Roman die Rede ist.

Wenn ich dem Glauben an den Großen Bruder unterliege, setzt das voraus und bedeutet das zu glauben, dass ich nicht wirklich bin; mehr noch: wenn ich auf mein wirkliches Leben verzichte, auf meine Wahrheit und meine Freiheit, worauf mein Leben wirklich gründet, überlasse ich den Raum dem Großen Bruder, *erschaffe* ich ihn durch meine Resignation und erhalte ihn am Leben. Auch wenn ich eine Menge Gründe habe zu glauben, in die Welt des Großen Bruders bereits hineingeworfen zu sein, weil er doch schon vor mir da war und stärker ist und ich doch nicht imstande bin etwas gegen ihn zu tun, kann ich trotzdem in einem gewissen Augenblick meine Lage und mein Leben ändern, indem ich Verantwortung auf mich nehme: Mit allen Konsequenzen versuche ich jenen Gedanken zu Ende zu denken, den der Große Bruder und sein ganzer Machtapparat wirklich tiefst fürchten – nämlich dass dieser Große Bruder in Wirklichkeit nicht existiert, dass nicht er der Schöpfer und Garant meiner Welt ist, sondern dass ich sein Schöpfer bin; nicht ich hänge von ihm ab, sondern er von mir.

III.

Der Große Bruder hat die diktatorischen Regime überlebt. Nach dem französischen Philosophen Gilles Lipovetsky ist das Hauptwerkzeug der Macht in unserer Welt nicht mehr die Gewalt, sondern der *Mechanismus des Verführens*. Einschüchterung ist nicht mehr nötig, es reichen Versprechungen. In der Politik, in der Wirtschaft, aber auch in der Kultur und in der religiösen Szene begegnen wir der allgegenwärtigen Werbung, suggestiven Angeboten und Bildern, einer permanenten Gehirnwäsche. In den Diktaturen hatte der Große Bruder Angst vor Menschen, die aufhörten ihn zu fürchten, die mit allen Risiken auch in der Zeit der Unfreiheit begannen, sich als freie Menschen zu verhalten. In einer unendlich viele Möglichkeiten anbietenden Gesellschaft hat er Angst vor Menschen, die beginnen, mit ihrem eigenen Kopf zu denken, statt Werbeslogans zu konsumieren, die beginnen, mit den eigenen Augen zu schauen statt mit den Augen der Kamearas, die beginnen ihr eigenes Leben zu leben statt „mystisch partizipierend“ und parasitierend am virtuellen Leben von Zelebritäten teilzuhaben. Es ist kein Zufall, dass eines der typischsten Medienprodukte der Unterhaltungsindustrie, ein ehemals sehr beliebtes Fernsehprogramm, in dem Leute ihr Privatleben an ein anonymes Publikum verkaufen, Big Brother hieß. Der allgegenwärtige und trotzdem unsichtbare Große Bruder wohnt heute in keiner sichtbaren noch verborgenen Steuerzentrale, wie uns paranoide Konspirationstheorien einreden möchten. Sein Hauptverbündeter, der ihn wirklich geschaffen hat und ihn am Leben erhält (indem er sich von ihm leiten lässt), ist – wenn wir uns eines Terminus Heideggers bedienen dürfen – das „man“, der nicht authentisch lebende Jedermann, der so lebt, „wie man in der Welt lebt“. Es ist der Mensch, prototypisch als der Prokurist Josef K. in Kafkas „Prozess“ dargestellt, der nicht imstande ist zu begreifen, worin seine Schuld besteht, da er doch niemandem etwas Böses getan hat und niemandem etwas Konkretes schuldet.

Dem Großen Bruder begegneten wir im Kleid der Ideologien und in der Praxis der totalitären Regime (einschließlich des marxistischen Atheismus oder einer von oben verordneten Staatsreligion). Heute, *im Zeitalter der*



Professor Halík ist ein engagierter Redner: kraftvoll ...

... und mit Esprit.



Die Ehrengäste saßen in der ersten Reihe: Bischof František Radkovský von Pilsen, Staatsminister Spaenle, Außenminister Fürst zu Schwarzenberg, Kardinal Wetter, Erzbischof Marx,

Wiederkehr der Religion, können wir ein neues Kleid an ihm erwarten, ein religiöses, geschneidert in den Modesaalons zahlreicher „neuer Religionen“. Sind nicht die Christen, als Erben der christlichen Märtyrer, die man im antiken Rom wegen eines politischen Verbrechens, Atheismus genannt, hinrichten pflegte, sind sie nicht dazu verpflichtet zu zeigen, dass der Große Bruder in all seinen Verkleidungen der Kaiser der Lüge ist? Man muss *wie ein Kind sein*, diesmal wie das Kind aus dem Märchen Andersens, und zeigen, dass alle noch so frommen und noch so effektvollen Uniformen des Großen Bruders bloß *des Kaisers neues Kleid* sind, gewoben aus unseren Illusionen und Projektionen. Der Kaiser ist nackt. Was muss mit dem Christentum geschehen sein, wenn Ludwig Feuerbach, der Begründer des humanistischen Atheismus, den christlichen Gott als den Großen Bruder sehen konnte, als Konkurrenten der Freiheit, der Wahrheit und der Wirklichkeit des Menschen?

Nehmen wir an, es ist wirklich so gewesen, dass der neuzeitliche Mensch den christlichen, in der Welt durch den gekreuzigten Menschen Jesus repräsentierten, Gott dermaßen gründlich vergessen und jenem Gott Vorzug gegeben hat, den er sich selber schuf, einem mächtigen Gott, in den er seine Wünsche, seine Machtansprüche und seine Ängste projizierte. Dorothee Sölle wies mit Recht darauf hin, dass hinter den heute häufig auftretenden Fragen „Wo war Gott in Auschwitz?“, „Warum verhindert Gott die Kriege nicht?“, gerade dieser falsche, zutiefst unchristliche Begriff eines mächtigen Gottes steht, der uns unserer eigenen Verantwortung beraubt.

In diesem Sinne können wir Christen gegenüber Atheisten wie Feuerbach, Nietzsche, Freud oder Marx tiefe Dankbarkeit empfinden, dass sie statt uns eine durch Projektierung menschlicher Wünsche und Ängste geschaffene Karikatur des christlichen Gottes ablehnten. Und wenn sie es waren, sie an unser

Dr. Scarlett Vasilukora, Verwandte des Preisträgers, Herzog Franz von Bayern, Dr. Rudolf Jindrák, der tschechische Botschafter in Deutschland und Oberkirchenrat Dr. Hans-Martin Weiss (v.l.n.r.).

Themen „zur Debatte“

Editorial	2
Romano Guardini Preis 2010 für Tomáš Halík	
Eine Macht über der Macht. Zu Guardinis Vision der Postmoderne Tomáš Halík	1
Begrüßung Akademiedirektor Florian Schuller	6
Laudatio Außenminister Karl Fürst zu Schwarzenberg	7
Grußwort Staatsminister Ludwig Spaenle	8
Schlusswort Erzbischof Reinhard Marx	9
Sozialethischer Arbeitskreis mit Wolfgang Mayrhuber	
Lufthansa. Ein Weltkonzern zwischen wirtschaftlichen Notwendigkeiten und ethischen Anforderungen Wolfgang Mayrhuber	11
Akademiegespräch mit General Klaus Naumann	
Sicherheit für Deutschland in der entfesselten Welt der Globalisierung Klaus Naumann	14
Kirchenaustritt – und was dann?	
Abschied von den Kirchen: Zahlen, Motive, Trends Detlef Pollack	19
Kirchenaustritt – Verwaltungsakt oder Bruch mit der Gemeinschaft der Glaubenden? Ralf Miggelbrink	22
Kirchensteuer und ihre Alternativen. Ein internationaler Vergleich Stephan Haering OSB	23
Die Kirche in ihrer schwersten Krise Thomas von Mitschke-Collande	26
Kirchenaustritt – und was dann? Gabriela Grundten	29
Wie sollen die Kirchen mit Ausgetretenen umgehen? Beitrag einer „Praktikerin“ Elke Wewetzer	30
Religiosität in Deutschland Konsequenzen des Religionsmonitors für die pastorale Praxis	
Wie religiös ist Deutschland? Über den Religionsmonitor der Bertelsmann-Stiftung Martin Rieger	31
Reihe „Länder Revue“ Vietnam. Zwischen begrenzten Reformen und ausufernden Problemen?	
Geschichte und Erinnerungspolitik in Vietnam Martin Großheim	34
Viet Nam vor dem 11. Parteitag: Die aktuelle politische und wirtschaftliche Situation Jörg Wischermann	36
Die geostrategische Bedeutung Vietnams in Südostasien Gerhard Will	40
Katholische Kirche in Vietnam heute Georg Evers	43
DOK.fest Von der Freiheit im Gehorsam Erstaufführung von „Schwester Dorothea“	46
Sommernacht der Künste William Shakespeare „Wie es euch gefällt“	48
Presse	25/31
Impressum	46

statt diesen bedeutenden Schritt taten, der der erste Schritt des Glaubens sein sollte, nämlich den Raum für Gott von Götzen zu säubern, dann sollten wir es sein, die ihnen einen ähnlichen Dienst erweisen, nämlich mit einer befreienden Kritik des Humanismus, der im Kampf mit jenem fiktiven Gott nicht gemerkt hat, wie sehr er sich selbst von ihm „ansteckte“.

Lasst uns annehmen, Feuerbachs *Diagnose* der verbreiteten modernen Gottesvorstellung sei richtig gewesen, er sei wirklich „nichts als bloß“ eine Frucht menschlicher Projektion. Allein die von Feuerbach vorgeschlagene Therapie – das *Göttliche* aus dem Himmel wieder zurück in den Menschen herabzuziehen –, hatte schicksalsschwere Folgen: *eine Inflation des menschlichen Ego*. Damit verhalf sie zum Entstehen jenes Typs von Humanismus, der viel eher zu einem grandiosen Narzissmus wurde – und unsere westliche säkulare Kultur und Zivilisation bis heute entscheidend prägt.

Gott als der Große Bruder, durch menschliche Verantwortungslosigkeit, Passivität, Ansprüche und Ängste geschaffen, wurde von diesem atheistischen Humanismus nicht bezwungen, sondern internalisiert, verinnerlicht. Angesiedelt jetzt im Selbstbewusstsein des Menschen ist er weit gefährlicher als jener, der „im Himmel“ war. Der nichtbewusste Gott im hypertrophierten Selbstbewusstsein des Menschen des atheistischen Humanismus ist die eigentliche Quelle der Macht, welche nicht imstande ist, sich selbst zu beherrschen.

IV.

Viele Menschen erfuhren im zwanzigsten Jahrhundert eine „Abwesenheit Gottes“. Dieses Erleben ist zwei unterschiedlichen Interpretationen und Reaktionen ausgesetzt. Es kann als „Tod Gottes“ gedeutet werden – oder als Gottes Schweigen. Dem Schweigen Gottes ausgesetzt zu sein ist eine tiefe religiöse Erfahrung, von der wir vieles in der Bibel lesen, beispielsweise in den Psalmen und im Buch Hiob kann sie als eine der Mystikern aller Zeiten reichlich bekannte „dunkle Nacht“ erlebt werden.

Lasst uns an Dorothee Sölle erinnern und ihre Unterscheidung zwischen dem „Stellvertreter“, der während der Abwesenheit des Vertretenen diesen „repräsentiert“, vergegenwärtigt, das heißt auf den Vertretenen hinweist, und dem *Ersatzmann*, der den Ersetzten überflüssig macht (als wäre er tot).

In einer Zeit, in der Gottes Abwesenheit den Menschen besonders bedrängt, kann der Mensch dem Ruf Folge leisten, Gott in der Welt zu repräsentieren – nach Christi Vorbild und mit Ihm verbunden. Dies bedeutet nicht, „Gott zu spielen“, eine „God like position“ anzunehmen; gemäß den Worten Christi bedeutet dies, „wie Gott zu sein“, der in seiner großzügigen, bedingungslosen Liebe alle Grenzen überschreitet (er lässt die Sonne scheinen und den Regen fallen über Gute wie Böse). Es bedeutet, an Gott zu erinnern, wie ein Zeichen zu leben, das eigene Leben in *anamnesis* zu verwandeln, in eine vergegenwärtigende Erinnerung, in ein Zeugnis (Martyrium).

Der neuzeitliche Humanismus hingegen führte den Menschen vielmehr dazu, ein „Ersatzmann“ Gottes zu sein, ihn überflüssig zu machen, ihn nicht bloß für verschollen zu erklären, sondern für tot („Wir sind seine Mörder“, bekennt Nietzsches Narr, *der tolle Mensch*).

Dort, wo Gott für tot erklärt wird, geht es allen möglichen Götzen unheimlich gut. Unsere Welt ist, wie Guardini es voraussah, voller Götter und Dämo-

nen, voll des „neuen Heidentums“. Es unterscheidet sich jedoch sehr von einem ursprünglichen Heidentum, von jenem unmittelbaren Gefühlsvermögen für das Heilige, die unersetzbare Dimension der archaischen Naturwelt [Lebenswelt]. Ich meine jetzt nicht die „neuen Religionen“ (zum Beispiel vom Typ New Age), vor welchen gewisse christliche Gruppierungen so sehr warnen.

Was mich bei Weitem mehr beunruhigt, ist die Sakralisierung und Dämonisierung in der Politik, was unter anderem der religiös motivierten Gewalt Tür und Tor öffnet. Wo man in politischen Auseinandersetzungen und anderen Meinungsstreitigkeiten eine religiöse Rhetorik zu gebrauchen beginnt, wo in den Gegnern Dämonen gesehen werden (der Große Satan, das Reich des Bösen und dergleichen), wo auf die persönlichen Gegner die eigenen Dämonen projiziert werden, die eigenen „Schatten“, die eigenen nicht eingestandenen negativen Eigenschaften, dort drohen Meinungsstreitigkeiten in wirklich verheerende Konflikte auszuarten. Mit dem „Großen Satan“ ist keine vernünftige Übereinkunft mehr möglich, er muss vernichtet werden. Gerade die moderne Welt, die die Religion (samt ihren potenziellen zerstörerischen Kräften) so geringschätzt, spielt mit religiöser Rhetorik und religiösen Symbolen zu leichtsinnig, insbesondere wenn diese als „bloße Metaphern“ im politischen Streit verwendet werden. Wer etwas von der Macht der Religion, der Sprache und der Symbole weiß, sollte auch verstaubte und scheinbar unschuldige religiöse Begriffe mit Warnschildern versehen, wie wir sie an Strommasten finden: Lebensgefahr – nicht berühren!

Falls Begriffe und Symbole, die im Kontext großer geistlicher Traditionen (inklusive der drei Zweige des abrahamitischen Erbes) gereift sind, im Kontext politischer Kämpfe benützt werden, entsteht eine neue „Religion“, aus Heiligem wird Dämonisches, aus Göttern werden Monstren.

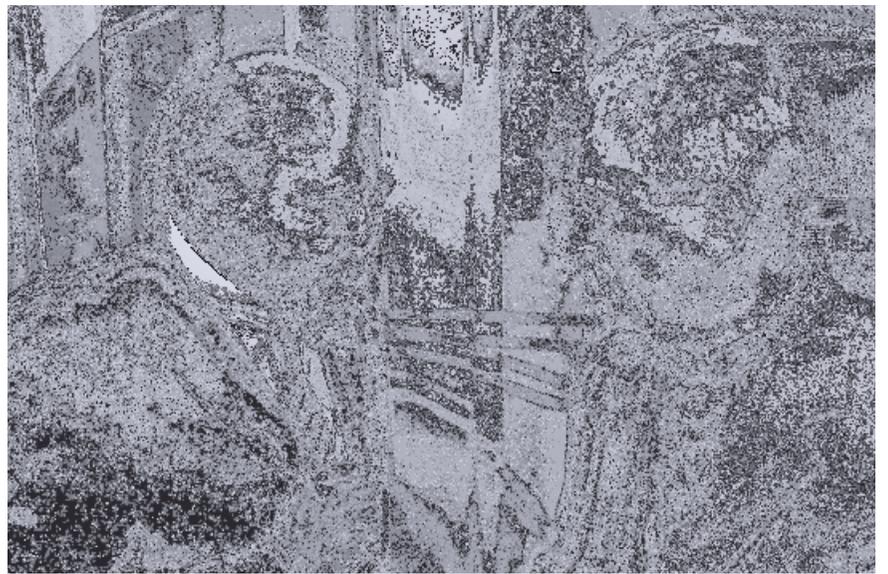
Der zeitgenössische irische Philosoph Richard Kearney erinnert an einen Rat der Psychoanalytiker: Wird der Mensch im Traum wiederholt von Ungeheuern verfolgt, soll er noch im Traum versuchen dem Ungeheuer ins Gesicht zu blicken. Er wird überrascht sein, wie ähnlich ihm das Monster ist.

Für das Leben in unserer heutigen Welt voller „Dämonen“ in der die Gegner in politischen, nationalen, sozialen und religiösen Konflikten anhand einer radikalen Rhetorik einander dehumanisieren, dämonisieren ist es nötig, den Mut aufzubringen, diesen persönlichen Gegnern, jenen „Dämonen“, wirklich aufmerksam ins Gesicht zu schauen. Wir werden überrascht sein, dass sie uns nicht ganz unähnlich sind.

V.

Unsere Welt ist jedoch nicht nur von einem „neuen Heidentum“ und den Erben des atheistischen Humanismus voll. Es gibt in ihr eine Menge Suchender, nach Gott Dürstender, die aber ihr Zuhause weder in den Gotteshäusern der traditionellen Kirchen finden können, noch auf dem heutigen bunten Markt der Religionen, an den Ständen religiöser Neubildungen.

Den ganzen Sommer lang beschäftigte mich heuer das Angebot, das der gegenwärtige Papst Benedikt vor dem Antritt seines Pontifikats den Suchenden und Zweifelnden gemacht hat (und ich habe darüber ein Buch geschrieben). Am Tag vor dem Ableben seines Vorgängers forderte Kardinal Ratzinger (in deutlicher Anknüpfung an Pascal und Kant) „jene, die nicht fähig sind, den Weg zur Annahme Gottes zu finden“, auf, sie sollten versuchen, so zu leben,



War gerne zur Preisverleihung an Professor Halík nach München gekommen: Bischof František Radkovský von Pilsen als Vertreter des Prager Erzbischofs Dominik Duka.



Herzog Franz von Bayern freute sich zusammen mit dem Preisträger und gratulierte ihm. Als Mitglied der Akade-

mieleitung gehört Herzog Franz zu dem Gremium, das über die Vergabe des Preises entscheidet.



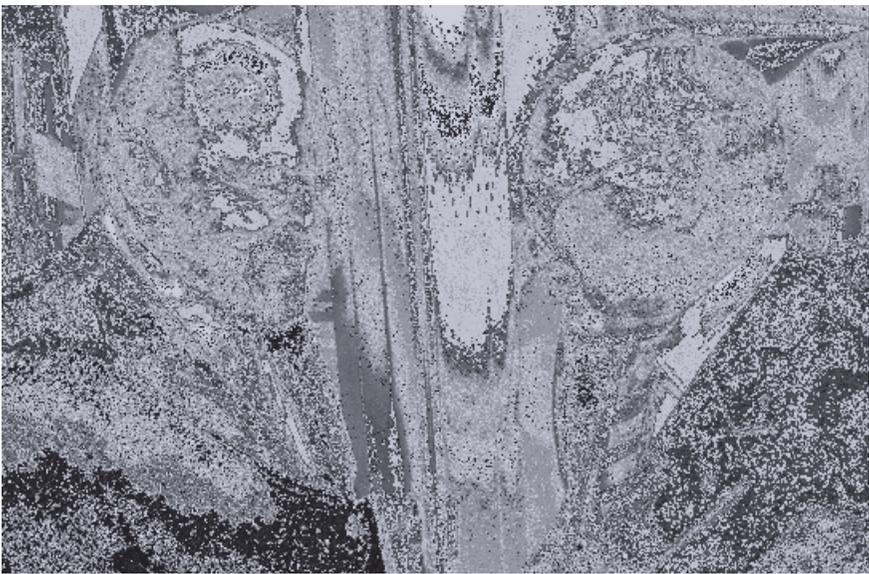
Die Werke von Arnulf Rainer schmückten auch während der Preisverleihung den Vortragssaal der Akademie.

als ob es Gott gäbe, „veluti Deus si daretur“. Wenn Gott für euch keine Gewissheit ist, nehmt ihn zumindest als *Hypothese*, als *Möglichkeit* an.

Ich stellte mir hier vor allem zwei Fragen. Erstens: Was bedeutet es, „zu

leben, als ob es Gott gäbe“? Und zweitens: Ist denn nicht Gott auch für uns Gläubige vor allem eine *Möglichkeit*?

Vorgeschlagen habe ich folgende Interpretation der Worte Ratzingers: Zu leben, als ob es Gott gäbe, bedeutet



Tomáš Halík suchte den Kontakt zu vielen Gästen des Abends. Thema beim Gedankenaustausch mit Dr. Gerhard Albert, Geschäftsführer von Renovabis,

war sicherlich die Situation der Kirche in Tschechien und anderen ostmittel- und osteuropäischen Ländern.



Sr. Dr. Lea Ackermann – hier zusammen mit Professor Richard Heinzmann, einem Mitglied der Akademieleitung –

ist die direkte Vorgängerin von Professor Halík als Romano Guardini Preisträgerin. Sie wurde 2008 ausgezeichnet.

als wirklich freier Mensch zu leben – das heißt, die Freiheit auch für sich zu behaupten, in der Freiheit zu stehen und sich nicht von Neuem das Joch der Knechtschaft auflegen zu lassen –, es bedeutet dreierlei: nicht abhängig zu sein (Abhängigkeit loszuwerden) und nicht eigenwillig (Eigenwillen loszuwerden) und vor allem verantwortlich zu sein. Ein solches Leben „impliziert Gott“: das eigene Leben so zu leben und auszurichten bedeutet de facto, „es auf die Anwesenheit Gottes zu öffnen“; im Leben eines so lebenden Menschen „lebt“ immer auch Gott – die Freiheit ist sozusagen die eigentlichste *Biosphäre* Gottes, sein „Lebensraum“. Die zentrale Botschaft der Bibel sehe ich darin, dass Gott den freien Menschen wollte, obwohl er wusste, welche Risiken mit der Freiheit verbunden sind und was der Missbrauch dieses Geschenks alles mit sich bringen wird.

Gott ist gewiss „überall“ anwesend (der „Allgegenwärtige“ ist einer seiner Namen), aber überall „außerhalb des Reiches der Freiheit“ ist der Raum – wenn wir eine Aussage Luthers ändern dürfen – gleichsam *nicht sein eigener*. Wo die Freiheit verbannt wurde, ist auch Gott „im Exil“. Gott ruft den Menschen aber, den Weg der Befreiung zu gehen, er stärkt ihn beim Exodus aus der Knechtschaft ins gelobte Land; erst im Haus des freien Men-

schen ist auch Gott „zu Hause“. *Ubi libertas, Deus ibi est*. Er lebt in der Freiheit und im Durst nach ihr. Er ist dort, wenn auch nicht erkannt, nicht benannt, nicht mit Namen anrufen und nicht gezielt eingeladen – „*non vocatus*“, wenn ich an die Inschrift auf C. G. Jungs Grab erinnern darf. Er ist dort auch als verborgener Gott (*Deus absconditus*) oder als unbekannter Gott (vom Menschen vielleicht „bloß als Hypothese zugelassen“).

Man ist versucht hinzuzufügen: „bloß als Möglichkeit“ – hüten wir uns jedoch davor, dem Wort *Möglichkeit* das geringschätzende „bloß“ anzufügen. Ja, auch für uns Gläubige ist Gott kein „Faktum“, sondern Möglichkeit. Hier möchte ich den bereits zitierten Richard Kearney und sein Buch „God who may be“ erwähnen: Von Gott kann man nicht sagen, dass er „ist“ oder „nicht ist“, beide Antworten (wie wir aus der Tradition der negativen Theologie her bereits wissen) sind ungenügend; Kearney bietet (und findet in der Bibel) eine andere Antwort. „Gott kann sein“. Lesen wir die biblischen Geschichten aufmerksam, so sehen wir, dass Gott in ihnen auf den Menschen als Möglichkeit, als Aufforderung, als Angebot zukommt, und auch als Auftrag.

Als Gott Mose aus dem brennenden Dornbusch anredet, verlangt Mose von ihm, er solle sich ihm mit seinem Na-

men zu erkennen geben. Die Antwort Gottes, gewöhnlich als „Ich bin, der ich bin“, kann aus dem Kontext auch wie folgt gedeutet werden: Wenn du dich des Auftrags annimmst, zu dem ich dich entsende (du sollst gehen und mein Volk befreien), dann *werde ich mit dir sein*.

Die alte Metaphysik sah in dem, was *ist*, immer mehr als das, was sein *kann*. Nach Kearney ist aber die Möglichkeit nicht weniger als die Wirklichkeit, sondern mehr. Sie eröffnet einen noch weiteren Horizont. Man darf jedoch nicht zwei Begriffe miteinander verwechseln, im Text Kearneys sind es zwei englische Modalverben, die man oft nur mit einem übersetzt, nämlich mit „können“ – can und may. Can bezeichnet das, was im Reich unserer menschlichen Möglichkeiten liegt (*Yes, we can!* war die mobilisierende Parole der Wahlkampagne des Präsidenten Barack Obama: Wir werden es schaffen!). Das Verb *may* weist hinter diesen Horizont hin, zum Transzendenten.

Gott ist nicht im Reich dessen, was wir *können* und wozu wir imstande sind (can). Ein Gott, den wir schaffen, erfinden und überhaupt uns vorstellen könnten, wäre kein Gott, sondern ein Götze, ein Götzenbild.

Unsere Realität wird radikal geöffnet, verwandelt und bereichert durch das, was „nicht da ist“, aber *sein kann* – und gerade so kommt Gott. Er ist das, „was kein menschliches Auge gesehen, kein Ohr gehört hat und was keinem Menschen in den Sinn gekommen ist“, wie der Apostel sagt. *Gott ist Möglichkeit*: „Möglichkeit“ ist sozusagen sein Eigenname (lasst uns an Nikolaus Kusanus erinnern und an seinen Namen für Gott: Possest).

Er kommt nicht nur als das, was nicht da ist (zu unserer Verfügung steht), sondern als das, was wir von uns aus selbst *nicht können* (we can not), wohin unsere Macht und unser Entschluss nicht reichen und nie reichen werden, was nicht *verfügbar* und manipulierbar ist und nie sein wird, was die radikale Transzendenz ist. Trotzdem kommt er aber zu uns so, dass er den Raum unserer Möglichkeiten, unserer Freiheit erweitert – *er schenkt sich uns*, und zwar als Aufforderung, als Auftrag. Und wenn wir diesen Auftrag, zu dem wir herausgefordert (nicht gezwungen) wurden, in Angriff nehmen, werden wir begreifen: *Er wird darin mit uns sein*.

Gott kommt als Möglichkeit, man muss allerdings in diese Möglichkeit eintreten – und der Eintritt in die Möglichkeiten Gottes heißt Glaube.

VI.

Wo die Freiheit dem Menschen zuwider wird, wo er des ewigen Tragens von Verantwortung schon überdrüssig ist und sich wie die Israeliten in der Wüste (so wie gar manche in der „postkommunistischen Welt“ heute) nostalgisch auf die Knechtschaft zurückblickt, aus der er ausgezogen war, wo er sich nach den *Töpfen in Ägypten* voller Fleisch und Gesicherheit zurücksehnt, dort geht schon der Große Bruder „wie ein brüllender Löwe umher und sucht, wen er verschlingen kann“, oder er kommt als raffinierter Verführer mit einem ganzen Angebot von Rattenfängerflöten. Sollte uns jemand von Gott reden wollen, seien wir auf der Hut, ob er uns nicht den „Großen Bruder“ unterschiebt. Die Unterscheidung ist leicht und gleichzeitig auch wieder nicht, sie beruht auf Folgendem: Der Große Bruder ist ein Parasit, er saugt das Blut unserer Freiheit, ist ein Vampir der Freiheit, der wahre Gott aber der Freiheit Fels, ihr Leben, ihr Blut. Das Problem liegt darin, dass es zum wirklichen Erkennen, wer das Haus seiner Freiheit auf einem

Fels und wer es auf einem Fließsand von Versprechungen gebaut hat, erst in der kritischen Stunde eines Sturmes kommt.

Es lässt sich allerdings nicht einfach sagen, dass der Streit geführt wird zwischen der Vorstellung von einem Gott, der den Menschen stärkt, und einer Vorstellung von einem Gott, der den Menschen kleiner macht.

Der Gott, an den wir Christen glauben, ist ein Gott des Paradoxes: *Er macht uns reich, indem er uns eben kleiner macht*. Er macht uns kleiner in dem Sinne, dass er uns zunächst aus jener falschen, uns nicht zustehenden titanischen (und in Wirklichkeit tragikomischen) Rolle derer, die Gott spielen, befreit. Er bringt uns zurück zu unserer Wahrheit, zur nackten Wahrheit (Eva und Adam wollten „wie Gott sein und Gut und Böse erkennen“ und erkannten, dass sie nackt waren). Gott weckt uns aus unserem Traum. Und weil der Traum so fieberhaft und trügerisch wie betörend war (denn die Sehnsucht wie Gott zu sein ist in Wirklichkeit ein starkes Opiat), muss das Erwachen und die Ernüchterung gar nicht angenehm sein. Die erste Frucht der Begegnung mit Gott ist die Erkenntnis von der Wahrheit des Menschen – denn: Gott ist Gott, Mensch ist Mensch.

Der wahre Gott braucht den Menschen nicht kleiner zu machen, um allein groß zu sein, sondern im Gegenteil: Durch seine Offenbarung offenbart er uns unser wahres Wesen, unsere wahre Größe und unseren wahren Auftrag. Im Gegensatz zu den Agenten und Ermittlern im Dienst des Großen Bruders, die dem Menschen einreden, er sei nichts, sagen ihm die Diener des Evangeliums, er sei als Gottes Ebenbild geschaffen worden, als Gottes Partner und Freund. „Mensch, erkenne deine Würde!“, betont der heilige Papst Leo in seiner Weihnachtspredigt.

Wenn Gott den Menschen kleiner macht, dann so, dass er ihm (am eigenen Beispiel) die einzige würdige und befreiende Art der Selbstentäußerung zeigt, nämlich die Selbstüberschreitung in Liebe, den freien Schritt vom Ich zum Du. Das Wesentlichste, was das Christentum in der Bibel über Gott aussagt, ist das von Paulus aufgezeichnete altchristliche Lied von Christus, der nicht daran festhielt, Gott gleich zu sein, sondern sich kleiner machte, „sich entäußerte“ und den Menschen gleich wurde, ein Sklave der Liebe zu den Menschen. Er erniedrigte sich und war gehorsam bis zum Tod am Kreuz, darum hat ihn Gott über alle erhöht und ihm den Namen verliehen, der größer ist als alle Namen. „Name“ ist der ehrfurchtsvolle jüdische Ausdruck für Gott selbst. Gott schenkt sich dem, der das Menschsein in der Gestalt opferwilligen Selbstüberschreitens in Liebe auf sich nimmt. Erst dadurch ist der Mensch „wie Gott“, weil Gott dies zuerst in seinem Sohn Jesus getan hat.

Und diese selbstüberschreitende Liebe ist nach meiner tiefen Überzeugung die einzige Kraft, die sich den Bedrohungen der unkontrollierten Macht stellen kann. Sie und nur sie kann jene *Macht über der Macht* sein.

Ich erlaube mir meine Rede mit dem Satz abzuschließen, den Guardini am Ende des vorletzten Kapitels seiner Studie über Pascal sagt: Darin liegt der eigentliche Sinn. □

Begrüßung

Akademiedirektor Dr. Florian Schuller

Ein herzliches „Grüß Gott“ Ihnen allen, die sich zu diesem preiswürdigen Abend eingefunden haben – einem Abend, der vom Wort geprägt sein soll.

1.

„Am Anfang war das Wort. Heißt es auf der ersten Seite eines der wichtigsten Bücher, die wir kennen. In diesem Buche bedeutet es, dass die Quelle aller Schöpfung das Wort Gottes ist.“

Als bestellte und geweihte Verkündiger dieses Wortes Gottes heiße ich willkommen den Protektor unserer Akademie, Erzbischof Reinhard Marx, mit einer großen Abordnung des Münchner Domkapitels und des Ordinariatsrats, seinen verehrten Vorgänger im Amte, Erzbischof em. Friedrich Kardinal Wetter; und Bischof František Radkovsky von Pilsen als Vertreter des Prager Erzbischofs Dominik Duka und der tschechischen Bischofskonferenz. Weihbischof em. Hans-Reinhard Koch kommt aus Erfurt, dem Weiheort unseres Preisträgers.

2.

„Wenn das Wort Gottes der Quell all seiner Schöpfung ist, dann ist der Teil dieser Schöpfung, den das Menschengeschlecht darstellt, er selbst nur aufgrund eines anderen Wunders Gottes, nämlich des Wunders des menschlichen Wortes.“

Dem Wunder des menschlichen Wortes hat sich auch der heute zu Ehrende verschrieben: der so wortproduktive Schriftsteller, Soziologieprofessor, Priester, Universitätsprediger, Seelsorger Tomáš Halík. Herr Prof. Halík, dass sie heute hier sind und jenen Preis annehmen, der mit dem Namen des Wortmagiers Romano Guardini gekennzeichnet ist, freut mich und uns alle sehr. Herzlich willkommen!

3.

„Jedes Wort enthält auch die Person, die es ausspricht, und den Grund, warum sie es ausspricht.“

Aussprechen wird das Prof. Halík würdige Wort Fürst Karl zu Schwarzenberg. Sehr verehrter Herr Außenminister! Sie hatten diesen Termin zwar noch vor den jüngsten tschechischen Nationalratswahlen zugesagt, nun aber – erneut Außenminister – allen terminlichen Herausforderungen höchster Priorität – einschließlich der UN-Vollversammlung – trotzend auch eingehalten – dafür sind wir Ihnen zu ganz tiefem Dank verpflichtet. Als kleines Dankespräsent finden Sie sich hier im Raum inmitten einer Ausstellung von Werken des Wiener Künstlers Arnulf Rainer wieder. Wir wissen, dass Sie ihn sehr schätzen und etliche seiner Werke besitzen.

4.

„Aufgrund des Wunders des Wortes wissen wir wohl besser als andere Lebewesen, dass es ein „Geheimnis“ gibt, und versuchen seit Menschengedenken das anzusprechen, was uns durch dieses Geheimnis verhüllt ist.“



Dr. Florian Schuller, Direktor der Katholischen Akademie in Bayern

In der Zeugenschaft für solches Geheimnis des Lebens wissen wir uns verbunden mit den anderen Konfessionen und Religionen.

5.

„Die Macht des Wortes ist nicht eindeutig und durchsichtig. Neben dem Wort, das die Gesellschaft durch seine Freiheit und Wahrhaftigkeit elektrisiert, gibt es auch das hypnotisierende, trügerische, gefährliche, todbringende Wort.“

Gegen das trügerische, gefährliche Wort das Wort der Freiheit und Wahrhaftigkeit zwischen den Völkern zu stärken, ist vornehmste Aufgabe der Politik. Wir freuen uns sehr, dass uns heute Dr. Rudolf Jindrák die Ehre gibt, Botschafter der Tschechischen Republik in Berlin, flankiert von „seinen“ beiden Münchnern Generalkonsul Josef Hlobil und Frau Dr. Zuzanna Jürgens, Direktorin des Tschechischen Zentrums München.

Für die Bayerische Staatsregierung wird Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle sprechen. Aus dem Bayerischen Landtag sind so viele Volksvertreter zu uns gekommen wie selten; auch das Europaparlament und der Bezirkstag Niederbayern sind vertreten.

6.

„Jahrhundertlang hatten Deutsche und Tschechen vielfältige Schwierigkeiten mit unserem Zusammenleben in Mitteleuropa. Doch ich glaube, dass sich die uralten nationalen Animositäten, Vorurteile und Leidenschaften bei uns, den Tschechen, in den letzten Jahren verflüchtigt haben.“

Der Versöhnungsarbeit auf der deutschen Seite haben sich vor allem zwei Institutionen verschrieben. Zum einen die Ackermann-Gemeinde, die mit einer starken Abordnung und ihrer gesamten Spitze vertreten ist.

Die zweite Institution ist die benediktinische Frauenkommunität Venio, an-

geführt von Priorin Sr. Carmen und der emeritierten Priorin Sr. Lucia, welche die seinerzeitige Gründung der Gemeinschaft auf dem Weißen Berg bei Prag entscheidend vorangetrieben hatte. So setzt die deutsch-tschechische Doppelkommunität ein ganz ausdrückliches Zeichen der Einheit, das sich z.B. nicht zuletzt in den regelmäßigen tschechischen Anteilen der Liturgie auch hier in München ausdrückt.

7.

„Es hat sich in uns ein so starkes Misstrauen gegenüber der Welt der trügerischen Worte herausgebildet, dass wir heute fähig sind, besser als früher die menschliche Welt so zu sehen, wie sie wirklich ist: nämlich als die komplizierte Gemeinschaft Tausender Millionen von unwiederholbaren menschlichen Einzelwesen, die neben Hunderten von schönen Eigenschaften auch Hunderte von Fehlern und schlechten Neigungen haben.“

Solches Chaos einigermaßen zu ordnen, ist zunächst Aufgabe von Recht und Gesetz. Mit der Bändigung der „komplizierten Gemeinschaft“ von unwiederholbaren menschlichen Einzelwesen konfrontiert sind auch all jene, die in den unterschiedlichsten Bereichen der Verwaltung, der Behörden, der Ämter und Ministerien Dienst tun.

8.

„Diese Welt befindet sich an einer besonderen Kreuzung: Lange gab es nicht so viele Gründe für die Hoffnung, dass alles gut ausgeht, und niemals gab es zugleich so viele Gründe für die Befürchtung, dass, wenn alles schlecht ausgehen sollte, dies die endgültige Katastrophe sei.“

Die eine gefährdete und zugleich so wunderbare Welt repräsentiert das Konsularische Korps.

9.

„Durch Misstrauen gegenüber den Worten kann entschieden weniger verdorben werden als durch übertriebenes Vertrauen in sie. Ist nicht genau das die eigentliche Sendung des Intellektuellen? Gut die Worte der Mächtigen zu hören, sie zu bewachen, vor ihnen zu warnen und vorherzusagen, was sie Böses bedeuten oder mit sich bringen könnten.“

Zu den Intellektuellen, die die Worte der Mächtigen kritisch begleiten (sollen), gehören sicher Journalisten.

10.

„Als Angehörige der neuzeitlichen Zivilisation setzen wir unsere Worte zu wissenschaftlichen Theorien zusammen, mit denen wir – hier mit und dort ohne Erfolg – dem geheimnisvollen Lauf der Welt entgegentreten.“

Ich heiße willkommen alle Vertreter wissenschaftlicher Institutionen. Und wir freuen uns über die Anwesenheit vieler Verantwortlicher aus der Welt der Erwachsenenbildung und Akademiarbeit.

11.

Der „Aufruf zur Verantwortung für das Wort und gegenüber dem Wort ist eine wesenhaft sittliche Aufgabe. Als eine solche ist sie allerdings nicht vor dem Horizont der von uns zu überblickenden Welt verankert, sondern erst irgendwo dort, wo jenes Wort sich aufhält, das am Anfang war und das nicht das Wort des Menschen ist.“

Auf diese Verantwortung gegenüber dem ganz im Anfang verankerten Wort wissen sich auch all jene zugeordnet, die für unsere Katholische Akademie Bayern arbeiten. Ich begrüße im besonderen die Mitglieder der Akademieleitung.

12.

„Das Gefühl der besonderen Bedeutung und des besonderen Gewichtes des Wortes ist seit jeher im Bewusstsein der Menschheit gegenwärtig.“

Die Zitate, die diese Begrüßung gliederten – etliche von Ihnen haben sie sicher bereits richtig zugeordnet – stammen von Vaclav Havel, als er am 15. Oktober 1989 den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels erhielt, kein Ausreisevisum bekam, seine Dankrede mit dem Titel „Ein Wort über das Wort“ deshalb Maximilian Schell vortragen ließ und nicht wissen konnte, dass er zweieinhalb Monate später als Präsident der Tschechoslowakei vereidigt würde.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nach uralter Tradition beginnt die katholische Liturgie eines Festtages bereits am Vorabend. Heute und jetzt stehen wir also – liturgisch gesprochen – in der Zeit der Ersten Vesper des morgigen 28. September. Der aber ist der Gedenktag des heiligen Wenzel, seit 2000 sogar staatlicher Feiertag.

Dass wir an diesem Tag den Romano Guardini Preis an einen tschechischen Priester verleihen, und der tschechische Außenminister die Laudatio hält, möge genommen werden als liebenswürdiger Hinweis von woher auch immer, dass genau diese Ehrung heute angesagt war.

Deshalb finden Sie auch auf der Titelseite unseres Programmheftes eine Darstellung des hl. Wenzel aus dem Prager Veitsdom. Der Kopf der Statue soll sogar genau die Maße des wirklichen Schädels des Märtyrers und Patrons aufweisen.

Mit einigen Zeilen des Wenzelliedes, dessen Ursprünge bis ins 14. Jahrhundert zurückreichen, will ich meinen Wunsch an Sie für heute Abend ausdrücken:

Lass nicht untergehen uns und die Nachkommenden.
Wir bitten um Deine Hilfe, erbarme Dich unser,
tröste die Trauernden, verjage alles Böse,
Heiliger Wenzel.
Kriste eleison. □

Laudatio

Fürst Karl zu Schwarzenberg

I.

Ich komme mir etwas merkwürdig vor, wenn ich heute diese Laudatio halten soll, denn gewöhnlich spricht den Lobpreis der Lehrer über den Schüler aus und nicht umgekehrt. Vielleicht ist es die einzige Rechtfertigung dafür, dass ich heute hier das Wort ergreifen darf, dass ich wohl tatsächlich einer der wenigen Anwesenden bin, der sich sowohl vor 50 Jahren Predigten von Romano Guardini angehört hat, wie auch Predigtgänger von Pater Halík ist, infolgedessen also vielleicht zu beiden Persönlichkeiten des heutigen Abends eine starke Beziehung hat.

Wenn wir über Tomáš Halík, ich würde fast sagen, das Phänomen Tomáš Halík, sprechen, dann fangen wir vielleicht gleich beim Namen an, nämlich dem Vornamen Tomáš. Wir wissen aus der Heiligen Schrift, dass es derjenige Apostel war, der zunächst Zweifel geäußert hat, und der erst, als Christus ihm seine Wunden vorgeführt hat, endlich geglaubt hat. Es besteht gar kein Zweifel, dass Tomáš Halík eigentlich in einer Gesellschaft geboren und aufgewachsen ist, die nicht tief im Glauben verankert war. Er wurde von seinem Vater, einem bedeutenden Chronisten und Intellektuellen, der von der ersten Tschechoslowakischen Republik geprägt war, bewusst nach dem ersten Präsidenten der Tschechoslowakischen Republik, Tomáš Garrigue Masaryk, auf den Namen Thomas/Tomáš getauft.

Nun, was war die erste Tschechoslowakische Republik? Auch das muss man sagen, um den geistigen Hintergrund von Pater Halík zu erklären: ein Staatsgebilde, das längst dahingegangen ist, das von seinen Nachbarn zeit seiner Existenz zweifellos bitter abgelehnt wurde, aber dennoch, zu seinem Lobe sei es gesagt, die einzige während der Zwischenkriegszeit funktionierende Demokratie östlich vom Rhein war, bis zum Schluss. Sie hatte ihre Fehler, sie hatte eine nicht sehr kluge Minderheitenpolitik, besser allerdings als die Minderheitenpolitik der anderen europäischen Staaten damals, ob es Deutschland, Österreich, Ungarn, Italien oder Frankreich war. Nur Finnland war schon damals wesentlich toleranter. Die anderen kontinentaleuropäischen Staaten, auch England, waren zu dieser Zeit noch sehr viel härter zu ihren Minderheiten.

Es hatte aber eine einzigartige intellektuelle Kultur, die heute noch, wenn man ihren Spuren begegnet, Erstaunen hinterlässt. Nicht nur die Architektur, die in der Zeit in Prag, aber nicht nur in Prag gebaut wurde, sondern Amtsgebäude, die wir weit in die heutige Ukraine hinein und in der Slowakei vorfinden, zeugen von einem aufgeschlossenen Geist und einer bewussten Zuwendung zur Moderne, die damals in Europa etwas Seltenes war. Es war auch ein Klima der Liberalität. Tomáš Garrigue Masaryk selber war ursprünglich Katholik, ein Katholik, der an seiner Kirche verzweifelt ist – zugegebenermaßen war der Katholizismus im alten Österreich ziemlich der josephinischen Verknöcherung erlegen –, und aus einem verzweifelten Rebell wurde sogar ein Kämpfer gegen die Kirche. Dennoch sei ihm zugestanden, dass er



Karl Fürst zu Schwarzenberg, Außenminister der Tschechischen Republik

sich bis zu seinem Tode mit dem Glauben, mit Christus auseinandergesetzt hat. Ich habe nicht ohne Berührung festgestellt, als ich es zufällig in die Hand bekam, dass im Verzeichnis der Bücher auf seinem Nachttisch, als er gestorben ist, der damals bedeutende evangelische, noch junge Theologe Bultmann stand, den er offensichtlich als letztes Buch studierte.

Die Atmosphäre dieser Zeit in Prag war, wie gesagt, von einer großen Liberalität geprägt. Es ist auch die Zeit, als die Prager Hochschulen die einzigen waren, die gegenüber den Juden keinen Numerus Clausus hatten. Ich kann mich erinnern, wie Simon Wiesenthal mir später erzählt hat, dass er aus Polen nach Prag gegangen ist, um Architektur zu studieren, weil es der einzige Ort war, wo er Architektur studieren konnte. Dann erlebte ich ihn, als er in den 90er Jahren zu mir gekommen ist. Ich habe ein Essen für ihn gegeben, und er hat alle überrascht mit einer kurzen, aber sehr guten böhmischen Ansprache. Das war sozusagen die Zeit, die durch Jahre noch das geistige Leben geprägt hat, zehn Jahre, nachdem diese Erste Tschechoslowakische Republik mit dem Münchner Abkommen zu Ende ging.

II.

Zehn Jahre später wurde Tomáš Halík geboren. Überhaupt spielen die Daten bei ihm eine merkwürdige Rolle. Das war aber das Jahr, in dem der kommunistische Putsch stattfand und wo das, was sogar die NS-Zeit aus der Ersten Republik überlebt hatte, endgültig im Lande vernichtet wurde, auch der Name des Gründers, der innerhalb kürzester Zeit vom verehrten verstorbenen Staatsoberhaupt zum Klassenfeind, zur Verkörperung des Übels der kapitalistischen Herrschaft wurde.

Es war eine Demonstration des Vaters von Tomáš Halík, dass er seinen Sohn gerade deswegen Tomáš getauft hat. Wenn man diesen Hintergrund kennt, diesen Geist der Liberalität, in dem er aufgewachsen ist – sein Vater

war ja Interpret und Herausgeber der Schriften von Karel Čapek, eines bedeutenden tschechischen Schriftstellers der Ersten Republik –, wird einem erst klar, woher gerade bei ihm als katholischer Priester seine Offenheit, seine Liberalität, sein ständiges Hinterfragen – was nicht gerade eine erzkatholische Eigenschaft ist – und diese Neugier auf die andere geistige Welt kommen.

Wenn man am Sonntagabend in Prag in die Universitätskirche St. Salvator kommt, so ist es die einzige Kirche, die ich kenne, die immer überfüllt ist und wo man, wenn man nicht rechtzeitig kommt, keinen Sitzplatz findet. Aber es gibt zahlreiche Studenten, die mit ihren Rucksäcken und Plastikwasserflaschen hinkommen und sich irgendwo in den Gängen in der Kirche hinsetzen und lagern. Einmal hat mir auch lebenswürdigerweise einer der Studenten seinen Rucksack als Sitzplatz angeboten.

Das ist die Atmosphäre der Messen von Tomáš Halík. Das ist einerseits eine katholische Messe in ihrer vollen Schönheit. Denn, Gott sei Dank, Tomáš Halík ist auch jemand, der weiß, was die katholische Liturgie für das Leben der Kirche bedeutet, dass jede dieser Zeremonien, jede Bewegung, jedes Gebet, das uns aus uralten Zeiten überkommen ist, seine große Bedeutung hat. Deswegen ist es heute noch einer der wenigen – gestatten Sie mir diesen etwas weltlichen Ausdruck – wirklich wunderschön zelebrierten Messen.

Andererseits ist der Inhalt der Predigt immer so anregend und so zum Fragen, Weiterfragen und sich selbst Hinterfragen angelegt, dass jeder sich die nicht immer ganz kurze Predigt bis zum Schluss anhört, und zwar fasziniert. Die, die hinkommen – manchmal lernt man schon die Gesichter nach einiger Zeit kennen – kommen manchmal durch Wochen, durch Monate, und dann gibt es welche, die nach der Messe in die Sakristei oder woanders hin kommen und Pater Halík fragen, ob er sie für die Taufe vorbereiten könnte. Wir dürfen nicht vergessen – das ist vielleicht das unbekannte Werk von ihm –, dass er in den letzten 20 Jahren mehr als Tausend Erwachsene zur Taufe geführt hat, Studenten, aber auch andere. Denn in der Kirche St. Salvator, da ist die Kirche des Katholizismus lebendig, nicht, was uns so oft passiert, von einer unsterblichen Langeweile gezeichnet. Da wird man zum Denken angeregt, und das ist vielleicht das Wichtigste.

III.

Tomáš Halík hat allerdings eine merkwürdige Lebensgeschichte gehabt. Wie gesagt, ist er geboren in diesem Jahr 1948, als die Freiheit für mehr als 40 Jahre in Prag zu Ende ging, aufgewachsen in einer Familie, die, wie gezeigt, vom leicht links, sehr demokratisch, eher agnostischen Geist der Ersten Republik geprägt war, unter dem Druck und der Auseinandersetzung mit dem Geistigen. Es war zweifellos sein Elternhaus, wo die bedeutendsten Köpfe des damaligen Prag sich getroffen haben, die den jungen Studenten gelehrt haben, nachzudenken und zu fragen, auch danach, ob das alles, was ihm von dieser Gesellschaft überliefert wurde, ausreichend ist, oder ob da nicht mehr dahinter ist.

Er fragte so lange, bis er die Antwort fand. Er hatte noch das Glück, in dieser kurzen Periode der 60er Jahre zu studieren, wo es an der Universität in Prag sozusagen einen Hauch der Freiheit gegeben hat, wo Philosophen wie Patocka oder Machowitz dort gelehrt haben, und das waren, weiß Gott, bedeutende Lehrer. Beide haben natürlich nach der „Normalisierung“, nach dem Einmarsch der Warschauer-Pakt-Truppen, wieder

von der Universität Abschied nehmen müssen. Aber er hat die Gelegenheit gehabt und studierte Philosophie bei ihnen. Er studierte weiter in England, und dann erschütterte das ganze böhmische Volk der tragische Tod Jan Palachs, der sich wenige Meter von der Statue des heiligen Wenzel selbst angezündet und sein Leben als Opfer für die Freiheit des Landes hingegeben hat. Da war es schon völlig klar, dass die Freiheit damals für Jahre verloren ging.

Tomáš Halík aber wählte einen anderen Weg. Er wählte auch nicht die Emigration; er kehrte bewusst aus England nach Prag zurück, weil er genau wusste, dass dort der Kampf ausstanden werden muss, dass man dort leben muss, weil dort die Leute einen brauchen. Er studierte Philosophie, erfolgreich, und hatte dann auch als Doktor die vorgeschriebene Rede zu halten. Die hielt er allerdings nicht, sondern er hielt eine Rede, in der er sich zu denen seiner Universitätslehrer bekannte, die unterdessen schon der Universität verwiesen wurden, bereits verboten waren, und endete mit einem Zitat Karel Čapeks, dessen Werk sein Vater sein Leben gewidmet hat, und das lautet: „Die Wahrheit ist stärker als die Macht, denn die

Tomáš Halík wählte einen anderen Weg. Er wählte nicht die Emigration; er kehrte bewusst aus England nach Prag zurück, weil er genau wusste, dass dort der Kampf ausstanden werden muss, dass man dort leben muss, weil dort die Leute einen brauchen.

Wahrheit ist immerwährend.“ Das ist ein Motto, das zwar richtig war, aber das natürlich sofort dazu geführt hat, dass Tomáš Halík seine akademische Laufbahn nicht fortsetzen konnte. Das „Normalisierungs“-Regime gab Menschen, die selbständig gedacht haben, die sich nicht eingefügt haben, natürlich gerade in der akademischen Welt keine Möglichkeit, zugelassen zu werden.

Unterdessen passierte aber noch etwas viel Wesentlicheres. Tomáš Halík wollte nicht nur eine völlige Bekehrung zum Glauben, sondern es reifte auch die Überzeugung in ihm, dass er Priester werden sollte. Das war nun einmal nicht so einfach in dieser Zeit, denn in der Tschechoslowakei gab es zwar ein Priesterseminar, das jedoch völlig beherrscht vom Regime war. Es lehrte, sagen wir, eine sehr antiquierte und eingeschränkte Vorstellung des Priesterberufes. Damit keine wirklich gebildeten Priester erscheinen konnten, war es auch verboten, dass jemand, der bereits ein akademisches Studium absolviert hatte, dort studieren durfte. Es half nichts anderes, als geheim zu studieren. Tomáš Halík hat das getan. Er studierte, selbstverständlich erfolgreich, und empfing dann, denn das war in der damaligen Tschechoslowakei nicht möglich, wo jeder Bischof sorgfältig bewacht wurde, in Erfurt die Priesterweihe.

IV.

Wiederum spielte da ein denkwürdiges Datum eine Rolle: Am Tag, als er Priester wurde, wurde ein neuer Papst gewählt, Johannes Paul II. Zweifellos waren beide, die dann später auch eine tiefe Freundschaft verbunden hat, das Symbol und die bewegende Kraft einer ganzen Epoche. Papst Johannes Paul für die ganze katholische Kirche und

zweifellos für alle Gläubigen, die jenseits des Eisernen Vorhangs lebten, und Tomáš Halík war es zweifellos für die Kirche in den böhmischen Ländern. Natürlich blieb sein Priestertum geheim; nicht einmal seine Mutter durfte davon wissen. Er trat, nachdem er in seinem philosophischen Beruf nicht arbeiten durfte, einen Job in der Alkoholklinik St. Apollinaris in Prag für Drogen- und Alkoholabhängige an. Er war dort bekannt, als Psychotherapeut beliebt bei vielen Klienten, die zu ihm gekommen sind; und dort hat er bis zum Jahre 1989 gearbeitet.

Aber natürlich genügte ihm das nicht. Pater Halík hat schon damals etwas entwickelt, was in der heutigen Zeit als Networking bezeichnet wird: Er baute das Netz seiner Beziehungen in der gesamten Welt des „Dissents“ aus, ob es der politische, der kirchliche oder der kulturelle „Dissent“ war, und er war überall sozusagen hörbar und spürbar, wo es notwendig war. Er beteiligte sich auch an etwas, was ein Phänomen der späten 70er und der 80er Jahre in Prag war, an der sogenannten Fliegenden Universität. Da die bedeutendsten Lehrer von den Universitäten ausgeschlossen waren, es aber Studenten gab, die sie hören wollten, wie auch solche, die sie lehren wollten, wurde die Universität nämlich durch Wohnungsseminare ersetzt, bei denen man sich in Wohnungen getroffen hat und bei denen die betreffenden Lehrer gelehrt und die Studenten, auch schon sehr erwachsene Studenten, zugehört haben. Dieses System wurde dann so ausgebaut, dass dann in den späteren Jahren sogar bedeutende Lehrer aus dem Ausland nach Prag fuhren und an diesen Zimmer- und Wohnungs-Universitäten teilgenommen haben. Es sind erstaunliche Leute aus diesen Seminaren hervorgegangen.

Dann aber ist etwas Weiteres gelungen: Es gab den ehrwürdigen Erzbischof Tomášek, der bereits damals schon ein alter Herr war – er hat mir noch stolz erzählt, dass er im Ersten Weltkrieg Freiwilliger war – aber natürlich in dieser Welt der 70er, 80er Jahre als neuer Erzbischof vor allem durch die Isolierung durch das Regime einige Zeit gebraucht hat, um sich voll zu orientieren, wie eigentlich die neue Generation denkt. Da waren drei Priester, Pater Halík und dann die langjährigen Häftlinge Pater Modr und Pater Zveřina, die dem Erzbischof zur Seite gestanden sind. Und siehe da, durch diese Diskussion, durch diese Zusammenarbeit ist der starke Bauernkern im Erzbischof Tomášek wieder voll erblüht, und er wurde eine wirkliche Kraft des Widerstandes. Damals entwarf auch Pater Halík das zehnjährige Erneuerungsprogramm für die Kirche in Böhmen, und er hat es zustande gebracht, mit Erzbischof Tomášek, Pater Modr und anderen, dass die katholische Kirche tatsächlich, als im Jahre 1989/90 der Umsturz stattfand, wahrscheinlich auf dem Höhepunkt ihres Ansehens seit hundert Jahren war.

Ich gebe zu, leider Gottes hat das nicht angedauert. In weltlichen Dingen und auch in der Kirchenpolitik ist die Kirche durchaus nicht irrtumsfrei. Da gilt das Zweite Vatikanum nicht, und es sind damals bedauerlicherweise einige Fehlentscheidungen passiert, die wiederum die Glaubwürdigkeit der Kirche, die, wie ich mich selber erinnern kann, 1988, 1989, 1990 am Höhepunkt war, leider wieder schrumpfen ließ.

V.

Nach 1989 konnte Pater Halík dann eine reguläre Laufbahn als Universitätsprofessor einschlagen. Auch da ist er, wie üblich, da er doch, wie gesagt, vom kritischen Geiste geprägt ist, öfter mit

diversen Autoritäten nicht nur des Staates, sondern auch der Heiligen Kirche, in Konflikt geraten. Gott sei Dank, kann ich nur sagen, denn gerade für die Fragen, die er gestellt hat, war wesentlich, dass sie gestellt wurden. Manche bleiben bis zum heutigen Tage bedauerlicherweise unbeantwortet, aber sie müssen zumindest gestellt werden. Er wurde auch, eben in der Kirche St. Salvator, Studentenseelsorger, mit einem, wie ich Ihnen vorher geschildert habe, unfassbaren Erfolg. Daneben baute er die Christliche Akademie auf, das bedeutendste Institut in der akademischen, gebildeten Welt, das den Kirchen in der Tschechischen Republik zur Verfügung steht und das heute, denke ich, sehr weit auch in den Provinzstädten und kleineren Orten verbreitet ist. Ohne diese Akademie wären zweifellos das katholische, aber auch überhaupt das christliche Leben, der innerchristliche Dialog sehr stumm gewesen.

Er ergriff aber noch eine ganz andere Gelegenheit, die sich damals bot. Pater Halík hat sich der ökumenischen Diskussion zugewandt. Aber im Unterschied zu manchen, die ich gekannt habe, die das mehr im Äußerlichen gesehen haben, hat er sich zutiefst mit den anderen Religionen beschäftigt, mit überhaupt ganz anderen Formen religiösen Denkens wie dem des Buddhismus. Er hat auch eine hervorragende Eigenschaft, dass er sich nämlich jedes Jahr für vier Wochen zurückzieht, meditiert, nachdenkt. Manchmal wird dabei ein Buch geschrieben; das steht dann dafür, es zu lesen. Jetzt erscheinen, Gott sei Dank, seine Bücher auch in Deutsch. Aber wenn man einmal die Freude gehabt hat, etwa beim Forum 2000 die Freundschaft und den Dialog zwischen Pater Halík und dem Dalai Lama zu erleben, oder wie ihn bedeutende Gelehrte von der Al-Azhar Universität in Kairo begrüßen, dann weiß man, dass seine Wirkung weit über den böhmischen Rahmen hinausgeht.

Manche Kritiker, die seine Bücher gelesen haben, haben ihn mit anderen Größen der katholischen Literatur und Diskussion verglichen, sei es mit meinem geliebten G. K. Chesterton, der für das geistige Leben in der katholischen Kirche in der Tschechischen Republik eine ziemlich bedeutende Rolle gespielt hat, abgesehen von den großen Franzosen der katholischen Literatur Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts, und von C.S. Lewis. Ich finde, wenn ich Pater Halík und seine Wirkung beobachte, dass man ihn mit jemand vergleichen kann, der jetzt endlich selbigerprochen wurde: mit Kardinal Newman. Er war auch jemand, der nicht im engsten katholischen Milieu aufgewachsen ist, der seinen Weg zur katholischen Kirche selbstständig gefunden hat, der auch ein tiefes Verständnis und eine große Freude an der katholischen Liturgie hatte, der aber zugleich stets kritisch zu seiner Kirche gestanden ist und sich nicht den Mund verschließen ließ. Kardinal Newman war ein äußerst kritischer Geist gegenüber seiner eigenen Kirche, der er mit Begeisterung diente; auch diese Eigenschaft teilt Pater Halík mit ihm.

Ich kann ihm heute zum Romano Guardini Preis gratulieren. Wenn man, wie gesagt, die Freude gehabt hat, beider Predigten zu hören, dann weiß man, sieht man auch das Gemeinsame an beiden. Ich hoffe, dass ihm immer beides erhalten bleibt: seine große Wirkung auf die studierende Jugend und auf die Öffentlichkeit in der Tschechischen Republik, und zugleich der kritische Geist, den wir ja gerade unter uns Katholiken manchmal dringend brauchen. Einen liebenden kritischen Geist; nicht den zerstörerischen, sondern den liebenden christlichen Geist, den brauchen wir wirklich. □

Grußwort

Staatsminister Ludwig Spaenle

Ich freue mich, anlässlich der Verleihung des „Romano Guardini Preises 2010“ hier bei Ihnen zu sein, und überbringe Ihnen die herzlichen Grüße von Ministerpräsident Horst Seehofer und der gesamten Bayerischen Staatsregierung!

Lassen Sie mich zu Beginn eine kurze Parabel erzählen: Drei Männer sind auf dem Weg in das Kloster, in dem sie seinerzeit in das geistliche Leben eingeführt worden sind. Jeder von ihnen möchte seinem ehemaligen Lehrer zum Neujahrstag ein Geschenk überbringen. Die drei sprechen über ihre jeweiligen Lehrer und sind erstaunt, welche unterschiedlichen Persönlichkeiten diese verkörpern: Der eine hatte einen Mann der Ordnung kennengelernt, der ihn gelehrt hatte, dass ohne Logik und Struktur kein geistliches Leben möglich sei. Der zweite dagegen hatte von seinem Lehrer Spontaneität und Freiheitswillen gelernt, ohne die man sich dem Leben kaum stellen könne. Und der dritte war einem schweigenden Mönch begegnet, der das Schweigen, die Stille für den Königsweg zur Weisheit hielt. Als die Männer beim Kloster ankamen und ihre Lehrer wiedersehen, sind sie voll Erstaunen darüber, dass es sich bei allen Lehrern um einen und denselben Mann handelt, alle drei hatten denselben Lehrer!

Ich erzähle Ihnen diese Parabel, weil der vor Kurzem verstorbene Pater Josef Sudbrack diese einmal auf Romano Guardini, den Namensgeber des heute zu verleihenden Preises, angewandt hat. Denn auch dieser war ein Mensch mit vielen Facetten, der logische Klarheit, Spontaneität, aber auch das Schweigen können in sich vereinte. Als Religionsphilosoph, Theologe, Literaturinterpret und Pädagoge wirkte er in ganz unterschiedlichen Kontexten und erwies sich dabei stets als kritischer Beobachter seiner Zeit. Er verstand sich aber immer auch als Mittler zwischen den verschiedenen Disziplinen, Religionen, Konfessionen oder politischen Gruppierungen. Sein Motto dabei lautete: „Man soll die Wahrheit so sprechen, dass sie nicht zerstört, sondern aufbaut.“ Das heißt mit anderen Worten: Kritik ja, Angriff oder Verletzung des Gegenüber nein.

Ich meine: Eine solche Einstellung ist unabdingbar, wenn man in einen konstruktiven Dialog treten will. Es hilft



Dr. Ludwig Spaenle, Bayerischer Staatsminister für Unterricht und Kultus

nichts, wenn man Wahrheiten nicht ausspricht. Dann wird die Gesellschaft sich nicht weiterentwickeln und auf der Stelle treten. Und die Menschen fühlen sich nicht ernst genommen. Sie wollen eine ehrliche Rückmeldung und sie wollen auch unbequeme Wahrheiten ausgesprochen wissen – das zeigt die aktuell wieder aufgeflamte Integrationsdebatte. Man darf jedoch diese Wahrheiten nicht in zerstörerischer Weise einsetzen – wie es jüngst Thilo Sarrazin getan hat. Die Wahrheit soll konstruktiv formuliert sein und zu einer Verbesserung der Situation führen. Sie darf keineswegs Menschen pauschal diffamieren oder gegeneinander aufhetzen.

Romano Guardini hat das vorgelebt, und wir können gerade heute viel von ihm lernen. Freilich passieren Fehler, der Mensch ist nun einmal fehlbar. Aber auch das hat Guardini gewusst. Er sagte: „Gott verlangt nicht, dass wir nie schwach werden, sondern dass wir mit gutem Willen stets wieder neu anfangen.“ Ich meine: Dessen sollten wir uns bei allem, was wir tun, bewusst sein.

Sehr geehrter Herr Prof. Halík, dass Sie heute den Romano Guardini Preis



Fragen zum Verhältnis von Kirche und Staat wurden auch diskutiert: Prälat Dr. Lorenz Wolf, Leiter des Katholischen Büros Bayern, Staatsminister Ludwig Spaenle und Erzbischof Marx.

2010 erhalten, ist nach all dem, was ich über Romano Guardini gesagt habe, in meinen Augen nur folgerichtig. Denn auch Sie sind eine Persönlichkeit des Dialogs: Auch Sie haben die Verständigung zwischen Religionen, Kulturen und Völkern zum Hauptanliegen Ihrer Tätigkeit gemacht. Ihre bitteren Erfahrungen staatlicher Repression und Willkür konnten Sie davon nicht abhalten – im Gegenteil: Vielleicht waren diese es, die Sie von der Notwendigkeit des Dialogs noch umso mehr überzeugt haben. Auch Sie treten als messerscharfer Analytiker der Gegenwart auf, der unbequeme Wahrheiten laut ausspricht. So sagten Sie vor Jahren einmal in einer tschechischen Tageszeitung, für die einen bedeute Weihnachten „nur noch Konsumorgien“, für andere sei es „eine Generalprobe zur Saufparty in der Silvesternacht“. Auch das sicherlich keine bequeme Wahrheit – aber eine Wahrheit, der man sich stellen muss.

Bei aller Klarheit und Offenheit sind Sie aber immer ein Mann der Versöhnung gewesen. Als es nicht anders möglich war – in der Tschechoslowakei der 70er und 80er Jahre –, studierten Sie im Untergrund Theologie, organisierten geheime Seminare und ließen sich auch im Geheimen zum Priester weihen. Das waren weiß Gott keine positiven Erfahrungen, die Sie mit Politik und Staatsmacht – gezwungenermaßen – sammeln mussten! Sie haben sich aber in der Folge keineswegs von der Politik abgewandt: Als externer Berater des tschechischen Staatspräsidenten Václav Havel haben Sie sich aktiv für die Politik engagiert. Und auch die sensible Frage der Aussöhnung zwischen Tschechen und Deutschen oder die europäische Einigung waren und sind Ihnen ein großes Anliegen.

Verehrter Herr Prof. Halik, auch in Fragen des Glaubens verkörpern Sie diese klare Haltung, jedoch im vollen Bewusstsein der eigenen menschlichen Grenzen: Sie haben Ihre Katholizität niemals geleugnet, auch unter den schwierigsten äußeren Bedingungen während der kommunistischen Zeit Ihres Landes nicht, sondern sind unbeirrbar den Weg des Glaubens weitergegangen. Sie waren sich aber immer auch der Herausforderungen bewusst, vor die einen der eigene Glaube stellt. In einem Vortrag haben Sie einmal gesagt, Sie „fürchten sich vor Menschen mit einer unerschütterlichen Überzeugung, sowohl in der Religion, als auch in der Politik“. In diesem Zusammenhang haben Sie Glaube und Zweifel als „zwei Schwestern“ bezeichnet, „die sich gegenseitig brauchen, korrigieren und ergänzen“. Ich muss zugeben: Das hat mich sehr beeindruckt und mir – als Politiker wie auch als gläubigem Christen – durchaus zu denken gegeben.

Die Katholische Akademie Bayern hat in Professor Tomás Halik einen würdigen Preisträger des Romano Guardini Preises 2010 gefunden, der sich nun unter Persönlichkeiten einreihet wie Werner Heisenberg oder Richard von Weizsäcker, die diese Auszeichnung ebenfalls erhalten haben. Ich gratuliere Ihnen, verehrter Herr Prof. Halik, sehr herzlich zu dieser verdienten Auszeichnung und Würdigung Ihres lebenslangen Bemühens um Frieden und Versöhnung!

Der katholischen Akademie und allen Verantwortlichen danke ich sehr für die Einladung zum heutigen Festakt. Ich wünsche mir, dass es noch viele Menschen wie Romano Guardini oder Prof. Tomás Halik geben möge, die sich aus voller Überzeugung für die gute Sache einsetzen, dabei aber dennoch folgenden Satz Guardinis beherzigen: „Die leisen Kräfte sind es, die das Leben tragen.“ □

Schlusswort

Erzbischof Reinhard Marx

Eminenz, Exzellenzen, Fürst Schwarzenberg, Herr Minister, verehrter, lieber Herr Professor Halik! Meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich glaube, wir dürfen am Ende dieser Veranstaltung sagen, wir haben eine große Stunde der Akademie erlebt, und wir dürfen froh sein, dass die Akademie da ist und den Romano Guardini Preis vor vielen Jahren eingeführt hat, um Menschen zu ehren, die unseren Weg geistig begleiten können und weiterführende Gedanken aus dem Geist Guardinis in die aktuelle Situation hinein sagen.

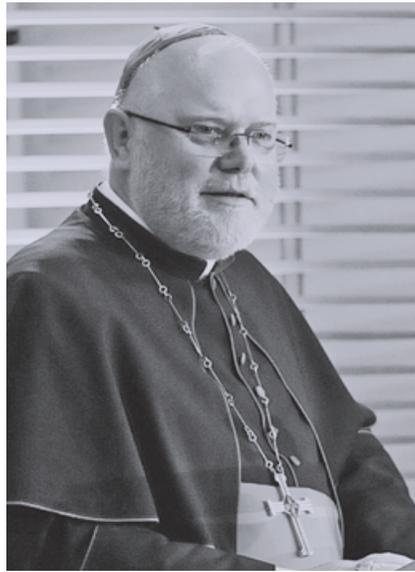
Mir kam schon bei der Begrüßung der Gedanke – herzlichen Dank, Herr Direktor – an die Situation, als der Friedenspreis des Deutschen Buchhandels an Václav Havel verliehen wurde. Und ich weiß, wie begeistert ich war über diese Rede von Václav Havel, die Maximilian Schell vorgetragen hat. Ich habe sie immer wieder nachgelesen, „Ein Wort über das Wort“: Was man mit Worten machen kann, dass man mit Worten erschlagen und töten kann, aber dass Worte auch eine Faszination haben. In seiner Rede hat er auch das Wort Freiheit, glaube ich, aufgeführt.

Diese Verbindung von Freiheit, Vernunft, Gewissen und Glaube ist wahrhaft katholisch; das Miteinander dieser vier, und nicht das Gegeneinander.

Und die Assoziationen, als Fürst Schwarzenberg die Lebensgeschichte des Preisträgers erzählte: Ich kann mich an die Begegnung mit dem Erzbischof und Kardinal Tomášek erinnern; da war ich ja noch jung, 20 Jahre ist das her, direkt nach der Wende. Wir haben ihn mit einer kleinen Gruppe besucht, und er hat uns von dieser Wendezeit erzählt.

Ich habe das später – das sei vielleicht als kleine Klammerbemerkung, als lustige, aber wahre Anekdote eingefügt – Außenminister Genscher erzählt. Bei einem Zusammentreffen in Dortmund haben wir abends miteinander gesprochen, und ich habe ihm gesagt: „Herr Minister, ich bin Ihnen sehr dankbar als katholischer Priester, dass Sie immer wieder, wenn Sie in Prag waren, Kardinal Tomášek besucht haben.“ Er hat darauf bestanden, immer, wenn er dort war, den Kardinal zu besuchen, obwohl das Haus natürlich vollständig verwandt war und unter dem genauen Auge der Staatssicherheit stand. „Ja“, sagte er mir, „Herr Dr. Marx, ich kann Ihnen auch die Geschichte meiner ersten Begegnung mit Kardinal Tomášek erzählen. Ich habe ihn besucht; er hat mich in seinem Büro empfangen, und ich habe ihn gefragt: ‚Eminenz, können wir hier frei sprechen?‘ Und er sagte: ‚Selbstverständlich, und schüttelte gleichzeitig den Kopf ... Da sind wir in den Garten gegangen.“

Das sind Assoziationen, die bei der Lebensgeschichte von Prof. Dr. Tomáš Halik aufleuchten. Eine unglaubliche und großartige Lebensgeschichte, ein Zeugnis, das aber auch über diese besondere Zeit des Kommunismus hinaus-



Dr. Reinhard Marx, Erzbischof von München und Freising

geht. Das Wort von Peter Rühmkorf fiel mir beim Hören ein: „Bleib erschütterbar und widersteh“. Beides gehört zusammen. Sich von den Ereignissen, von dem, was in einer Gesellschaft da ist, ansprechen, berühren, verwunden und erschüttern zu lassen: Das wird in Ihren Worten auch deutlich, dass Sie das tun, dass Sie die moderne Welt und damals auch die Situation der Unfreiheit wirklich gespürt haben, leiblich gespürt haben sozusagen, dass Sie verwundbar waren, aber widerstanden haben. Das brauchen wir auch heute, ein Zeugnis, verwundbar, erschütterbar zu sein von dem, was uns heute herausfordert, aber auch, zu widerstehen, in Treue etwas auszuhalten.

Mir scheint das eine sehr wichtige Aufgabe zu sein, und wie Sie es dargestellt haben in Ihrem Wort, da wird etwas deutlich von unserem Auftrag. Ich nehme das auch ganz persönlich, und ich denke, die anwesenden Bischöfe tun das auch, als einen Auftrag an uns, natürlich an die ganze Kirche. Sind wir der Raum eines solchen Menschenbildes? Es ist ja eine in gewisser Weise schillernde Erzählung – Sie haben darauf hingewiesen: die Erschaffung des Menschen, wo auf der einen Seite das nur in der Bibel, in der biblischen Tradition vorfindliche Wort gesagt wird: „Als Mann und Frau schuf er sie, als sein Bild und Gleichnis schuf er ihn.“ Das gibt es nur in der biblischen Überlieferung. Gleichzeitig verraten sie diese Berufung, indem sie sein wollen wie Gott. Sie sind aber ein wenig wie er! Sie sind sein Bild. Aber genau diese Gratwanderung im Blick zu behalten, darauf kommt es an: Was ist die Berufung des Menschen?

In der Diskussion um die Europäische Verfassung, den Verfassungsentwurf, ging es ja darum, ob Gott in der Präambel vorkommen soll. Viele haben gesagt, auch aus den kirchlichen Kreisen: Wenn Gott nicht vorkommt, dann ist das ganze Projekt Europa gefährdet. Ich habe dann einmal vorgeschlagen, man könnte in die Präambel auch hineinschreiben: „Wir sind nicht Gott“.

Das würde reichen; also nicht zuviel, aber das wäre schon etwas. Das geht in Ihre Ausführung hinein, deutlich zu machen, dass Gott uns nicht klein macht, sondern die Grenze zwischen Gott und Mensch einen Freiheitsraum eröffnet. Immer wieder versuche ich das auch in meiner Verkündigung zu sagen. „Ubi spiritus Dei, ibi libertas“ ist ja mein Wahlspruch, wie Sie wissen, „Wo der Geist des Herrn ist, da ist Freiheit“. Wie kann es sein, dass die Kirche den Eindruck vermittelt, sie sei Advokatin der Unfreiheit, Advokatin der Unvernunft? Das ist undenkbar und inakzeptabel.

Wenn man die Schriften Joseph Ratzingers sieht – ich danke Ihnen, dass Sie auch darauf hingewiesen haben –, oder Guardinis oder Chestertons oder Newmans, die Großen, die heute genannt wurden, die ich alle verehere und deren Schriften ich für mein Leben immer wieder zu Rate ziehe –, dann ist da ein Bild von Kirche, das für die Zukunft von entscheidender Bedeutung ist. Keine Kirche der Angst, sondern eine Kirche der Zuversicht. Nicht, weil wir diese Zuversicht aus uns heraus produzieren, sondern weil wir einen Gott verkünden, der an den Menschen „glaubt“, der sich in irgendeiner Weise, wir wissen nicht warum, in den Menschen verliebt hat und ihn will. Dazu gehört die Freiheit. Ihre Ermutigung in dem, was Sie gesagt haben, ist eigentlich eine Ermutigung zur Freiheit; zur Freiheit, die sich in der Liebe vollendet. Das ist die biblische Botschaft.

Diese Verbindung von Freiheit, Vernunft, Gewissen und Glaube, ist wahrhaft katholisch; das Miteinander dieser vier, und nicht das Gegeneinander. Deswegen müssen wir ja auch für die Zukunft unseres Glaubens arbeiten und dafür einstehen, dass niemand auf den Gedanken kommt, oder möglichst wenige auf den Gedanken kommen, zu sagen, das seien Gegensätze, die passten nicht zusammen. Der Glaube an Christus führt in die wahren Möglichkeiten des Menschseins. Das ist auch die Theologie von Joseph Ratzinger, wenn man seine Bücher liest, und das ist etwas, was Sie eigentlich noch einmal mit Ihren Worten auch angesichts der großen Frage, wie wir heute von Gott reden können, gesagt haben.

Es gab vor Jahren, das war noch in der Zeit vor der Wende, das kleine Büchlein von Tatjana Goritschewa, „Von Gott zu reden ist gefährlich“. Das stimmt generell, und deswegen ist es für die Kirche auch wichtig, sorgsam mit dem Wort „Gott“ umzugehen, sorgsam, sorgfältig, ehrfürchtig. Und ihn nicht zu benutzen, sondern ihn im Raum der Kirche sprechen zu lassen, ihn zur Sprache zu bringen, den Gott, von dem Tomáš Halik gesprochen hat in großartiger Weise. Dafür brauchen wir Menschen wie ihn. Als Wegbegleiter, als Vordenker, als Kritiker. Möge er uns noch lange ein Inspirator sein. Danke! □

Für die Drucklegung wurde das Referat geringfügig überarbeitet, der Stil der freien Rede aber beibehalten.

Akademie im Fernsehen

Die Akademieveranstaltung „Leistungsfähiger dank Pillen? Zur Diskussion um Neuro-Enhancement“ wird im Fernsehen dokumentiert. In der Teleakademie des SWR-Fernsehens ist die Kooperationsveranstaltung zwischen Katholischer Akademie und Deutschem Museum, die am 10. Februar 2010 in der Reihe „Wissenschaft für jedermann“ stattgefunden hat, am **Sonntag, 9. Januar 2011, um 8 Uhr** zu sehen. Am **Sonntag, 16. Januar 2011**, wiederholt **3sat** den Beitrag. Frühaufsteher können ihn dort um **6.45 Uhr** sehen.

Der Romano Guardini Preis in den Medien

Die Verleihung des Romano Guardini Preises an Professor Tomáš Halík hat ein lebhaftes Medienecho hervorgerufen. Neben der Aufzeichnung des Ereignisses durch den Bildungskanal BR-alpha, kam es zu Fernsehberichten in der Rundschau des Bayerischen Fernsehens und durch ein Team des Sankt Michaelsbundes für RTL sowie zu Radiobeiträgen in Bayern 2 und Radio Horeb. Auch ein tschechisches Fernseherteam war zur Berichterstattung nach München gereist.

Im Anschluss finden sich kurze Auszüge aus der Berichterstattung in den Printmedien zu Professor Halík, zur Preisverleihung und zum Romano Guardini Preis selbst. Den Artikel von Alexander Kissler im Feuilleton der Süddeutschen Zeitung vom 29. September 2010 dokumentieren wir mit freundlicher Erlaubnis von Autor und Redaktion in seiner Gesamtheit.



Die Porträts der Träger des Romano Guardini Preises, wie sie im Foyer des Kardinal-Wendel-Hauses zu sehen sind: Das Foto des aktuellen Preisträgers, Professor Tomáš Halík, hängt in der Mitte.

Süddeutsche Zeitung

Sie hatten ihm eine halbe Münze in die Hand gedrückt, damit er sich ausweisen konnte bei diesem konspirativen Treffen. So stand Tomáš Halík am 21. Oktober 1978 vor dem Bischofshaus in Erfurt: die halbe Münze in der Hand, deren andere Hälfte Bischof Hugo Aufderbeck verwahrte. Am selben Abend wurde Halík, der junge Theologiestudent, im Geheimen zum katholischen Priester geweiht.

Publik Forum

Er ist Soziologe, an der Prager Karlsuniversität hat er den Lehrstuhl des einstigen Staatsgründers Tomáš Masaryk inne. Er ist Schriftsteller, Träger eines der höchsten Literaturpreise seines Landes. Und Tomáš Halík ist katholischer Priester, zurzeit Rektor der Prager Universität. Wäre da nicht der vermeintliche Makel des Priestertums in der säkularisierten Tschechischen Republik, der heute 62-Jährige hätte im Jahr 2003 vielleicht sogar ihr Staatsoberhaupt werden können, als Nachfolger und Wunschkandidat seines Freundes Vaclav Havel.

Würzburger Katholisches Sonntagsblatt

Die katholischen Dissidenten in tschechoslowakischer Haft haben nach den Worten des Theologen Tomáš Halík in den 1950er und 1960er Jahren ähnlich gedacht wie die Väter des Zweiten Vatikanischen Konzils (1962 bis 1965). Sie hätten eine „mehr dialogische, ökumenische und dienende Kirche“ gewollt, sagte Halík vor Journalisten in München. In der Haft hätten die katholischen Theologen auch Kontakt mit Protestanten und Humanisten gehabt, sagte Halík. „Sie verspürten einen spontanen Ökumenismus.“

Münchener Kirchenzeitung

In einer Feierstunde, die am Vorabend des Gedenktages des Heiligen Wenzel stattfand, würdigte Akademiedirektor Florian Schuller den Preisträger als „eine in vielerlei Hinsicht vorbildhafte Persönlichkeit“. Halík, der 1948 in Prag geboren wurde, stand während der kommunistischen Zeit als „Feind des Regimes“ unter ständiger Bewachung. Trotzdem gelang es ihm, im Untergrund katholische Theologie zu studieren. Am 21. Oktober 1978 erhielt er in Erfurt heimlich die Priesterweihe.

Nachrichtenagentur Kathpress

Seine heimliche Priesterweihe empfing Halík 1978 in Erfurt, danach arbeitete der Geistliche in der Untergrundkirche. Er sei der erste geweihte Priester des Pontifikats von Johannes Paul II. gewesen, sagte der Soziologe. Seine Weihe fand am Vorabend der Inthronisation des Papstes statt. Außerdem habe er dem polnischen Papst am Vorabend des Mauerfalls zu einem privaten Abendessen im Vatikan getroffen. Schon damals

habe der Papst mit Blick auf die Fernsehbilder gesagt, dass dies der Untergang des Kommunismus sei.

Nachrichtenagentur dapd

Halík sei ein christlicher Denker aus tiefgründiger, offener Katholizität, heißt es in der Preisbegründung. Es gehe ihm um eine geistige Diagnose der Gegenwart und zugleich als Zeugnis christlichen Glaubens um Hilfe zum Leben für jene Menschen, die in der Unübersichtlichkeit unserer Zeit nach Orientierung suchen.

Christ in der Gegenwart

In seiner sehr persönlich gehaltenen, gefühlsbewegten Laudatio sagte der tschechische Außenminister Karl Fürst zu Schwarzenberg, Halík sei ein Mensch, für den die Wahrheit stärker sei als die Macht. Aufgewachsen im Geist der Liberalität habe er den katholischen Glauben gesucht. Er sei in dieser Weite ein wahrhaft „christlicher Netzwerker“ geworden.

Katholische Nachrichtenagentur

Sich mit dem Establishment anzulegen liegt dem 62-Jährigen. Vorgedachtes wiederzukäuen ist seine Sache nicht. Den Traum von einer christlich geprägten Post-Wende-Gesellschaft hat er nicht mitgeträumt, sondern schon früh als Nostalgie verworfen. Und als sich im ersten Jahrzehnt nach der politischen Wende in der tschechischen Kirche alles um die Fragen von Rückgabe und Entschädigung für enteignete Güter aus vorkommunistischer Zeit zu drehen schien, forderte er längst eine Kirche, die sich mental aus dem Ghetto der Verfolgung löst und ganz neu lernt, mit einer völlig veränderten Gesellschaft ins Gespräch zu kommen.

Bayerische Staatszeitung

Bayerns Kultusminister Ludwig Spaenle (CSU) überbrachte das Grußwort der bayerischen Staatsregierung. Der Außenminister der Tschechischen Republik, Fürst Karl zu Schwarzenberg, hielt die Laudatio auf den Preisträger, der Erzbischof von München und Freising, Reinhard Marx, das Schlusswort. Neben dem tschechischen Botschafter in Deutschland, Rudolf Jindrak, nahmen viele Vertreter des öffentlichen und politischen Lebens in Bayern an der Preisverleihung, zu der Akademiedirektor Florian Schuller eingeladen hatte, teil.

Münchener Merkur

Der Romano Guardini Preis wird seit 1970 alle zwei Jahre in Erinnerung an einen der bedeutendsten katholischen Religionsphilosophen des 20. Jahrhunderts verliehen und ist mit 10 000 Euro dotiert. Geehrt werden Persönlichkeiten, die „hervorragende Verdienste um die Interpretation von Zeit und Welt auf allen Gebieten des geistigen Lebens geleistet haben“.

Macht über die Macht

Das ist Europa: Ein tschechischer Außenminister spricht in vollendetem Deutsch zu einer bayerischen Akademie über das geistige Klima in den „böhmischen Ländern“ vor dem Zweiten Weltkrieg. Ein tschechischer Soziologe, Philosoph, Theologe wird kurz darauf mit dem wichtigsten Preis ausgezeichnet, den die Akademie zu vergeben hat. In der Dankesrede schlägt der Prämierte den Bogen von Romano Guardini zu George Orwell, um über Nietzsche bei Pascal zu landen. Im Publikum applaudieren ihm neben allerlei Geistlichkeit Herzog Franz von Bayern, Mitglieder des Europaparlaments und die Konsuln von Rumänien, Russland, Ungarn, Norwegen.

Der mit 10.000 Euro dotierte „Romano Guardini Preis“, den die „Katholische Akademie in Bayern“ nun in München an Tomáš Halík verlieh, ehrt nicht nur einen engen Mitarbeiter Václav Havels und laut Preisbegründung herausragenden „christlichen Denker aus tiefgründiger, offener Katholizität“. Halíks Leben steht stellvertretend für die Verwerfungen eines geschundenen Kontinents. Halíks Vater, so Außenminister Fürst Karl zu Schwarzenberg in der Laudatio, nannte den 1948 geborenen Sohn nach Tomáš Masaryk, dem Gründer der ersten tschechoslowakischen Republik, die durch das Münchner Abkommen genau zehn Jahre vor Tomáš Halíks Geburt untergegangen war. Damit habe das junge Leben von Beginn an im Zeichen jenes „Geistes der Liberalität“ gestanden, der unter kommunistischer Herrschaft lebensgefährlich wurde. In der Disputation zum Doktor der Philosophie war Halík 1972 mutig genug, ein Bekenntnis abzulegen zu den vertriebenen oppositionellen Professoren und mit Karl Čapek auszurufen, „Wahrheit ist stärker als die Macht“. Damit war seine akademische Laufbahn in der CSSR beendet, ehe sie beginnen konnte.

Kein nur theoretisches Problem ist für Halík der Machtbegriff. Er hat Macht handgreiflich erfahren, als Ungeist und Zurichtung, Eingriff und Lüge. Er hat sich ihr entgegengestellt, indem er in den 1980er Jahren an den „fliegenden Universitäten“ mitwirkte, als ver-

femte Dozenten in Wohnzimmern unterrichteten; er hat sich am Samisdat beteiligt, hat Václav Havel ebenso beraten wie Kardinal Tomášek und die Untergrundkirche. Schon 1978 entschloss er sich zum staatsmachtkritischen Akt par excellence. Er ließ sich in Erfurt geheim zum Priester weihen. Noch heute, da er sowohl Soziologie lehrt an der Prager Karlsuniversität als auch die Universitätskirche „Sankt Salvator“ leitet, gilt den Techniken der Macht sein Augenmerk. Im soeben auf Deutsch erschienenen Buch „Geduld mit Gott. Die Geschichte von Zachäus heute“ plädiert er für den jesuanischen „Geist der Armut“, um „sich nicht einzuordnen unter die Satten, Sicherer und Selbstsicherer, die zufrieden und in sich selbst verschlossen sind.“

In seiner Dankesrede übernahm Halík aus Guardinis kämpferischem Büchlein „Das Ende der Neuzeit“ die Leitfrage: Kann es eine Ethik des Herrschens geben, „in welcher Macht über die Macht ausgeübt wird“? Die Macht, fuhr Halík fort, stellt sich selbst als einzige Realität dar, wie weiland Orwells Großer Bruder, der dem Romanhelden vorhielt, „Sie sind es, der nicht existiert“. Der Große Bruder lebe heute noch, als anonymes „man“, als „der nicht authentisch lebende Jedermann“. Diesem „Kaiser der Lüge“ zu wehren, sei vornehmste Pflicht der Christen, denn Freiheit und damit Machtbegrenzung sei „die eigentliche Biosphäre Gottes“. Deshalb formulierte Halík, der in seinem jüngsten Buch den „alten Atheismus der europäischen Moderne“ gegen den „hochmütigen Atheismus“ neuerer Prägung verteidigt: „Wo Gott für tot erklärt wird, geht es allen möglichen Götzen unheim gut“ – vor allem dem Titan in der eigenen Brust, dem verinnerlichten Großen Bruder, der alles machen will, weil er meint, alles machen zu können.

Nur Liebe, schloss Halík, die sich selbst überschreitet, könne den „Bedrohungen der unkontrollierten Macht“ sich entgegen stellen und so die „Macht über der Macht“ sein. Neu auf die europäische Agenda zu setzen, wäre demnach wohl eine Regierungskunst, die liebend dient, nicht stolz herrscht.

Alexander Kissler



Kameras zeichneten den Festakt für das Fernsehen auf. Auch auf der Homepage der Katholischen Akademie findet sich

ein kurzer Videoclip zur Preisverleihung.

Sozialethischer Arbeitskreis mit Wolfgang Mayrhofer

Wolfgang Mayrhofer, Vorsitzender des Vorstands der Deutschen Lufthansa, ist Chef eines der wichtigsten Unternehmen in Deutschland und leitet einen Konzern, der weltweit tätig ist und sich mannigfaltigen Herausforderungen stellen muss. Der Mann aus der Wirtschaft war am Dienstag, 28. September 2010, bei einem Fach-

forum Sozialethik zu Gast in der Katholischen Akademie und stellte seinen Vortrag unter den Titel „Luft-hansa. Ein Weltkonzern zwischen wirtschaftlichen Notwendigkeiten und ethischen Anforderungen“. „zur Debatte“ dokumentiert das überarbeitete Referat.

Lufthansa. Ein Weltkonzern zwischen wirtschaftlichen Notwendigkeiten und ethischen Anforderungen

Wolfgang Mayrhofer

I.

Mein Thema ist die verantwortungsvolle Unternehmensführung in dem Industrie-Umfeld, in das wir eingebettet sind. Es geht um die Frage, wie ein Unternehmen, wenn es sich global aufstellt, zu den ethischen Prinzipien und zur unternehmerischen Verantwortung steht, und wie das Spannungsfeld zwischen Gewinnstreben einerseits und Gemeinwohl und sozialer Verantwortung andererseits überbrückt werden kann. Ich tue das aus langjähriger Erfahrung heraus. Beginnend als junger Ingenieur habe ich über alle hierarchischen Stufen hinweg erlebt, wie ein Unternehmen sich verändert und bewegt.

Ich kann im Nachhinein sagen, dass auch in der Frage der Wahrnehmung – ob als einfacher Mitarbeiter oder als Vorstand – keine Veränderung stattgefunden hat. Das Unternehmen, das ich vom ersten Tag bis heute kennengelernt habe, hat immer versucht, eine Basis herzustellen, die eine Abwägung wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Verantwortlichkeiten erlaubte. Deshalb ist meine lange Zugehörigkeit zum Unternehmen auch kein Ausnahmefall. Es ist eine Tatsache, dass wir nur 1 % unserer Mitarbeiter während ihres Berufslebens verlieren. Ich glaube, das ist auch Beweis dafür, dass man in diesem Unternehmen nicht nur etwas Sinnvolles tut, sondern dass die Art und Weise, wie es vonstatten geht, sehr positiv gesehen wird.

Ich möchte allerdings erst einmal ein bisschen in die Luftverkehrsbranche einführen und dann die Usancen unseres Unternehmens herausstellen. Ich glaube, das Fliegen war sicherlich von Anfang an ein Menschheitstraum, und wenn man an die Pioniere denkt, wenn man sieht, mit welchem Engagement und welcher Phantasie Menschen versucht haben, „airborne“ zu werden, also in die Luft zu gehen, so ist das phantastisch.

Für uns begann dieses Zeitalter vor 106 Jahren mit den Gebrütern Wright



Wolfgang Mayrhofer, Vorsitzender des Vorstands der Deutschen Lufthansa, Frankfurt am Main

und dem ersten Motorflug, der im Übrigen fast hier in diesem Raum hätte stattfinden können. Es waren nämlich nur 36 Meter, eineinhalb Meter Flughöhe und zwölf Sekunden Flugzeit. Seit her sind enorme Fortschritte passiert. Wenn Sie sich überlegen, dass heute 2,5 Milliarden Menschen jährlich fliegen, jede Sekunde irgendwo auf der Welt ein Flugzeug abhebt oder mit welcher Präzision man heute zwölf Stunden und noch länger über die Ozeane fliegt, dann weiß man, auch bei den Sicherheitsstandards, welche Entwicklung hinter uns liegt.

Aber das ist nur das eine. Man muss sich auch fragen: Wie hat diese technische Entwicklung auf die Gesellschaft gewirkt? Ich glaube festhalten zu dürfen, dass wir die heutige Welt mit ihrer heutigen Wirtschaftsordnung stützen, dass wir das Grundbedürfnis der Menschen nach Mobilität befriedigen

können. Wir schaffen Werte, wir helfen, den Lebensstandard zu sichern.

Luftfahrt ist eine Wachstumsbranche, und wenn Sie berücksichtigen, dass heute die Vereinigten Staaten und Europa zusammen nur etwa 15 % der Weltbevölkerung aufweisen, aber mehr als 70 % des Weltluftverkehrs abwickeln, dann können Sie sich ausmalen, in welchem „Frühstadium“ die Mobilität in der Luft heute erst ist. Es gibt große Nationen, denken Sie an China, in denen der Flugzeugbestand heute etwa dem von Deutschland, Österreich und der Schweiz zusammen entspricht. In China leben aber deutlich mehr als eine Milliarde Menschen. Da kann man sich ausrechnen, was noch passieren wird.

Die Frage, die wir uns zu stellen haben, ist dementsprechend: Was bedeutet dies für die Umwelt? Was bedeutet es für die Entwicklung unserer Branche? Was ist zu tun, um sicherzustellen, dass Luftverkehr den Zweck, den er heute erfüllt, auch noch in 20 oder 30 Jahren erfüllen kann?

II.

Wenn Sie mir erlauben, möchte ich zwei oder drei Ausführungen zum Unternehmen machen, damit Sie es besser in die Gesamtsituation einordnen können. Lufthansa ist ein Spätstarter. Wir sind zwar sehr früh gegründet worden, aber dann durften wir wegen der Kriegswirren lange nicht fliegen; erst seit 55 Jahren fliegen wir wieder. Von einem kleinen Staatsunternehmen, das seinen Standort in Deutschland, seinen Heimatmarkt in Deutschland und seinen Wachstumsmarkt in Deutschland gesehen hat, haben wir uns in diesen 55 Jahren zu einem Unternehmenskonzern entwickelt, der im Grunde zwei wesentliche Säulen hat, nämlich Passagierverkehr und Frachtverkehr zu organisieren, also Mobilität, gleichzeitig aber Service für diese Mobilität zu leisten, also Technik, Catering-Betrieb, IT-Services und ähnliches.

Wenn Sie einen Tag bei Lufthansa durchlaufen, dann sind die etwa 117.000 Menschen, die weltweit für den Konzern arbeiten, wovon 70.000 in Deutschland zuhause sind und knapp 50.000 außerhalb Deutschlands, im Bereich der Passage für etwa knapp 200.000 Gäste verantwortlich, die sich täglich für uns entscheiden. Das heißt, während ich hier spreche, startet alle 24 Sekunden irgendwo auf der Welt ein Luftverkehrsfahrzeug unseres Unternehmens, was uns in der Frage Verantwortung für die Sicherheit natürlich ein großes Gewicht auf die Schultern legt. Wir transportieren täglich fünf Tonnen Fracht, hochwertigste Güter. 40 % der Werte werden weltweit heute schon mit der Luftfahrt transportiert. Das ist für den Wirtschaftsstandort Deutschland als Exportvizeweltmeister von hoher Bedeutung.

Catering ist etwas, was wir entwickelt haben; heute werden eine Million Essen pro Tag von uns auf der Erde produziert, an mehr Flughäfen, als solche an denen wir mit Flugzeugen präsent sind.

Die Lufthansa-Technik ist nicht nur ein Instandhaltungsbetrieb, sondern ein Entwicklungsbetrieb und bietet uns auf der einen Seite durch die Werterhaltung unserer Flugzeuge wirtschaftliche Vorteile, entwickelt aber auch Neues, um Flugzeuge besser, sicherer und wirtschaftlich zu machen. Sie ist als Weltmarktführer mit etwa 26.000 Mitarbeitern auf allen Kontinenten unterwegs. Das Entwicklungszentrum ist in Deutschland, ebenso das Diagnosezentrum, von dem aus wir über Satelliten sekundlich mit unseren Flugzeugen in Verbindung sind.

Diese Forschungs- und Entwicklungs-

arbeiten leisten wir hier und rollen sie in die ganze Welt aus. Natürlich sind wir als ein Unternehmen, das ständig nicht nur wissen muss, wo die Flugzeuge und die Teile sind, sondern auch wo das Gepäck unserer Passagiere ist, das wir hoffentlich nicht verlieren, ein IT-getriebenes Haus. Deswegen sind wir Weltmarktführer in diesem Bereich, und alle diese Geschäfte, die ich jetzt erwähnt habe, haben nicht nur den Auftrag, dafür zu sorgen, dass wir Luftverkehr umweltverträglicher, wirtschaftlicher und besser machen, sondern sie haben auch den Auftrag, dafür zu sorgen, dass wir über Innovationen Geschäfte entwickeln können.

III.

Ich hatte vorhin gesagt, dass wir am Anfang Deutschland als unseren Standort, Wachstumsmarkt und Heimatmarkt gesehen haben. Wenn ich das heute definieren muss, dann ist unser Standort Deutschland, unser Heimatmarkt Europa, und unser Wachstumsmarkt ist die Welt. Sie können das an dem Umstand ablesen, dass Lufthansa sich zwar als Botschafter Deutschlands in der Welt versteht, aber nur noch 35 % unserer Kunden an Bord deutsche Kunden sind. Das heißt, wir spüren dadurch noch eine ganz andere Verantwortung für den Standort, weil wir das internationale Geschäft über Deutschland abwickeln.

Für uns begann dieses Zeitalter vor 106 Jahren mit den Gebrütern Wright und dem ersten Motorflug, der im Übrigen fast hier in diesem Raum hätte stattfinden können.

Ich sage unseren Mitarbeitern immer: Ihr seid nicht nur dafür verantwortlich, dass wir sicher fliegen; Ihr seid nicht nur dafür verantwortlich, dass wir Arbeitsplätze absichern, dass wir unsere Kunden und unsere Aktionäre bedienen; Ihr seid als Visitenkarte nach draußen dafür verantwortlich, dass Lufthansa ein positiver Image-Träger für Deutschland ist; Ihr seid vor allem auch dafür verantwortlich, dass durch unsere Tätigkeit am Standort Deutschland viermal mehr Menschen Arbeit haben, als bei Lufthansa angestellt sind.

Nun denke ich, dass nachhaltiger Unternehmenserfolg natürlich erfolgreicher Wirtschaften als Grundvoraussetzung hat. Es ist auch in diesem Kreis unstrittig, dass Unternehmensgewinne nicht nur betriebswirtschaftlich erforderlich sind, sondern auch eine hohe sozialethische Bedeutung haben. Warum? Weil das für uns die Basis ist, um vorhandene Arbeitsplätze zu sichern, um in Bildung zu investieren, in Equipment und in ökologischen Fortschritt, und weil das eben auch die Basis ist, Steuern bezahlen zu können, die der Staat für andere Belange hier in unserer Region braucht.

Deswegen ist es wichtig, dass diese Erkenntnis in die Frage eingebettet wird: Wie viel Profit darf es denn sein? Mir wurde 2001, als ich berufen wurde, die Airline zu führen, erst klar, dass wir in einem vernünftigen Jahr zwischen 5 und 7 Euro pro Passagier Ergebnis in der Kasse haben. Das ist ein Trinkgeld. Dieser Gewinn ist natürlich ist eine Durchschnittszahl, die zwischen dem Ergebnis für einen Flug von Hamburg nach Frankfurt oder München und einem First Class Ticket nach Tokio liegt. Alles in toto liefert nicht mehr an Ergebnis ab als diese kleine Marge!

Als ich damals meinen Controller gefragt habe – ich verstand viel vom Flugzeug, von der Technik usw., aber die wirtschaftliche Dimension war mir nicht bewusst: „Wie funktioniert eigentlich der wirtschaftliche Teil einer Airline? Was ist ein vernünftiges Ergebnis, das unser Unternehmen abliefern muss?“, da hat er geantwortet: Eine Milliarde Euro. Wir hatten damals 240 Millionen Euro Gewinn gemacht. Dann habe ich gesagt: Sie meinen viermal mehr, als wir jetzt schon haben, und darauf sind wir eigentlich einigermaßen stolz? Er sagte, ja, und hat mir die Ausschläge gezeigt.

Da habe ich gesagt: Ich möchte jetzt einmal wissen, wenn wir eine Milliarde Gewinn haben, was im Umfeld, im eigenen Haus passieren müsste, um diese angepeilte Milliarde auf Null zu stellen. Um es präzise zu machen: Sagen Sie mir, wie viele Passagiere müssten in unserem Flugzeug fehlen? Welchen Preisnachlass müsste der Verkauf machen, und wie viel Prozent Kostenabweichungen dürfte denn da sein, um keinen Ertrag mehr zu haben?

Als er dann einen Tag später wiederkam mit der Nachricht, es reichen drei Passagiere weniger im Flugzeug, 2 % Kostenabweichung und 5 Euro pro Ticket Preisnachlass, um von einer Milliarde Euro Gewinn auf Null zu kommen, war ich mir, ehrlich gesagt, nicht mehr ganz so sicher, ob ich eine richtige Entscheidung getroffen habe, als ich dieses Amt annahm. Zumal er auch gesagt hat: Wir merken das nicht so schnell, ob in einer Boeing 737 drei Passagiere fehlen, und bei den Treibstoffpreis-Veränderungen wissen wir auch, wie schnell wir einmal 2 % in den Kosten danebenliegen. Die Frage ist also: wie steuern wir so etwas, um im Markt mitschwimmen zu können? Wie gehen wir gleichzeitig die Risiken ein, die man braucht, um vorne zu sein, aber eben keine Risiken, die das Unternehmen aus der Bahn werfen?

IV.

Dazu gehört erstens eine Portion Vertrauen, dass man in die Mitarbeiter hat, die den Mut haben, die Schwachstellen nicht nur zu erkennen, sondern anzugehen. Zweitens muss man ein Stück Gelassenheit haben in der Frage, wie Märkte sich verändern, aber man muss auch den Kundenwunsch im Voraus erkennen. Drittens muss man – das ist, glaube ich, ganz wichtig – eben auch dafür sorgen, dass eine solide Bilanz im Unternehmen da ist, und zwar nicht nur in Form von Flexibilität bei der Flotte und dem Kapitaleinsatz, sondern auch bei den Menschen im Hause. Und man muss natürlich auch dafür sorgen, dass die Loyalität einigermaßen ausgewogen ist zwischen den Stakeholdern, die das sind: die Öffentlichkeit – die wird meistens ganz zum Schluss erwähnt –, die Aktionäre, die Kunden und die Mitarbeiter.

Wir haben dieses magische Dreieck Mitarbeiter – Kunde – Aktionär schon sehr früh, in den 70er Jahren, aufgestellt und in der internen Diskussion überlegt, wie hier die Balance herzustellen ist. Wir haben dann gemerkt, das reicht nicht; wir müssen die Öffentlichkeit mit dazunehmen, insbesondere dann, wenn Diskussionen stattfinden, die sehr fundamentaler Art sind. Jetzt haben Sie, wenn Sie so wollen, ein Quadrat, und Sie können jetzt auch Parallelverschiebungen oder Rauten daraus machen, je nachdem, in welcher wirtschaftlichen Lage und in welcher Umfeldsituation Sie sind. Mit Sicherheit ist es im Krisenfall etwas anders als in einem Wachstumsstadium. Das ist sozusagen die Kunst in der Unternehmensführung, diese Balance herzustellen, zu kommu-

nizieren und auf Verständnis zu stoßen, wenn Sie an der einen oder anderen Stelle eingreifen.

Ich hatte das Vergnügen, zu einem Zeitpunkt, als wir zwei Kinder hatten – nein, wir hatten schon drei Kinder, Max war gerade geboren – als wir nicht wussten, ob wir im Dezember die Gehälter noch bezahlen können, schon dabei zu sein. Ich war damals als Hauptabteilungsleiter in der dritten Ebene, unter Vorstand und Direktoren, und habe es nicht erahnt, wo wir stehen. Ein Unternehmen zu sanieren, zu privatisieren, nach vorne zu bringen und dann harte Entscheidungen zu treffen in der Frage, was ist zu tun, um mit dem Rest überleben zu können und wieder nach vorne zu kommen – das ist etwas, was ich nicht sehr oft erleben möchte und auch keinem anderen wünsche.

Aber das, was wir damals gemerkt haben, war, dass das Grundverständnis im Konzern – wie lenkt man ein Unternehmen, wie bekommt man diese Interessensbalance hin – gegeben war. Der solidarische Beitrag aller Mitarbeiter auf allen Führungsebenen im Unternehmen, auch der Umstand, wie die Gewerkschaften damit umgegangen sind, war für mich ein Zeichen, welche solide Basis im Konzern da war. Ich führe dies ein Stück weit auch darauf zurück, dass unsere Mitarbeiter mit ihrer Tätigkeit dem Grundbedürfnis nach Mobilität entsprechen: Sie übernehmen Verantwortung, jeder für sich, entweder im Service oder als Pilot, der sagt, ich verhindere einen Unfall, oder als Techniker, der sagt, ich mache das Flugzeug technisch klar, oder in der Küche, die sagt, ich Sorge für das leibliche Wohl, oder als Betrieb insgesamt, der sich zu einem Team verschweißt, wo keiner alleine in der Lage wäre, so ein Unternehmen zu steuern.

Wir wissen, dass wir Kapital brauchen; wir wissen, dass wir vom Aktionär abhängig sind. Wir haben aber, anders als bei der Mitarbeiterschaft und anders als bei den Kunden, bei den Aktionären die sogenannten Shareholder und die Shareputter. Die Shareholder sind diejenigen, die man will, weil sie diese Kombination von Wertschaffen und Wachstum goutieren, und froh sind, wenn das Unternehmen einen Wertzuwachs hat, die auch in Tälern dabei bleiben und die Dividende gern mitnehmen. Der Shareputter ist derjenige, der die Volatilität nutzt, um sich, vornehm ausgedrückt, um sich selbst verdient zu machen. Diese Balance müssen Sie halten, und Sie werden dann feststellen, dass Sie in der Wertschätzung und der Wahrnehmung im eigenen Haus, bei Mitarbeitern und bei Kunden, und auch in der Öffentlichkeit, ein relativ klares Feedback kriegen, und dass Sie bei den Aktionären extrem davon abhängig sind, was „draußen“ passiert und die sich die Frage stellen, wo man schneller Gewinn machen kann.

Die Grundvoraussetzung für ein solches nachhaltiges unternehmerisches Handeln ist aber auch, dass die Führung eines Unternehmens mit sich selbst im Reinen sein muss. Sie können ein Unternehmen nicht führen, wenn Sie nicht mit sich im Reinen sind, mit der Aufgabe, mit dem Druck, der von außen oder von innen kommt. Das Gleiche gilt auch für diejenigen, die als Sozialpartner mit uns um die beste Lösung ringen müssen und die natürlich ihr eigenes Interesse zu vertreten haben. Aber wenn Sie dort auf Menschen stoßen, egal auf welcher Ebene, die die Verantwortung haben, und nicht mit sich im Reinen sind, aus welchen Gründen auch immer, dann wird es extrem schwierig in der Frage: Unternehmenserfolg, ja oder nein?

Es gehört auch dazu, die Balance zwischen Mut haben und Guthaben



Foto: LH

Der Airbus A380 ist das größte Verkehrsflugzeug der Welt und auch die Lufthansa hat natürlich Flugzeuge die-

ses Typs in ihrer Flotte. Einer brachte im Juni die deutsche Fußball-Nationalmannschaft nach Südafrika.

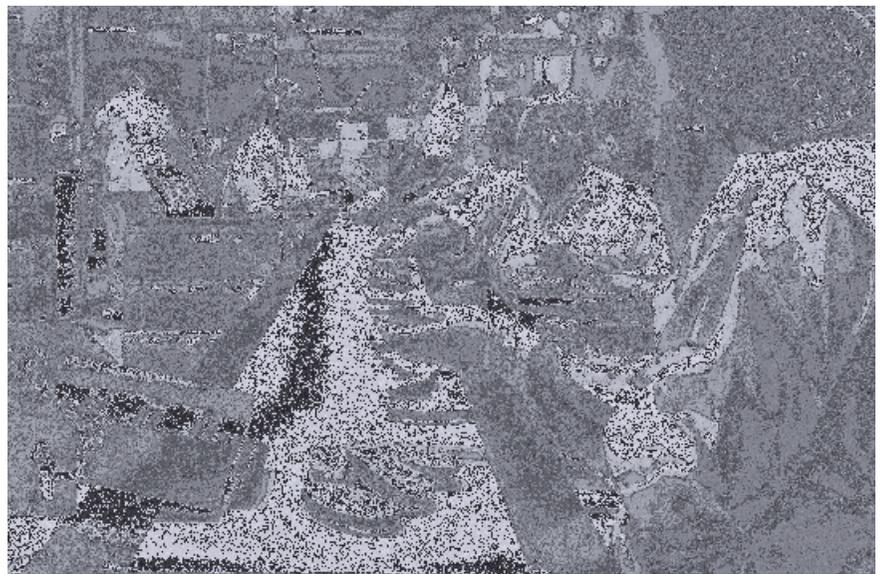


Foto: LH

Engagierte und kompetente Mitarbeiter – hier Angestellte, die im Catering arbeiten – würden nach Mayrhubers Worten den Erfolg des Konzerns fördern und gleichzeitig von ihm profitieren.



Foto: LH

Die Flugzeugtechnik ist ein wichtiger Bereich im Konzern. Mayrhuber sieht darin einen Wachstumsmarkt und eine Quelle ständiger Innovation, ohne die

es keinen technischen Fortschritt und keinen wirtschaftlichen Erfolg gebe, stellte der Lufthansa-Chef fest.



Prof. Dr. Godehard Brüntrup SJ und Vorstandschef Mayrhuber hörten sich gegenseitig zu und fanden im Gespräch zu einer Reihe von Gemeinsamkeiten.



Foto: LH

Die Aufnahme einer Junkers G 38 aus dem Jahr 1933: Das Flugzeug ist nach dem damaligen Reichspräsidenten Hindenburg benannt. Auch auf die posi-

ven und negativen Aspekte der Geschichte der Lufthansa ging der heutige Vorstandschef ein.

wahren. Jeder wird sagen, als Unternehmer ist Mut haben schlechter als Guthaben. Aber wenn Sie keinen Mut haben, Dinge zu testen, zu antizipieren, dann auch vielleicht einmal den einen oder anderen Fehler mitzunehmen und Niederlagen einzugestehen, dann werden Sie relativ schnell statisch. Das kann sich ein Unternehmen unserer Größenordnung heute nicht mehr leisten, und deswegen brauchen Sie Verbündete.

Man braucht, glaube ich, nicht Joseph Schumpeter zu zitieren, der klassische, dynamisches Unternehmertum als „Prozess der schöpferischen Zerstörung“ definiert hat. Das ist eine radikale Aussage, aber es geht wirklich darum, dass die Mitarbeiter selber wissen: Wenn ich heute eine Erfindung mache, die den Motor tausend Stunden länger an Bord hält, dann heißt das, da ist ein bisschen weniger Arbeit für mich da. Zerstöre ich meinen eigenen Arbeitsplatz, oder schaffe ich einen wirtschaftlichen Vorteil, der dazu führt, dass ich darauf vertrauen kann, dass mehr Arbeit hinzukommt? Das finde ich in unserem Hause extrem ausgeprägt. Natürlich sind wir konservativ, weil es immer um Sicherheit geht. Aber zusätzlich müssen wir den Veränderungsprozess beherrschen, und es wird immer investiert, um neue Produkte zu entwickeln.

Wenn die alte Lufthansa in der Lage war, als erste die Air Mail zu erfinden,

dann war die neue Lufthansa diejenige, die dem Worldwide Web, dem Internet, das Fliegen beigebracht hat. Wir sind diejenigen gewesen, die Internet an Bord eingeführt haben.

V.

Vor 30 Jahren wurde Airbus gegründet. Damals hat die ganze Welt über Airbus gelächelt. Der politische Wille in Europa war groß genug, um zu sagen: Lass uns doch hier in Europa Luftfahrt nach unserer Art entwickeln, und Produkte entwickeln, die wir dann sogar weltweit verkaufen können. Eine grandiose Lösung! Diese Frage müssen sich Unternehmer auch stellen: Wo kann denn der Bereich Flugsicherung, Flughäfen oder Airlines in 10 oder 15 Jahren sein? Vorhin sagte ich, wie heute die Verteilung beim weltweiten Passagieraufkommen ist. Daraus wird relativ schnell deutlich, dass die demographischen und wirtschaftlichen Gewichte sich Richtung Asien verschieben, und dass es aber auch im Nahen Osten zum Beispiel klassische strategische Investoren gibt, die sagen, wir wollen Mobilität als Triebfeder für wirtschaftliches Gedeihen einsetzen, mit allen Mitteln, die uns zur Verfügung stehen. Dann muss man sich natürlich auch selbst fragen: Ja, wo werden wir dann noch sein?

Wir merkten, dass wir, wenn wir längerfristig dabei sein wollen, Partner brauchen – über eine Allianzgründung –, und später eine Konsolidierung. Dabei wollten wir keine Konsolidierung betreiben, um andere vom Markt zu nehmen und ganz groß zu sein. Sondern wir wollten die Verantwortung auch für Märkte wie die Schweiz, Österreich oder Belgien übernehmen und die regionalen Chancen nutzen, zum Beispiel im Verkehr aus Wien Richtung Mittlerer Osten, oder aus Belgien nach Afrika. Konsolidierung ist etwas, das im Hause erst einmal Ängste schürt, weil man glaubt, hier gibt es eine Austauschaktion. Ein solcher Prozess muss so gesteuert werden, dass die Mitarbeiter schrittweise herangeführt werden und sehen: Das ist hilfreich für mich.

Ein Beispiel: Als ich als Technik-Chef erkannte, dass wir in Deutschland für eine Flugzeugüberholung mit dem hohen Arbeitseinsatz auf Dauer nicht wettbewerbsfähig sind, gab es nur die Entscheidung, zwischen „langsam Untergehen“ oder „radikal ändern“ und bestimmte Arbeiten zu importieren, aber andere Arbeiten zu exportieren. Es gab damals einen Riesenaufruhr, aber die Mitarbeiter haben relativ schnell erkannt, dass es die richtige strategische Investition war. Heute sind wir mit der Flugzeugüberholung in China präsent. Die Chinesen liefern uns die Hochtechnologieleistungen hierher, so dass wir in Deutschland keinen einzigen Arbeitsplatz abgebaut, sondern Arbeitsplätze aufgebaut haben, aber die Umsätze pro Mitarbeiter vervielfachen konnten. Diese Veränderungsprozesse bedeuten, dass wir andere mitnehmen müssen, und das ist, glaube ich, auch eine Verantwortung, die wir hier zu leisten haben.

Bei allen Stakeholdern ist in den letzten Jahren neu dazugekommen, dass sie nicht nur die Zahlen, Daten und Fakten goutieren, sondern auch die sogenannten weichen Faktoren, also Themen, bei denen Bedürfnisse, Ängste von Menschen oder Chancen, die sie darin auch sehen, bedient werden können.

Heute sind es 70.000 Menschen, für die wir hier am Standort Deutschland Verantwortung tragen; und 50.000 in anderen Ländern. Alle tragen ihrerseits in ihrer jeweiligen Region Verantwortung. Ist es in 30 Jahren anders? Heute haben wir eine Aufsichtsratsstruktur, in der von deutschen Mitarbeitern gewählte Vertreter sitzen, die aber eigentlich nur die Interessen der Deutschen vertreten. Wie soll das in der Zukunft aussehen? Diese Fragen stellen Sie sich genauso wie die Frage: Welches soziale Engagement haben wir wo? Wie gehen wir mit dem Thema Umweltverträglichkeit um? Welche Antworten haben wir auf politische Fragen?

VI.

Krisen sind auch immer Weichenstellungsphasen, und Krisen sind auch immer Veränderungsphasen, in denen das Unternehmen und damit die Menschen im Unternehmen, aber auch unsere Kunden sich hinterher fragen: Haben die das in einer ausgewogenen Art gemacht, oder, was hat sich am Produkt verändert? Wenn ich nur die letzten Krisen nehme, dann kann ich sagen: Hut ab. Es ist uns gelungen, ohne Arbeitsplatzabbau durch die, sagen wir einmal, fremdinduzierte, aus der Finanzwelt heringebrachte Wirtschaftskrise, die ja bei uns überproportional sofort die Nachfrage reduziert hat, zu kommen. Wie? Unter anderem deshalb, weil wir mit unseren Sozialpartnern Wege gefunden haben, unsere Arbeitszeitkonten wie eine Ziehharmonika auseinanderziehen und zu komprimieren, weil wir Wege gefunden haben, wie wir mit dieser Flexibilität auch die wirtschaftlichen Nachteile, die

kurzfristig entstehen, miteinander teilen. Das Ergebnis: Wir verfahren nicht nach dem amerikanischen „Hire and Fire-Modell“ und, wenn es wieder läuft, können wir schnell wieder Gas geben. Dieses galt für „9/11“, das galt jetzt für die Krise nach den Lehman Brothers, und das ist auch unser Ziel für die nachhaltige Personalplanung in der Zukunft.

Was die Öffentlichkeit angeht, will ich vielleicht nur aufklärend für das Auditorium sagen: Die Luftfahrt hat, sowohl was die Sicherheit angeht, aber auch, was die Umweltverträglichkeit angeht, ein Image, das sie aus meiner Sicht nicht verdient. Ich möchte hier auch ein Stück Werbung machen, aber nicht, weil wir glauben, wir sollen einen Verkehrsträger gegen den anderen austauschen. Das macht keinen Sinn. Der Kunde soll allein entscheiden. Außerdem ist die Überlappung der Verkehrsträger nur sehr gering. In unserem Hause stehen wir mit 15 % im Wettbewerb zur Bahn und zur Straße. Der Treibstoff ist das größte Einzelbudget, und die Airlines haben aus egoistischen Gründen dafür gesorgt, ihren Treibstoffverbrauch zu reduzieren, was sie geschafft haben. In unserem Hause – alle alten und neuen Flugzeuge gemischt in einem Cocktail – kommen wir auf 4,3 Liter pro Passagier auf 100 km. Und die Flugzeuge, die wir in den letzten zwei Jahren in Dienst gestellt haben, kommen sogar auf 3 Liter. Da können Sie sehen, dass wir schon in der Verbrauchsstatistik gegenüber den anderen Verkehrsträgern wettbewerbsfähig sind.

Wenn Sie dann auch noch feststellen, dass wir bei der Herstellung dieser Vehikel weniger Energie verbrauchen und damit dramatisch mehr Transportleistung erzeugen, und wenn Sie dann noch feststellen, dass wir keine Infrastruktur brauchen, weil man Luftstraßen nicht betonieren muss, weil man keine Luftbrücken bauen muss, weil wir das alles nicht haben und naturgemäß mit einer kleinen Infrastrukturbasis auskommen, dann ist die Gesamtbilanz extrem interessant. Sie ist auch interessant für den Investor, also, wenn Sie so wollen, für die Bundesrepublik Deutschland. Wenn Sie sich als Investor in Transportsysteme verstehen, dann haben wir einen Deckungsgrad von 96 % der Infrastrukturkosten. Das liegt weit vor allen anderen und ist bisher in der Öffentlichkeit, glaube ich, nicht so bekannt.

Allerdings will ich Ihnen auch sagen: Wir geben uns damit nicht zufrieden. Ich bin ja auch Leiter des Strategieforums der IATA (International Air Transport Association), und wir haben uns vorgenommen, nicht nur den Verbrauch und damit die Emissionen weiter zu reduzieren, sondern über eine Vielzahl von Maßnahmen, dafür zu sorgen, dass wir ab 2020 das komplette Wachstum karbonneutral haben werden. 2050 müssten wir in der Lage sein, es so zu gestalten, dass wir den Rest, den wir dann noch als „carbon footprint“ haben, durch Zertifikathandel erwirtschaften oder aber auf Null stellen.

Warum? Weil wir erkennen können, dass wir in der Kombination der Flugzeugtechnologie von Grundmaterialien, Antriebssystem, Flugführung bis hin zum Thema Biotreibstoff in der Lage sein werden, es weiter zu entwickeln und auf dieses Niveau zu bringen. Wenn uns einer vor 50 Jahren gefragt hätte, wo die Luftfahrt in 50 Jahren sein wird, wären wir alle hier im Saal und alle in unseren Unternehmen völlig danebengelegen. Wir sehen jetzt, welche enormen Entwicklungen es gegeben hat. Nun bin ich Ingenieur und habe auch nur begrenzte Vorstellungen, wo es hingeht.

Ich will damit nur sagen, dass verantwortungsvolles unternehmerisches

Handeln durch den Wettbewerb entsteht, durch unser Grundverständnis und den Umstand, dass wir Menschen das Gefühl geben müssen, sie sind bei uns sicher, denn wir verkaufen an die Kunden zwar ein Ticket, aber der Kunde kauft von uns eigentlich Vertrauen. Das ist das Geschäft, das wir machen. Diese Dinge zusammen mit der Erkenntnis, dass wir etwas sehr Wichtiges tun, führen dazu, dass die Balance des Handelns gegeben ist. In dem Zusammenhang will ich natürlich auch sagen, dass sich Schwerpunkte in der Vergangenheit extrem verschoben haben, und dass es auch aus der Vergangenheit Erfahrungen gibt, die wir mitnehmen.

VII.

Ich möchte an dieser Stelle auch zur Rolle der Lufthansa im NS-Regime ein paar Worte sagen. Die Lufthansa war damals – ich spreche jetzt von uns, verstecke mich nicht hinter der alten Luft Hansa, das war nämlich ein anderes Unternehmen – ein Staatsunternehmen und damit eindeutig Teil der deutschen Rüstungswirtschaft. Sie hat Zwangsarbeiter beschäftigt. Das ist unstrittig.

Wir haben 1999 extern eine Studie in Auftrag gegeben, die dieses Gesichtsfeld aufarbeiten sollte. Das ist auch geschehen. Diese Untersuchung ist öffentlich zugänglich, und wir haben die Erkenntnisse, die daraus erwachsen sind,

Es ist auch nachweisbar, dass mobile Gesellschaften in aller Regel demokratische Gesellschaften sind, die Veränderungen positiv gegenüberstehen.

genutzt, um diejenigen Zwangsarbeiter, die bekannt geworden sind, zu entschädigen, und zwar direkt. Aber wir sind natürlich auch in die Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft eingetreten, spät, das gebe ich gerne zu, aber sie ist leider auch erst spät gegründet worden. Ja, wir fühlen uns moralisch in der Pflicht, und wir bekennen uns natürlich zur Geschichte, auch der alten Luft Hansa, und zwar nicht nur zu den hervorragenden Pionierleistungen, die es zweifelsohne gegeben hat und die den Sektor insgesamt beflügelt haben, sondern auch zur Vereinnahmung durch dieses Regime.

Ich will Ihnen aber auch nicht verhehlen, dass es auch Menschen wie Klaus Bonhoeffer gab, der damals unser Chefjustiziar war und die Rechtsabteilung der Luft Hansa geleitet hat. Er wurde 1945 – wie auch sein Bruder Dietrich – als Widerständler von den Nazis ermordet. Um daran zu erinnern, haben wir unserem Schulungsheim in Seeheim den Namen *Klaus-Bonhoeffer-Haus* gegeben.

VIII.

Wenn ich zusammenfassen darf: Wir leben in einem Zeitalter, das von Extremen geprägt ist. Auf der einen Seite steht die Kommunikation und Vernetzung, die aus meiner Sicht große Vorteile hat, die aber auch die Disparitäten zutage bringt, und die jeden Menschen in ein Spannungsfeld bringt, ob das, was auf der Welt passiert, gerecht ist, richtig ist, und was man dagegen tun sollte, fände man Ungerechtigkeiten.

Wenn ich mir die Welt ansehe, dann sehe ich 1,5 Milliarden Menschen auf diesem Erdball, dazu gehören die Europäer, die Amerikaner und andere, die in einem unermesslichen Reichtum leben,

gemessen an dem, was noch die Generationen vor uns erlebt haben. Ich sehe gleichzeitig etwa 3 Milliarden Menschen, die auf dem Weg sind, den Hunger zu überwinden und einmal einen Lebensstandard zu erreichen, der irgendwo dem ähnelt, was man in Europa oder anderswo als vernünftigen Lebensstandard ansieht. Da wollen sie hinkommen, und da werden sie hinkommen. Es gibt dann immer noch mindestens 1,5 Milliarden Menschen, die in einer ausweglosen Situation sind, die gar nicht wissen, wie sie ihr Leben organisieren sollen, und was es heißt, lebenswert leben zu können.

Vorhin habe ich vom Grundbedürfnis der Mobilität gesprochen. Ich glaube, dass Mobilität eben nicht nur ein Grundbedürfnis ist, sondern auch etwas, was nachweislich dazu geführt hat, dass es den Menschen besser ging. Dazu diente die Luftfahrt nur in letzter Instanz. Es ist nachweislich, dass mobile Gesellschaften auch offene Gesellschaften sind, die ein Verständnis für andere Kulturen haben, die aber auch wirtschaftlich bessergestellt sind. Es ist auch nachweisbar, dass mobile Gesellschaften in aller Regel demokratische Gesellschaften sind, die Veränderungen positiv gegenüberstehen.

Diese Grundbedürfnisse zu erfüllen, der globalen Wirtschaft zu helfen, und dafür zu sorgen, dass es mehr Menschen vergönnt sei, andere Regionen kennenzulernen, das halte ich für einen ganz wichtigen Beitrag, und dafür arbeiten alle unsere Geschäftsfelder und alle unsere Airlines. Dabei ist es wichtig, dass wir die Menschen auf allen Ebenen mitnehmen, ob auf der Meisterebene, der Geschäftsfeldebene oder der Konzernebene. Ich glaube, dass besonders Menschen, die im Zeitalter der Kommunikation und Vernetzung groß geworden sind, auch einen internen Kompass brauchen, ethische Werte, die nicht mathematisch ableitbar sind, sondern von Menschen erfüllt und gelebt werden müssen.

Auch wenn man sagen könnte, dass die Zehn Gebote als ethischer Kompass ausreichen, wir brauchen darüber hinaus weltweit diese Melange aus Grundwerten, Gesetzgebung und dem Vermitteln von Grundwerten. Und wir als Unternehmen müssen mit einer gewissen Strahlkraft arbeiten, um Kunden, der Öffentlichkeit und den Mitarbeitern zu zeigen, was es heißt, im Team zusammenzuarbeiten und diese Werte zu leben. Das ist etwas, wofür wir uns auch in der Zukunft einsetzen werden. □

Werden Sie Mitglied und helfen Sie!

Verein Freunde und Gönner der Katholischen Akademie in Bayern

Jahresbeitrag ab Euro 50,-

Infos unter:
www.kath-akademie-bayern.de



Akademiegespräch mit General Klaus Naumann

In einer sehr unruhigen und gefährlichen Welt werde man in Zukunft leben müssen, ist sich General Dr. Klaus Naumann sicher. Der frühere Generalinspekteur der Bundeswehr und ehemalige Chef des Nato Militärausschusses analysierte am 12. Oktober 2010 vor rund 400 Offizieren und Offiziersanwärtern der Bundeswehr die Weltlage und die Krisenregionen

der Erde. Sein Referat beim Akademiegespräch mit Offizieren aus Bundeswehrstandorten in Süddeutschland hatte den Titel: „Sicherheit für Deutschland in der entfesselten Welt der Globalisierung“. Organisiert wurde die Veranstaltung von der Katholischen Akademie und der katholischen Militärseelsorge.

Sicherheit für Deutschland in der entfesselten Welt der Globalisierung

Klaus Naumann

I. Einführung

Über Sicherheit spricht man in Deutschland kaum, allenfalls bei Veranstaltungen wie der heutigen. Es ist in den 20 Jahren nach Ende des Kalten Krieges für uns Deutsche einfach Normalität geworden, in Sicherheit zu leben. Gefahren und Risiken werden nur wahrgenommen, wenn etwas Tragisches geschieht, und dann wird hierzulande meist darauf mit einer einzigartigen Hysterie reagiert. Das gilt auch für den Krieg in Afghanistan, der nur dann Aufmerksamkeit findet, wenn etwas passiert. Insofern hat der Verteidigungsminister schon einen Erfolg erzielt. Denn man hat in diesem Sommer, wenn auch nur kurz und verengt auf nur ein Element der Bundeswehrplaner, nämlich die Personalumfänge, über Verteidigung gesprochen.

Doch was die Menschen bewegt, ist trotz des gegenwärtigen Aufschwungs Angst vor der wirtschaftlichen Zukunft eines Landes, dessen Menschen durch unsere Politik über Jahrzehnte daran gewöhnt wurden, immer nur zu fordern, die überwiegend nur Zuwachs erlebt haben, nun aber erfahren müssen und werden, dass man ihnen vermutlich sogar Sichererem wegnehmen muss, will man nicht die Zukunft der nächsten Generationen gefährden. Niemand von uns sollte über die mangelnde Krisenfestigkeit unseres Landes überrascht sein. Denn einerseits sind zumindest bei den Älteren noch die Erinnerungen an schreckliche fünf Jahrzehnte im letzten Jahrhundert lebendig und erzeugen noch immer Angst, andererseits blieb Deutschland in den letzten 60 Jahren Schlimmes wirklich erspart. Außerdem: Wer spricht schon gerne über Gefahren? Politiker schon gar nicht.

Der letzte Moment, an dem die Gefahr eines Angriffs und ein Einsatz der



General Dr. h. c. Klaus Naumann, München

Bundeswehr in einem Krieg denkbar erschienen, war die CSSR-Krise des Jahres 1968. Wer das als Erwachsener miterlebt hat, ist heute 60 oder mehr Jahre alt. Sicherheit ist für uns so selbstverständlich geworden wie die in der Geschichte der Deutschen nie zuvor erreichte große persönliche Freiheit. Was wir vergessen haben, ist, dass beides nicht zum Nulltarif zu haben ist. Was wir auch vergessen haben, ist, wem wir 60 Jahre Frieden eigentlich verdanken. Es war die kluge Politik der Westbindung der alten Bundesrepublik Deutschland, die dann den friedlichen Ausgleich mit dem Osten erlaubte. Es ist auch die vor zwei Jahren 60 Jahre alt gewordene

NATO. Es war die amerikanische Bereitschaft, Europa als Teil amerikanischer Sicherheit zu sehen und den Schutzschirm der erweiterten nuklearen Abschreckung über Europa aufzuspannen. Und es war der selbstlose Dienst von Millionen von Soldaten aus acht NATO-Nationen, der geholfen hat, uns den Frieden zu erhalten und nie vorher in unserer Geschichte gekanntem breit verteilten Wohlstand anzuhäufen.

Präsident Obama hat in seiner neuen Sicherheitsstrategie die Bereitschaft Amerikas bekräftigt, auch künftig an der Seite Europas zu stehen. Er hat allerdings verlangt, unzweideutig verlangt, dass Europa seine Anstrengungen verstärken muss. Doch diese berechnete Forderung ist in Europa und ganz besonders hier umstritten. Man wähnt sich in Sicherheit. Man sieht zwar die drängenden Probleme im Iran, in Nordkorea, in Afghanistan und in Nahost, doch irgendwie meint eine Mehrheit bei uns, daraus entstehen keine Gefahren für uns. Warum sich dort einmischen? Ist doch schon das Einmischen in dem unruhigen Südosten Europas bei uns unpopulär. Man verlässt sich nur zu gerne auf andere, vor allem auf die Amerikaner, vergisst aber dabei, dass Bündnisse nur funktionieren können, wenn alle bereit sind, Beiträge füreinander und zur gemeinsamen Sicherheit zu leisten.

Hinzu kommt: Die Wahrnehmung von Gefahren ist in Europa weit weniger ausgeprägt als in den Vereinigten Staaten von Amerika. Wer von uns weiß denn eigentlich, wie verwundbar unsere Gesellschaften sind? Von der rauen Wirklichkeit ganz zu schweigen, dass es in dieser unruhigen Welt Feinde gibt, die entschlossen sind, uns zu treffen, wo sie können. Wir haben uns nach der großen Anstrengung des Kalten Krieges einfach zurückgelehnt und haben uns eine reichliche Friedensdividende gegönnt. Sie alle wissen das; Sie alle waren davon betroffen. Deswegen fehlen nun viele der zum Schutz nötigen politischen und militärischen Fähigkeiten. Es fehlt außerdem die politische Einigung in Europa, und es fehlt leider auch der Wille, sich in einer turbulenten, wahrlich aus den Fugen geratenen Welt zu behaupten und sich notfalls auch entschlossen zur Wehr zu setzen.

Hinzu kommt: Wir haben nur noch eine funktionierende Sicherheitsorganisation in der Welt. Auch wenn unser Land heute hofft, in den Sicherheitsrat in New York gewählt zu werden, die UNO ist kein Instrument, das Sicherheit schaffen kann. Dieses einzige Instrument, das wir haben, die NATO, ist ein militärisches Bündnis. Aber jeder von uns weiß doch, dass keines der Probleme der Zukunft mit militärischen Mitteln allein zu lösen ist. Ebenso weiß jedermann, dass keine Nation alleine noch Antworten auf die Fragen der Zukunft geben kann. Die Zukunft gehört den internationalen Organisationen, aber keine von ihnen ist auf diese Zukunft vorbereitet, und keine von unseren Nationen ist bereit, diesen Organisationen die Befugnisse zu geben. Denken Sie nur an den Parlamentsvorbehalt, und stellen Sie sich vor, man stellt eine Europa-Armee auf. Dann sollen die warten, bis der Deutsche Bundestag entschieden hat?

II. Die aktuellen Krisen

Deswegen müssen wir uns, wenn wir über mein Thema sprechen wollen, fragen: Was sind denn eigentlich die Gefahren? Lassen Sie mich zunächst mit einem Blick auf die aktuellen Krisen beginnen und dann auf die längerfristigen Gefahren eingehen.

Von den aktuellen Krisen erwähne ich nur ein paar: die ungelösten Konflikte auf dem Balkan, die Risiken im

Kaukasus und an der Peripherie Europas. Ich lasse die vielleicht größte Krise Europas, die durch Überschuldung und ein unverantwortliches Finanzgebaren verursachte und noch völlig ungelöste Wirtschaftskrise der Europäischen Union beiseite und beschränke mich auf die Krisen mit sicherheitspolitischer Dimension. Lassen Sie mich aber auch sehr deutlich sagen: Diese finanzielle und wirtschaftliche Krise ist vielleicht die größte Gefahr unserer Tage. Daraus könnte eine Gefahr für unsere demokratische Ordnung entstehen. Sollte es unseren Politikern nicht gelingen, den Eindruck vieler Menschen zu überwinden, dass Otto Normalverbraucher mit Steuergeldern für die unverantwortliche Habgier einiger weniger einstehen muss, dann schlägt die Stunde der Demagogen, und dann könnten Deiche brechen.

II.1

Doch zurück zum Einfachen, zur Sicherheitspolitik. Da beginne ich vor unserer Haustür. Niemand von uns – und diejenigen von Ihnen, die im Kosovo und in Bosnien eingesetzt waren, wissen

das besser als ich – sollte die relative Ruhe auf dem Balkan als Lösung der Probleme sehen. Mehr als Provisorien haben wir noch nicht erreicht. Wir müssen leider auf dem Balkan engagiert bleiben, und wir müssen Wege finden, über die Integration Serbiens in die Europäische Union zu dauerhaften Lösungen zu kommen. Vorausgesetzt, Serbien lernt, mit den Realitäten zu leben.

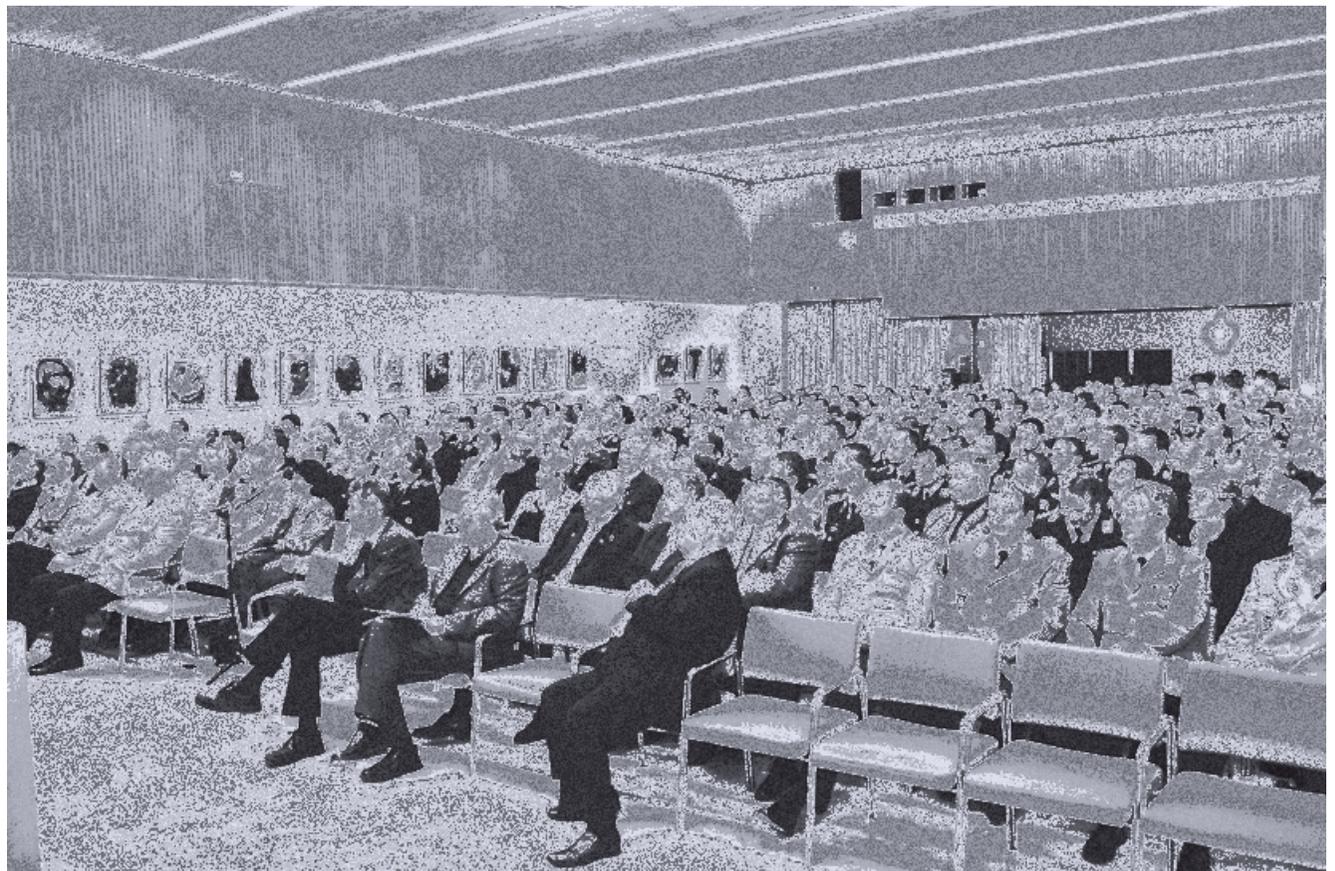
Auch im Kaukasus ist vieles ungelöst. Russlands Handeln in Georgien kann man erklären, aber die gewaltsame Veränderung der Grenzen Georgiens darf man nicht billigen, man darf darüber nicht zur Tagesordnung übergehen. Die Anwendung militärischer Gewalt zur Besetzung fremden Territoriums ließ in den jungen Demokratien Europas alte Ängste neu entstehen. Deswegen haben sie Versicherung bei den Amerikanern gesucht, weil Europa diese Versicherung nicht bieten konnte und nicht bieten wollte.

Wie kann es eigentlich kommen, dass eine deutsche Regierung „Contingency“-Pläne verweigert für Länder, die sich bedroht fühlen? Aber das ist die Wirklichkeit von vor zwei Jahren. Deswegen

wird jetzt auf das Betonen der kollektiven Verteidigung in diesem neuen strategischen Konzept gedrängt. Diese neuen Demokratien wollen Schutz vor Russland, vor einem Russland, das bereit zu sein scheint, Panzer rollen zu lassen und fremdes Territorium zu besetzen. Hinzu kommt die harte Hand Russlands im Kaukasus. Es wird deshalb dort wie in Russland weiterhin die Spirale der Gewalt geben, die mit Terrorismus und den nahezu unvermeidlichen Gegenreaktionen beginnt.

II.2

Doch das sind alles kleine Sorgen. Die wirklichen Sorgen, die wirklich brennenden Krisen sind die des Nahen Ostens. Deshalb ist die dringendste Frage unserer Tage die der Stabilität des erweiterten Nahen Ostens. Das ist die Schlüsselzone der Weltpolitik in den nächsten zehn, vielleicht mehr Jahren. Gleichzeitig beginnt aber eine Verlagerung des Schwerpunkts der Weltpolitik weg von Europa in den pazifischen Raum, wo sich China und Amerika, die hoffentlich zur Kooperation und nicht



Mit rund 400 Offizieren aus Bundeswehrstandorten in Süddeutschland war der Vortragssaal der Akademie sehr gut besetzt.



Nahmen am Akademiegespräch teil: Walter Wakenhut, Militärgeneralvikar aus Berlin (li.) und Reinhold Bartmann, der katholische leitende Militärdokant München.



Die Offiziere nahmen mit Fragen und Diskussionsbeiträgen regen Anteil am Akademiegespräch.

zur Konfrontation finden werden, einander begegnen. Der Nahe Osten ist aber für China ein Raum von brennendem Interesse, und es ist auch für China der Schwerpunkt seiner Außenpolitik, wegen der immensen Gas- und Ölvorkommen, ohne die China seinen industriellen Aufschwung nicht fortsetzen kann. Das wird so bleiben, es sei denn, es käme zu einer Implosion in Nordkorea. Dann kann sich alles verschieben.

Keine der Fragen, die im Nahen Osten anstehen, darf in Isolation gesehen werden, und keine ist ohne das Engagement der Amerikaner zu lösen. Die vielleicht noch einfachste ist Irak, wo es zu gelingen scheint, trotz einer fehlenden nationalen Identität und trotz erheblicher religiöser Spannungen so etwas wie eine noch brüchige, aber vielleicht schon belastbare Stabilität herzustellen. Allerdings, auch da keine Illusionen: Es wird noch manches Jahr der Gewalt geben, und Nachbarn könnten versucht sein, einzugreifen, um dort Fakten zu schaffen.

Aber die entscheidende Frage im Nahen Osten ist der Iran. Das ist deswegen entscheidend, weil aus der Nuklearfrage im Iran ein globales Sicherheitsproblem entstehen könnte. Es gibt noch immer eine Chance, eine friedliche Lösung zu erreichen. Aber das wird angesichts der fragwürdigen Regierung im Iran immer schwerer. Ohne jeden Zweifel, lassen Sie mich das ganz eindeutig sagen, verfolgt der Iran ein Atomwaffenprogramm. Der Iran könnte frühestens in diesem Jahr in der Lage sein, die Schwelle zum Bau einer Atomwaffe zu überschreiten. Allerdings ist es gegenwärtig fast unmöglich, ein eindeutiges Bild zu haben, da offene Quellen keine Beurteilung zulassen, wie erfolgreich der von wem auch immer gefahrene „Stuxnet-Angriff“ gewesen ist.

Die Anreicherung des bis heute produzierten Reaktorbrennstoffs in hochangereichertes, waffenfähiges Uran könnte bald beginnen, oder sie hat schon begonnen. Wenn das einmal gemacht ist, dann sind es nur noch Monate bis zum Besitz einer, wenn auch recht primitiven, Atomwaffe. Die Trägerketten dafür, die Israel und die östlichen Teile Europas erreichen können, besitzt der Iran bereits. Die Alarmglocken schrillen deswegen in Israel, denn Israel ist eines der wenigen Länder der Welt, für die eben schon die Detonation einer einzigen Atomwaffe eine existenzielle Gefahr bedeutet.

Keine israelische Regierung wird angesichts der Vernichtungsdrohung durch Präsident Ahmadinedschad dieser Entwicklung tatenlos zusehen. Aber nur eine einzige Macht der Welt könnte die Israeli abhalten, einseitig zu handeln: das sind die Amerikaner. Aber die USA wird es nur schaffen, wenn es zumindest gelingt, das iranische Programm auf dem Zustand einer virtuellen Atommacht einzufrieren, das heißt, einer Atommacht, die es zwar könnte, aber die die Waffe nicht baut. Irans Handeln macht die Sache aber fast unlösbar, denn Teheran spielt auf Zeit, und Teheran ist geschickt in der Nutzung aller Optionen, eben auch in der Option, China hinter sich zu bringen.

Würde die Weltgemeinschaft endlich geschlossen sein, würden die Sanktionen des Sicherheitsrats umgesetzt werden, und würde gleichzeitig ein umfassendes Nahost-Konzept, bei dem man auch Israel an die Kandare nimmt, auf den Tisch gelegt werden, dann könnte ich mir vorstellen, dass der Iran doch noch anfangen würde, nachzudenken. Die jüngsten Signale, die wir aus Teheran bekommen haben, sehe ich im Gegensatz zu unserem Außenminister nicht als Indiz dafür, dass sich etwas bewegt, sondern nur als den erneuten

Versuch, Zeit zu gewinnen und eben die permanenten fünf Mitglieder des Sicherheitsrats und Deutschland als die Sechsergruppe voneinander zu spalten.

Würden dann die Amerikaner noch dazu bereit sein, Israel dazu zu bringen, dass sie zustimmen, dass eine nuklearwaffenfreie Zone Mittlerer Osten entsteht – das dauert dann immer noch Jahre, aber dass man wenigstens mit dem Prozess beginnt – und wäre Amerika bereit, Sicherheitsgarantien auch für den Iran anzubieten, dann könnte man vielleicht einen Weg finden.

Aber dieser Weg ist unendlich schwer geworden, denn weder die Regierung in Teheran noch die Hamas oder die Hisbollah wollen Frieden. Terrororganisationen wie Hamas und Hisbollah leben vom Konflikt, und Regierungen wie die iranische, die innenpolitische Probleme haben, sind nur zu dankbar für außenpolitische Konflikte, weil man damit die Massen wieder hinter ungeliebte Präsidenten bringen kann. So gewinnt man Zeit für den Ausbau der nuklearen Fähigkeiten.

Vom Iran ist es nur ein Schritt nach Afghanistan, ein Konflikt, den die NATO ebenso törichter- wie überflüssigerweise zur Schlüsselfrage für ihre Bedeutung im 21. Jahrhundert erklärte.

Man kann Spannungen schüren, und das tut der Iran, von unseren Zeitungen kaum berichtet, im Jemen, in Ägypten, in Marokko und in Westafrika. Dies aber, das dortige Aufstacheln der schiitischen Minderheiten, könnte der entscheidende Fehler des bislang ganz geschickt agierenden Regimes in Teheran gewesen sein. Denn jetzt sind die konservativen sunnitischen Araber wach geworden. Sie rücken zusammen, denn sie merken, dass es letztlich um die Stabilität ihrer Länder geht.

Aber diese iranische Nuklearkrise stelle ich deswegen an den Beginn, weil sie wirklich alle Optionen hat, zu einer globalen Krise zu werden. Gelingt es nämlich nicht, den Iran an der Schwelle zur virtuellen Atommacht einzufrieren, dann wird die relativ stabile Welt des Atomwaffensperrvertrags mit fünf erklärten und vier unerklärten Atomwaffenstaaten zu Ende gehen. Die Folge wäre dann vermutlich der Griff zur nuklearen Bewaffnung durch Staaten wie Saudi-Arabien, Syrien und Ägypten, vielleicht auch die Türkei. Das Ergebnis wäre eine höchst instabile Welt. Ich fürchte, es wäre eine Welt, in der vielleicht die Generation unserer Kinder sehen wird, dass Kriege nuklear geführt werden. Deswegen ist das Thema wirklich das zentrale, das wir lösen müssen.

II.3

Von Iran ist es nur ein Schritt nach Afghanistan, ein Konflikt, den die NATO ebenso törichter- wie überflüssigerweise zur Schlüsselfrage für ihre Bedeutung im 21. Jahrhundert erklärte. In Afghanistan – das werden diejenigen von Ihnen bestätigen, die dort gewesen sind – ist es in weiten Landesteilen ruhig; in anderen dagegen tobt offener Guerillakrieg. Nur über diese Landesteile, in denen gekämpft wird, berichten unsere Medien; die anderen erwähnen sie nicht. Dennoch: Die Ziele, die sich die Staatengemeinschaft im Jahr 2001 gesetzt hat, haben wir nicht erreicht und werden sie wohl auch nicht erreichen.

Hinzu kommt: Die Afghanen sind vielfach unzufrieden, weil nach neun

Jahren landesweit allenfalls punktuelle, aber keine deutlichen Verbesserungen der Lebensbedingungen eingetreten sind. Die Menschen sehen in der ihnen übergestülpten fremden Ordnung einer starken Zentralregierung nicht ihre Lösung. Der bislang ungestörte Teufelskreis aus Drogenhandel, Waffenhandel und Korruption erzeugt Unsicherheit, schwächt die von Korruption – das ist die höflichste Form, die ich finden kann – gewiss nicht freie Zentralregierung, treibt das Land immer mehr in die Hände rivalisierender Warlords und gibt den Taliban das Geld, das sie zur Finanzierung ihrer Mitläufer brauchen.

Sie haben Zulauf, weil wohl so mancher in Afghanistan in ihnen die Herrscher nach Karsai sieht, und weil viele, aber auch so mancher Nachbar Afghanistans seit Obamas fatalem, von den Verbündeten als Abzugsdatum missverstandenen Signal – die USA wollten im Jahr 2011 mit dem Abzug beginnen – jetzt keine Lösung mehr wollen, sondern sich auf die Zeit nach der NATO-Präsenz einstellen, das heißt den alten und den neuen Kampf um die Macht am Hindukusch. Das Denken in Stammeskategorien gewinnt wieder Vorrang, und die Nachbarn Afghanistans scheinen dies auch zu fördern. Der Präsident schlägt sich auf die Seite der Unzufriedenen, obwohl gerade er ohne die Fremden im Land vermutlich nur eine begrenzte Lebenserwartung hätte, und obwohl er wissen sollte, dass seine Unterstützung durch die internationale Gemeinschaft für uns, die Ausländer in Afghanistan, mit die größte Belastung ist, die wir auf uns nehmen müssen.

Hinzu kommt: Wir haben viel zu lange nur auf Afghanistan gesehen, obwohl es keine Lösung dieser Frage ohne Einbeziehung der Nachbarn gibt. Das gilt vor allem für das von entfesselten Naturgewalten nahezu existenziell getroffene Pakistan, das man leider gegenwärtig als das vielleicht instabilste Land der Welt bezeichnen muss. In Pakistan haben maßgebliche Kräfte die Taliban seit Jahren nicht nur geduldet, sondern sie ausgebildet und gefördert, weil sie Afghanistan als strategisches Hinterland in einem Konflikt mit Indien unter der Kontrolle Pakistans halten wollen. Westliche Lösungen, die sich auf Afghanistan beschränken, sind daher ebenso wenig eine Lösung wie einfach mehr Soldaten ins Land zu schicken. Den Schlüssel zur Lösung des Problems halten Indien und Pakistan in ihren Händen, und hier wird man ansetzen müssen, wenn man noch Erfolg haben will.

Ich glaube, es ist noch nicht endgültig entschieden, ob wir in Afghanistan Erfolg haben können. Die Schläge gegen die Taliban beginnen Wirkung zu zeigen. Sie merken das am deutlichsten daran, dass sie ihre Anschläge jetzt vorrangig auf ungeschützte Zivilisten konzentrieren. Das ist ein Zeichen von Schwäche. Aber was man bei uns jetzt nicht tun darf, ist, die Illusion zu wecken, der Einsatz in Afghanistan könne im Jahr 2011 zu Ende sein. Es darf auch keine weiteren Alleingänge einzelner NATO-Staaten geben. Das Prinzip muss nach wie vor sein: Wir sind zusammen rein, wir gehen zusammen raus. Es darf auch keine Teillösungen in Afghanistan geben, auch keine Teilung Afghanistans, wie einige jetzt vorschlagen. Afghanistan gewinnen wir entweder als ganzes, oder wir verlieren es als ganzes. Verlieren aber dürfen wir es nicht, denn verlieren wir es, dann könnte eine neue Brutstätte des Terrorismus entstehen, obwohl im Moment Afghanistan sicher nicht das Hauptquartier von Al-Qaida ist. Das ist längst im Jemen oder in Somalia.

Zu verhindern, dass dort ein neues Brutzentrum des Terrorismus entsteht, ist auch ein deutsches Interesse, und

deswegen sind die Soldaten der Bundeswehr dort im Einsatz. Nicht, um Deutschland am Hindukusch zu verteidigen, sondern um zu verhindern, dass Gefahr vom Hindukusch nach Deutschland kommt. Aber wir müssen Wege finden, die internationale Gemeinschaft besser zur Wirkung zu bringen. Wir müssen die Hilfe im Land besser koordinieren. Das Nebeneinander von UNO, NATO und Hilfsorganisationen im Land ist eine gigantische Geldverschwendung, die dazu führt, dass die Afghanen uns nicht glauben.

Gelänge es uns aber dort, wenigstens eine brüchige Ruhe herbeizuführen, dann wäre es vielleicht doch möglich, eine Friedenslösung zwischen Israeli und Palästinensern leichter zu erreichen. Die gegenwärtigen Chancen für Frieden in Nahost halte ich für nicht sonderlich hoch. Die Palästinenser sind gespalten und damit staatsunfähig. Israel ist politisch so instabil, dass es zu Zugeständnissen kaum in der Lage ist. In einer solchen Lage sind die Gewinner die Fundamentalisten auf beiden Seiten. Sie werden alles daran setzen – und es ist so einfach – den Friedensprozess zu stören. Deswegen muss man auch unseren israelischen Freunden immer wieder sagen: Der einzige Weg zur langfristigen Sicherheit Israels ist eine Zweistaatenlösung. Nur dann kann es gelingen, die Existenz Israels langfristig zu sichern, denn Israel zerrinnt die Zeit unter den Fingern. In Israel wird in etwa 10, 15 Jahren die Mehrheit der Menschen mit israelischem Pass moslemischen Glaubens und arabischer Nation sein. Deswegen gibt es eben nur noch diese 10, 15 Jahre für den Traum Theodor Herzls, einen jüdischen Staat im Nahen Osten zu erreichen.

II.4

Ein letztes Problem im kurzfristigen Bereich ist Russland. Europa muss einen Weg der Gestaltung des Verhältnisses zu Russland finden. Wir können an das Problem mit der gelassenen Gewissheit herangehen, dass kein NATO-Staat wegen Russland um seine Sicherheit fürchten muss, solange die NATO geschlossen bleibt. Europa muss allerdings wissen, dass Russland für die Amerikaner keine hohe Priorität hat, nicht die Priorität, die wir Russland beimessen. Aber er muss auch wissen, dass wir Lösungen mit Russland nur erreichen, wenn wir die Amerikaner auf unserer Seite haben. Nur dann wird Europa von Russland ernst genommen.

Russland hat eine Heidenangst vor der NATO. Sie wissen, dass sie militärisch so unterlegen sind, dass sie in den Glauben flüchten müssen, man könne das Problem mit Atomwaffen lösen. Deswegen haben sie noch immer etwa 2000 Raketen auf Europa gerichtet. Auch ein Grund, warum man nicht die paar Atomwaffen, die noch bei uns sind, jetzt vorschnell aufgeben kann.

Russland ist verunsichert und handelt aus einem Gefühl gedemütigten Stolzes. Russland möchte gern Nr. 2 auf der Welt sein; aber irgendwo im Inneren wissen sie doch, dass sie keine Chance mehr haben, die Nr. 2 zu werden. Russland ist auch nicht stark, denn Russland kann nur Waffen und Rohstoffe exportieren. Russland ist zum zweiten immer noch in einer gewaltigen wirtschaftlichen Krise, die es aber nicht zugeben will, und die durch die Umweltkatastrophe dieses Sommers noch verschärft worden ist. Zum dritten steht Russland vor einer demographischen Katastrophe, die um vieles schlimmer ist als das, was an Demographie bei uns ins Haus steht.

Dieses seiner Schwächen sich allmählich bewusst werdende Russland ist verunsichert und traut dem Westen

nicht über den Weg, weil man in Moskau mehrheitlich glaubt, man sei 1990 vom Westen in der Frage nach einem Verzicht einer NATO-Osterweiterung betrogen worden. Dieses Versprechen ist nie gegeben worden, aber man glaubt das in Moskau. Deswegen sehen viele in der NATO immer noch den Feind und versuchen, wo immer sie können, entgegen westlichen Interessen zu handeln. Uns bleibt in dieser Lage nur eine Möglichkeit: Wir müssen den Weg partnerschaftlicher Zusammenarbeit mit Russland finden, ohne ihm eine eigene Einflusszone zu geben und ohne ihm ein Begutachtungsrecht für NATO-Entscheidungen zuzugestehen. Wir brauchen dazu keine neuen Verträge, wie Medwedjew sie vorschlägt; die haben alle nur das Ziel, den Einfluss Amerikas in Europa zu verringern. Was man nutzen muss, ist, die Instrumente auszubauen und anzuwenden, die wir haben, wie den NATO-Russland-Rat.

Wir brauchen letztlich ein Bindemittel gemeinsamer Interessen. Ein gemeinsames Interesse ist zum Beispiel Afghanistan. Die Russen wollen den Erfolg der NATO in Afghanistan, weil ein Scheitern der NATO Unruhe in Russlands unruhigem Süden bedeuten würde. Zusätzlich sollten wir uns an die alte Erfahrung erinnern, dass man einem schwachen Gegner nichts zumuten darf, was von ihm subjektiv als Demütigung empfunden wird. Man muss mit ihm sprechen, man muss ihm durch einen gemeinsamen Traum eine helfende Hand geben, und ein solcher gemeinsamer Traum könnte vielleicht sogar sein, dass Russland eines fernen Tages, den vielleicht nur die Jüngsten von heute erleben werden, sogar Mitglied der NATO werden könnte, wenn es das wollte.

Aber das setzt voraus: Russland müsste eine Demokratie sein, Russland müsste ein Rechtsstaat sein, in Russland müssten die Menschenrechte geachtet werden, und Russland müsste bereit sein, als gleicher unter gleichen alle Rechte und Pflichten auf sich zu nehmen. Bis das passiert, werden Ostern und Pfingsten auch entgegen allen Lehren der katholischen Kirche auf einen Tag fallen. Aber wir können diesen Versuch der Zusammenarbeit machen, denn wir sind eingebunden in der NATO. Dank dieser Einbindung können wir Kooperation mit Russland wagen ohne Angst vor Russland zu haben.

III. Längerfristige Gefahren

Wenn Sie nun auf dieses Bild der kurzfristigen Gefahren sehen, werden Sie sagen: Es bleibt genug Betätigungsfeld für uns übrig. Wenn ich jetzt noch die langfristigen Gefahren erwähne, dann wird es sogar noch ein bisschen enger. Deswegen lassen Sie mich, bevor ich auf die langfristigen Themen eingehe, ganz kurz versuchen, einmal die Entwicklung der nächsten 10, 15 Jahre zu schildern.

III.1

Ich habe die nahen Krisen geschildert, aber die Schlüsselzone ist in der Zukunft der pazifische Raum. Dort beginnt die Positionierung Chinas und Amerikas. Im Moment sieht es nicht nach Konflikt aus. Ich halte auch nichts davon, dass man jetzt von Währungskrieg spricht, denn beide brauchen einander. Die Amerikaner brauchen die Chinesen zur Finanzierung ihres Lebens auf Pump, und die Chinesen brauchen die Amerikaner zur Abnahme ihrer billigen Produkte. Aber wir Europäer werden in diesem Spiel keine große Rolle spielen. Europa wird in Washington heute schon mit wohlwollender Gleichgültigkeit gesehen. Man will uns



Foto: dpa

Irans Präsident beim Staatsbesuch im Libanon, wo er auch wieder militärische Drohungen aussprach: „In Israel schrillen die Alarmglocken.“



Foto: dpa

Diese Landkarte zeigt die russischen Teilrepubliken im Kaukasus, die sehr stark muslimisch geprägt und von isla-

mistischem Terror bedroht sind. „Wir müssen den Weg partnerschaftlicher Zusammenarbeit mit Russland finden.“



Foto: dpa

Ein Bundeswehrsoldat auf einer Patrouille in Afghanistan: „Entweder wir gewinnen ganz Afghanistan oder verlieren es ganz.“

zwar als Partner, man braucht uns eigentlich auch, aber man sieht doch sehr nüchtern, dass wir so sehr mit uns selbst beschäftigt sind und dass wir so wenig Fähigkeiten haben, global zu handeln, dass wir für die Amerikaner als Spieler auf der Weltbühne kaum in Betracht kommen.

China, das wegen seiner erheblichen Probleme im Inneren noch lange Jahre brauchen wird, um zusätzlich zu den Möglichkeiten, wo sie schon heute Monopole eiskalt nutzen, Macht über die eigene Sphäre hinaus projizieren zu können, sieht Europa ähnlich. Sie nutzen uns als Lieferanten von Technologie, und sie brauchen uns als Exportmarkt, aber sie sehen uns nur als Konkurrenten um Rohstoffe und Energie, nicht als Konkurrent um Einfluss und Gewicht. Der Gegenspieler Chinas sind die USA. Man will aber nun die Amerikaner auch in Peking durchaus im Pakt gebunden halten, weil man sie dort als Stabilisierungsfaktor braucht, eine Rolle, die China gegenwärtig noch nicht übernehmen kann. Deswegen konzentriert man sich in China zurzeit auf die Bewältigung der inneren Probleme, die schwierige Versöhnung von kommunistischer Ideologie mit kapitalistischem Verhalten. Man versucht, den Zugang zu Märkten, Rohstoff- und Energiequellen zu sichern, und man versucht, den asiatischen Rivalen Indien in Schach zu halten.

Schauen Sie nur auf die enormen Investitionen Chinas in Afghanistan: Die Chinesen haben sich in Afghanistan nahezu alle Kupfervorkommen, die es dort gibt, gesichert, und Kupfer ist eines der Schlüsselmaterialien der Zukunft, vor allem, wenn man glaubt, Elektro-Autos bauen zu müssen. Aber auch die Seehäfen, die China baut – sie bauen einen in Burma, einen in Sri Lanka, einen in Pakistan – dienen alle der Rohstoffversorgung, sind aber zugleich Kriegshäfen. In Wirklichkeit ist das eine Umzingelung Indiens, damit sie aus ihrem Seegebiet nicht ausbrechen können.

Die Volksbefreiungsarmee wird modernisiert. Die Armee wird auf das 21. Jahrhundert vorbereitet. Aber erst, wenn man die Basis konsolidiert hat, wird man in Peking die Entscheidung treffen, was man will: Kooperation mit Amerika oder Konfrontation. Diese Jahre bis etwa 2030 müssen wir nutzen, um in der Zusammenarbeit Amerika-Europa-Russland einen Weg zu finden, wie man zur Kooperation mit China kommen kann. Gelänge das in den nächsten 20 Jahren, dann würde Amerika doch die dominierende Macht in dieser Welt bleiben, und ich muss sagen, mir wäre dabei wohler.

III.2

Aber in diesen Jahren, die jetzt beginnen, werden wir drei Ursachen für Konflikte sehen, auf die wir nicht vorbereitet sind: demographische Verschiebung, Verknappung überlebenswichtiger Ressourcen und Klimawandel.

Als erstes nenne ich die *demographischen Umwälzungen*, die vor allem Europas Gesellschaften vor gewaltige Belastungen stellen werden. Europas Bevölkerung nimmt ab, und sie wird älter. Europa, auch Deutschland, wird sich für Zuwanderer öffnen müssen, allerdings in einer so intelligenten Weise, wie das die Kanadier, Neuseeländer oder Australier tun. Europas Bevölkerung dürfte im Jahr 2050 im Durchschnitt 50 Jahre alt sein – heute liegt das Durchschnittsalter in Deutschland bei 37 – während die Bevölkerung Nordamerikas zunehmen und das heutige Alter von 37 bewahren wird. Ob sie dann noch mehrheitlich Englisch sprechen, das lassen wir einmal dahingestellt.

Russlands Bevölkerungsabnahme wird noch viel dramatischer sein. Russlands Bevölkerung wird vermutlich auf weniger als 100 Millionen Menschen abnehmen, und vermutlich wird im Jahr 2050 die Mehrheit der Bewohner der Russischen Föderation muslimischen Glaubens sein. Die heute noch 6 Millionen ethnischen Russen, die das nahezu menschenleere, aber unglaublich rohstoffreiche Sibirien bevölkern, werden hilflos zusehen müssen, wie die heute, jetzt in dieser Stunde, dort illegal lebenden 4 Millionen Chinesen sich weiter vermehren und sich ausbreiten.

In Asien wird Indien schon bald das bevölkerungsreichste Land der Welt sein, aber zugleich das Land, das mehr Akademiker hat als jedes andere Land der Welt, aber auch mehr Analphabeten als jedes andere Land der Welt. In China wird die Bevölkerung überaltern und mit den Spätfolgen der Ein-Kind-Politik ringen, während die Gesellschaft mit den gegenwärtig mehr als 150 Millionen Arbeitslosen und 200 Millionen Wanderarbeitern, einer unglaublichen Umweltverschmutzung und einer rasant zunehmenden Urbanisierung fertig werden muss. China braucht allein, um diese inneren Probleme ruhig zu halten, etwa 8 % reales Wirtschaftswachstum pro Jahr. Aber ob das gelingt, kann im Moment noch keiner sagen.

Bevölkerungswachstum und Verjüngung werden nur Afrika, die moslemische Welt und Südamerika erleben. Dort dürfte Brasilien die Macht des 21. Jahrhunderts werden, möglicherweise eine Atommacht, aber eine mit eher regionaler Perspektive. Unser Augenmerk muss den Entwicklungen in Afrika und in der moslemischen Welt gelten, denn von dort könnten Migrationswellen Europa treffen und Spannungen auslösen. Wir müssen uns immer vor Augen halten: Vor Europas Südküsten tickt eine demographische Bombe. In den Ländern Nordafrikas ist die Mehrzahl der Menschen blutjung, das heißt, 25 Jahre oder jünger. Aber sie haben daheim, das alte reiche Europa in Schwimmentfernung vor Augen, keine Chance auf eine Zukunft.

III.3

Die zweite Entwicklung ist die *Verknappung überlebenswichtiger Ressourcen*. Blutige Konflikte um keineswegs überlebenswichtige Rohstoffe sieht man schon heute im Herzen Afrikas. Die Konkurrenz um wirklich überlebenswichtige und immer knapper werdende Rohstoffe, an der Spitze Wasser, Gas und Öl, wird noch viel härter werden. Es wird Konflikte geben, denn Europa, Indien und China können auf gesicherte Energie-Importe nicht verzichten und heizen sie sogar noch an, wenn sie Ziele wie Elektro-Autos formulieren – eine Million Elektro-Autos –, ohne gesicherten Zugang zu den dafür erforderlichen 70 % der bekannten und nutzbaren Weltbestände an Lithium zu haben. Europa wird selbst dort, wo man klugerweise an Atomenergie festhält, bis die Fusionstechnologie gegen Mitte des Jahrhunderts verfügbar sein wird, seinen Energiebedarf wohl kaum durch erneuerbare Energien decken können. Wir müssen also dringlicher als unsere wirtschaftlichen Konkurrenten Wege suchen, unsere Abhängigkeit zu vermindern, nicht zuletzt durch viel engere Kooperation als jetzt.

Mehr aber noch als Energie dürfte der Kampf um Wasser die Konfliktursache der Zukunft werden. Schon heute decken 40 % der Menschheit ihren Wasserbedarf aus ausländischen Quellen. Eine Milliarde Menschen haben in dieser Minute, die wir hier zusammensitzen, überhaupt keinen Zugang zu dem, was wir Trinkwasser nennen.

Treffen die Schätzungen der Weltbank zu, wonach der Lebensmittelbedarf bis 2030 um 50 % steigen wird, dann könnte der Kampf um Wasser auch ohne Klimawandel gnadenlos werden.

III.4

Umweltbelastung und Klimawandel: Auch das wird zu Krisen und Konflikten führen. Sollten die Prognosen zur Erderwärmung wahr werden, dann wird man Wanderungsbewegungen und als Folge noch mehr Konflikte als heute in Darfur sehen. Schätzungen, nach denen um 2020 – das ist nicht mehr lange hin – etwa 250 Millionen Afrikaner, von Hunger, Durst und Unterernährung getrieben, auf der Flucht sein werden, sprechen eine deutliche Sprache. Daneben wird es klimabedingte Konflikte zwischen Staaten geben. Man denke nur an die offene Frage: Was wird im arktischen Ozean, wenn die Eisdecken wirklich schmelzen und die Seewege auf einmal eine Woche oder 5000 Seemeilen kürzer werden als bislang?

III.5

Aus diesen drei Entwicklungen werden die wesentlichen Ursachen für die Konflikte der Zukunft entstehen, und es werden andere Konflikte sein als die, die wir heute haben. Nicht-staatliche Akteure werden auftreten, genauso bewaffnet wie die Streitkräfte, wenn nicht moderner. Wir werden das Nebeneinander von nicht-staatlichen Akteuren in Zusammenarbeit mit Kriminellen sehen, die möglicherweise sogar Staaten herausfordern können. Wir werden ein ständiges Nebeneinander von nicht-staatlichen und staatlichen Akteuren sehen. Das Gewaltmonopol des Staates, auf das Sie sich heute noch berufen können, wird zerbrechen, und die nicht-staatlichen Akteure werden Zugang zu Waffen aller Art haben. Sie werden diese ohne jede Bindung an Recht und Normen einsetzen, während wir, die Staaten, an die Normen gebunden bleiben müssen.

Viele dieser Konflikte werden innerstaatlich, vielleicht sogar lokal beginnen. Herkömmliche Kriege könnten es anfangs sein; alle werden als Kriege mitten unter den Menschen geführt werden. Aber jeder dieser regionalen Konflikte kann durch die Vernetzung der Welt rasch globale Bedeutung bekommen. Die Bereitschaft der Regierungen, ja nahezu der Zwang, Konflikte vorbeugend weit außerhalb der eigenen Region einzudämmen, wird voraussichtlich zunehmen. Aber die Fähigkeit der Menschen, ihrer Völker, das zu verstehen und über lange Zeit mitzutragen, wird abnehmen.

Lassen Sie mich zur Proliferation noch ein paar Sätze sagen. Am gefährlichsten halte ich die Proliferation im Bereich der biologischen Waffen. Es wird um das Jahr 2020 Waffen geben, die man einsetzen kann. Ansteckende Krankheiten, bisher eine Folge natürlichen Waltens, können zur Waffe in der Hand des Menschen werden. Fehlende medizinische Gegenwehr und unzureichende, weil nationale Gesundheitssysteme könnten die Völker dieser Welt in kaum vorstellbarer Weise verwundbar für Bioterrorismus machen.

Nukleare Proliferation könnte ebenfalls eintreten. Bis zum Jahr 2050 sollen bis zu 1.400 neue Kernkraftwerke weltweit ans Netz gehen. Mit jedem Kernkraftwerk kann man auch Plutonium zur Herstellung von Atomwaffen erzeugen. Der Vorschlag Obamas, eine atomwaffenfreie Welt zu schaffen, ist deswegen durchaus richtig. Aber wie man das erreichen kann, weiß im Moment noch keiner. Für die nächsten 20, 30 Jahre müssen wir uns alle darauf ein-

stellen, dass es weiter Atomwaffen geben wird. So lange es Atomwaffen gibt, müssen wir auch an nuklearer Abschreckung festhalten, damit verhindert wird, dass irgendjemand Atomwaffen gegen uns einsetzt. Alles andere wäre Leichtsinn.

Proliferation von Raketentechnologie ist in vollem Gange. Europa bleibt deswegen keine Wahl: Wir müssen uns ernsthaft mit der Frage der Raketenabwehr befassen.

Aber jeder dieser regionalen Konflikte kann durch die Vernetzung der Welt rasch globale Bedeutung bekommen.

Eine weitere Gefahr schließlich ist Krieg im Internet. Es wird nun im strategischen Konzept der NATO enthalten sein. Ich hatte das 1998 als Vorsitzender des NATO-Militärausschusses gefordert und war damals von einer Nation, die hier im Raum sehr zahlreich vertreten ist, gebremst worden. Cyber War macht einen Paradigmenwechsel in der Strategie möglich. Es ist dann nicht mehr nötig, den Gegner durch Zerstörung zum Einlenken zu bringen, sondern sie können ihn, bevor der erste Schuss gefallen ist, durch Lähmung ausschalten. Bedenken Sie die Entwicklung; die Jüngeren unter Ihnen verstehen das vermutlich besser als ich: Im Jahr 2000 konnte man etwa 4 Gigabyte pro Sekunde anwenden. Heute sind wir bei 16 oder mehr Gigabyte pro Sekunde, und es wächst stündlich.

IV. Wege zur Sicherheit in Europa

Diese neuen Konfliktformen werden neue Formen von Regierungs- und Bündnisorganisationen erzwingen. Es geht dann nicht mehr um den Abstimmungsprozess in der Berliner Koalition. Das ist Unfug von gestern. Aber das zu ändern erfordert soviel gewaltige Kraft, dass kaum jemand wagt, daranzugehen. Keine der Organisationen, die wir heute haben, ist auf das vorbereitet, was vor unseren Türen steht. Deswegen wird dieses 21. Jahrhundert uns nicht viel Zeit des Zuwartens geben. Es wird leider ein unruhiges Jahrhundert werden. Wir wissen heute nur eines sicher: Mit militärischen Mitteln alleine werden wir die Themen und Probleme nicht bewältigen können. Aber pazifistischer Verzicht und Nichtstun ist erst recht keine Antwort.

IV.1

Deswegen müssen wir darüber nachdenken, was wir tun können. Ich meine, in der gegenwärtigen Situation wäre es töricht, einen anderen Weg zu gehen, als am Bündnis mit den Vereinigten Staaten festzuhalten. Sie sind die einzige Macht, die auf dieser Welt global handeln kann. Deswegen möchte ich an der Zuversicht festhalten, obwohl die Realitäten, die ich Ihnen geschildert habe, bedrückend waren, dass wir Sicherheit für uns schaffen können, solange Europa geschlossen und fest an der Seite der Vereinigten Staaten von Amerika bleibt. Aber dafür muss man etwas tun, und darf die Gleichgültigkeit in Washington gegenüber Europa nicht mit Gleichgültigkeit in Berlin, Paris oder London beantworten. Wir brauchen sie nun einmal mehr, als sie uns brauchen.

Ich maße mir nun nicht an, die Grundzüge des neuen strategischen Konzepts der NATO vorzustellen, das seit wenigen Tagen in den Hauptstädten

vorliegt und das am Donnerstag von den Verteidigungs- und Außenministern gemeinsam in Brüssel beraten wird. Ich kenne auch den Entwurf nicht, aber ich höre, dass die Beauftragten sich vom Geist des Harmel-Berichts der 60er Jahre haben leiten lassen und ein kurzes politisches, aber dennoch substanzielles Papier erarbeiten, in dem die Aufgaben der NATO beschrieben werden. Diese Aufgaben sind, glaube ich, vorhersehbar: Die NATO muss in der Lage sein, das Bündnis-Gebiet kollektiv zu verteidigen. Sie ist das erste Instrument für transatlantische Beratungen in Krisen aller Art, und sie muss im vollen Spektrum transatlantischer Krisenbewältigung unter Nutzung aller Mittel der Politik dort handeln, wo die Bündnispartner dies beschließen. Dazu muss die NATO sich mit der zunehmenden Proliferation von Massenvernichtungswaffen befassen, muss sich auch mit Abrüstung und Rüstungskontrolle befassen, muss sich um Energiesicherheit, um Cyber War, Bioterrorismus und Rüsten im Weltraum kümmern, und muss die Kooperation über Bündnisgrenzen hinweg stärken.

Diese Gefahren werden oft vorbeugendes Handeln, fast immer irgendwo auch Einsätze von Streitkräften verlangen, vor allem dort, wo die Risiken entstehen, damit die Gefahren gar nicht erst ins Bündnisgebiet kommen. Es ist ein neuer Inhalt von Abschreckung und Verteidigung, der sich hier abzeichnet, ein Inhalt, der auch Prävention einschließt. Das geht weit über das hinaus, was wir bislang in der Allianz gedacht und diskutiert haben. Das verlangt dann auch Änderungen in den Planungen der Streitkräfte.

IV.2

Ich möchte nun nicht vor Abschluss der politischen Beratungen zur Zukunft der Bundeswehr auf Einzelheiten der Vorschläge des Verteidigungsministers eingehen. Mir scheint, sie gehen im Grundsatz in die richtige Richtung: mehr Ausrichtung auf Einsatz, Abbau der Kopflastigkeit der Bundeswehr, schlankere Administration und Beschaffung moderner Materials. Wir werden prüfen müssen, ob mit den geplanten Strukturen Deutschlands internationale Verpflichtungen zu erfüllen sind, oder ob die dringend gebotene Modernisierung der Streitkräfte auch finanziell machbar ist.

Sie haben in der Diskussion über die allgemeine Wehrpflicht vielleicht auch bemerkt, dass ich das, was ich seit 1999 eingehalten habe – ich habe konsequent zu allen Entwicklungen der Bundeswehr im Inneren geschwiegen; ich habe nie etwas zur Bundeswehrplanung gesagt – dann doch durchbrochen habe. Mir riss der Geduldsfaden, als ich diese nicht mehr erträgliche Heuchelei zu der Wehrdienstdebatte mitverfolgen musste. Der Ausgangspunkt war doch der Beschluss der Regierungskoalition, den Wehrdienst auf 6 Monate zu verkürzen. Damit hat man dem Grundwehrdienst jeden Sinn genommen; da werden Sie alle zustimmen. Man hat ihn damit zum sozialen Pflichtdienst gemacht, mit der Möglichkeit, den ausnahmsweise auch mit der Waffe abzuleisten. Es war der Einstieg in den Ausstieg, und dort ist die Wurzel des Übels.

Die Debatte, die dann folgte, einen weder sinnvollen noch gerechten Dienst auszusetzen, war nichts anderes als schlichte Heuchelei. Da wurde die Wehrpflicht zum Wesenskern von Parteien erklärt. Man verband sie irrigerweise mit dem Erhalten der inneren Führung und erklärte sie zur Voraussetzung der Integration der Streitkräfte in die Gesellschaft. Einige behaupten sogar, Wehrpflicht-Armeen seien intelligenter als Berufsarmeen, obwohl sie

hätten wissen können, dass in 23 von 28 NATO-Staaten die Wehrpflicht ausgesetzt oder abgeschafft wurde. Ministerpräsidenten erklärten die Wehrpflicht für unverzichtbar, und ein Parteivorsitzender, der den fragwürdigen Beschluss – Verkürzung auf sechs Monate – mitverantwortlich hat, sah ohne Wehrpflicht Gefahr für den Wesenskern seiner Partei. Gestern bekannte er sich zum lebenslangen Befürworter der Berufsarmee. Ihnen allen hatte Roman Herzog ins Stammbuch geschrieben: „Die Wehrpflicht ist ein so tiefer Eingriff in die individuelle Freiheit des Bürgers, dass ihn der demokratische Rechtsstaat nur fordern darf, wenn die äußere Sicherheit des Staates dies wirklich gebietet. Ihre Beibehaltung, Aussetzung oder Abschaffung und ebenso die Dauer des Grundwehrdienstes müssen sicherheitspolitisch begründet werden können.“ So weit Roman Herzog.

Diese Bedingungen sind nicht mehr erfüllt. Die Beurteilung von Bundesregierung und NATO sind eindeutig. Eine unmittelbare territoriale Bedrohung Mitteleuropas und damit Deutschlands mit konventionellen militärischen Kräften besteht nicht. Das wird auch in Zukunft so bleiben; so weit die Beurteilung der Bundesregierung und der NATO. Keine politische Kraft in Deutschland ist anderer Ansicht. Man kann deshalb von den jungen Männern Deutschlands nicht länger das Opfer des allgemeinen Wehrdienstes verlangen. Was in der politischen Diskussion völlig außen vor blieb, ist: Was ist denn eigentlich geboten für Deutschland? Welche Verpflichtungen sind einzuhalten? Welche Konsequenzen sind aus der Unterfinanzierung der Bundeswehr seit 1992 zu ziehen? All die hausgemachten Übel der Bundeswehr, wie kopflastige Strukturen, verfehlte Rüstungsentscheidungen, oder die entgegen bereits getroffener Entscheidungen noch immer überdimensionierte zivile Verwaltung der Bundeswehr blieben unerwähnt. Aber die Kernfragen sind doch: Welche Streitkräfte braucht unser Land, um den Schutz seiner Menschen sicherzustellen, um seine internationalen Verpflichtungen zu erfüllen und um seinen Einfluss in der NATO, in der EU und bei den Vereinten Nationen zu erhalten. Da sind die Personalstärken anderer Länder wie Großbritannien und Frankreich durchaus Anhaltspunkte.

Nach den Vorentscheidungen zur Wehrpflicht, die jetzt mehr oder weniger getroffen sind, vom Bundestag noch in diesem Jahr beschlossen werden, muss nun der nächste Schritt erfolgen. Dazu muss man die Aussagen im neuen strategischen Konzept der NATO berücksichtigen; dazu muss man prüfen, wie die Ausrichtung der Bundeswehr sein soll: Bündnisverteidigung fern der Heimat oder Interventionsarmee in Form von „expeditionary warfare“. Das muss man prüfen, und das muss man beurteilen. Ich sage, wer Bündnisverteidigung an der Ostgrenze Polens sicherstellen kann, ist auch zu „expeditionary warfare“ im bedingten Maße geeignet. Dann muss man bewerten, was machbar ist, personell wie finanziell, und muss entscheiden, welches Restrisiko bleibt, und was das für unseren internationalen Einfluss bedeutet. Dann hat man das Fundament für eine Diskussion über Sicherheit in unserem Land. Jeder andere Weg, der irgendetwas herausgreift, würde dazu führen, dass die Reform gescheitert ist, bevor sie begonnen hat. Darüber ist man sich in Berlin, glaube ich, schon relativ klar.

V. Fazit

Das ist das Instrument, mit dem wir Sicherheit gestalten wollen und gestalten sollen. Aber das alles macht nur Sinn, und damit komme ich zum

Schluss, wenn auch der politische Wille vorhanden ist, in der Krise gemeinsam und entschlossen zu handeln, wenn man auch bereit ist, Härte zu zeigen, wenn das nötig ist. Dazu muss man gestalten und muss prägen wollen, dazu muss man agieren und nicht nur reagieren. Aber das kann man nur, wenn man auch als Nation klare Vorstellungen hat, die man in Bündnis und Europäische Union einbringen kann. Ich glaube, dass man in unserem Land, wenn man die Situation nüchtern schildert, für einen kühnen Reformansatz durchaus Mehrheiten gewinnen kann. Ich glaube auch, dass man den Willen zum Tragen der damit verbundenen Lasten erzeugen kann, wenn man den Menschen nüchtern aufzeigt, dass es Wege aus der Gefahr gibt. Aber man muss den Menschen eben auch sagen, dass der Wille, sich zu schützen, sich zu behaupten, notfalls zu kämpfen, Krisen und Konflikte durchzustehen, bis die Gefahr beseitigt ist, eben der Schlüssel zum Frieden ist. Ohne diesen Willen gibt es weder ein starkes und gemeinsames Handeln, noch das für Europa unverzichtbare Bündnis mit den Demokratien Nordamerikas. Die NATO zu erhalten, ist und bleibt das zentrale deutsche Sicherheitsinteresse.

In unserem Land ist das größte Defizit gegenwärtig nicht der unzureichende Verteidigungshaushalt, sondern dass der Wille fehlt, das, was wir als Instrumente haben, auch zu nutzen. Wir neigen dazu, die Wirklichkeit zu verdrängen und dafür diejenigen zu kritisieren, die sich der Realität stellen. Es war bedrückend, in den vergangenen Jahren zu sehen, dass Deutschland eher verzögernd und meist ängstlich handelt. Risiko zu vermeiden, das war die Maxime deutscher Politik in den vergangenen Jahren, auch wenn das unser Land die Zukunft kostet. Mit dem Willen zur Reform der Bundeswehr scheint diese Haltung des Zauderns und des Taktierens zu Ende zu gehen. Wir haben nun endlich eine breite Diskussion in Fragen der Sicherheitspolitik.

Erinnern Sie sich alle bitte noch einmal daran, was den Erfolg unseres Landes, diesen unbeschreiblichen Erfolg der 60 Jahre Bundesrepublik Deutschland, begründete. Es war der Wille der Deutschen, sich den Widrigkeiten nach dem Zweiten Weltkrieg zu stellen, Widerstände zu überwinden, anzupacken, den Risiken zu trotzen, nicht aber ihnen als Trittbrettfahrer auszuweichen. Wir müssen also alle noch einmal anpacken. Dann können wir auch unseren Kindern und Enkelkindern Frieden und Sicherheit erhalten. Wir sollten deswegen nicht verzagt in die Zukunft schauen. Wir sind in diesem mächtigsten Bündnis der Welt, der NATO, gut aufgehoben, aber wir müssen es jetzt gemeinsam an eine veränderte Welt anpassen, wir müssen Beiträge dazu leisten, um es zu stärken, und das eben vor allem durch eine leistungsfähige, einsatzbereite und moderne Bundeswehr. Haben wir dann noch den politischen Willen, gemeinsam mit unseren Verbündeten notfalls auch zu handeln, auch militärisch zu handeln, auch zu kämpfen, dann, glaube ich, können wir Frieden schaffen. □

Ausstellung verlängert

Die Ausstellung mit Werken des österreichischen Künstlers Arnulf Rainer in der Katholischen Akademie ist verlängert. Die Bilder sind bis Freitag, 17. Dezember 2010, zu sehen. Die Ausstellung in der Mandlstraße 23 ist jeweils montags bis freitags von 9 bis 17 Uhr geöffnet. Eintritt frei.

Kirchenaustritt – und was dann?

Die große Zahl von Kirchenaustritten stellt die christlichen Kirchen zunehmend vor große Herausforderungen. Wie umgehen mit denen, die trotz des Austritts Christen bleiben wollen, wie die zum Bleiben motivieren, die innerlich längst ausgetreten sind und wie die ansprechen und möglicherweise zurückholen, die den Austritt schon

vollzogen haben? Diesen für die christlichen Kirchen existentiellen Fragen versuchte eine gemeinsame Tagung der Katholischen Akademie und der Evangelischen Akademie Tutzing mit dem Titel „Kirchenaustritt – und was dann?“ nachzugehen. Sie fand am 9. und 10. Juli 2010 in Tutzing statt.

Abschied von den Kirchen: Zahlen, Motive, Trends

Detlef Pollack

I.

Der Kirchenaustritt ist ein hochsensibler Indikator für kirchliche Wandlungsprozesse. Veränderungen in der gesellschaftlichen Stellung der Kirchen schlagen sich in Kirchenaustrittsraten unmittelbar nieder. Die Wirkung von ökonomischen Konjunkturen und Einbrüchen, von politischen Ereignissen und kirchenrechtlichen Reformen, aber auch von Prozessen des kulturellen Wertewandels lässt sich in Veränderungen der Kirchenaustrittsraten unschwer erkennen. Zugleich handelt es sich beim Kirchenaustritt um ein Phänomen, das nicht nur von gesellschaftlichen Faktoren beeinflusst wird, sondern auch abhängig ist von der Familiengeschichte und den Besonderheiten der individuellen Biographie. Aus Untersuchungen des Allensbacher Instituts für Demoskopie wissen wir, dass es sich die Menschen in der Regel mit dem Kirchenaustritt nicht leicht machen. Phasen der Annäherung an die Kirche und der Entfremdung von ihr wechseln einander ab. Oft steht der Kirchenaustritt am Ende eines langen Prozesses der inneren Auseinandersetzung mit der Kirche und mit Fragen des Glaubens. Dies verwundert nicht, denn Kirchenmitgliedschaft ist ein äußerst komplexes Phänomen, eingebettet in die Zugehörigkeit zu sozialen Milieus und Netzwerken, bezogen auf die religiös-kirchliche Orientierung der Mitglieder in der eigenen Familie und daher eng verbunden mit den affektiven Beziehungen in der Familie. Auch wenn der Kirchenaustritt vor allem eine persönliche Entscheidung ist, die der Einzelne mit sich selbst ausmacht und in der es ihm möglicherweise vorrangig um die Authentizität seines Kirchenverhältnisses geht, steht er in einem engen Zusammenhang mit den näheren und weiteren sozialen Kontextbedingungen, von denen



Prof. Dr. Detlef Pollack, Professor für Religionssoziologie an der Universität Münster

er beeinflusst wird und auf die er teilweise sogar selbst einen Einfluss ausübt.

Wie stark der Einfluss des gesellschaftlichen Umfeldes ist, erhellt ein Blick auf die Kirchenaustrittsraten der letzten 60 Jahre in Deutschland. Wie **Grafik 1** zeigt, verlaufen die Kurven für die Austritte aus der evangelischen und der katholischen Kirche in diesem Zeitraum vollkommen parallel. Sinkt die evangelische Austrittsratenrate, geht auch die Zahl der Austritte aus der katholischen Kirche zurück. Steigt die evangelische Ziffer an, bewegen sich auch die Zahlen für die katholische Kirche nach oben. Das heißt, dass der Verlauf der Austrittsraten weniger von theologischen Über-

legungen, ekklesiologischen Prämissen, kirchenpraktischen Entscheidungen, innerkirchlich verfügbaren Ressourcen oder der Ausstrahlung kirchlicher Führer als von äußeren Faktoren beeinflusst wird. Wenn die Kirchenaustrittsraten Ende der 60er Jahre sprunghaft ansteigen, dann hat dies vor allem mit dem in der Nachkriegszeit einsetzenden wirtschaftlichen Aufschwung zu tun, der für mehr und mehr Segmente der Gesellschaft einen zuvor nie erlebten Überfluss an Konsumgütern und säkularen Freizeitangeboten zugänglich machte, mit dem expansiven Anstieg des Bildungsniveaus, mit der Erhöhung der geographischen Mobilität, mit der Politisierung der Öffentlichkeit und der Konsolidierung der Demokratie sowie mit einem damit verbundenen Wertewandel, in dessen Verlauf vor allem in den jüngeren Generationen an die Stelle von Ordnungsnormen Werte der Selbstbestimmung, des Lebensgenusses und der politischen Partizipation traten und sich ein neues Verhältnis zur Sexualität und zur Rolle der Frau in den Familien herausbildete. In den Jahren davor waren die Kirchen noch unmittelbar eingebunden in den gesellschaftlichen und politischen Grundkonsens der Bundesrepublik, der durch eine antitotalitäre Ausrichtung sowie durch die Akzeptanz von industriegesellschaftlichen Werten wie Fleiß, Ordnung, Disziplin und Unterordnung geprägt war. Dann aber entwickelten sich kirchliche Moralvorstellungen und gesellschaftliche Individualismuskriterien auseinander. Wenn sich die Höhe der Kirchenaustritte im Laufe der 70er und 80er Jahre wieder abflacht, dann steht dahinter offenbar der Einbruch der ökonomischen Wachstumsdynamik seit Mitte der 70er Jahre. Wenn sie nach 1990 wiederum ansteigt, dann ist dies wohl vor allem auf Folgen der deutsch-deutschen Wiedervereinigung zurückzuführen, auf die mit dem Beitritt Ostdeutschlands einsetzende Erhöhung des Konfessionslosenanteils und die damit verbundene Enttabuisierung von Kirchenaustritt und Religionslosigkeit sowie auf die mit der deutschen Einheit aufkommenden zusätzlichen finanziellen Belastungen wie etwa dem Solidaritätsbeitrag – ein Mechanismus, der auch bereits zur Erklärung der Kirchenaustrittsspitzen in den 70er Jahren beizutragen vermag, als Konjunkturzuslag und Solidaritätsabgabe oft den letzten Anstoß zum Kirchenaustritt gaben.

II.

Die Beobachtung der Außenabhängigkeit des Kirchenaustritts wird erhöht, wenn man bedenkt, dass sich das Niveau der Kirchenaustritte trotz aller Aufwärts- und Abwärtsbewegungen in den letzten Jahren insgesamt erhöht hat. Man kann darin einen gesellschaftsweiten Trend hin zur Säkularisierung und Entkirchlichung erkennen. Dieser Trend bildet sich vor allem darin ab, dass das Niveau der Austrittstäter im Laufe der letzten Jahrzehnte beständig angestiegen ist. Der übersubjektive Charakter der Kirchenaustritte manifestiert sich aber auch darin, dass der Anteil der Kirchenaustritte aus der evangelischen Kirche stets über der katholischen Kirchenaustrittsraten lag. Offenbar besitzt die katholische Kirche stärkere Bindungskräfte als die evangelische.

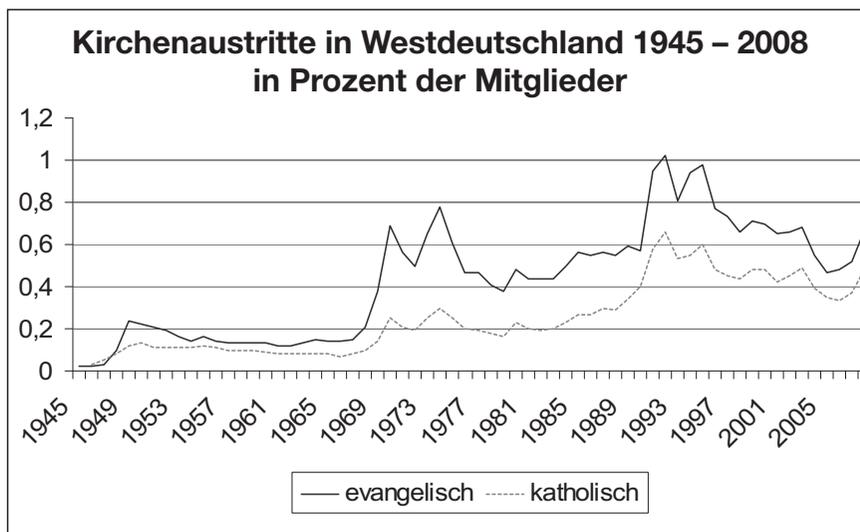
Zur Erfassung der subjektiven Motive des Kirchenaustritts liegen uns vor allem Daten aus dem Bereich der evangelischen Kirche vor. Die seit Jahrzehnten im Abstand von 10 Jahren regelmäßig erhobenen Einstellungen zeigen, dass Kirchenmitgliedschaft in der evangelischen Kirche für etwa 60 % der evangelischen Kirchenmitglieder eine Sache der Selbstverständlichkeit ist. Für diesen



Auf dem Podium: Professor Schwab, Pfarrerin Wewetzer, Dr. Greiner, Direktor der Evangelischen Akademie, Dr. Grunden und Dr. Mitschke-Collande (v.l.n.r.).



Wortmeldungen und Diskussionen bestimmten das Bild bei der Wochenendtagung in der Rotunde der Evangelischen Akademie Tutzing.



Grafik 1: Austrittsraten in Prozent

Anteil kommt ein Kirchenaustritt nach eigenen Aussagen nicht in Frage. Weitere 20 % bekunden, sie hätten zwar schon einmal an einen Kirchenaustritt gedacht, letztendlich käme er aber doch nicht in Frage. Für 15 bis 20 % ist der Kirchenaustritt eine ernsthafte Option; 5-6% erklären, sie ständen bereits kurz davor, diesen Schritt zu vollziehen.

Gefragt danach, warum sie der Kirche den Rücken gekehrt haben, antworten diejenigen, die den Austritt tatsächlich vollzogen haben, in hohen Anteilen, sie wollten dadurch die Kirchensteuern sparen. Dieses Motiv ist, wie eine sogenannte Faktorenanalyse zeigt, allerdings relativ isoliert und sollte in seiner Bedeutung nicht überschätzt werden. Hinter dem Kirchenaustritt steht häufig eine Entfremdung von der Kirche, die sich langfristig aufgebaut hat. „Ich bin aus der Kirche ausgetreten, weil ich die Kirche unglaublich finde“, weil sie mir „gleichgültig ist“, weil sie mir „fremd geworden ist“ – diesen Aussagen stimmt eine deutliche Mehrheit der Ausgetretenen zu. (vgl. Tab. 1) Weniger bedeutsam hingegen sind aktuelle Stellungnahmen der Kirche, über die man sich vielleicht geärgert hat, oder die Arbeit des Pfarrers und der Pastorin. Die Reibungen mit der Kirche, die zum Kirchenaustritt führen, entstehen weniger auf der lokalen Ebene, auf der Ebene der Gemeinden und der kirchlichen Praxis. Vielmehr ist der Kirchenaustritt häufig das Ergebnis eines langfristigen Prozesses, in dessen Verlauf die Bindung an die Kirche abnimmt und die Distanz zu dieser Institution immer mehr zunimmt. Nicht die Kritik an der Kirche steht im Mittelpunkt dieses Entfremdungsprozesses, sondern eine zunehmende Indifferenz gegenüber der Kirche. Dies gilt für die befragten ehemaligen Protestanten. Bei Katholiken, die sich zum Kirchenaustritt entschließen, mag dies anders sein. Ihr Kirchenverhältnis mag mehr durch die Gleichzeitigkeit von Anziehung und Abstoßung charakterisiert, also affektiv stärker aufgeladen sein, so dass für den Kirchenaustritt die kritische Einschätzung des kirchlichen Handelns bedeutender sein könnte. Daten zur Motivationsstruktur des Austritts aus der katholischen Kirche liegen allerdings leider nicht vor.

III.

Inwieweit der Kirchenaustritt durch eine Lockerung der Glaubensbindung bedingt ist, lässt sich aufgrund der vorliegenden Daten nicht leicht beantworten. Auf der einen Seite spielen das Desinteresse an Religion sowie die Beziehungslosigkeit zu den Inhalten des Glaubens eine Rolle, insbesondere im Osten Deutschlands. Der Aussage „ich brauche in meinem Leben keine Religion“ und „ich kann mit dem Glauben nichts mehr anfangen“ stimmt als Grund für den Kirchenaustritt im Westen Deutschlands zumindest die Hälfte der Ausgetretenen zu, im Osten sogar eine deutliche Mehrheit. Dass der Abschied von der Kirche mit einer Abschwächung der Glaubensbindung einhergeht, wird allerdings vor allem daran sichtbar, dass kaum einer aus der Kirche austritt, weil er eine andere religiöse Überzeugung gefunden hat. Vergleicht man den Glauben an Gott oder an ein Leben nach dem Tod bei Konfessionsangehörigen und Konfessionslosen, so fallen die zustimmenden Aussagen bei den Mitgliedern der Kirche stets weit aus als bei den Ausgetretenen. Auf der anderen Seite geben nicht wenige der Ausgetretenen als Grund für ihren Kirchenaustritt an, sie könnten auch ohne die Kirche christlich sein. In Westdeutschland liegt die Zustimmung zu diesem Item unter allen Austritts-

Ich bin aus der Kirche ausgetreten weil...	West MW	Ost MW
(A) mir die Kirche gleichgültig ist	4,78	4,93
(B) ich mich über Pastor/innen und/oder andere kirchliche Mitarbeiter/innen geärgert habe	2,96	2,35
(C) ich mich über kirchliche Stellungnahmen geärgert habe	3,78	2,95
(D) ich dadurch Kirchensteuern spare	5,51	5,25
(E) ich eine andere religiöse Überzeugung gefunden habe	1,67	1,51
(F) ich auch ohne die Kirche christlich sein kann	5,58	3,88
(G) ich in meinem Leben keine Religion brauche	4,42	5,44
(H) ich die Kirche unglaubwürdig finde	4,94	4,53
(J) es in meinem Umfeld normal war/ist, nicht in der Kirche zu sein	2,46	4,17
(K) ich mit dem Glauben nichts mehr anfangen kann	3,99	5,05
(L) ich politisch unter Druck gesetzt wurde	1,39	1,68
(M) ich mir (und meinen Kindern) unnötige Auseinandersetzungen ersparen wollte	1,77	2,25
(N) mir die Kirche fremd geworden ist	4,25	4,90

Mittelwerte (MW) von 1 (= trifft überhaupt nicht zu) bis 7 (= trifft voll zu). Mittelwert = 4. Alle darüber liegenden Werte zeigen Zustimmung zur angegebenen Aussage an, alle darunter liegenden Ablehnung.

Quelle: Kirchenmitgliedschaftsuntersuchung der EKD 2002.

Tabelle 1: Austrittsgründe aus der evangelischen Kirche ausgetretener Konfessionsloser in Deutschland Ost und West

2008	Westdeutschland			Ostdeutschland		
	Katholisch	Evangelisch	Konfessionslos	Katholisch	Evangelisch	Konfessionslos
Katholisch erzogen	92,1	2,0	5,1	65,5	0,0	34,5
Evangelisch erzogen	1,1	80,3	16,6	0,0	47,2	51,7
Konfessionslos aufgewachsen	3,5	17,6	76,5	0,0	2,6	97,4

Quelle: Allgemeine Befragung der Sozialwissenschaften (Allbus) 2008

Tabelle 2: Weitergabe der Konfessionszugehörigkeit an die nächste Generation

	Münster		Freiburg		Bamberg		
	2009	2010	2009	2010	2008	2009	2010
Januar	464	373	992	1029	313	299	208
Februar	690	394	1395	886	219	593	299
März	541	1084	1058	2711	229	466	1438
April	-	-	748	2974	242	312	1071
Mai	-	-	593	2155	266	237	695

Quelle: Bistümer und Landeskirchenämter

Tabelle 3: Austritte aus der katholischen Kirche

	Bayern			Baden		Bremen	
	2008	2009	2010	2009	2010	2009	2010
Januar	2107	2671	1237	726	485	245	186
Februar	2008	1291	1471	597	447	223	144
März	1161	1959	1876	544	635	194	208
April	1662	1451	2104	496	694	166	195
Mai	1031	916	2054	-	-	143	146

Quelle: Bistümer und Landeskirchenämter

Tabelle 4: Austritte aus der evangelischen Kirche

gründen sogar am höchsten. Die Macht der christlichen Tradition ist in diesem Antwortverhalten unübersehbar. Fast hat man den Eindruck, als träten die evangelischen Kirchenmitglieder in den alten Bundesländern mit einem schlechten Gewissen aus der Kirche aus: Auch wenn man nicht länger Mitglied der Kirche sein will, als Christ möchte man sich schon noch verstehen. Wie bedeutsam der kulturelle Kontext ist, in dem die hoch persönlichen Entscheidungen über die Mitgliedschaft in der Kirche getroffen werden, wird an dieser Stelle unmissverständlich deutlich. In Ostdeutschland, in der es nicht eine konfessionell geprägte Mehrheitsituation, sondern eine Kultur der Konfessionslosigkeit gibt, spielt diese Begründung des Kirchenaustritts eine weitaus geringere Rolle.

Die Bedeutung des kulturell-sozialen Umfeldes für die Aufrechterhaltung der Kirchenmitgliedschaft lässt aber auch noch anhand einer anderen Beobachtung demonstrieren. Wie **Tabelle 2** ausweist, ist die Wahrscheinlichkeit der Aufrechterhaltung der Kirchenmitgliedschaft im Westen Deutschlands weitaus höher als im Osten. Von denen, die katholisch erzogen wurden, gehören in Westdeutschland heute noch immer mehr als 90 % der katholischen Kirche an, im Osten dagegen nur etwa 65 %. Von den evangelisch Erzeugenen sind im Westen heute noch 80 % evangelisch, im Osten dagegen nur noch 47 %. Hingegen liegt die Reproduktionsrate der Konfessionslosen im Osten bei 97 %, während sie im Westen nur etwas mehr als 75 % ausmacht. Mit anderen Worten, die Kirchen können ihre Mitglieder in der mehrheitlich konfessionell geprägten westlichen Gesellschaft weitaus besser bewahren als in der Minderheitensituation des Ostens. Ein Umkehrerfekt in der Bindung an die Kirchen, wie er angesichts der Verkleinerung der Gemeinden in Ostdeutschland zu erwarten wäre, lässt sich nicht beobachten. Die Bindefähigkeit der Kirchen in Ostdeutschland ist noch geringer als die der Kirchen im Westen.

IV.

Einen starken Einfluss auf die Aufrechterhaltung der Kirchenmitgliedschaft übt aber nicht nur das allgemeine sozio-kulturelle Umfeld aus. Entscheidend ist die Erziehung in den Familien. Bei religiös Erzeugenen ist die Austrittswahrscheinlichkeit deutlich geringer als bei denjenigen, die keine religiöse Sozialisation durch die Herkunftsfamilie erfahren haben. Außerdem fällt auf, dass der Kirchenausritt gehäuft im Alter zwischen 18 und 29 Jahren auftritt, also in einer Lebensphase, in der die Abnabelung von der Herkunftsfamilie erfolgt und eine neue Familie oft noch nicht gegründet ist. Die Familie ist die bedeutendste religiöse Sozialisationsinstanz, über die nicht nur die Bindung an die Kirche hergestellt wird, sondern die diese Bindung auch immer wieder erneuert. Nicht nur die Eltern tragen zur religiösen

Erziehung ihrer Kinder bei, auch die Kinder leisten einen Beitrag zur Bindung ihrer Eltern an die Kirche. Wenn sie in kirchliche Einrichtungen gehen oder an kirchlichen Veranstaltungen teilnehmen, so wird dadurch auch der Kontakt der Eltern zur Kirche gestärkt.

Die Verankerung der Kirchenmitgliedschaft in der Lebenswelt der Kirchenmitglieder wurde durch die im Frühjahr dieses Jahres bekannt gewordenen Missbrauchsfälle stark erschüttert. Die Zahl der Austritte aus der katholischen Kirche ging deutlich in die Höhe. Natürlich sind die Austritte nicht nur auf die Missbrauchsfälle zurückzuführen. Menschen, die sich von der Kirche innerlich bereits gelöst haben und zum Glauben ein distanzierteres Verhältnis haben, neigen stärker zum Kirchenausritt als kirchlich hochverbundene Kirchenmitglieder. Wie ein Vergleich der Kirchenausritte aus der evangelischen und der katholischen Kirche zeigt, hängen die erhöhten Kirchenausritte aus der katholischen Kirche allerdings eindeutig mit den Missbrauchsfällen zusammen. Bei den Evangelischen blieben die Kirchenausritte in den Monaten März bis Mai im üblichen Rahmen; bei den Katholiken dagegen stiegen sie von 2009 zu 2010 auf das Doppelte und teilweise auf mehr als das Doppelte an (**vgl. Tab. 3 und 4**).

Von Ende Januar bis Mitte März sank auch das Vertrauen der Katholiken in ihre Kirche, und zwar von 56 auf 34 %. Bei den Protestanten dagegen blieb das Vertrauen mit einem Wert von 65 % im selben Zeitraum konstant. Auf dem Höhepunkt der Missbrauchsdebatte im April 2010 gaben nach Umfrageergebnissen von Forsa 23 % der Katholiken an, schon einmal über einen Austritt aus der Kirche nachgedacht zu haben. Angesichts der Tatsache, dass die katholische Kirchenausrittsrate bislang stets unter der evangelischen lag, ist dies ein beachtlicher Prozentsatz. Möglicherweise tritt in diesem Jahr das erste Mal in der 60jährigen Geschichte der Bundesrepublik der Fall ein, dass die Zahl der Austritte aus der katholischen Kirche die Zahl der evangelischen übersteigt. Allerdings muss man sehen, dass die große Mehrheit der Katholiken trotz der kritischen öffentlichen Debatte ihrer Kirche die Treue halten will, auch wenn 23 % von ihnen nach eigenen Angaben an Kirchenausritt denken. Die Integrationsfähigkeit der katholischen Kirche ist hoch. Ihre Kraft zur Bewahrung der Tradition und zum Zusammenhalt der Gemeinschaft – das ist der große Schatz, den die katholische Kirche besitzt. Man wird abwarten müssen, wie einschneidend die Erfahrung der Missbrauchsfälle für die Aufrechterhaltung des kirchlichen Mitgliederbestandes wirklich ist. □

Dr. Florian Schuller, Direktor der Katholischen Akademie (re.), moderierte die Fragerunde mit Professor Haering OSB.



Kirchenaustritt – Verwaltungsakt oder Bruch mit der Gemeinschaft der Glaubenden?

Ralf Miggelbrink

1. Grundlagen

1.1 Kirchenaustritt als Glaubensabfall

Der Kirchenaustritt (*actus formalis ab Ecclesia deficere*., CIC 1086) wird kirchenrechtlich als Apostasie, als Glaubensabfall behandelt. Der Austretende kann die in der Taufe begründete Beziehung zu Christus und seiner Kirche nicht vollkommen auslöschen (*character indelebilis* der Taufe). Er kann sich allerdings durch seinen Austritt öffentlich und formell jedem Anspruch der Kirche ihm gegenüber entziehen. Kirchenjuristen deuten diesen Akt als Glaubensabfall (*Apostasie*). Der Austretende zieht sich deshalb als unmittelbare Tatfolge die Beugestrafe der Exkommunikation zu. Die Beugestrafe zielt auf die Wiederherstellung der im Glauben und in der Disziplin verletzten kirchlichen Einheit. Folgen der Exkommunikation für den einzelnen sind: der Ausschluss von den Sakramenten, Verlust des Rechts auf ein kirchliches Begräbnis, Unfähigkeit, ein kirchliches Amt zu übernehmen, Kündigung aus einem kirchlichen Arbeitsverhältnis.

Das grundlegende Verfahren eines solchen Umganges mit Menschen, die sich öffentlich von der Kirche distanzieren, stammt aus der Zeit der Christenverfolgungen. Menschen, die sich während der decianischen Verfolgung 249 durch einen formellen Akt öffentlich von der Kirche distanzieren, indem sie den heidnischen Göttern opfereten, konnten durch diesen *actus formalis ab ecclesia deficere* ihr Leben retten. Für den Umgang mit solchen gefallenen Christen legte die Synode von Karthago 251 auf der Grundlage von Vorschlägen Cyprians von Karthago differenzierte Bußleistungen fest, die der Wiederaufnahme der *lapsi* durch den Bischof (*reconciliatio*) voranzugehen hatten.

In kritischen Zeiten der Kirchengeschichte wird die alte Kirche mit ihrer Disziplin gerne als Modell beschworen. Die Märtyrer Roms erleuchteten das Bild der alten Kirche als einer eschatologisch bestimmten Überzeugungsgemeinschaft. Die Aussicht auf das ewige Leben bestimmte die Gegenwart nachdrücklicher als die Sorgen des Alltags. Wo schändliche Furcht vor dem körperlichen Leiden und dem physischen Tod den *lapsus* vor dem *martyrium* zurückschrecken ließ, wurde die ganze Gemeinschaft in ihrer eschatologischen Deutung der Gegenwart geschwächt. Dieses Ideal wurde schon damals dadurch irritiert, dass ausgerechnet solche Bischöfe, die selbst *lapsi* waren, nach dem Ende der Verfolgung eine rigoristische Haltung einnahmen, während heldenhafte confessores nicht selten Versöhnungsbriefe (*libelli pacis*) zugunsten der Gefallenen (*lapsi*) ausstellten.

1.2 Die Pflicht zur Kirchengliedschaft

Von Cyprian von Karthago stammt der bekannte Merksatz „*extra ecclesiam nulla salus*“, den der Nordafrikaner seiner Situation gemäß auf die verfasste Gemeinde bezog. Die Kirche des Mittelalters konnte kaum noch erlebte Bekenntnis- und Zeugnisgemeinschaft sein. Es fehlte an Glaubenswissen, Bildung und Verständnis. Die Regel Cyprians wurde deshalb wie alles im Mittelalter



Prof. Dr. Ralf Miggelbrink, Professor für Systematische Theologie an der Universität Duisburg-Essen

rechtlich-äußerlich interpretiert. Den Höhepunkt dieser Auslegung bildet das Unionskonzil von Florenz (1442) mit seiner Doktrin:

„[Die Kirche] glaubt fest, bekennt und verkündet, daß niemand, der sich außerhalb der katholischen Kirche befindet, nicht nur <keine> Heiden, sondern auch keine Juden oder Häretiker und Schismatiker, des ewigen Lebens teilhaftig werden können, sondern daß sie in das ewige Feuer wandern werden, „das dem Teufel und seinen Engeln bereitet ist“ (Mt 25, 41), wenn sie sich nicht eben dieser Kirche vor ihrem Lebensende angeschlossen haben.“ (DH 1351)

1.3 Universaler göttlicher Heilswille

Die Vorstellung der Kirche als exklusivem Heilsmedium wurde bereits kurz nach dem Konzil von Florenz (1442) mit der Entdeckung Amerikas (1492) und des Seeweges nach Indien (1498) erschüttert: Sollten all die unschuldigen Heiden seit Generationen verloren sein? Insbesondere missionarisch engagierte Theologen konzipieren Gegenmodelle zur exklusiven Rettung durch die Kirche und ihr sakramentales Handeln. Weder Gottes Güte und Gerechtigkeit noch sein heilsgeschichtlicher Einsatz lassen eine jeder Gerechtigkeit und Vernunft Hohn sprechende Unzuverlässigkeit des göttlichen Heilswillens zu. So setzt sich im zwanzigsten Jahrhundert die Auffassung durch, dass Gott *alle* Menschen retten *will*. Die Kirche verfügt nicht über diesen göttlichen Willen. Sie hat ihm vielmehr als Werkzeug zu dienen.

1.4 Kirchengliedschaft als Teilhabe an der kirchlichen Sendung

Das Zweite Vatikanum überwindet die statische Vorstellung einer rein institutionellen Kirchenmitgliedschaft als juristisch von Gott gesetzter Voraussetzung der Zuwendung eschatologischen Heils. Es kultiviert die Sichtweise

dynamisch wirksamer göttlicher Gegenwart in der Welt zum Heil der Welt und aller Menschen. Die Kirchengliedschaft schließt unter diesen Voraussetzungen mehr ein als das bloße gehorsame Verharren unter der legitimen kirchlichen Obrigkeit. Vielmehr sollen nun alle „auf ihre Weise zum gemeinsamen Werk einmütig zusammenwirken“ (Lumen gentium 30). Alle sollen „vom Geist des Evangeliums geführt, nach Art des Sauerteigs zur Heilung der Welt gleichsam von innen beitragen“ (Lumen gentium 31). „So tritt jeder Laie aufgrund der Gaben, die ihm anvertraut worden sind, zugleich als Zeuge und als lebendiges Werkzeug der Sendung der Kirche ‚nach dem Maß der Gabe Christi‘ auf.“ (Lumen gentium 33).

Entgegen der mittelalterlichen Sicht der Kirchengliedschaft als Mitgliedschaft vertritt das Zweite Vatikanum das Bild der Kirchengliedschaft als aktiver Teilhabe an der sakramentalen Sendung der Kirche zum Heil der Welt.

1.5 Dynamischer Begriff von Kirchengliedschaft

Ein so anspruchsvoller Begriff von Kirchengliedschaft erzeugt berechtigterweise in dem ein oder anderen Bedenken, ob er denn mit dem, was er in seinem Leben verwirklicht, hinlänglich Christ ist, um zur Gemeinschaft der Kirche gezählt werden zu können. Umgekehrt ist dieser Begriff aber auch geeignet, auch diejenigen Menschen in einer mehr oder weniger innigen Gemeinschaft mit der Kirche zu sehen, die sich nach Kräften um das Gute, Wahre und Schöne in der Welt bemühen. Je theologischer der Kirchenbegriff gefasst wird, umso eschatologischer wird die Bestimmung der Kirchengliedschaft. Ein dynamischer Kirchenbegriff findet in der jesuanischen Rede vom Sauerteig seinen biblischen Haftpunkt. Auch bei Sauerteig ist die Wirksamkeit eine Funktion der Diffusionsfähigkeit.

Die Fähigkeit, „allen alles zu sein“ und in allen den *lógos spermatikós* erkennen zu können, ist wesentliches Merkmal eines theologischen, theozentrischen und eschatologisch bestimmten Kirchenbegriffs.

1.6 Der bleibende Rang des Institutionellen

Eine Kirche, die in die Welt diffundiert und überall Kristallisationspunkte bildet, an denen Glaube und Gottesdienst wachsen können, erscheint so als theologisch sinnvoller Gestalt von Kirche. Aus einer solchen Kirche kann man nicht austreten. Man bleibt mit ihr immer so verbunden, wie man eben mit dem verbunden bleibt, was einen prägt, beeindruckt, motiviert und fasziniert. Selbst wo man sich von einer solchen Kirche im Geist distanzieren bleibt man ihr in der Distanzierung verbunden.

Dennoch bleibt ein soweit dynamisierter Kirchenbegriff auf die Dimension des Institutionellen angewiesen, die allerdings der Dynamik der Kirche zu dienen hat, so wie umgekehrt diejenigen, die sich von dieser Dynamik erfassen lassen, erkennen müssen, dass Kirche, insofern sie die geschichtliche Tendenz des geschichtlichen Ereignisses der Inkarnation ist, geschichtlich verfasst und organisiert werden muss. Insofern dieser Zusammenhang eingesehen wird, begründet er eine Pflicht zur institutionellen Kirchlichkeit aus dem erkannten Begriff heilswirksamer Kirchlichkeit.

2. Heil und Kirchengliedschaft

2.1 Die Schuld der Kirche

Die Betonung der aktiven Rolle der Kirchenglieder bei der Rettung und

Heiligung aller Menschen entspricht gesellschaftlichen Veränderungen seit der Aufklärung. Sie respektiert den Anspruch der Menschen, selber Gestalter ihres Lebens und der Welt zu sein. Sie betont damit aber auch die Verantwortung sowohl der einzelnen als der Kirche insgesamt. Hat die nachvatikanische Kirche diese Schlussfolgerung in ihrer zutiefst beunruhigenden Radikalität gezogen, dass es an ihr ist, Gottes Heilswillen in allen Lebensbereichen durch ihr Zeugnis zum Durchbruch zu verhelfen? Hat sie sich durchdringen lassen von der Aufgabe, für jeden Menschen Helferin und Mittlerin der Liebe Gottes zu den Menschen zu sein? Ist sie erfüllt von dem Geist, sich als Sakrament hinzugeben an die Welt?

Das Zweite Vatikanum leitet uns an, Kirchenaustritte auch als Anfrage an die Kirche wahrzunehmen und als Aufforderung, jedem nachzugehen, der dieser Kirche meint, den Rücken kehren zu sollen. Bisweilen hört man im Inneren der Kirche den Vergleich der Kirche mit einem Verein, aus dem man ja austreten könne, wenn er einem nicht passe. Der Freiburger Kirchensoziologe Michael Ebert hat uns die Augen dafür geöffnet, dass die institutionelle Kirche mancherorts okkupiert zu sein scheint von bestimmten engen Milieus, die in der Kirche Gemütlichkeit, Geborgenheit und volkstümliche Traditionen suchen.

Das Zweite Vatikanum leitet uns an, Kirchenaustritte auch als Anfrage an die Kirche wahrzunehmen und als Aufforderung, jedem nachzugehen, der dieser Kirche meint, den Rücken kehren zu sollen.

Wer die Kirche allerdings mit einem Verein gleichsetzt, verleumdet in häretischer Weise das Wesen der heiligen Kirche. Als Dienerin des göttlichen Heilswillens hat die Kirche nicht die Option, sich auf einen selbstdefinierten heiligen Rest zurückzuziehen. Sie ist rechen-schaftspflichtig für die, die sie verliert.

2.2 Die Pflicht zur Kirche

Die Pflicht der Kirche, dem Heil der Welt in Christi Namen zu dienen, entspricht die Pflicht ihrer Glieder in der Kirche diesen Dienst zu leisten. Sowenig wie die Kirche die Wahl hat, sich von denen zu trennen, die ihr nicht passen, so wenig haben Christen das Recht sich von der Kirche zu trennen, weil ihnen dieses oder jenes nicht gefällt. So sehr bisweilen in der Kirche die Häresie aufkeimt, die die katholische Kirche als nestwarmen Verein sehen möchte, so sehr werden Menschen, die aus der Kirche austreten, bisweilen durch Eindrücke, Meinungen und Urteile geleitet, die das Wesen der Kirche nicht treffen können.

Es gibt im wesentlichen drei Gründe, die einen Kirchenaustritt vernünftigerweise verbieten:

(1) Am ehesten wird die Pflicht zur Kirche da eingesehen, wo im Hinblick auf nachwachsende Generationen die Frage nach dem Fortbestand des Christentums gestellt wird.

(2) Darüber hinaus ist die Einsicht wichtig, dass christlich verstandenes Heil nie von Menschen gemacht, sondern als von Gott gewirktes von anderen Menschen zugesagt werden muss. Die Kirche ist deshalb unverzichtbar als

der Ort, an dem das Wort Gottes verkündet und in den sakramentalen Zeichen bezeugt wird, wie der berühmte 15. Artikel der *Confessio Augustana* sagt.

(3) Kirchengliedschaft ist die dem einzelnen zugemutete Gestalt, in der der menschgewordene Gott die seiner Menschwerdung entsprechende geschichtliche Gegenwart in der Welt leben will. So gibt es eine geschichtliche Verpflichtung dazu als der Mensch, der ich bin, dieser Kirche zugemutet zu sein.

Der dritte Modus, wie die Kirche materiell existieren kann, besteht darin, dass dauerhaft jemand anderer, eine Institution, bereit ist, verlässlich die Rechnungen der Kirche zu bezahlen.

Es gibt also eine dreifach begründete Pflicht des Christen zur Kirche im institutionellen Sinn, die nicht banalisiert werden darf. Sie darf auch ruhig an Menschen herangetragen werden:

- (1) Was tust du für die Zukunft des Glaubens in Europa?
- (2) Wo lässt Du dir sagen, was du von dir aus nicht erfinden kannst?
- (3) Wie trägst du zum Gelingen der Menschheitsgeschichte nach dem Modell Jesu Christi bei?

Je offener diese Fragen gestellt werden, umso mehr mag es dann doch so scheinen, dass nur derjenige der Kirche den Rücken kehren kann, der ihre Sendung und das Heil in Jesus ablehnt. Und dennoch bleibt die Gleichsetzung von Kirchenaustritt und Apostasie problembehaftet.

2. 3 Ist Kirchenaustritt Apostasie?

Angesichts der vielfältigen Gründe, aus denen Menschen der Kirche den Rücken kehren, verfehlt die Gleichsetzung von Apostasie und Kirchenaustritt die Realität. Eine Interpretation, die sich über die Kirchenaustritte beruhigt, indem sie kurzerhand den göttlichen Heilswillen und die anonymen Wege zum Heil heranzieht, verfehlt das Ineinander von Heil und Heilssendung, welches das Wesen der Kirche ausmacht.

Angesichts der Kirchenaustritte ist beides verfehlt: die Verharmlosung so wie die falsche Etikettierung und zwar von beiden Seiten, von der Seite des Austretenden wie der Kirche. Die Menschen haben heute einen erheblich höheren Anspruch mit ihren Deutungen und Lebensentwürfen gehört und verstanden zu werden. Dieser höhere Anspruch stößt paradoxerweise auf eine Kirche, die immer weniger Ressourcen bereitstellt. Ohne Predigt, Diskussion und Gespräch wird es aber nicht gelingen unter den Bedingungen neuzeitlichen Selbstbewusstseins die notwendige Identifikation mit der Kirche aufzubauen. Ohne diese Identifikation ist es für viele Menschen subjektiv nicht nachvollziehbar, worin der Sinn ihres Kirchenaustritts besteht. Wer aber den Sinn der Kirche nicht einsieht, der weist diesen Sinn durch seinen Kirchenaustritt auch nicht ab. Er beschließt möglicherweise nur, seinem Leben dadurch eine größere Stimmigkeit zu geben, dass er sich von unverständenen Resten der eigenen Sozialisation verabschiedet. In diesem Fall wäre es sogar denkbar, dass durch den Kirchenaustritt das geistige

Leben eines Menschen angeregt und bereichert würde. Diese Entscheidung läuft zwar ins Leere, weil jenseits der Institution Kirche die Kontaktmöglichkeit zu den Inhalten des Glaubens eher abnehmen, aber dieses Szenario antizipiert der Austretende ja nicht und so kann es ihm auch nicht schuldhaft angelastet werden.

3. Konsequenzen

(1) Die strukturellen Notwendigkeiten einer dynamischen und missionarischen Kirche sind bisher nicht ausreichend geschaffen. Dem entspricht die strukturelle Unfähigkeit der Kirche, angemessen darauf zu reagieren, dass Menschen es als ihr Freiheitsrecht begreifen, über ihre weltanschauliche Bindung selbst entscheiden wollen. Menschen aus Täuferkirchen erklären bisweilen, es erstaune sie sehr, dass katholische Christen, wiewohl alle als Kinder getauft, ein intensives Bewusstsein ihrer Taufe haben. Dieses Taufbewusstsein muss pastoral vermittelt werden. Das gelingt ganz offensichtlich nicht so schlecht. Darüber hinaus aber muss die Einbindung von Menschen in das dynamische und missionarische Sein der Kirche zu einem Leitziel werden. Dabei ist die Verwechslung von Kirche und Gemeinde nicht unbedingt hilfreich. Es geht nicht alleine um die seit Jahrzehnten überidealisierten Ortsgemeinden, in denen Menschen sich beheimatet fühlen sollen. Es geht auch, um eine intellektuell anspruchsvolle Verteidigung der Kirche als geschichtlicher und gesellschaftlicher Größe.

(2) Das Idealbild der Kirche ist häufig noch der straff organisierte Verein des 19. Jahrhunderts. Dem steht das enorme Subjektivitäts- und Individualitätsbewusstsein der Zeitgenossen unvermittelbar gegenüber. Wenn wir dem vielfältigen, oft auch anspruchsvollen Suchen der Menschen Raum geben wollen, brauchen wir den Mut zu einer Kirche, die sich stärker von der neutesamentlichen Wachstumsmetaphorik inspirieren lässt und von der paulinischen Charismenlehre. Im Umgang mit den Suchenden und Randständigen bedarf es des jesuanischen Mutes, in allen, die nicht gegen das Reich Gottes sind, solche zu sehen, die dafür sind.

(3) Menschen brauchen nicht erst dann, wenn sie austreten wollen, solche, die sie unbedingt ansprechen. Sie brauchen bereits davor immer wieder gute Gründe zu bleiben. Menschen schließlich, die ausgetreten sind, brauchen niedrigschwellige Angebote des Wiedereintritts. Spätestens bei dieser Gelegenheit sollten sie erklären können, warum sie gegangen sind und warum sie zurückkehren. Erst angesichts solcher Erklärung ist redlicherweise zu prüfen, was der Austritt im moralischen und rechtlichen Sinne wirklich in diesem konkreten Einzelfall war. Erst eine solche Prüfung ermöglicht eine Urteilsfindung, deren Ernsthaftigkeit den Erwartungen neuzeitlichen Freiheits- und Individualitätsbewusstseins entspricht.

(4) Wir stehen in einer historischen Situation: Lassen wir das Projekt der Kirche zu einem Winkephänomen verkommen oder gelingt eine Kraftanstrengung für die öffentliche Präsenz von Religion und Glaube im öffentlichen Raum?

(5) Eine prinzipielle Trennung zwischen Kirchenaustritt und Apostasie lässt der innere Zusammenhang zwischen Kirchengliedschaft und geschichtlich-gesellschaftlicher Zeugnispflicht nicht zu. □

Kirchensteuer und ihre Alternativen. Ein internationaler Vergleich

Stephan Haering OSB

Einführung

Das Zweite Vatikanische Konzil beschreibt die Kirche als komplexe Wirklichkeit, die sich aus göttlichen und menschlichen Elementen zusammensetzt (LG 8). Die Kirche ist nicht nur eine geistliche Realität, sondern auch eine weltlich-sichtbare. Sie ist zwar eine göttliche Stiftung und gründet im Übernatürlichen, doch sie lebt auch unter den Bedingungen dieser Welt und muss ihrem Auftrag in dieser Zeitlichkeit nachkommen. In gewisser Weise zählt zum „Menschlichen“ an der Kirche das unabweisliche Bedürfnis nach einer materiellen Grundlage für ihr Wirken. Gottesdienst und Verkündigung, Bildung und Unterricht, die Sorge um Kranke und Bedürftige können nur dann verwirklicht werden, wenn die Kirche auch über die erforderlichen materiellen Mittel verfügt. Dies galt in jeder Phase der Kirchengeschichte und wird bis zur Vollendung dieser Welt bei der Wiederkunft des Herrn gelten. In diesem Zusammenhang ist auch zu unterstreichen, dass die Kirche über materielle Güter niemals um deren selbst willen verfügt und etwa Gewinnmaximierung, der Erwerb eines möglichst großen Vermögens und die Ausweitung wirtschaftlicher Aktivitäten legitime Ziele der Kirche sein können. Kirchliches Vermögen ist vielmehr immer zweckgebunden. Das Gesetzbuch der katholischen Kirche legt dementsprechend in c. 1254 bei der Beschreibung ihrer Vermögensfähigkeit folgendes fest:

- § 1. Die katholische Kirche hat das angeborene Recht, unabhängig von der weltlichen Gewalt, Vermögen zur Verwirklichung der ihr eigenen Zwecke zu erwerben, zu besitzen, zu verwalten und zu veräußern.
- § 2 Die eigenen Zwecke aber sind vor allem: die geordnete Durchführung des Gottesdienstes, die Sicherstellung des angemessenen Unterhalts des Klerus und anderer Kirchenbediensteter, die Ausübung der Werke des Apostolats und der Caritas, vor allem gegenüber den Armen.

Die Ausrichtung des Kirchenvermögens, die in dieser gesetzlichen Norm für die katholische Kirche festgelegt ist, lässt sich in analoger Weise auch auf andere christliche Konfessionen übertragen.

Wie kommt die Kirche zu den Mitteln, die sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben nötig hat? Es sind grundsätzlich drei Möglichkeiten denkbar, die einander nicht ausschließen, sondern durchaus nebeneinander bestehen können und die sich teilweise auch überlappen.

Der erste Weg, wie die Kirche zu Geld kommt, sind die Gaben ihrer Mitglieder, die Gaben der Gläubigen. Dabei kann es sich um freiwillige Spenden handeln, die mehr oder minder regelmäßig gegeben werden, aber auch um pflichtmäßige Abgaben, die als Beiträge periodisch eingehoben werden oder in Form von Gebühren bei bestimmten Anlässen anfallen. Ich nenne die Gaben der Gläubigen an erster Stelle, weil dieser Modus zum einen kirchenhistorisch gegenüber den anderen Formen die



Prof. Dr. Stephan Haering OSB, Professor für Kirchenrecht an der Ludwig-Maximilians-Universität München

zeitliche Priorität besitzt und er zum anderen auch ganz generell der nächstliegende ist. Jede Gemeinschaft lebt nun einmal zuerst von den Leistungen der eigenen Mitglieder.

Der zweite Modus, die erforderlichen Mittel für die Erfüllung der genannten Zwecke bereitzustellen, ist die Bewirtschaftung eines bereits vorhandenen kirchlichen Vermögens. Aus den Erträgen, die vorhandenes kirchliches Vermögen abwirft, kann die Verwirklichung der kirchlichen Sendung ermöglicht und unterstützt werden. Hier ist sowohl an Zinserträge aus Kapitalvermögen zu denken als auch an Mieten und Pachten, die aus Immobilien erzielt werden, bis hin zu Eintrittspreisen, die etwa für den Besuch der Vatikanischen Museen verlangt werden.

Der dritte Modus, wie die Kirche materiell existieren kann, besteht darin, dass dauerhaft jemand anderer, eine Institution, bereit ist, verlässlich die Rechnungen der Kirche zu bezahlen. Es ist hier vor allem an die direkte Kirchenfinanzierung durch den Staat oder die Kommune zu denken. Geschichtlich betrachtet, ist dieser Modus nicht unbedeutend, und er begegnet in höchst unterschiedlichen Kontexten. Es kann sich dabei um den der Kirche durchaus wohlwollend und fördernd gegenüberstehenden Staat handeln, der als Vater Staat für die Kirche bzw. für die Gläubigen sorgt, aber auch um den atheistischen Staat, der das Instrument der staatlichen Kirchenfinanzierung nutzt, um die Kirche zu kontrollieren.

In Deutschland werden die Aktivitäten der Kirchen heute vornehmlich durch die Mittel finanziert, die direkt von den Gläubigen kommen, vor allem durch die Kirchensteuer. Aber auch Vermögenserträge und staatliche Zuwendungen spielen eine Rolle. Die direkten Staatsleistungen an die Kirchen sind ein historisch begründeter Ausgleich für Säkularisationsverluste. Sie sollten seit der Weimarer Verfassung abgelöst werden, doch fehlt dafür die erforderliche gesetzliche Grundlage. Daneben gibt es weitere staatliche Zuschüsse an kirchliche

Rechtsträger, die im Bereich von Bildung und Caritas tätig sind; diese Zuschüsse werden aber nicht spezifisch den Kirchen gewährt, sondern allen freien Trägern von schulischen und wohlfahrtspflegerischen Einrichtungen.

Dieser Horizont der Kirchenfinanzierung im allgemeinen musste aufgerissen werden, bevor wir uns nun der Kirchensteuer im besonderen zuwenden und danach auf real existierende zeitgenössische Alternativen eingehen.

Kirchensteuer

Hier in Deutschland ist die Kirchensteuer gegenwärtig die Hauptquelle für die Finanzierung des kirchlichen Bedarfs. Die Haushalte der katholischen Bistümer werden durchschnittlich zu rund 80% aus der Kirchensteuer bestritten; bei den Etats der ev. Landeskirchen dürfte der Kirchensteueranteil noch etwas höher liegen. Kirchensteuer wird übrigens auch von jüdischen Kultusgemeinden eingehoben.

Die Kirchensteuer, wie wir sie heute kennen, ist keine sehr alte Einrichtung. Sie bildete sich erst im 19. Jahrhundert heraus. Bei den Säkularisationen von Kirchengut zu Beginn des 19. Jahrhunderts hatte der Staat, wie schon zur Reformationszeit, in weitem Umfang kirchliches Vermögen enteignet und an sich gezogen. Dadurch ergab sich auf staatlicher Seite die Verpflichtung, die kirchliche Tätigkeit durch geeignete Maßnahmen weiterhin sicherzustellen und mit finanziellen Leistungen und Zuschüssen zu unterstützen. Parallel dazu brachte die Anerkennung der kirchlichen Gemeinden als Körperschaften eine wichtige Voraussetzung dafür, dass diese Umlagen erheben konnten. Die rasche Veränderung der gesellschaftlichen und ökonomischen Verhältnisse seit der Mitte des 19. Jahrhunderts (Industrialisierung, Bevölkerungswachstum, Preisanstieg) brachte einen erhöhten kirchlichen Finanzbedarf, z. B. für neue Gebäude und für die Besoldung der Geistlichen, mit sich. Dieser Bedarf war aus den bisherigen Mitteln nicht zu decken und der Staat konnte oder wollte ihn nicht durch Erhöhung seiner Leistungen ausgleichen. Die staatlichen Überlegungen gingen vielmehr dahin, dass die Gläubigen der einzelnen Konfessionen selbst für die Bedürfnisse ihrer Religionsgemeinschaft aufkommen sollten. So wurde zur Entlastung der staatlichen Haushalte in verschiedenen deutschen Staaten nach und nach die Kirchensteuer eingeführt, zunächst vor allem als Kirchenbausteuer. Dabei sollten diese Steuern zunächst nur subsidiären und außerordentlichen Charakter haben und prinzipiell vorübergehend einen besonderen aktuellen Bedarf decken. Diese Zielsetzung war auch bei der Festsetzung der Höhe des Steuersatzes zu berücksichtigen.

Die erste gesetzliche Regelung zur Erhebung von Kirchensteuer wurde 1827 in Lippe erlassen; es folgten 1831 Oldenburg, 1837 Sachsen-Altenburg und 1838 das Königreich Sachsen. Preußen und Hessen erließen Kirchensteuergesetze im Jahr 1875, Württemberg 1887, Baden 1888/1892 und Bayern erst 1908 für die evangelische Kirche und 1912 mit der Kirchengemeindeordnung auch für die katholische Kirche. Der Erlass ist Ausfluss eines Bewusstseins staatlicher Kirchenhoheit, also des Anspruchs, dass der Staat kirchliche Angelegenheiten regelt. Es wäre also historisch falsch, die Einführung der Kirchensteuer im Sinn einer wenigstens partiellen Freistellung der Kirchen in finanziellen Angelegenheiten zu sehen. Von der katholischen Kirche wurde die neue Möglichkeit, durch Erhebung einer Steuer einen Teil ihres Finanzbedarfs zu decken, wegen der damit verbundenen Veränderungen

ihrer Vermögensverwaltung nur zögernd akzeptiert.

Die Niederlage des Deutschen Reiches im Ersten Weltkrieg zog die Abschaffung der Monarchien in den dynastisch regierten deutschen Ländern nach sich. Die neue deutsche Republik gab sich am 11. August 1919 in Weimar eine Verfassung. Darin wurde der Grundsatz der Trennung von Kirche und Staat festgeschrieben. Art. 137 Abs. 1 WRV lautet: „Es besteht keine Staatskirche.“ Diese Grundentscheidung der Weimarer Verfassungsgeber bedeutete vor allem ein Ende aller Tendenzen zu Staatskirchentum und Staatskirchenhoheit, also der (fürsorglichen) Bevormundung der Kirche durch den Staat. Gleichwohl war die Trennung keine feindlich-abwehrende, sondern bot die Möglichkeit zur Kooperation beider Partner.

Neue Systeme der Kirchenfinanzierung wurden in den 1980er Jahren in den traditionell stark katholisch geprägten Ländern Italien und Spanien geschaffen.

An der Möglichkeit der Kirchensteuer hielt die neue Republik fest und gab diesem Institut sogar in der Verfassung selbst ein Fundament. Die Weimarer Verfassung legte in Art. 137 Abs. 6 fest: „Die Religionsgesellschaften, welche Körperschaften des öffentlichen Rechtes sind, sind berechtigt, auf Grund der bürgerlichen Steuerlisten nach Maßgabe der landesrechtlichen Bestimmungen Steuern zu erheben.“ Die Weimarer Verfassungsväter haben damit dem zuvor bereits in verschiedenen Landesgesetzen vorgesehenen kirchlichen Besteuerungsrecht die Verfassungsgarantie verliehen. Art. 140 des Bonner Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 hat diese Bestimmung zusammen mit anderen Kirchenartikeln der Weimarer Verfassung übernommen und zum vollgültigen Verfassungsrecht der Bundesrepublik Deutschland gemacht. Auch die bayerische Verfassung vom 2. Dezember 1946 räumt den Religionsgemeinschaften ein Besteuerungsrecht ein (Art. 143 Abs. 3).

Der Einzug der Kirchensteuer erfolgt weitgehend durch die staatlichen Finanzbehörden, die als Entschädigung für ihre Leistung ca. 4% des Kirchensteueraufkommens selbst einbehalten. Diese Dienstleistung des Staates ist möglich, weil die Kircheneinkommen- und -lohnsteuer als Annexsteuer zu einer staatlichen Steuer erhoben wird. Die Höhe dieser Kirchensteuerarten beträgt 8 oder 9% der Einkommen- oder Lohnsteuer.

Die der Kirchensteuer ursprünglich skeptisch gegenüberstehende katholische Kirche in Deutschland hat sich mit der Kirchensteuer arrangiert. In den Konkordaten wird seit der Weimarer Zeit regelmäßig auch das Recht der Kirche zur Erhebung der Kirchensteuer angesprochen. Dies ist insofern bemerkenswert, als das Rechtsinstitut einer Kirchensteuer, wie wir sie kennen, dem allgemeinen kanonischen Recht bis heute fremd geblieben ist. Das kodikarische Vermögensrecht kennt ein Recht des Bischofs zur Besteuerung der öffentlichen juristischen Personen, die seiner Leitung unterstellt sind, nicht aber der natürlichen Personen, also der Gläubigen. Diese dürfen allenfalls zu einer außerordentlichen Notabgabe herangezogen werden, nicht aber zu einer regelmäßigen Steuer. Die kirchenrechtliche Legitimation der in Deutschland eingeführten Kirchensteuer ist zwar zweifellos gegeben, aber doch als regionales Ausnahmerecht zu betrachten.

Alternative Modelle

Wenn wir nun von alternativen Modellen zur Kirchensteuer sprechen und den Blick auf die Kirchenfinanzierung in anderen Ländern richten, so ist zunächst noch einmal daran zu erinnern, dass hier eine gewisse Typisierung vorgenommen werden muss. Wie in Deutschland die Deckung des kirchlichen Bedarfs nicht ausschließlich aus der Quelle Kirchensteuer erfolgt, sondern auch die freiwilligen Spenden, die effiziente Nutzung des vorhandenen Vermögens zur Erzielung von Einkünften und Staatsleistungen eine nicht zu unterschätzende Rolle spielen, so finanziert sich die Kirche auch in anderen Ländern nicht aus exklusiv einer einzigen Quelle. Aber die Akzente der Kirchenfinanzierung sind andernorts doch anders gesetzt als in Deutschland. Natürlich kann ich hier nur eine exemplarische Auswahl an Ländern ansprechen und keinen erschöpfenden Überblick auch nur über Europa bieten (vgl. aber: W. Rees [Hg.], Kath. Kirche im neuen Europa, 2007).

In unseren unmittelbaren deutschsprachigen Nachbarländern Österreich und der Schweiz haben wir Systeme der Kirchenfinanzierung, die dem deutschen doch recht ähnlich sind. In den meisten Kantonen der Schweiz gibt es eine Kirchensteuer, die der deutschen weitgehend entspricht, jedoch mit dem Unterschied, dass sie regelmäßig vom lokalen kirchlichen Steuergläubiger eingezogen wird, also auf der Ebene der Pfarrei und nicht auf der Ebene von Landeskirche oder Bistum. In Österreich dagegen kennt man den so genannten Kirchenbeitrag, der sich von der Kirchensteuer dadurch unterscheidet, dass er zwar ein Zwangsbeitrag ist, aber nicht auf dem Weg des staatlichen Verwaltungszwangs eingehoben wird. Wenn ein Gläubiger nicht zahlt, ist die Kirche genötigt, ihn auf dem Weg einer Privatklage zur Zahlung zu veranlassen. Die Höhe des Kirchenbeitrags beruht auf der Selbsteinschätzung der Gläubigen oder der Schätzung durch die Kirchenbeitragsstellen anhand vorgegebener Tabellen. Den Kirchenbeitrag hatten die Nationalsozialisten nach dem Anschluss Österreichs an Deutschland 1938 eingeführt in der Erwartung, dadurch die Gläubigen der Kirche zu entfremden und zum Kirchenaustritt zu bewegen. Das ist seinerzeit nicht gelungen; die Zahlung des Kirchenbeitrags wurde sogar zu einer Art Bekenntnisakt.

Heute sehen das die Gläubigen weiterhin nicht mehr so. Der Kirchenbeitrag ist in ähnlicher Weise Stein des Anstoßes wie bei uns die Kirchensteuer. Erzbischof Mario Cagna, der langjährige Nuntius in Wien, schrieb bereits 1985 in der Schlussrelation an den Kardinalstaatssekretär in diesem Zusammenhang folgendes: „Es gibt freilich auch das äußerst traurige Phänomen des Kirchenaustrittes, das sich auf eine Erklärung vor der weltlichen Behörde beschränkt, von der dann die Pfarrer als einem vollzogenen Akt erfahren. Das unmittelbare Motiv dieses überaus zahlreichen Abfalls ist die verhasste Kirchensteuer, die in Wirklichkeit nicht besonders schwer ist, die aber für Menschen mit einem schwankenden Glauben unerträglich ist. Auch die Begleitumstände wirken in diese Richtung: direkte Zahlung an diözesane Finanzstellen, zivilgerichtliche Verfahren gegen Säumige etc.“ Im letzten Vierteljahrhundert hat sich diesbezüglich insgesamt sicherlich nichts zum Besseren gewendet.

Neue Systeme der Kirchenfinanzierung wurden in den 1980er Jahren in den traditionell stark katholisch geprägten Ländern Italien und Spaniens geschaffen, wobei dieses System in Spanien an sich nur Übergangscharakter haben soll.

In diesen beiden Ländern wurde festgelegt, dass der Staat den dazu berechtigten Religionsgemeinschaften einen gewissen Prozentsatz einer Personalsteuer (z.B. Einkommensteuer) abtritt. Der Steuerpflichtige muss in seiner Steuererklärung angeben, welcher berechtigten Kirche dieser Betrag zukommen soll. Die Zuordnung dieses Anteils an eine Kirche ergibt sich also nicht einfach aus der Konfessionszugehörigkeit des Steuerzahlers. In Spanien handelt es sich um 0,52% der Einkommensteuerschuld, die der Steuerzahler der Kirche oder anderen sozialen, kulturellen oder erzieherischen Zwecken widmen kann. Praktisch ist dieser Prozentsatz zu niedrig, um die subsidiär zugesicherten Staatsleistungen überflüssig zu machen.

In Italien liegt der Satz bei 0,8% der Einkommen- oder Lohnsteuer, der einer berechtigten Religionsgemeinschaft zugewendet werden kann oder anderen, staatlichen Zwecken zukommt. Die katholische Kirche versucht insbesondere durch eine periodische „otto per mille“-Kampagne die Steuerpflichtigen dazu zu veranlassen, ihr diesen Betrag zuzuwenden. Dabei werden besonders die Aktivitäten der Kirche im Bereich von Erziehung und Caritas hervorgehoben.

Ein ähnliches System wurde 1998 in Ungarn eingeführt. Dort kann der Steuerpflichtige 1% seiner Einkommensteuer wohltätigen und kulturellen Organisationen einschließlich der Kirchen widmen und ein weiteres Prozent für soziale Dienstleistungen des Staates oder der Kirche. Damit kann der einzelne Steuerpflichtige also insgesamt 2% seiner Einkommensteuer der Kirche zukommen lassen.

In einigen Ländern in Europa bestehen noch überkommene staatskirchliche Strukturen, die sich besonders auch im Bereich der Kirchenfinanzierung auswirken. Hier zahlt der Staat für die Kirche, weil sie die Kirche des Staates ist. Kirche und Nation werden als weitgehend identisch angesehen. In dieser Perspektive kann es natürlich immer nur eine einzige Konfession sein, die diese Identitätsfunktion übernimmt und damit auch bis zu einem gewissen Grad staatliche Stabilität garantiert. Die katholische Kirche nimmt heute in keinem europäischen Land mehr – sieht man einmal von dem Sonderfall Vatikanstaat ab – derart eine rechtlich garantierte Vorrangstellung ein, dass sie Staatskirche wäre. Nach der Rückkehr zur Demokratie in Spanien in den 1970er Jahren hat die katholische Kirche auch dort diese Stellung verloren. Es gibt dieses Modell aber immer noch im Hinblick auf orthodoxe und reformatorische Kirchen.

In Griechenland ist die orthodoxe Kirche seit 1833 Staatskirche. Ihr finanzieller Bedarf wird vollständig vom Staat bestritten. Alle übrigen Religionsgemeinschaften erhalten keine staatlichen Gelder, sondern müssen sich durch Spenden und durch Einkünfte aus Immobilien etc. selbst erhalten. Ähnlich hat es sich bis in die jüngste Vergangenheit in den skandinavischen Ländern verhalten, wo die reformatorischen Kirchen als Staatskirchen etabliert waren. Hier hat zwar in den letzten Jahren eine Tendenz zur kirchlichen Ablösung vom Staat ge-griffen, doch vollständig ist das Staatskirchenwesen noch nicht verschwunden. Im Königreich Schweden etwa wurde im Jahr 2000 das Staatskirchensystem aufgelöst und eine rechtliche Gleichstellung aller Religionsgemeinschaften eingeführt. Sie finanzieren sich aus einem örtlich erhobenen Kirchenbeitrag und aus Staatszuschüssen. In Dänemark hingegen ist – wie es in der Verfassung (1953) heißt – die ev.-luth. Kirche die Dänische Volkskirche. Sie finanziert sich vor allem aus der Kirchensteuer und aus Staatsleistungen. Die übrigen

Religionsgemeinschaften hingegen besitzen kein Recht auf staatliche Unterstützung. Sie müssen sich durch Spenden oder anderweitig finanzieren.

In gewisser Weise stellt das Großherzogtum Luxemburg einen Sonderfall dar. Dort gibt es eine Staatsfinanzierung aller Religionsgemeinschaften. Aufgrund der konfessionellen Situation profitiert davon in absoluten Zahlen am meisten die katholische Kirche, die aber grundsätzlich nicht anders behandelt wird, als die übrigen Kirchen. Auch in Belgien gibt es eine staatliche Besoldung der Geistlichen.

Ein weiteres Modell der Kirchenfinanzierung ist die Beschaffung der erforderlichen Mittel durch ein Kollekten- und Spendensystem. Dieses Modell kommt bevorzugt in Ländern mit einer strikten Trennung von Kirche und Staat zur Geltung. Exemplarisch seien hier Frankreich und die USA genannt. In Frankreich erreichten die starken laizistischen Kräfte zu Beginn des 20. Jahrhunderts eine strikte Trennung von Kirche und Staat. Das hatte zur Folge, dass etwa die bis dahin üblich staatliche Besoldung des Klerus wegfiel. Die Religionsgemeinschaften müssen sich selbst finanzieren, vor allem durch Spenden ihrer Mitglieder. Für die katholische Kirche gilt, dass etwa drei Viertel ihrer Einkünfte aus Sammlungen und Spenden stammen, ein Viertel aber aus einem freiwilligen „Kultbeitrag“, für den als Richtwert 1 – 2% des Einkommens oder 2 – 3 Tageslöhne angegeben werden. Es gibt allerdings daneben noch eine indirekte staatliche Hilfe, indem steuerrechtlich die Kult- und Diözesanvereine recht günstig behandelt werden.

In den USA ist die Entwicklung des Kollekten- und Spendensystems vor dem Hintergrund der historischen Wurzeln des Staates zu sehen, der sein Entstehen nicht zuletzt dem Streben europäischer Emigranten nach religiöser Freiheit verdankt. Der Freiheits- und Freiwilligkeitsgedanke prägt das Land auch auf religiösem Gebiet. Auf diesem Boden konnte die große Einsatz- und Gebefreudigkeit der Amerikaner gegenüber ihren Kirchen wachsen. Die Kollekten machen in den USA mehr als die Hälfte der kirchlichen Einnahmen aus. Dazu kommen gezielt angelegte Spendenkampagnen zum *Fund Raising* für bestimmte kirchliche Projekte. Jedenfalls kann man sagen, dass die Gläubigen in den USA bereit sind, freiwillig in substantieller Weise ihre Kirche zu unterstützen.

Gar nicht einfach ist es, ein Land aufzufinden, das zumindest idealtypisch als Beispiel für die Kirchenfinanzierung aus eigenem Vermögen dienen könnte. Am ehesten kann es noch für die orthodoxe Kirche in Zypern behauptet werden, dass sie aus der Bewirtschaftung ihrer eigenen Immobilien überwiegend die Mittel für ihre Tätigkeit gewinnt. Für die meisten europäischen Länder, in denen vor Jahrhunderten die Kirche noch weitgehend aus eigenem Vermögen existieren konnte, gilt, dass durch Säkularisationen – sei es im Zusammenhang mit der Reformation, sei es im historischen Gefolge der Französischen Revolution – ein sehr großer Teil der Immobilien verloren gegangen ist und eine weitgehende Bestreitung des Bedarfs aus dem eigenen Vermögen heraus nicht mehr möglich ist. Gleichwohl spielt fast überall auch die – mehr oder minder effiziente – Bewirtschaftung vorhandenen Vermögens eine bescheidene Rolle bei der Finanzierung des kirchlichen Bedarfs.

Bewertung

Vor wenigen Tagen hat ein Beitrag zur Kirchenfinanzierung in Deutschland in der NZZ, der übrigens gegenüber

dem gewohnten Niveau dieser Zeitung erheblich abfällt, die Kirchen hierzulande als „eine vortrefflich gemästete heilige Kuh“ charakterisiert (U. Schmid, NZZ, 5.7.2010, S. 5). Der Artikel ist von dem teilweise gehässigen Klima gegenüber den Kirchen geprägt, das in der Öffentlichkeit immer wieder wahrzunehmen ist, insbesondere gegenüber der katholischen Kirche. Ist die Kirchensteuer dafür verantwortlich und sollte man sich deshalb von kirchlicher Seite um andere Möglichkeiten zur Aufbringung der Mittel bemühen, die für Gottesdienst und Bezahlung der Bediensteten, für Apostolat und Caritas erforderlich sind?

Die Akzeptanz eines neuen Systems wird sich bei den Gläubigen nur nach und nach etablieren.

Nun ist es gewiss so, dass kaum jemand leidenschaftlich gern Steuern zahlt. Die Entfremdung von der Kirche und der massenhafte Abfall in Form des staatlichen Kirchenaustritts sind indes wohl nicht primär von der Kirchensteuer veranlasst, sondern davon, dass in unserer säkularen Gesellschaft viele Menschen und unter ihnen eben auch viele Getaufte ohne Gott leben und kein Bewusstsein für die Heilsbedeutung der Kirche besitzen. Dem entgegenzuwirken und einem Leben aus dem christlichen Glauben die ihm inwohnende Strahlkraft für die Menschen zu erschließen, ist die Hauptaufgabe der Kirche.

Kann da der Wechsel zu einem anderen Modell der Kirchenfinanzierung ein Mittel der Wahl sein? Wenn durch eine solche Änderung Aussicht geschaffen würde, dass die Botschaft des Evangeliums wieder leuchtender zur Geltung kommt, müssten die Kirchen sich darauf einlassen. Dabei sollte man sich aber nicht von naiven Vorstellungen leiten lassen. Auch wenn kein bestimmtes Finanzierungssystem in Anspruch nehmen kann, im göttlichen Recht verwurzelt zu sein und von daher Bestandsschutz zu genießen, heißt das nicht, dass man von vertrauten Systemen rasch Abschied nehmen dürfe. Die Akzeptanz eines neuen Systems wird sich bei den Gläubigen nur nach und nach etablieren. Außerdem ist nicht zu verkennen, dass die alternativen Modelle, mit denen wir uns konfrontiert sehen, durchaus auch ihre Schwächen haben.

Das ideale Modell zur Kirchenfinanzierung wäre wohl eine Spendenfinanzierung durch die Gläubigen oder wenigstens vor allem durch diese auf breiter Basis. Das würde auch gut dem Kirchenbild des II. Vatikanischen Konzils entsprechen: alle Gläubigen tragen die Sendung der Kirche, und so kann man in der Deckung des Finanzbedarfs durch Gaben der Gläubigen die beste und auch theologisch angemessenste Variante der Kirchenfinanzierung sehen.

In den USA funktioniert es doch auch, warum nicht bei uns? Hier ist zunächst festzustellen, dass in den USA eine andere Mentalität herrscht und viele Menschen, vor allem viele reiche Menschen, ans Geben gewöhnt sind. Hierzulande aber tun viele nur, was sie müssen. Manches treue Kirchmitglied, das heute fraglos seine Kirchensteuer zahlt, würde nicht mehr zahlen, wenn es nicht mehr muss. Die Einkünfte der Kirche würden wohl sinken. Man darf ferner nicht übersehen, dass die Abhängigkeit von Spenden die kirchlichen Amtsträger etwa in den USA zwingt, immer wieder über das nötige Geld zu

reden und einen guten Teil ihrer Arbeitskraft für die Beschaffung der nötigen Mittel einzusetzen. Auch die Gefahr einer Abhängigkeit von Groß Spendern ist nicht zu übersehen. Die Kirchensteuer hingegen zieht wenigstens einigermaßen gerecht und gleichmäßig die Glieder der Kirche zum Mittragen der anfallenden Lasten heran.

Die heutzutage eher theoretische Möglichkeit, die Deckung des kirchlichen Bedarfs vor allem aus kirchlichen Vermögenswerten zu leisten, hat auf der einen Seite einen sympathischen Zug insoweit, als die Kirche unabhängig wäre und ohne die eigenen Mitglieder finanziell zu belästigen ihren Dienst tun könnte. Dem steht allerdings gegenüber, dass die Verwaltung der Vermögenswerte viel Kraft absorbieren und der Reichtum der Kirche neuen Kirchenhass generieren würde. Außerdem würde sich in gewisser Weise ein altes Kirchenbild widerspiegeln: die Hierarchie leitet die Kirche und sorgt für alles, während die einfachen Gläubigen nur als Schutzgenossen der leitenden Amtsträger in Erscheinung treten.

Wenig Wohlwollen kann ich für die direkte und vollständige Staatsfinanzierung der Kirchen aufbringen. Es mag bequem sein und die Kirche von der Sorge ums Geld entlasten. Dies erscheint auf den ersten Blick verlockend. Doch wenn der Staat der Kirche Geld gibt, dann muss dafür ein konkreter Rechtstitel vorhanden sein bzw. die Kirche müsste in dieser Hinsicht genauso behandelt werden wie jede andere gesellschaftliche Gruppe mit vergleichbaren Aktivitäten. Andernfalls entsteht eine starke Abhängigkeit der Kirche vom Staat. Bündnisse von Thron und Altar müssen der Vergangenheit angehören. Um etwas ganz anderes handelt es sich dagegen, wenn Staat und Kirche miteinander kooperieren im Interesse der Menschen, die zugleich Bürger und Gläubige sind.

Eine starke Sympathie nehme ich immer wahr für ein System, wie es derzeit in Italien, Spanien oder Ungarn eingerichtet ist. Dort kann der staatlich Steuerpflichtige einen geringen Teil seiner Steuer der Kirche zuwenden. Als Vorteil dieses Systems wird hervorgehoben, dass sich niemand mehr durch Kirchenaustritt einen finanziellen Vorteil verschaffen könne. Man darf allerdings auch hier nicht übersehen, dass es eine staatliche Steuer ist, die der Kirche weitergereicht wird. Im Gegensatz zu unserer Kirchensteuer, deren Gläubigerin die Kirche selbst ist, geht es hier doch in gewisser Weise um eine Staatsleistung. Es kommt bei diesem System auch keine Mitgliedschaftskomponente zum Tragen, denn der einzelne Steuerpflichtige entscheidet, wem der fragliche Steueranteil zugewendet werden soll. Die Kirche muss also auch bei den eigenen Gläubigen werben, dass ihr dieser Anteil zugewiesen wird. Die Kirche kann allerdings auch hoffen, dass ihr auch Nichtmitglieder den disponiblen Steueranteil zukommen lassen.

Es ist sicherlich deutlich geworden, dass ich dem deutschen Kirchensteuersystem als einer historisch gewachsenen Form der Kirchenfinanzierung grundsätzlich positiv gegenüberstehe. Kein Finanzierungssystem ist optimal, jedes hat Vor- und Nachteile. Bei der Beurteilung ist es auch notwendig, jeweils den historisch-sozialen Kontext wahrzunehmen, aus dem ein System erwachsen ist. Ganz gleich aber, aus welchen Quellen der kirchliche Finanzbedarf gespeist wird, es wird immer darauf ankommen, dass die Verantwortlichen in der Kirche sorgsam und redlich mit diesen Ressourcen umgehen und die Mittel nur eingesetzt werden für Zwecke, die der Sendung der Kirche vollständig entsprechen. □

Presse

Kirchenaustritt – und was dann?

Katholische Nachrichtenagentur

13. Juli 2010 – Sanft schwappen die Wellen des aufgeheizten Starnberger Sees ans Ufer des Tutzingener Schlosses. Drinnen beschäftigt die Teilnehmer einer ökumenischen Tagung eine ganz andere Woge, die in jüngster Zeit gewaltig anschwellt – die der Kirchenaustritte. Die Zeichen einer epochalen Krise seien nicht mehr zu übersehen, sagen die geladenen Redner. Der Münsteraner Religionssoziologe Detlef Pollack rechnet damit, dass das Jahr 2010 eine Zäsur markieren wird. *Christoph Renzikowski*

Münchner Merkur

„Kirchenaustritt – und was dann?“ ist das Thema der 50. gemeinsamen Tagung der Evangelischen Akademie in Tutzing und der Katholischen Akademie in Bayern. Doch vor allem die katholischen Amtsträger wollen offenbar gar nicht so genau wissen, wie es um die Bindung ihrer Mitglieder an die Institution bestellt ist.

„Ein Unternehmen würde in dieser Situation eine umfassende Positionsbestimmung ohne Tabus erarbeiten“, stellt der Unternehmensberater Thomas von Mitschke-Collande nüchtern fest. Doch mit solch schmerzhaften Wahrheiten tun sich die Bischöfe schwer. Der Betriebswirt und engagierte Katholik berichtet von zwei Untersuchungen, die wegen ihrer negativen Ergebnisse von der Bischofskonferenz nicht akzeptiert wurden. *Claudia Möllers*

Evangelischer Pressedienst

10. Juli 2010 – Kirche muss sein wie Sauerteig: Er muss gären und diffundieren, sonst fängt er an zu schimmeln. Dieses Bild mag ungewöhnlich sein. Doch wenn es ein Theologe wie der Duisburger Dogmatiker Ralf Miggelbrink gebraucht, dann nicht ohne Grund: Ihm ist Kirche ein Anliegen, „ein Projekt, dass man nicht lassen kann.“ Und damit Kirche auch weiterhin diffundieren kann, muss sie sich auch mit so unbequemen Themen wie dem Kirchenaustritt beschäftigen.

Rieke C. Harmsen

DOK.fest

Münchner Kirchenzeitung

2. Mai 2010 – Die Katholische Akademie zeigt beim DOK-fest „Schwester Dorothea“. „Ich bin eine mangelhafte Nonne“, gesteht Schwester Dorothea in dem gleichnamigen Film von Regisseurin Maya Reichert. Seit sieben Jahren lebt die Ordensfrau als Jüngste in einer Gemeinschaft von 20 Zisterzienserinnen in der Abtei Oberschönenfeld bei Augsburg. Reichert zeigt sie beim Chorgebiet, im Refektorium, beim Glockenläuten, Putzen und Abstauben. Nur gelegentlich lässt die Ordensfrau Kritik durchklingen, beispielsweise wenn ihre sprachlichen Verbesserungsvorschläge für das Jahreshaft unerwünscht sind. Im nächsten Moment meint sie mit Verweis auf den heiligen Benedikt: „Man soll nicht murren, wenn man unzufrieden ist.“

Die Kirche in ihrer schwersten Krise

Thomas von Mitschke-Collande

Einführung

Die Katholiken in Deutschland sind in den letzten Jahren und insbesondere im letzten Jahr durch erhebliche Herausforderungen gegangen. Vor allem aber war es der Missbrauchsskandal, der 2010 Wellen schlug. So war zwar bereits bekannt, dass es zu Missbrauchsfällen gekommen war. Nicht bekannt hingegen war das Ausmaß der Verfehlungen. Zum Skandal entwickelte sich aber auch die Art und Weise, wie die Missbrauchsvorwürfe aufgearbeitet wurden; hinzu kamen andere Vorgänge, die schließlich sogar zur Neubesetzung eines Bischofsthums führten. Die Ortsbischöfe haben sehr unterschiedlich in den einzelnen Diözesen reagiert. Manche waren sehr aktiv und haben z. B. jeden, der aus der Kirche ausgetreten ist, persönlich zu einem Gespräch eingeladen. Andere Bischöfe sind – so hat es zumindest den Eindruck – abgetaucht und haben ihre Geistlichen und Gläubigen vor Ort weitgehend sich selber überlassen.

Die Schlagzeilen ließen an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig und haben gezeigt, wie stark das Ansehen von Kirche und Klerus beschädigt wurde.

Jahrelang herrschte die überwiegende Tendenz, die Institution Kirche zu schützen; aus Sorge um das Ansehen der Institution. Auch jetzt hat die Leitung der Bischofskonferenz Anfang des Jahres über Wochen geschwiegen, bevor es die erste öffentliche Stellungnahme gab. Mögliche tiefer liegende strukturelle Ursachen für das Missbrauchsproblem der Kirche wurden bis heute nicht diskutiert.

Dies hat verheerende Folgen: Die Kirche verliert an Glaubwürdigkeit, der Zweifel unter den Gläubigen wächst ebenso wie die Verunsicherung unter den Mitarbeitern. Die Anzahl der Austritte ist sprunghaft angestiegen, katholische Seelsorger und Einrichtungen stehen bei vielen inzwischen unter Generalverdacht. Es droht eine Marginalisierung des gesellschaftlichen Einflusses der Kirche.

Einige Zahlen: In einer Forsa-Umfrage von April 2010 sagen zwei Drittel der Bevölkerung, dass die Missbrauchsfälle der Kirche dauerhaft geschadet hat. Drei Viertel halten die Aufarbeitung der Affäre durch die Kirche für wenig transparent.

Die Webseite kirchenaustritt.de hat normalerweise rund 20.000 Besucher pro Monat. Anfang 2010 stieg die Zahl sprunghaft auf mehr als 90.000 im Monat an. 2010 dürften die Austrittszahlen explodieren: 2006 und 2007 verließen etwa 90.000 Menschen die katholische Kirche, 2008 und 2009 waren es rund 120.000. Dieses Jahr wird die Zahl zwischen 250.000 und 375.000 liegen. Es wird häufig argumentiert, dass nur Menschen austreten, die ihre Bindung zur Kirche verloren haben, also sozusagen am Rande stehen. Nach der Forsa-Umfrage denken aber inzwischen sogar 20 % derjenigen, die sich als weitgehend oder sehr gläubig bezeichnen, über einen Austritt aus der Kirche nach.

Eine derartige Krise hat die katholische Kirche hierzulande noch nicht erlebt. Sie ist in dieser Form einmalig, die Auswirkungen sind konkret zu spüren.



Dr. Thomas von Mitschke-Collande, Senior-Director McKinsey, München

Ihre Ursachen liegen tiefer. Eine Beruhigung der Situation im Sinne einer Wiederherstellung des Status quo ist nicht zu erwarten.

Dimensionen der Krise

Die genannten Fakten sind besorgniserregend. Die aktuelle Krise trifft jedoch mit einer Entwicklung zusammen, die in ihren Dimensionen noch weitaus tiefgreifender und folgenschwerer ist. Diese Entwicklung, die sich nun schon seit mehr als 20 bzw. 30 Jahren zeigt, lässt sich als Ende der Volkskirche beschreiben – der Kirche, wie sie seit der Zeit des römischen Kaisers Konstantin existierte. Die konstantinische Kirche zeichnete sich durch die Übereinstimmung von gesellschaftlicher und kirchlicher Norm aus: Wer nicht an der Kirche partizipierte, stellte sich automatisch außerhalb der Gesellschaft. Dieses Modell, auf das Selbstverständnis, Strukturen und Prozesse der katholischen Kirche in weiten Teilen nach wie vor ausgerichtet sind, existiert heutzutage nicht mehr. Das Ende der Volkskirche ist vielfach bereits eingetreten. Die Kirche befindet sich in einer tiefen Identitätskrise, die sich fünffach, nämlich in einer Glaubens-, Vertrauens-, Autoritäts-, Führungs- und Vermittlungskrise, äußert (Abb. 1).

1. Die Glaubenskrise

Die Krise des Glaubens ist umfassend und hat zentrale Inhalte der christlichen Lehre erfasst. Laut einer Allensbach-Umfrage glauben zwar noch 83 % der Katholiken an Gott, wobei die Vorstellungen zum Teil stark von dem personalen Gott des Alten und Neuen Testaments abweichen. Allerdings glaubt nur noch die Hälfte an ein Leben nach dem Tod und nur noch ein Drittel an die Auferstehung Jesu Christi und der Toten. Wie erfolgreich wäre eine Partei, in der nur ein Drittel elementare Parteiaussagen unterstützt?

2. Die Vertrauenskrise

Ihren Auftrag erfüllen und ihre Ziele erreichen kann die Kirche nur, wenn sie Vertrauen genießt. Dies gilt umso mehr für eine Institution, die ethisch-moralische Aussagen tätigt und entsprechende Ansprüche stellt. Hier steht die katholische Kirche vor einem eklatanten Problem: Laut Umfragen bringen die Deutschen der katholischen Kirche noch weniger Vertrauen entgegen als Großbanken, Parteien oder Aufsichtsräten, die in diesem Punkt ohnehin schon schlecht abschneiden.

Auch 23% der Katholiken zeigen kein Vertrauen in die Institution Kirche und geben ihr die Note 5 oder 6. Während jedoch nur 37 % der Nichtkatholiken einen dringenden Verbesserungsbedarf innerhalb der Kirche sehen, liegt dieser Wert mit 52 % bei den Katholiken deutlich höher. Dies ist positiv zu interpretieren. Die überwiegende Zahl der Katholiken hängt noch an ihrer Kirche. Diese Erwartungen dürfen nicht enttäuscht werden.

Im Gegensatz zur Institution Kirche wird die Arbeit auf der Gemeindeebene, dort wo sie für die Menschen konkret erfahrbar wird, deutlich besser beurteilt. Sie genießt eine hohe Wertschätzung. Ein Pfund mit dem sich – richtig genutzt – wuchern lässt.

3. Die Autoritätskrise

Als die Kirche noch Volkskirche war, hat sich die Gesellschaft an ihr und ihren Amtsträgern orientiert. Inzwischen hat die Kirche jedoch an Autorität verloren und spielt in der Meinungsbildung eine vergleichsweise untergeordnete Rolle. Immer mehr wird die Kirche von großen Teilen der Bevölkerung rein auf ihr soziales Engagement reduziert. Glaubensvermittlung als Aufgabe wird kaum wahrgenommen; viele sprechen der Kirche eine glaubwürdige Rolle bei der öffentlichen Meinungsbildung ab. Nur noch zwei bis drei Prozent der Gesamtbevölkerung orientieren sich laut Umfrage an der Institution Kirche und ihren Geistlichen.

4. Die Führungskrise

Mit der Autoritätskrise geht eine Führungskrise einher. Viele Katholiken äußern Zweifel an Teilen der Führungspersonalitäten ihrer Kirche: Mehr als die Hälfte aller Katholiken sind der Meinung, dass in der Kirche nicht die richtigen Leute in den Führungspositionen sitzen. Hinzu kommt, dass sich die Zahl der Priesterkandidaten in den vergangenen 20 Jahren nahezu halbiert hat. Die Befürchtung ist berechtigt, dass mindestens in gleichem Maße die Zahl derer zurückgeht, die in ausreichendem Maße Talent, Ausstrahlung und Qualifikation besitzen, um ihrer Berufung gerecht zu werden. Dabei sind es gerade diese Persönlichkeiten, die in der aktuellen Krise dringend benötigt werden. Authentisches kirchliches Glaubenszeugnis braucht Menschen – „Burning Persons“, die ihren Glauben mit Leidenschaft leben.

5. Die Vermittlungskrise

Die kirchlichen Diskussionen im vergangenen Jahrzehnt waren stark geprägt vom Thema Kosteneinsparungen. Oft wurde der Anschein vermittelt, mit mehr Geld ließen sich alle Probleme rasch beheben. Betrachtet man jedoch die Zahlen, liegen die Einnahmen aus Kirchensteuern heute selbst inflationsbereinigt knapp viermal so hoch wie vor 50 Jahren (Abb. 2). Dennoch kommt die Botschaft der Kirche immer schwerer an: Im selben Zeitraum ist die Zahl der Gottesdienstbesucher um

mehr als das Dreifache gesunken, die Zahl der Kasualien, z. T. auch demografisch bedingt, hat sich halbiert (Abb. 2). Die zunehmende Säkularisierung, gravierende Veränderungen in gesellschaftlichen Werten und Verhalten der letzten fünfzig Jahre haben die Einstellung zur traditionellen Form kirchlicher Verkündigung verändert. Die Kirche befindet sich daher in einer tiefen Vermittlungskrise.

Das Ende der Volkskirche

All diese fünf Dimensionen sind Ausdruck einer übergreifenden Identitätskrise der Kirche, die das Ende der Volkskirche bedeutet. Die Säkularisierung schreitet voran. Kerninhalte des christlichen Credo sind nicht bekannt und werden nicht mehr geglaubt. Elementares Wissen über kirchliche Zusammenhänge ist nur noch in Ansätzen vorhanden. Auch die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache: Bereits heute gehört mehr als ein Drittel der Bevölkerung in Deutschland keiner christlichen Konfession mehr an, mit steigender Tendenz. In den letzten 20 Jahren hat die katholische Kirche netto 2,4 Mio. Mitglieder verloren. Das sind mehr als etwa zum gesamten Erzbistum Köln gehören. Hinzu kommt der demographische Faktor: Es sterben mehr Leute als getauft werden. Schreibt man diese Entwicklung fort, könnte es in 15 bis 20 Jahren weniger als 20 Mio. Katholiken in Deutschland geben.

Immer mehr wird die Kirche von großen Teilen der Bevölkerung rein auf ihr soziales Engagement reduziert.

In der ersten Säkularisierungswelle des 18. Jahrhunderts konnte sich die Kirche mit ihren Strukturen noch hinüberretten in das 19. Jahrhundert, getragen vor allem durch eine tiefe Volksfrömmigkeit. Diese Volksfrömmigkeit ist heute, im 21. Jahrhundert, in Deutschland kaum noch zu finden. Zwar gibt es auch in unseren Großstädten noch Fronleichnamsprozessionen; aber in vielen Gemeinden steht hier ein Häuflein von Gläubigen einer Mehrheit gegenüber, die diese „Folklore“ – im besten Falle – nur noch toleriert.

Daher stellt sich die Frage, welchen Weg die Kirche einschlagen und wie sie aus der Krise finden wird. Hier scheinen zwei Alternativen denkbar: Das eine Modell ist eine Kirche, die sich zurückzieht in die Wagenburg, die sich von der Welt abwendet und ihr eigenes Schrumpfen als unausweichlich akzeptiert. Das andere Modell ist eine offene, missionarische Kirche, die Teil der Gesellschaft ist, sich mit gesellschaftlichen Fragen im Sinne des Evangeliums auseinandersetzt, sich aber in einem säkularisierten Umfeld mit anderen sinnstiftenden Organisationen konfrontiert sieht. Das erste Modell ist der Weg des geringsten Widerstands. Um das zweite Modell zu leben und um es erfolgreich zu machen, bedarf es großer Anstrengung und Mut. Hier aber liegt die Chance der Kirche in Deutschland, die nicht vertan werden darf.

Chancen in der Krise

Momentan reagiert die Amtskirche lediglich auf akute Krisenscheinungen im Zusammenhang mit dem Missbrauchsskandal. Systematische Versuche, den Wandel proaktiv mitzugestalten, sind nicht zu erkennen, abgesehen von strukturellen Anpassungen auf Grund von Priestermangel und rückläufigen Finanzmitteln. Damit läuft die

Die Krise der Kirche erfasst alle Dimensionen – Identitätskrise führt zum Ende der Volkskirche

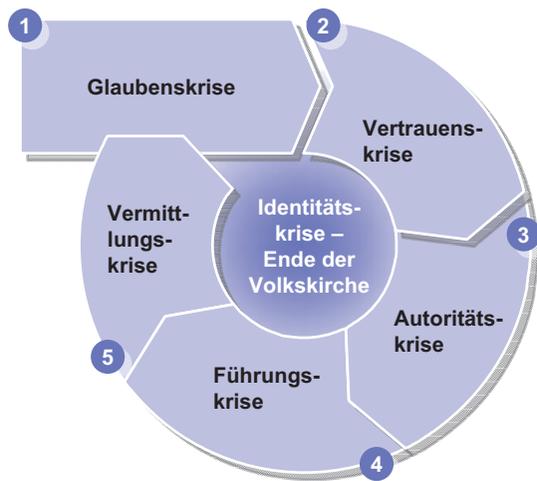
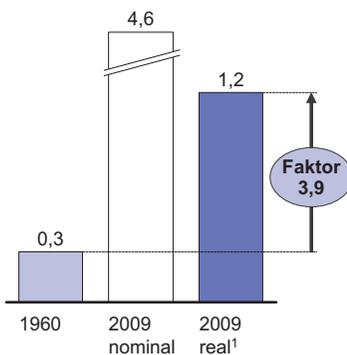


Abb. 1: Droht das Ende der Volkskirche?

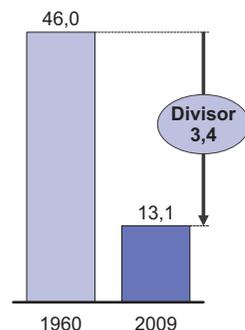
VERMITTLUNGSKRISE

Trotz wachsender Ressourcen im langjährigen Vergleich kommt die Botschaft nicht mehr an

Katholische Kirchensteuer (netto)
in Mrd. EUR



Regelmäßiger Gottesdienstbesuch
in Prozent



1 In Preisen von 1960

Quelle: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bischofskonferenz

Abb. 2: So entwickelten sich Kirchensteueraufkommen und der Gottesdienstbesuch in den letzten 50 Jahren.

Amtskirche Gefahr, vorhandene Chancen zu übersehen.

Viele Menschen verspüren den Wunsch nach einer geistigen Orientierung. Das subjektive Wohlbefinden in der Bevölkerung hat sich dramatisch verschlechtert, das sozioökonomische Umfeld stellt eine anhaltende Herausforderung dar: Eine hohe Sockelarbeitslosigkeit, überlastete Sozialsysteme, die wachsende Staatsverschuldung und Schocks wie die globale Finanz- und Wirtschaftskrise führen zu Zukunftsängsten und einem Gefühl der persönlichen Ohnmacht. Dazu kommt verlorenes Vertrauen in fast alle zentralen Institutionen. Neben den systemischen Problemen wachsen in Deutschland auch die Individualängste: Der demoskopische Vergleich zwischen 1990 und 2010 zeigt dies deutlich.

Vor diesem Hintergrund müsste die Kirche eigentlich boomen. Die Menschen suchen nach Orientierung, Spiritualität und Gemeinschaft, wie etwa der Pilger- und Wallfahrtsboom der vergangenen Jahre zeigt. Doch statt in den beiden verfassten Kirchen wird das Bedürfnis nach Glauben und Spiritualität häufiger in Alternativen ausgelebt. Die Freikirchen erfahren enormen Zulauf. Man stößt auf einen unübersichtlichen Markt religiöser Spiritualität, spiritueller Wellness und Esoterik. Auf der anderen Seite stehen die beiden traditionellen, christlichen Kirchen, beide gefangen in ihren eigenen Innenorientierung und Identitätskrisen und zu sehr beschäftigt mit ihren finanziellen und personellen Problemen (Abb. 3).

Ein Unternehmen in einer vergleichbaren Situation würde zu diesem Zeitpunkt eine umfassende, ausgangsoffene Positionsbestimmung durchführen. Das Ergebnis würde akzeptiert werden und zu entsprechenden Handlungen führen.

Um proaktiv auf die umfassende Identitätskrise reagieren zu können, muss die Kirche bereit sein, auch unangenehme Aussagen zu akzeptieren. Erst dann, mit der Bereitschaft sich auf den Kern zu fokussieren, auf Stärken aufzubauen, bereit für eine neue Kultur des Miteinanders und der Offenheit für Paradigmenwechsel, kann die Kirche die Entwicklung unter Kontrolle bekommen.

Leitgedanken zur Überwindung der Krise

Wer sich als Institution – egal, ob nun kirchlicher, politischer oder wirtschaftlicher Art – mit schrumpfender Mitgliederzahl und rückläufiger Bedeutung abgibt, ist bereits verloren. Worauf es ankommt, ist selbst zu agieren, selbst hinauszugehen und die Botschaft zu verkünden.

Die Zukunft der katholischen Kirche wird davon abhängen, inwieweit sie ihre spirituelle Ausstrahlungskraft erhalten und stärken kann. Es darf keine Flucht nach innen stattfinden – die Kirche muss selbstbewusst Teil der Gesellschaft bleiben und Profil zeigen. Zur Bewältigung dieser letztendlich fundamentalen Krise könnte es fünf Stoßrichtungen geben (Abb. 4).

1. Null-Fehler-Anspruch

Nach innen und außen muss klar kommuniziert werden, dass in der Kirche ab sofort Null-Fehler-Toleranz gilt, und dass diese notwendig ist. Bei Fehlverhalten werden umgehend Konsequenzen gezogen, Schlüsselpositionen überprüft und wenn nötig neu besetzt. Der jüngste Skandal im deutschen Episkopat war ein Beispiel: Die Thematik und einige Einzelheiten waren öffentlich bekannt, Eingeweihte wussten noch mehr, doch trotzdem blieben Konsequenzen aus.

Ähnliches gilt für eine ganze Reihe anderer Situationen. Die katholische Kirche braucht klare und schnelle Prozesse. Die Einhaltung der Regeln muss in jedem Fall strikt kontrolliert werden, völlige Transparenz nach innen und nach außen gewährleistet sein. Wenn heute 75 % der Gläubigen meinen, dass diese Transparenz nicht gegeben ist – dann muss die Kirche genau dort ansetzen, will sie wieder an Glaubwürdigkeit gewinnen.

Null-Fehler-Toleranz bedeutet nicht eine drakonische Bestrafung jedweden Vergehens. Aber Null-Fehler-Toleranz ist der Anspruch, die Heiligkeit der Kirche besser als bisher auch im Alltag zu leben.

2. Professionelle Medienarbeit

Die Kirche hat in den vergangenen Jahrhunderten von einer hervorragenden „Medienarbeit“ profitiert. Die Geschichte zeigt: Man muss die Gesetze der Medienwelt verstehen und sie sich zueigen machen. Man muss bewusste breite Bevölkerungsschichten ansprechen und sich nicht nur auf das gehobene Bildungsbürgertum konzentrieren. Die Realität sieht allerdings anders aus: Die wenigen Kirchensendungen, die es gibt, wenden sich ebenso wie kirchliche Veröffentlichungen in der Regel eben nicht an die breite Bevölkerung, sondern an das Bildungsbürgertum. In den elektronischen Medien ist die Kirche nicht gut positioniert. Es fehlt die überregionale Stimme der Kirche.

Die Kirche muss wieder kampagnenfähig werden und darf auch keine Scheu vor verantwortungsvoller Vereinfachung haben. Die Betonung liegt auf verantwortungsvoller Vereinfachung, und hier sind auch die Theologen gefordert. Eigentlich ist die Kirche eine medienwirksame Institution. Sie hat mit dem Evangelium Jesu Christi gute, immer aktuelle Botschaften, sei es die Bewahrung der Schöpfung, sei es die Moral, sei es ein „Du sollst nicht töten“, sei es ein Eintreten für die sozial Schwachen am Rande der Leistungsgesellschaft. Hinzu kommen die Sichtbarkeit emotionaler Rituale und viele bekannte Persönlichkeiten, auf die die Kirche bauen kann. Ihre Gesichter ließen sich für die Medienarbeit nutzen – ebenso wie die Tatsache, dass die katholische Kirche weltweit präsent ist und mit Rom einen Mittelpunkt großer Anziehungskraft hat.

Medienarbeit muss stimmig sein. Dass 27 Diözesen zu überregionalen Themen mit einer nicht abgestimmten, unterschiedlichen Sprache sprechen und sich teilweise widersprechen, darf es in der heutigen Medienwelt nicht geben. Auch kommt es darauf an, in der Sprache der Zeit zu reden. Jesus selbst hat keine Beispiele aus dem alten Ägypten gewählt, sondern Beispiele aus seinem Lebensumfeld, die die Menschen verstanden haben. Ziel ist es nicht, dem Zeitgeist hinterherzulaufen, sondern zu erkennen, dass der Inhalt der Botschaft zwar zeitlos ist, sich die Sprache im Verlauf aber kontinuierlich verändert.

3. Neue Kultur des Miteinanders

Die Kirche braucht eine neue Kultur des Miteinanders, sie braucht eine neue Dialogfähigkeit. Das bedeutet Diskussion und Kontroverse auf Augenhöhe innerhalb der Amtskirche sowie mit Laien und Wissenschaft. Diese Diskussionen dürfen nicht nur auf Amtsträger beschränkt werden, die Kirche muss eine integrative Gesprächs- und Streitkultur fördern und nicht ausgrenzen.

Bei der innerkirchlichen Diskussion geht es nicht darum, Glaubenswahrheiten zu hinterfragen – diese stehen nicht zur Disposition. Aber es gibt zweifellos

Strukturen, Prozesse und kirchliche Richtlinien, die hinterfragt werden müssen. Hier ist zu viel Ängstlichkeit und Verzagtheit, häufig aus falsch verstandene Gehorsam, zu beobachten. Laien sollten stärker in die Entscheidungsprozesse eingebunden werden, die Zusammenarbeit zwischen ZdK und Episkopat sollte grundsätzlich überdacht und intensiviert werden. Ebenso muss die Kirche sich weiterhin in gesellschaftlich relevante Themen einmischen und hier selbstbewusst das Heilige und das Evangelium vertreten.

Innerkirchliche Diskussionen und Auseinandersetzungen dürfen nicht als Angriff oder Infragestellen verstanden werden, sondern als das Wirken des Heiligen Geistes. In der 2000-jährigen Kirchengeschichte haben Theologen und Laien fortwährend miteinander um die Wahrheit und den richtigen Weg gerungen und sich auseinandergesetzt – das hat die Kirche weitergebracht, und wird die Kirche auch in Zukunft weiterbringen. Dialogfähig ist, wer sich seiner eigenen Positionen und Aussagen sicher ist. Ist er dies nicht, verweigert er sich der Auseinandersetzung.

Das „Gehorsamsprinzip“ darf nicht überhöht werden. Vielmehr ist auch eine loyale Verpflichtung zum Widerspruch, wo er angebracht erscheint, einzufordern.

Die Grundlagen dazu sind vorhanden: Es gibt Laien, Wissenschaftler und Jugendliche, die hier genutzt werden können. In den 13.000 Gemeinden gibt es allein über 100.000 ehrenamtliche Mitarbeiter, die sicher bereit wären mitzuwirken. Ähnliches gilt für Vertreter theologischer Fakultäten und Wissenschaftler. Das Ziel muss sein, einen positiv besetzten Dialog zu führen, konstruktive Mitwirkung zu ermöglichen und unnötige Frustration zu vermeiden. Dies setzt voraus, dass der Dialog auf Augenhöhe geführt wird – der Laie in der Diskussion also ebenso viel gilt wie der Geistliche. Daran fehlt es leider zu oft, und daran muss gearbeitet werden.

4. Stärkung des Glaubens

Es gilt, den Gläubigen neu zu entdecken. Kirche ist das gesamte Volk Gottes. Das bedeutet auch, dass die Kirche ein stärkeres Engagement der Katholiken – speziell unter den Eliten – einfordern kann und muss. Gläubige dürfen nicht als Kunden betrachtet werden – ein Kunde kauft oder kauft nicht. In der Kirche sollte jeder gleichsam Kunde und Produzent sein. Durch das Verhalten und das Zeugnis eines Einzelnen, egal, ob Laie oder Geistlicher, wird Glauben produziert. Das muss die Kirche anerkennen, das muss die Kirche einfordern und das muss sie glaubhaft leben. Der Glaube aus Überzeugung muss an Stelle des Gehorsamsglaubens treten.

Ebenso kommt es darauf an, den Menschen uneingeschränkt in den Mittelpunkt zu stellen. Kirchengesetze dürfen nicht über die Bedürfnisse des Menschen gestellt werden. Das würde den Vertrauens- und Bedeutungsverlust der Kirche noch weiter verstärken. Die Kirche hat nur dann eine Chance, wenn der Mensch wieder zum Mittelpunkt allen kirchlichen Wirkens wird. Sie muss sich radikal von einer mahnenden Kirche zu einer dem Menschen dienenden und zuhörenden Kirche entwickeln. Oder wie sagte es mein verstorbener Ortspfarrer: „Lieber breche ich ein Gesetz der Kirche als das Herz eines Menschen.“

Die Kirche hat nachhaltige Stärken und muss sich nicht verstecken. Sie hat eine hohe Flächenpräsenz, es gibt eine Übernachfrage nach ihren Schulen und Kindergärten, und kirchliches Engagement erfährt hohe Wertschätzung. Nach wie vor hat die Kirche zudem eine hohe Mobilisierungskraft. Woche für Woche

kommen 4 Mio. Menschen zum Gottesdienst: Eine hohe spirituelle Ausstrahlung und das Evangelium Jesu Christi als eine unverändert attraktive Botschaft sprechen für sich.

5. Glaubhafter Erneuerungsprozess

Die Kirche sollte sich einem glaubhaften Erneuerungsprozess unterwerfen. Besonders in aktuellen Diskussionen wird von Bischöfen viel von Erneuerung gesprochen, und dementsprechend besteht eine sehr hohe Erwartungshaltung. Hier müssen Taten folgen – nicht nur gut gemeinte, aufrichtige Willensbekundungen – um diesen Erneuerungsprozess glaubhaft umzusetzen.

Auf Gemeindeebene diskutieren engagierte Katholiken in vielfältigen Initiativen. Ihr „Noch“-Engagement und ihre Erwartungen dürfen nicht enttäuscht werden. Führung und klare, sichtbare Schritte der Bischöfe sind jetzt erforderlich. Die Zeit dafür drängt – schon bei der Herbsttagung 2010 der Deutschen Bischofskonferenz sollten entsprechende Maßnahmen vereinbart werden.

Natürlich hat das deutsche Episkopat nur einen eingeschränkten Gestaltungsspielraum. Grundsätzliche Entscheidungen wie etwa die Zulassung protestantischer Partner aus gemischt konfessionellen Ehen zur Kommunion kann es nicht treffen. Es kann aber die Aktivitäten und Erwartungen der Basis kanalisieren. Dafür braucht es einen breit gefächerten Dialogprozess, der in einer Zukunftskonferenz mündet: „Unsere Kirche von morgen“ – beispielsweise zu Pfingsten 2012 in Fulda am Grab des heiligen Bonifaz.

Zu diskutieren sind z. B. die Themen Kontrolle und Legitimation von Macht innerhalb der Kirche, wie auch die Frage, inwieweit manche Prozesse und Strukturen noch den legitimen Erwartungen einer demokratischen, sich zunehmend individualisierenden Zivilgesellschaft des 21. Jahrhunderts entsprechen. Kirche muss lebendiger Teil dieser Gesellschaft sein, muss sich mit ihr weiterentwickeln und darf nicht außen vor verharren. Eine solche Diskussion hat nichts mit Glaubenswahrheiten zu tun, in keiner Weise würde damit das Evangelium in Frage gestellt werden, ganz im Gegenteil. Das gleiche gilt für Themen wie die Kommunion für Sexualverheiratete Geschiedene, die Sexualmoral der Kirche, die Rolle der Frau, den Zugang zum Priesteramt. Alle diese Themen müssen ohne Tabus diskutierbar sein.

Natürlich muss anerkannt werden, dass auch für die Bischöfe die gegenwärtige Situation nicht einfach ist. Sie sind vielen unberechtigten Anfeindungen ausgesetzt. Ihr Handlungsspielraum ist eingeschränkt. Sie müssen das Ganze im Auge behalten und mitnehmen. Dennoch sind sie jetzt gefordert. Die gegenwärtige Chance vergeht, die Zeit drängt. Ihre Führung ist jetzt notwendiger denn je.

Ein Erfolg ist möglich. Die Bereitschaft ist vor allem vorhanden, unter den Gläubigen. Auf dem Kirchentag wurde bereits verkündet: Umkehr und Neuanfang sind notwendig, und Erzbischof Marx sagte unter dem zustimmenden Beifall seiner Kollegen, es gelte einen Neuaufbruch zu wagen. Dem Wort „wagen“ kommt hier eine zentrale Rolle zu: Wahrscheinlich wusste Johannes XXIII. bei der Ankündigung des zweiten Vatikanums auch nicht, was im Einzelnen die Resultate sein würden. Stattdessen sagte er: „Wir wagen jetzt diesen Aufbruch und dann wird der Heilige Geist uns schon leiten, so dass die richtigen Ergebnisse dabei herauskommen.“

Nicht wer abwartet beweist Gottvertrauen, sondern wer im Vertrauen auf Gott mutige Schritte tut. □



Abb. 3: Die Gesetze von Nachfrage und Angebot gelten auch für „sinnstiftende“ Organisationen, wie die christlichen Kirchen.



Abb. 4: Fünf Strategien können helfen, die Krise der Kirchen zu überwinden.

Kirchenaustritt – und was dann?

Gabriela Grunden

I.

„Der Weg der Kirche ist der Mensch“ (Johannes Paul II.). Ist das so? Haben Sie den Eindruck, dass wir in unseren Kirchen so leben? Das sind für mich keine rhetorischen Fragen. Ich stimme diesem Gedanken von Papst Johannes Paul II. voll und ganz zu. Ja, der Weg der Kirche ist der Mensch – oder besser, sollte es sein. Damit sind wir schon mitdrin in der Diskussion über den Umgang mit Menschen, die aus unseren Kirchen ausgestiegen sind oder aussteigen wollen.

In unserer diözesanen Dienststelle, der katholischen Glaubensorientierung St. Michael, München, einer Kooperation zwischen der Erzdiozese München-Freising und dem Jesuitenorden begegne ich vielen fragenden, suchenden, zweifelnden und seelisch wie körperlich verletzten Menschen.

Pro Jahr verzeichnen wir ca. 330 Neuanfragen für Einzelgespräche, 160 Wiederaufnahmen in die katholische Kirche, 40 Erwachsenentaufen und ca. 30 – 40 Konversionen. Darüber hinaus nehmen jährlich ca. 550 Personen unsere Kurse und Angebote wahr (Glaubenskurse, Ignatianische Einzelexerzitionen, Bibelabende, Einführungen in die christliche Spiritualität, Vorträge etc.). Hinter diesen Zahlen verbergen sich bewegende Biographien. Alle bringen ihre Geschichte, ihre persönlichen Erlebnisse mit ein, alles Gelungene, aber auch alles Scheitern, alle Schuld und alles Glück. Jede Frage und jede Suche bekommt ein Gesicht, hat Hand und Fuß und Herz.

Unter ihnen sind Frauen und Männer, die ausgetreten sind und der Kirche den Rücken gekehrt haben. Warum sie gegangen sind, ist nicht einfach zu erklären. Die Motive sind vielschichtig. Finanzielle Gründe werden immer wieder genannt, ob sie tatsächlich die Grundmotivation für einen Austritt bezeichnen ist allerdings fraglich. Denn hinter einem Kirchenaustritt steht (wir haben es auf dieser Tagung mehrfach gehört) oft eine langjährige Geschichte der Entfremdung und der Enttäuschung. Ehemalige Gemeindebindungen und Bezugspunkte zum kirchlichen Leben sind eingeschlafen oder abgebrochen worden oder konnten nie wachsen. Einige von den Frauen und Männern sind verwundet durch unglaubwürdige Vertreter und Vertreterinnen der Kirche. Andere haben wiederum in entscheidenden Lebenssituationen keine kirchlichen Ansprechpartnerinnen oder Ansprechpartner gefunden und sind dann gegangen.

II.

Einige kommen zurück und treten wieder in die Kirche ein: Auch hier sind die Motive sehr vielschichtig. Nicht selten spielt die Anfrage nach der Übernahme eines Patenamtes bei einer Kindertaufe eine entscheidende Rolle. Ebenso kann die Teilnahme an einem bewegenden Beerdigungsgottesdienst oder einer kirchlichen Hochzeitsfeier Anlass dafür sein, dass Erwachsene den Impuls verspüren, sich in neuer Weise mit Glaube und Kirche auseinanderzusetzen und wieder in die Kirche einzutreten.



Dr. Gabriela Grunden, Theologische Mitarbeiterin, Glaubensorientierung in Sankt Michael, München

Eine andere Gruppe, Menschen in der Mitte des Lebens oder älter, sind nach langen Jahren der Abstinenz auf der Suche nach ihren christlichen Wurzeln und fragen nach dem tragenden Grund ihres Lebens. Dabei kommt der christliche Glaube neu in den Blick. Nach Jahrzehnten des Abstands bitten sie wieder um die Aufnahme in die Kirche.

Anstoß zum Wiedereintritt kann auch der Tod eines geliebten Menschen oder das Scheitern einer langjährigen Beziehung sein. Solche Lebenswenden oder Lebenseinbrüche konfrontieren Menschen unmittelbar mit der Frage nach Sinn und Halt, nach Glaube und Gemeinschaft im eigenen Leben.

Die Frage, die sich stellt, lautet nicht, wie holen wir die Menschen möglichst schnell zurück? Sondern: Wohin geht die Kirche? Welches Zeugnis geben wir, die wir uns zur Kirche bekennen? Zu welcher Gestalt der Kirche möchten wir einladen? Denn eines ist ja in den letzten Jahren deutlich geworden, wir erleben eine massive politische, gesellschaftliche und kirchliche Umbruchsituation und niemand von uns weiß, wie die Gestalt der Kirche in der Zukunft aussehen wird. Eines jedoch zeichnet sich ab: Die Veränderungen werden gravierend sein und da ist auch nichts zu verharmlosen oder klein oder schön zu reden. Dabei helfen uns keine neuen pastoralen Strategien, sondern da geht es um die Rückbesinnung auf den Grund unserer Hoffnung, auf die Wurzel unseres Glaubens, auf das Evangelium von Jesus Christus.

Neulich sagte mir ein Mann, der aus Verärgerung über den kirchlichen Umgang mit sexueller Gewalt ausgetreten ist: „Na klar, jetzt, wo das Geld ausgeht, werden die Kirchenleute aufmerksam. Es geht doch gar nicht um die Menschen, die die Kirche verlassen, es geht nicht um das Evangelium, die reagieren ja nur auf Zahlen, weil dahinter finanzielle Defizite stehen“.

III.

Mich hat diese Aussage traurig gemacht und ich wünsche diesem Mann, dass er erfährt, dass die neu eingerichteten Arbeitsgruppen zum Thema Kirchenbindung zuallererst die Menschen in den Blick nehmen, mit all ihren Anliegen, ihren Enttäuschungen, ihrer Wut, ihren Ratlosigkeiten und ihren Hoffnungen. Wir brauchen alle emotionale und intellektuelle Kompetenz, damit aus einer Atmosphäre des Misstrauens eine Kultur des Vertrauens wachsen kann. Dazu gehören offene Gespräche und Debatten über Themen wie Sexualität und sexuelle Gewalt, Macht und Machtmissbrauch, das Verhältnis von Männern und Frauen in der Kirche, das Verhältnis von Klerikern und Laien, Amt und Ehrenamt, Verantwortung und Delegation, von Gerechtigkeit und Solidarität. „Der Weg der Kirche ist der Mensch“ (Johannes Paul II.) hatte ich eingangs zitiert. Eine Alternative dazu sehe ich nicht. Sich aber auf Menschen einzulassen und nicht nur auf die, die uns genehm sind, braucht Aufmerksamkeit, Respekt, Freimut und Kreativität, damit Neues entstehen kann. Kreativität aber braucht Zeit, Gestaltungsräume und Freiheit. Wo diese fehlen, wird pastorales, seelsorgliches Handeln inspirationslos.

Der Geist weht wo er will. Er wirkt in den Menschen, ob sie nun ausgetreten sind oder nicht. Das französische Gemeinodemodell ist für mich diesbezüglich wegweisend. Zur Pfarrei gehören demnach nicht nur der sichtbare Gemeindestamm, die eingetragenen Mitglieder, sondern alle Menschen, die auf dem jeweiligen Pfarrgebiet wohnen. Dann gehört auch die Amnesty Gruppe und die Gruppe der Wohnungslosen dazu, dann gehören jene dazu, die sich für den Umwelt- und den Tierschutz einsetzen, wie die, die sich im Judoclub engagieren.

„Wenn wir fragen, lebt oder stirbt die Kirche, dann meint das unsere Kirchensünde. Da helfen keine frommen Erwägungen und Absichtserklärungen, da hilft nur die ehrliche Bestandsaufnahme dessen, was ist und der innere Versuch, damit fertig zu werden.“ Dieses Zitat stammt von Alfred Delp SJ (Predigt zum Fest Peter und Paul im Jahre 1941). Ich meine, es ist heute bleibend aktuell.

Wahrnehmen, was ist und darauf setzen, was werden will. Den Möglichkeiten Gottes mehr zu trauen als dem eigenen eingeschränkten Horizont. Dem Evangelium – die Botschaft von der

universalen Solidarität und der Freiheit in Jesus Christus durch Gottes Geist – Herzen und Türen öffnen.

Denn der Enttäuschung über den Zustand der Kirche – und das erfahre ich immer wieder – steht eine tiefe Sehnsucht nach Religiosität und christlicher Hoffnung gegenüber. Und wir haben einen Schatz, den wir nicht verschweigen oder vergraben dürfen: Den Glauben vorschlagen, ihn nicht vorenthalten, das Evangelium „anbieten“, es weitersagen und es bezeugen, darum geht es in dieser Kirchensituation. Von daher sind mir alle Deutungsversuche fremd, die die Kirche in gegenwärtiger Situation als Opfer von Medienkampagnen darzustellen suchen. Nicht Selbstbespiegelung und Selbstmitleid tun not, sondern das Mitempfinden, Mitfühlen mit denen, die keine Hoffnung haben, die am Rande dieser Gesellschaft und Kirche angekommen sind. Ihnen gilt das Evangelium.

IV.

In dieser Situation, so meine ich, lässt sich auch viel von Ignatius von Loyola lernen, auf den sich meine Gemeinschaft beruft. Für diesen großen baskischen Heiligen (1491 – 1556) war es der Sinn seines Lebens, „den Seelen zu helfen“. Das klingt für heutige Ohren etwas antiquiert. Wenn man auf Ignatius von Loyolas Leben und seine Lebenskultur schaut, wird deutlich, was er darunter verstanden hat: „Den Seelen helfen“ das war keine abstrakte Frömmigkeitsübung, sondern bedeutete ganz konkret: Kranke in den Spitälern pflegen, jungen Menschen eine Schulbildung ermöglichen, Arme versorgen, Bildung fördern, für Mädchen und Frauen ein geschütztes Haus in Rom eröffnen. Diese Menschen sorgte galt allen, die bedürftig und angewiesen waren. In seiner Briefliteratur ist die Formulierung zu finden: „Hereintreten durch die Tür des anderen“ (Brief 5174, S. 687, vgl. auch Brief 32, S. 63) und zwar ohne ihn zu verführen, oder für sich einzuordnen. Für Ignatius war es ein Anliegen, dass Menschen zu ihm und zu seinen Gefährten Vertrauen fassten. Er wollte ein vertrauenswürdiges, ein glaubwürdiger Christ sein, denn die Menschen, denen er beistand, hatten in der Regel eine lange Geschichte von Intrigen, Enttäuschungen und inneren wie äußeren Kämpfen hinter sich. Ignatius wusste, dass Vertrauen Zeit braucht.

Das Hereintreten durch die Tür des anderen meint keine List, keine Strategie, keine Täuschung. Es gehört zur



Der Park der Tutzingener Akademie war der geeignete Ort für Pausen. Diese genossen Pfarrerin Wewetzer, die Akademiendirektoren Dr. Greiner und Dr. Schuller sowie Referent Dr. von Mitschke-Collande (v.l.n.r.).

respektvollen Grundhaltung menschlicher Kommunikation. Nicht mit der Tür ins Haus fallen, sondern warten, bis der andere öffnet, mich eintreten lässt (vgl. EB 332 UdG; und Brief 32, S. 63) und dann frei und aufmerksam hineingehen. Ignatius bleibt in all seinen Anweisungen und Methoden zielorientiert: Den Seelen helfen, das heißt, den ganzen Menschen aufrichten! Einem Menschen helfen kann nur, wer liebt.

V.

Was, wenn wir die Leserichtung ändern und die vielen Austrittszahlen auch als einen Sehnsuchtsvermerk wahrnehmen? Was, wenn hinter diesen Zahlen Menschen stehen, die nach spirituellen Ressourcen Ausschau halten, aber sie offenbar in dieser Kirche nicht (oder noch nicht) finden? Mit dem Evangelium bewegen wir uns ja nicht nur innerhalb der kirchlichen Grenzen, sondern die Botschaft von Gottes befreiender Liebe ist allen Menschen zugesprochen. Menschenwürde, Liebe, Gerechtigkeit, Frieden, Bewahrung der Schöpfung sind Kernthemen des Evangeliums. Und wo immer sich Menschen einfinden, um sich dafür einzusetzen, schulden wir ihnen unsere Solidarität.

Trauen wir Gottes Geist mehr zu als unserem beschränkten Horizont.

„Der Fromme von morgen wird ein Mystiker sein, einer, der etwas erfahren hat, oder er wird nicht sein“ (Karl Rahner, Frömmigkeit gestern und heute, in: Schriften zur Theologie VII, 1966, 11-31). Möge in uns der geistliche Mut wachsen, zu den eigenen Erfahrungen und zur eigenen Biographie als Christ oder Christin zu stehen. Mystik im oben beschriebenen Sinne hat nichts mit frommen Sonderwelten oder einem elitären religiösen Raum zu tun. Mystik ließe sich eher als Wagnis verstehen, in dieser Welt mit offenen Augen und freien Herzen zu leben und die Widersprüche und Spannungen nicht weg zu meditieren, sondern auszuhalten und sich ihnen zu stellen. Der kategorische Imperativ kirchlicher Praxis könnte etwa so lauten: „Gib niemals einen Menschen auf und verweigere ihm deine Anerkennung nicht, auch wenn er sie (noch) nicht erwidert oder nicht erwidern kann. Dies bedeutet Verantwortung für die noch Unmündigen, Treue zu den Schwachen und hoffnungslos Kranken, aber auch Hinwendung zum Gegner. Es verlangt Konfliktfähigkeit und die Bereitschaft zum Risiko der Gewaltlosigkeit, das Ertragenkönnen von Unrecht, um durch Vergeltung nicht neues Unrecht zu schaffen, und die Übung im Widerstand ohne Hass“ (Thomas Pröpper, Erlösungsglaube und Freiheitsgeschichte, 224.).

„Es hat mir immer sehr fern gelegen zu denken, dass Gottes Barmherzigkeit sich an die Grenzen der sichtbaren Kirche binde“ (Edith Stein, 1891 – 1942).

Trauen wir Gottes Geist mehr zu als unserem beschränkten Horizont. In diesem Sinne bin ich zuversichtlich, dass das Evangelium seine Kraft in unseren Herzen und in unseren Kirchen neu entfaltet. □

Wie sollen die Kirchen mit Ausgetretenen umgehen? Beitrag einer „Praktikerin“.

Elke Wewetzer

1. Wer sind „die Ausgetretenen“?

„Wie sollen die Kirchen mit ‚den Ausgetretenen‘ umgehen?“ fragen wir im Rahmen dieser Tagung? Ich frage mich: Wer sind sie, „die Ausgetretenen“?

In der Kircheneintrittsstelle Nürnberg, die zugleich eine „Beratungsstelle für Mitgliedschaftsfragen“ ist, habe ich in den letzten vier Jahren, seit es die Nürnberger Eintrittsstelle gibt, nicht nur mehrere hundert Gespräche mit Menschen geführt, die vor kurzem oder auch vor längerer oder gar langer Zeit aus der evangelischen oder einer anderen Kirche ausgetreten sind und jetzt wieder Mitglied einer Kirche – der evangelischen – werden wollten. Dabei hat die Frage nach den Gründen des Austritts – wie auch natürlich nach denen des Eintritts – immer eine wesentliche Rolle gespielt. Daneben biete ich regelmäßig auch den in den letzten Wochen oder Monaten aus der evangelischen Kirche Ausgetretenen im Dekanat Nürnberg durch einen Brief ein Gespräch an und lade sie zur Rückmeldung über ihre Beweggründe ein, persönlich, telefonisch, durch Brief oder E-Mail. Zwar antworten nur etwa zwei bis drei Prozent der Angeschriebenen, aber wenn etwa zwischen 1000 und 1400 Menschen im Dekanat Nürnberg pro Jahr aus der evangelischen Kirche austreten (gegenüber 200 bis ca. 280 Eintritten), kommen auch da eine ganze Reihe von Kontakten zusammen (20 bis 30 Rückmeldungen pro Jahr).

Mir ist bewusst, dass ich nur einen Ausschnitt sehe, denn sowohl die, die wieder eintreten oder von einer anderen Kirche zur evangelischen übertreten als auch die, die noch Rückmeldung zu ihrem kürzlich erfolgten Kirchenaustritt geben, haben das Band noch nicht ganz zerschnitten. Da ist noch etwas, was sie mit Kirche überhaupt verbindet – und sei es Wut oder Enttäuschung oder, beim Eintritt, ein neuer Zugang, eine neue Sicht auf Kirche.

Mein Blick ist der Blick auf die, die in irgendeiner Weise wieder oder noch ansprechbar sind und sich noch oder wieder dazu äußern. Insofern glaube ich nicht, dass man daraus Rückschlüsse auf ALLE Ausgetretenen ziehen kann. Aber ich glaube, dass hinter jeder Geschichte des Austritts, die ich nacherzählen könnte, eine Reihe ganz ähnlicher Geschichten steht und damit eine Vielzahl von Menschen, die wir noch erreichen könnten.

Vorwegschicken will ich auch, wovon ich als Theologin rede, wenn ich von „Ausgetretenen“ spreche: Ich meine damit getaufte Menschen, die aus *sehr unterschiedlichen Gründen* auf Distanz zur Institution Kirche gehen, aber die von ihrer religiösen Biografie her durch das Sakrament der Taufe immer noch in einer besonderen Beziehung zum dreieinigen christlichen Gott stehen. Was in dieser Beziehung geschehen ist, dass die Distanzierung zur Institution erfolgt, ob damit vielleicht auch eine Distanzierung vom christlichen Glauben einhergeht oder nur ein Wechsel in eine der anderen „Wohnungen“ im Haus Gottes, das gilt es herauszufinden – und das finde ich der Mühe unbedingt wert, in jedem einzelnen Fall, für jeden einzelnen dieser Menschen. Hinter jedem



Pfarrerin Elke Wewetzer, Leiterin der Kircheneintrittsstelle im Dekanat Nürnberg

Kirchenaustritt steckt eine – oft lange – Geschichte der Entfremdung und Enttäuschung, manchmal aber durchaus auch der Emanzipation und Reifung. Den typischen Ausgetretenen, die typische Ausgetretene gibt es nach meiner Meinung nicht. Wenn wir darum fragen, wie mit Menschen, die die Institution Kirche verlassen haben, von unserer Seite umzugehen ist, muss auf alle Fälle Spielraum dafür bleiben, dem individuellen Lebens- und Glaubenswegen dieser Getauften Rechnung zu tragen und auf sie einzugehen.

2. Typische Austrittsgründe, kirchliche Reaktionen

Es wurden im Verlauf der Tagung schon viele Austrittsgründe genannt, die ich nicht noch einmal wiederholen will. Sie können uns helfen zu begreifen, was schief läuft und was in unseren Kirchen besser werden müsste. Ich greife noch einmal sehr verkürzt einige Äußerungen heraus, die sich in meiner Arbeit stark häufen:

„Ich trete aus, weil die Kirche in meinem Leben einfach nie eine Rolle gespielt hat.“

„Ich habe jahrelang darauf gewartet, dass da jemand mal auf mich zukommt, aber das ist nie geschehen. Und ich bin da von mir aus nie reingekommen. Ich hätte es gebraucht, dass man auf mich zukommt.“

„Ich weiß einfach überhaupt nicht, wofür ich jeden Monat – soviel – zahle. Es ist nicht klar, was aus dem Geld genau wird. Und ich selber habe die Kirche eigentlich noch nie gebraucht. Da spende ich lieber woanders.“

„Ich habe noch nie von meiner Kirche irgendwas Persönliches gehört oder gesehen – außer das Anschreiben zum Kirchgeld, wenn ich zahlen sollte.“

„Jahrelang habe ich zahlen gezahlt, obwohl ich selber gar nichts davon hatte. Dann hätte ich die Hilfe der Kirche gebraucht und es war einfach niemand da oder die, die es gab, haben mir einfach nicht weitergeholfen.“

Natürlich auch: „Ich habe für mich erlebt, dass ich in einer anderen Kirche – manchmal Religion – tiefere Erlebnisse haben kann, mit meinen Überzeugungen besser heimisch sein kann.“

Das sagt uns noch nicht viel darüber, wie wir mit Ausgetretenen umgehen sollten. Aber es sagt uns viel darüber, wie wir bessere „Austrittsprävention“ betreiben könnten. Und ich glaube, das wäre das noch viel Entscheidendere als der Umgang mit Ausgetretenen: in Zukunft unser Augenmerk stärker darauf zu richten wie wir verhindern können, dass Menschen in Scharen gehen. Aber das geht nur, wenn wir ihre Bedürfnisse zumindest klar wahr- und ernst nehmen und bedacht auf sie reagieren. Es ist viel, viel schwieriger, Ausgetretene wieder für die Kirche zu gewinnen als Mitglieder zu halten.

Aus den Rückmeldungen kürzlich Ausgetretener wie auch früher Ausgetretener, die nun wieder in eine Kirche eintreten,

- wissen wir, dass es höchstens vordergründig mehrheitlich „das Geld“ ist, weswegen Menschen gehen. Eigentlich gehen sie, weil Kirche in ihrem Leben nicht auftaucht, keine Rolle spielt, wartet, dass sie doch kommen mögen – aber nicht wirklich gezielt und passend einlädt oder selber zu Menschen hinget, an vielen Stellen nicht milieugerecht auf ihre Mitglieder zu- und auf sie eingeht.
- Wir wissen längst, dass Menschen heute persönlich angesprochen, angeschrieben werden wollen, allerdings nicht vereinnahmend, sondern wirklich offen und einladend. Aber wo sind Bindungserlebnisse, individuelle und zugewandte Berührungsfelder zu den eher Distanzierten?
- Wir wissen längst, dass sich Menschen Dank und Wertschätzung für das wünschen, was sie beitragen – wir

Es ist viel, viel schwieriger, Ausgetretene wieder für die Kirche zu gewinnen als Mitglieder zu halten.

predigen sogar davon, dass das christlich sei –, aber welche Wege dafür finden wir auch für 95 Prozent unserer Mitglieder, die NICHT regelmäßig auftauchen, aber dennoch dazu gehören. Die sich AUCH zugehörig fühlen, und sei es auf noch so eigene Weise. Jedes Kaufhaus gratuliert den Besitzern einer Kundenkarte zum Geburtstag oder schickt ab und zu Gutscheine oder Einladungen. Und wir?

- Wir wissen aus den Kirchenmitgliedschaftsuntersuchungen, dass die Mehrzahl der Noch-Mitglieder – und ich bin absolut sicher, dass man das auf die Ausgetretenen übertragen kann – vor allem erwarten, dass Kirche Menschen an den Lebensübergängen kompetent, glaubwürdig, individuell und im Sinne der frohen Botschaft, die wir zu verkündigen haben, eng und gut begleitet. Und immer noch leisten wir uns rund um Kasualien seelsorgerliche Schlamperieen und schließen Menschen ohne gründlich nachzuzufragen – zum Teil herablassend und anmaßend – von dieser Begleitung aus.
- Wir wissen, ebenfalls aus den Kirchenmitgliedschaftsuntersuchungen, dass es die allerwenigsten unserer Mitglieder sind, die sich von Kirche eine Vergemeinschaftung wünschen, im Sinne kerngemeindlicher familiärer Nähe und Verbindlichkeit. Und

setzen doch an vielen Stellen genau darauf den Hauptakzent der Angebote des Gemeindelebens.

- Wir wissen, dass eine der wichtigsten Schwellen zum Kirchenaustritt der Berufseintritt ist. Und haben genau diese Altersgruppe zwischen 16 und 28 Jahren besonders wenig im Blick.

3. Und nach dem Austritt?

Wenn der Schritt dann also doch passiert ist? Was dann? Die Tür nicht zuschlagen, sondern aufmachen. Ausgetretene begegnen uns im kirchlichen Leben gar nicht selten. Eben weil ihre Gründe für die Distanz zur Institution so verschieden sind, gibt es viele von ihnen, die auch religiöse Bedürfnisse haben, sich selbst durchaus in der christlichen Tradition stehend erleben, die immer wieder über Dazugehören oder Draußenbleiben nachdenken. Auch sie wollen gerne christlich heiraten, ihr Kind taufen lassen, an Bildungsveranstaltungen teilnehmen oder sogar am Abendmahl oder der Eucharistie – weil nicht ihr Glaube, sondern ihr Vertrauen in die Institution zu Bruch gegangen ist. Angehörige Ausgetreter bitten um Bestattung ihrer toten Verwandten.

Es ist nicht jeder Lebensweg und jede religiöse Biografie gleich, im Gegenteil. Ich verstehe das Evangelium so, dass es dort heißt „gehete hin in alle Welt“, nicht allein: „gehete hin zu den Euren...“. Und ich finde es außerordentlich wichtig, ja theologisch geboten, seelsorgerliche Angebote unter bestimmten Bedingungen auf Ausgetretene auszuweiten, wie es unser Kirchenrecht ja auch erlaubt. Die Trauerfeier für die evangelischen oder katholischen Angehörigen, die das Leben des Ausgetretenen nicht verlogen oder den Toten in falscher Weise vereinnahmend beleuchtet, ihn aber auch nicht diffamiert, kann gerade Zeugnis gelebter Nächstenliebe gegenüber dem „Fremden/Fremdgewordenen“ sein. Für die noch mit der Kirche verbundenen Verwandten kann das ein wichtiges Bindungserlebnis werden. Die Taufe des Kindes zweier ungetaufter Eltern kann gerade herbeiführen, dass diese mit ihrem Kind wieder näher an die Kirche heranrücken. Ich hatte schon etliche Eintritte, in denen das genauso war: dass Kinder ihre Eltern in die Kirche zurückgebracht haben.

Sie merken: Ich plädiere hier für eine durchaus noch weiter gehende seelsorgerliche Begleitung Getaufter, die ausgetreten sind. Über Modalitäten würde dabei zu reden sein. Dass es uns gut anstünde, Kasualien für Kirchenmitglieder generell gebührenfrei zu halten, davon bin ich überzeugt. Sozial gestaffelte gesonderte Gebühren für Nichtkirchenmitglieder sind für mich gut vorstellbar. Und durchaus auch eine klare Werbung für den Kircheneintritt rund um solche kirchlichen Dienste.

Ich persönlich halte es für theologisch problematisch, Getaufte vom Tisch des Herrn auszuschließen. Für mich ist die Kirche im Herrenmahl die Mittlerin. Gott ist es, der einlädt. Und er schaut in die Herzen, nicht wir können das. Das Urteil, bei dem wir auf Gnade hoffen dürfen, können wir gestrost Gott überlassen.

4. Offensiv zugehen auf Ausgetretene

Ich habe es vorhin schon gesagt: Ausgetretene zurückgewinnen ist schwer. Besser ist, Mitglieder zu halten. Den Versuch zu wagen, die Ansprechbaren unter den Ausgetretenen dennoch zurückzugewinnen, halte ich trotzdem für geboten. Denn die Wiedereintretenden zeigen es uns: Oft bewegen sie diese und jene Argumente lange Jahre in ihren Herzen. Was es dann braucht, um den Schritt zu gehen, ist ein klarer Impuls, ein klarer Anstoß zur Rückkehr. Insofern halte ich Ideen von Telefonaktionen, wie sie im Rahmen der Aktion „Treten Sie ein“ in Nürnberg 2001 stattgefunden haben, für eine gute Sache. Eigentlich bräuchten wir in unserer Kirche eine richtige „Kreativabteilung“, die über neue Wege nachdenkt, die einst Getauften, aber nun Ausgetretenen anzusprechen.

Alles in allem also ein klares „Ja“ dazu, den getauften Distanzierten – seien sie noch in der Kirche oder schon ausgetreten – hohe Aufmerksamkeit zuzuwenden, die unterschiedlichen Gründe des Austritts oder der Austrittsneigung gut zu analysieren und daraus gezielt gemeindliche „Gegenwirkungsaktionen“ zu kreieren. Aber zugleich sollten wir direkt auf Ausgetretene zugehen, ihren Schritt dabei respektieren, aber gute Argumente für Kirche jetzt verbend daneben setzen. □

Religiosität in Deutschland

Konsequenzen des Religionsmonitors für die pastorale Praxis

Der Religionsmonitor der Bertelsmann Stiftung gilt als eine der zentralen Untersuchungen, in denen Fragen wie die Verbreitung von Religiosität oder die Bedeutung des individuellen Glaubens der Menschen behandelt werden. Dr. Martin Rieger, Direktor des Programms Geistige Orientierung bei der Stiftung, stellte den Religionsmonitor am 22. September 2010 auf der Fachtagung „Religiosität in Deutschland. Konsequenzen des

Religionsmonitors für die pastorale Praxis“ vor. Ein Podiumsgespräch mit dem Referenten und Professor Erich Garhammer, Pastoraltheologe aus Würzburg, und Prälat Dr. Lorenz Wolf, dem Leiter des Katholischen Büros Bayern, sowie Arbeitskreise, bei denen dann die Aspekte für die pastorale Praxis im Vordergrund standen, ergänzten die intensive Arbeit der Fachtagung. „zur debatte“ dokumentiert das Einführungsreferat.

Wie religiös ist Deutschland? Über den Religionsmonitor der Bertelsmann Stiftung

Martin Rieger

I.

Wie hältst Du es aber mit der Religion? Die Gretchenfrage hat nichts an Aktualität eingebüßt. Im Gegenteil. Spätestens seit dem häufig diskutierten Dialog zwischen Joseph Ratzinger und Jürgen Habermas lässt sich eine neue wissenschaftliche Diskursfreude über die Bedeutung und die Rolle von Religion in (post-)modernen Gesellschaften vernehmen. Und auch die Präsenz religiöser Themen in den Medien ist ein deutlicher Indikator für die öffentliche und wohl auch politische Relevanz von Religiosität. Schon länger wird über die „Renaissance der Religion“ (Hans Joas), über die „unsichtbare Religion“ (Thomas Luckmann) oder über „Religionskomponenten“ (Paul M. Zulehner) reflektiert. Die vergangenen Jahrzehnte waren geprägt von vielfältigen religiösen Migrationsbewegungen innerhalb unserer Gesellschaft. Scheinbar lässt sich eine deutliche Abkehr von institutionalisierter Religiosität hin zu neuen Formen religiöser Praxis erkennen. Religiöse Individualisierung und Privatisierung erschweren die Vergleichbarkeit zwischen den Religionen und religiösen Konstrukten.

Oder anders ausgedrückt: Was glauben eigentlich die „Gläubigen“? Welche Gefühle werden mit Gott empfunden? In welcher Intensität sind religiöse Dimensionen ausgeprägt? Wie lässt sich eine Religiosität beschreiben und vergleichen – innerhalb und außerhalb einer institutionellen Verfasstheit?

Diesen Fragen widmet sich die Bertelsmann Stiftung seit 2007 durch den Religionsmonitor, einem innovativen Messinstrument, das rund 100 Fragen umfasst. Der Religionsmonitor berücksichtigt soziologische, theologische, religionswissenschaftliche und psychologische Aspekte. Zugrunde liegt diesem



Dr. Martin Rieger, Direktor Programm Geistige Orientierung, Bertelsmann Stiftung, Gütersloh

Messinstrument ein substantieller Religionsbegriff, der als wesentliches Merkmal den Transzendenzbezug hat. Der Religionsmonitor wurde als internationale und repräsentative Umfrage im Sommer 2007 in 21 Ländern auf allen Kontinenten durchgeführt. Dabei wurden alle Weltreligionen berücksichtigt. Im Sommer 2008 wurden zusätzlich die Muslime in Deutschland zu ihrer Religiosität befragt (Vgl. Religionsmonitor 2008. Muslimische Religiosität in Deutschland. Bertelsmann Stiftung). Eine angemessene Analyse des religiösen Feldes konnte wegen der Heterogenität religiöser Einstellungen und Praktiken nur gelingen, weil sowohl

Presse

Religiosität in Deutschland

Münchner Kirchenzeitung

26. September 2010 – An Umfragen muss man nicht glauben, aber man muss sie zur Kenntnis nehmen und wenn möglich Konsequenzen aus ihnen ziehen. Diesem Anliegen widmete sich eine Fachtagung in der Katholischen Akademie Bayern, die den „Religionsmonitor“ der Bertelsmann-Stiftung beleuchtete und nach Folgen für die pastorale Praxis fragte. 21 000 Menschen aus 21 Ländern gaben in dieser Studie Auskunft über ihre Religiosität. Das Ergebnis hat viele überrascht: Bezüge zur Transzendenz sind nämlich nach wie vor von hoher Bedeutung, auch in Deutschland. *Andreas Schaller*

Katholische Nachrichtenagentur

25. September 2010 – Der Münchner Domdekan Lorenz Wolf bedauerte, dass Glaube und Kirche nicht mehr automatisch als eine Einheit gesehen würden.

Während Religiosität nach wie vor eine wichtige Rolle spiele, gebe es aber eine aggressive antikirchliche Stimmung. Die Kirche sei gefordert, dass sie wieder als positiv von den Menschen erlebt werde und präsent bleibe, so der Leiter des Katholischen Büros Bayern.

Die Tagespost

28. September 2010 – Durchaus überraschend für Martin Rieger von der Bertelsmann-Stiftung sei auch der hohe Anteil an Migranten unter den rund 25 Millionen Katholiken in Deutschland gewesen: Etwa 4,5 Millionen Katholiken mit Migrationshintergrund oder fremdländischen Wurzeln gebe es allein in Deutschland, so Rieger. Für den Theologen ist dies ein Zeichen dafür, dass die katholische Kirche ein „global player“ sei, dem es gelinge, über den Glauben Menschen miteinander zu verbinden. *Clemens Mann*

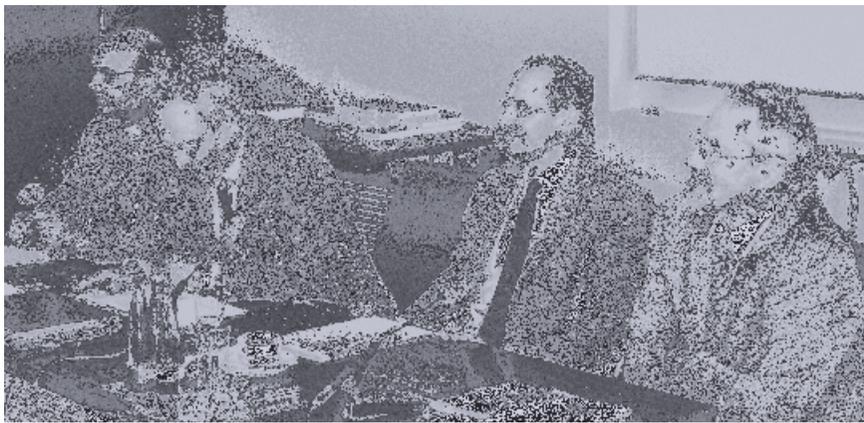
theistische als auch pantheistische Spiritualitätsmuster berücksichtigt wurden. Erst diese Breite der Erfassung von Religiosität ermöglichte einen tiefen Vergleich der verschiedenen Religionsformen. Das galt für institutionell verfasste oder für frei schwebende („Patchwork“-)Religiosität gleichermaßen. In Deutschland wurden zusätzlich Tiefeninterviews geführt. Einen großen Teil der international gestellten Fragen lassen sich im Internet unter www.religionsmonitor.com selbst beantworten. Selbstverständlich kostenlos und anonym. Doch dazu an anderer Stelle mehr.

II.

Eine Besonderheit des Religionsmonitors besteht darin, dass er über die religiöse Selbsteinschätzung der Befragten weit hinausgeht. Er stellt also nicht nur dar, für wie religiös sich die einzelnen Befragten halten (religiöses Selbstbild). Dieses Selbstbild der Befragten ist stark Kultur abhängig oder ist von autobiographischen Erfahrungen geprägt. Beispielsweise gehört es in manchen Gesellschaften „zum guten Ton“, sich selbst als religiös zu titulieren. In anderen Gesellschaften wiederum wird unter „religiös“ häufig „kirchlich aktiv“ o. ä. verstanden. Die Befragten bejahen oder verneinen ihre persönliche Religiosität also häufig in Relation zum gesellschaftlich dominanten, in Deutschland oft kirchlich geprägten Code. Sie ordnen die allgemeine Frage zur Religiosität also in ein Bezugssystem ein, das aus der tatsächlichen oder vermeintlichen Kenntnis religiöser Vielfalt erwächst.

Dagegen möchte der Religionsmonitor helfen, tiefer zu sehen. Er ist ein Beitrag für eine bessere Objektivierung der Beschreibung von Religiosität. Neben dem höchst subjektiven Charakter des religiösen Selbstbildes versucht er vielmehr den objektiveren Charakter der tatsächlich vorhandenen religiösen Einstellung und Praxis abzubilden. Er berücksichtigt nicht nur exogene Faktoren, wie z. B. die öffentliche religiöse Praxis, sondern auch endogene Faktoren, wie z. B. die Einstellungen zu religiösen Praktiken oder aber persönliche religiöse Erfahrungen.

Der Religionsmonitor unterscheidet einerseits zwischen den Inhalten der Religiosität und andererseits zwischen der jeweiligen Intensität der religiösen Einstellungen und Praxis. Daher erfragen sechs religionssoziologisch definierte Kerndimensionen (vgl. den amerikanischen Soziologen Charles Glock) die Vielfalt religiöser Praktiken: Die *intellektuelle* Kerndimension berücksichtigt u. a. Fragen zur religiösen Suche und Reflexivität oder das Interesse an spirituellen Büchern. Den Glauben an Gott oder an ein Leben nach dem Tod nimmt die *ideologische* Kerndimension in den Blick. So lässt sich der religiöse Pluralismus mit den verschiedenen Gottesbildern und Weltbildern darstellen. Die Bedeutung des Gottesdienstes erfasst die Kerndimension „*öffentliche Praxis*“. Über die Ausprägung von Gebet und Meditation gibt die Kerndimension „*private Praxis*“ Auskunft. Weil Religiosität aber weit über den kognitiven und exogenen Bereich hinausgeht, widmen sich die Fragen der Kerndimension „*Erfahrung*“ der religiösen Gefühlswelt. Schließlich wird die allgemeine Alltagsrelevanz der Religion für elf Lebensbereiche in der Kerndimension „*Konsequenzen*“ aufgezeigt. Diese sechs Kerndimensionen kommen in allen religiösen Kulturen vor. Deshalb bilden sie eine gute Basis für den Religionsmonitor als internationales, interreligiöses und repräsentatives Erhebungsinstrument. Die sechs Kerndimensionen können in einer Persönlichkeit äußerst unterschiedlich akzentuiert



Das Podium: Prälat Dr. Lorenz Wolf, Akademiedirektor Dr. Florian Schuller, Referent Dr. Thomas Rieger und Professor Erich Garhammer (v.l.n.r.).



Tabelle 1: Der Aufbau des Religionsmonitors.

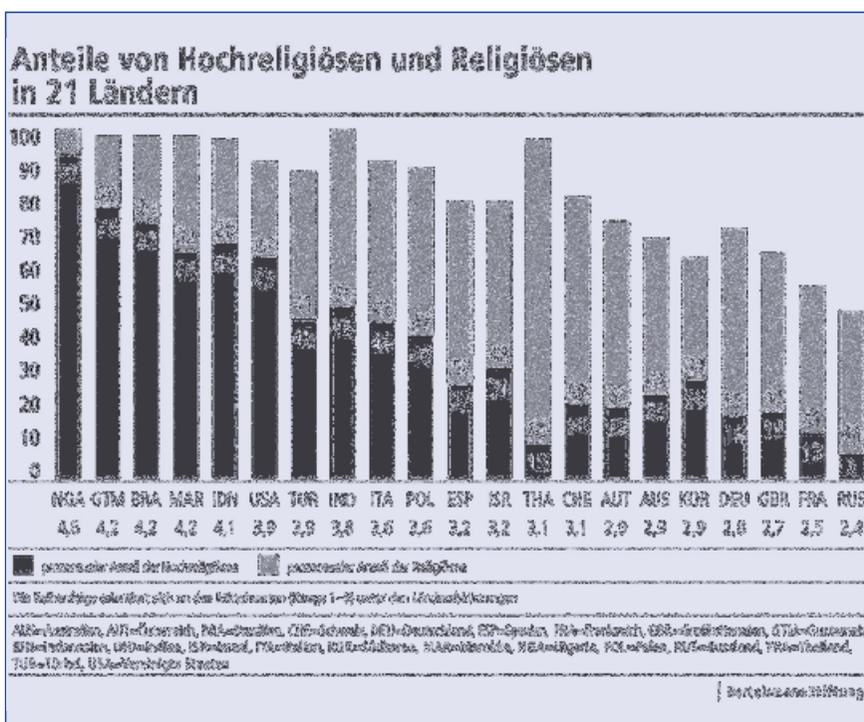


Tabelle 2: So viel Prozent der Menschen sind in den verschiedenen Ländern hoch religiös oder zumindest religiös.

sein. Beispielsweise lässt sich von einem regelmäßigen Gottesdienstbesuch keineswegs auf eine gleichermaßen intensive private Praxis schließen oder umgekehrt. Es gibt also keine notwendigerweise existierende Interdependenz der verschiedenen Kerndimensionen in den Individuen. Vielmehr ist es für eine differenzierte Betrachtung von Religiosität notwendig, die Ausprägung der einzelnen Kerndimensionen zunächst getrennt zu betrachten.

In einem nächsten Schritt kann der Religionsmonitor zwischen der eigentlichen Präsenz von Religiosität im Individuum und den Konsequenzen für den Alltag unterscheiden. Die Ausprägung der intellektuellen und ideologischen Kerndimensionen, der öffentlichen und privaten Praxis und der Erfahrungsdimension zeigen die Einstellung, die Präsenz des Religiösen in der konkreten Persönlichkeitsstruktur. Die Antworten auf die Fragen der sechsten Kerndimension (Konsequenzen für den Alltag) zeigen dagegen die soziale Relevanz der persönlichen Religiosität.

Als religionspsychologisches Messinstrument und zugleich als Novum erweist sich der Religionsmonitor spätestens darin, dass er die Verankerung des Religiösen in der Persönlichkeitsstruktur aufzeigt. Dazu werden die Ergebnisse der ersten fünf, sozusagen intrinsischen Kerndimensionen in einem *Zentralitätsindex* verdichtet. Die Kategorie der Zentralität beschreibt die Stärke der Religiosität beziehungsweise die Intensität ihrer Präsenz in der Persönlichkeit. Je zentraler Religiosität für einen Menschen ist, desto stärker bestimmt sie sein Erleben und Verhalten. So ermöglicht der Zentralitätsindex eine Kategorisierung in Hochreligiöse, Religiöse und Nichtreligiöse (vgl. Stefan Huber: Der Religionsmonitor 2008: Strukturierende Prinzipien, operationale Konstrukte, Auswertungsstrategien. In: Woran glaubt die Welt? Verlag Bertelsmann Stiftung, 2009. [Künftig zitiert als: Woran glaubt die Welt?] 17 ff.).

Für die Gruppe der *Hochreligiösen* ist die Religiosität der bestimmende Faktor für den persönlichen Alltag. Ihr Erleben und Verhalten ist häufig religiös bestimmt. Die Religiosität bildet sozusagen das Koordinatensystem des persönlichen Lebens. Dagegen konnte bei den *Nichtreligiösen* nur eine marginale religiöse Einstellung und Praxis festgestellt werden. Das Mittelfeld zwischen Hochreligiösen und Nichtreligiösen bildet die Gruppe der *Religiösen*. Diese sind für religiöse Inhalte ansprechbar und praktizieren auch mehr oder weniger eine persönliche Religiosität. Allerdings hat für die Religiösen ihre Religiosität keine gleichermaßen intensive Relevanz für die Persönlichkeitsstruktur wie etwa für die Hochreligiösen. Stefan Huber beschreibt die Religiösen als resonanzfähig hinsichtlich religiöser Semantiken. Jedoch hätten religiöse Diskurse eher den Charakter einer Hintergrundmusik. Auf dieser Basis sei die Gruppe der Religiösen gleichwohl religionspolitisch mobilisierbar (vgl. Stefan Huber: Woran glaubt die Welt? 69).

III.

Was sind nun die Ergebnisse des Religionsmonitors? Hier kann nur eine kleine Auswahl vorgenommen werden. Dabei liegt der Schwerpunkt auf den repräsentativen Ergebnissen hinsichtlich Deutschlands. Der Religionsmonitor konnte feststellen, dass 70 % der deutschsprachigen Bevölkerung über 18 Jahren religiöse Menschen sind (52 % religiös, 18 % sogar hochreligiös). Es kann also davon ausgegangen werden, dass in Deutschland insgesamt mindestens 15 Millionen hochreligiöse Menschen leben. Wie erwartet lassen sich



Dr. Thomas Rieger von der Bertelsmann Stiftung (li.) fand viele Gesprächspartner. Unser Foto zeigt die Unterhaltung mit Dr. Thomas von Mitschke-Collande, Senior-Director McKinsey.



Prälat Dr. Lorenz Wolf, der Leiter des Katholischen Büros Bayern (li.), und Theologieprofessor Erich Garhammer tauschten am Rande der Fachtagung ihre Erfahrungen aus.



Prälat Dr. Lorenz Wolf leitete einen der drei Arbeitskreise am Nachmittag. Dort wurde vor allem über die Konsequenzen

gesprochen, die aus den Ergebnissen des Religionsmonitors für die pastorale Praxis zu ziehen sind.

große Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland feststellen. Rund 80 % der Westdeutschen, aber nur ein gutes Drittel der Ostdeutschen können als religiös bezeichnet werden.

Auffällig ist aber die Ausprägung der intellektuellen Dimension von Religiosität in Ostdeutschland. Rund die Hälfte der Ostdeutschen hat Interesse an religiösen Themen und Fragen. Zu Recht weist Matthias Petzoldt aber darauf hin, dass eine Offenheit religiösen Themen gegenüber nicht zugleich bedeutet, sich auf spirituelle Angebote einzulassen oder von religiösen Inhalten überzeugt zu sein. Sobald nämlich in der intellektuellen Dimension der Religiosität eine persönliche Motivation ins Spiel kommt, lassen sich nur noch 26 % („mittel“ bis „hoch“) von religiösen Themen bewegen (Vgl. Matthias Petzoldt: Zur religiösen Lage im Osten Deutschlands: Sozialwissenschaftliche und theologische Interpretationen. In: *Woran glaubt die Welt?* 132).

Auch der Vergleich zwischen den großen christlichen Konfessionen zeigt deutliche Unterschiede hinsichtlich der Intensität von Religiosität. Zwar sind jeweils rund 80 % der Kirchenmitglieder religiös. Von den evangelischen Christen in Deutschland können jedoch nur 14 % als hochreligiös bezeichnet werden. Bei den Katholiken sind es 27 %. Weltweit betrachtet relativiert sich jedoch dieser konfessionelle Unterschied. Beispielsweise können in den USA zwar über 70 % der Katholiken als hochreligiös tituliert werden, bei den evangelischen Christen sind es aber 84 %. Sehr differenziert sollte auch der Zusammenhang von Kirchenmitgliedschaft und tatsächlicher Religiosität betrachtet werden. Denn mindestens 15 % der Kirchenmitglieder in Deutschland sind nicht religiös. Und $\frac{1}{3}$ der Konfessionslosen sind religiös. Auch sagen immerhin 25 % der Konfessionslosen, nach religiösen Geboten zu leben.

Eine religionspsychologische Theorie besagt, dass es eine geschlechtsspezifische religiöse Prägung der Kinder gibt. Es wird davon ausgegangen, dass meistens die Mutter die Religiosität der Tochter prägt und der Vater die des Sohnes. Weil es dazu aber keine validen empirischen Daten gibt, wird dieser Zusammenhang im Online-Tool des Religionsmonitors erfragt (www.religionsmonitor.com). Fest steht schon heute, dass es große Unterschiede in der religiösen Praxis zwischen Frauen und Männern gibt. $\frac{2}{3}$ der Männer in Deutschland sind religiös, aber $\frac{3}{4}$ der Frauen. Auch haben Frauen wesentlich häufiger

das Gefühl, dass Gott in das eigene Leben eingreift und sie sind eifriger in ihrem Gebetsleben. Wenig überrascht es dann, dass für die Hälfte der Frauen der Gottesdienst prinzipiell wichtig ist, dass das aber nur für 37 % der Männer gilt.

Jedenfalls ist Deutschland kein atheistisches Land. Denn 64 % der Deutschen sind davon mittel, ziemlich oder sehr überzeugt, dass es ein göttliches Wesen gibt. 44 % sind sogar ziemlich oder sehr von der göttlichen Existenz überzeugt. Gerade einmal 19 % sagen, dass sie gar nicht an Gott oder etwas Göttliches glauben. Und die Jugend ist nicht weniger Gott gläubig als die Älteren. Es lassen sich diesbezüglich keine wesentlichen Unterschiede zwischen den Altersgruppen feststellen. Als „ungläubigste Altersgruppe“ zeigen sich die 40 bis 50 Jährigen. Dort sagt jeder vierte, dass er gar nicht an Gott glaube. Und auch bei der konkreten Gottesfrage zeigen sich große Diskrepanzen im Antwortverhalten zwischen Ostdeutschland und Westdeutschland. Nur 11 % der Westdeutschen sagen von sich, gar nicht an ein transzendentes Wesen zu glauben. In Ostdeutschland ist es jeder Zweite. Werden die konfessionellen Orientierungen in den Blick genommen, so fällt auf, dass 94 % der Katholiken und 90 % der Evangelischen in Deutschland mindestens etwas von der Existenz Gottes überzeugt sind. 80 % der katholischen Christen halten das sogar für mittel, ziemlich oder sehr wahrscheinlich. Bei den evangelischen Christen trifft das auf 71 % zu. Interessant ist, dass zwar 54 % der Konfessionslosen gar nicht an die Existenz eines Gottes glauben, jeder Vierte das aber für mittel bis sehr wahrscheinlich hält.

IV.

Doch wie stellen sich die Menschen Gott vor oder welche Gefühle werden mit einem göttlichen Wesen in Verbindung gebracht? Wird Gott eher als ein numinoses, unbekanntes Wesen angesehen – weit entfernt und enthoben vom persönlichen Alltag? Rund die Hälfte der Deutschen berichten von der Erfahrung, dass Gott oder etwas Göttliches ihnen etwas sagen oder zeigen will oder in das persönliche Leben eingreift.

Aufschlussreich ist auch der Blick auf die religiösen Gefühle. Was also empfinden die religiösen Menschen, wenn sie an Gott denken? Vorherrschend ist ein positives Gottesbild: Dankbarkeit, Hoffnung, Liebe und Freude sind die meistgenannten Begriffe. Dagegen werden am seltensten die Begriffe Zorn, Befreiung von einer bösen Macht, Verzweiflung oder Angst mit Gott verbunden. Wer an Gott glaubt, glaubt also an einen guten Gott.

Gespalten ist unser Land hinsichtlich des Glaubens an einen Gott, der sich mit jedem Menschen persönlich befasst – immerhin eine Grundüberzeugung nicht nur des Christentums. Gerade einmal 37 % stimmen dieser Aussage zu. Jedoch halten das 41 % für unwahrscheinlich und immerhin jeder Fünfte hat dazu keine feste Meinung. Angesichts der rund 6,5 Milliarden Menschen, die augenblicklich auf unserer Erde leben und der unvorstellbaren Anzahl von Menschen, die bereits gelebt haben, scheint es für viele offensichtlich unglaublich zu sein, dass Gott sich mit jedem Einzelnen befasst. Spannend schiene in diesem Kontext wohl eine Diskussion, ob Gott dabei zu klein gedacht oder der Mensch für zu unbedeutend gehalten wird.

Immerhin sind über die Hälfte der religiösen Menschen in Deutschland davon überzeugt, dass die Menschen zu Gott sprechen können und nur 16 % teilen diese Ansicht überhaupt nicht.

Interessant ist gewiss auch der Alters-

gruppenvergleich. Betrachtet man zunächst den gesamten Bereich der Religiosität, so zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen den über 60jährigen und den anderen Altersgruppen. $\frac{3}{4}$ der Generationen 60+ sind religiös bzw. sogar hochreligiös (28 %). Dagegen können in den anderen Altersgruppen knapp $\frac{1}{3}$ sogar als nichtreligiös kategorisiert werden. Zwar bietet der Religionsmonitor nur eine Bestandsaufnahme, weil erst mehrmalige Wiederholungen der Umfrage gesellschaftliche Trends aufzeigen können. Diese Bestandsaufnahme zeigt aber eine große Konstanz im Altersgruppenvergleich der unter 60jährigen. Für rund die Hälfte ist das persönliche Gebet wichtig und für rund 40 % dieser Altersgruppen hat der öffentliche Gottesdienst eine mittlere oder hohe Wichtigkeit. Etwas weniger wichtig ist die Religiosität insgesamt und speziell auch die öffentliche Praxis nur für die 40 bis 49jährigen, besonders in Ostdeutschland. Dort konnte in dieser Zufallstichprobe kein Prozent als hochreligiös bezeichnet werden. Ein Phänomen besonderer Prägung dieser Altersgruppe durch die DDR-Doktrin?

Betrachtet man speziell die ideologische Kerndimension, so lassen sich aber keine wesentlichen Unterschiede zwischen den Altersgruppen feststellen. Die Jugend ist nicht weniger gläubig als die Älteren. Auffällig ist, dass in der jüngsten erhobenen Altersgruppe sogar mehr an ein Weiterleben nach dem Tod glauben als in der Altersgruppe der über 60jährigen.

Bei der weltweiten Befragung durch den Religionsmonitor wurde deutlich, dass es für alle erhobenen Religionen wichtig ist, Inhalte oder Einstellungen des Glaubens an kommende Generationen weiterzugeben. Vielleicht hat religiöse Bildung für sogenannte Offenbarungsreligionen sogar eine besondere Relevanz. Deshalb überrascht es umso mehr, dass religiöse Erziehung im Gegensatz zu den meisten anderen erhobenen Ländern in Deutschland keine große Rolle spielt. Man darf wohl diesbezüglich schon von einem Antibildungsaffekt in Deutschland sprechen. Das zeigt sich etwa im Altersgruppenvergleich der Selbsteinschätzung, religiös erzogen worden zu sein. Behaupten noch mehr als $\frac{3}{4}$ der über 60jährigen, religiös erzogen worden zu sein, sagen das nur knapp die Hälfte der unter 30jährigen. Immerhin sagen rund $\frac{2}{3}$ der religiösen Kirchenmitglieder, dass ihre persönliche Religiosität einen mittleren oder hohen Einfluss auf die Erziehung der Kinder hat.

V.

Das Vorhandensein religiöser Erziehung und Bildung nimmt also im Altersgruppenvergleich beständig ab. Diese Tatsache ist nicht zuletzt deswegen interessant, als sich die persönlichen Bildungsbiographien in den vergangenen Jahrzehnten signifikant verändert haben. Geben weniger als 10 % von den über 60jährigen Kirchenmitgliedern an, eine höhere Schule besucht zu haben, so sind es von den 18 bis 29jährigen über 40 %. Der Bildungsstand weist im Altersgruppenvergleich also große Unterschiede auf. Zwar lässt sich prinzipiell kein Zusammenhang zwischen Bildungsstand und Ausprägung der Religiosität feststellen. Dennoch spielt der Bildungsstand gewiss eine Rolle hinsichtlich der Vermittlungsformen und didaktischen Konzepte kirchlicher Glaubensüberzeugungen. Unter dem Gesichtspunkt der Lehr- und Lernmethodik ist der Bildungsfaktor ein nicht zu unterschätzender Aspekt. Der Religionsmonitor zeigt, dass ein Bedarf an religiöser Bildung definitiv vorhanden

ist. Das Nachdenken über religiöse Themen und das Interesse, mehr über religiöse Themen zu erfahren – also die intellektuelle Kerndimension von Religiosität – hat bei 17 % eine hohe und bei weiteren 49 % eine mittlere Ausprägung. Nur $\frac{1}{3}$ der Menschen in unserer Gesellschaft scheinen religiös intellektuell gesättigt zu sein.

An dieser Stelle kann die Frage nach einer angemessenen medialen Vermittlung von religiösen Inhalten aufgeworfen werden. Denn laut Religionsmonitor scheint das Medium Buch nur wenige Menschen mit religiösen Inhalten vertraut machen zu können. Rund 80 % der unter 30jährigen haben nur ein äußerst niedriges Interesse an religiösen oder spirituellen Büchern. Das gilt auch für 70 % der Katholiken aller Altersgruppen. Vielleicht könnte das allgemeine Medienverhalten der Zielgruppen künftig noch stärker in die Überlegungen zur Glaubensbildung mit einbezogen werden? Erfahrungen des Online-Tools zum Religionsmonitor legen das nahe. Wie oben bereits erwähnt kann unter www.religionsmonitor.com ein Großteil der international einheitlich gestellten Fragen selbst beantwortet werden. Zehntausende Menschen aller Altersgruppen haben das bereits genutzt. Das persönliche Antwortverhalten kann man sich durch ein Religiositätsprofil widerspiegeln lassen. Großer Beliebtheit erfreut sich auch der „Gruppenzugang“. Beispielsweise haben schon zahlreiche Schulklassen oder Familienkreise dieses Tool genutzt. Die Rückmeldungen sprechen vor allem davon, durch den Religionsmonitor intensiv über die Vielfalt religiöser Praxis ins Gespräch gekommen zu sein – auch ein manchmal erster und entscheidender Schritt zur religiösen Bildung.

Die Kirchen in Deutschland scheinen jedenfalls weit davon entfernt zu sein, eines aktiven missionarischen Charakters „verdächtig“ werden zu können. Gerade einmal 12 % der evangelischen Christen und 13 % der katholischen Christen in Deutschland wollen möglichst viele Menschen für die eigene Religion gewinnen. Ein Viertel der Evangelischen neigt eher zum „Missionsverzicht“ und rund die Hälfte aller evangelischen Christen ist sogar strikt dagegen. Die Zahlen bei den Katholiken variieren kaum.

Eine Zusatzfrage in Deutschland beleuchtet den Zusammenhang von Religiosität und ehrenamtlichen Engagement. Das Ergebnis lässt Religiosität als eine zivilgesellschaftliche Ressource erscheinen: 43 % der Hochreligiösen, 26 % der Religiösen und 19 % der Nichtreligiösen sind ehrenamtlich engagiert (vgl. auch die Untersuchung von Richard Traunmüller: Religion als Ressource sozialen Zusammenhalts? DIW Berlin, 2008).

Ein Fazit des Religionsmonitors lautet. Deutschland ist im internationalen Vergleich der 21 Länder weit weniger religiös als der Rest der Welt. Nur in Russland, Frankreich und Großbritannien weist der Zentralitätsindex niedrigere Werte auf. Dennoch kann Deutschland als religiöses Land gelten. In allen Altersgruppen sind mindestens 60 % religiös. Evident ist, dass die Religiosität für die religiösen Menschen im Umgang mit wichtigen Lebensereignissen der eigenen Familie, wie etwa Geburt, Heirat oder Tod, eine stabile Normalität besitzt. Auch lässt sich in allen Generationen eine hohe religiöse Anschlussfähigkeit feststellen. Die mediale Erreichbarkeit und Vernetzung könnte jedoch weiter optimiert werden. □

Der Beitrag von Dr. Rieger ist in leicht abgewandelter Form bereits in der Herderkorrespondenz 10/2009 erschienen.

Reihe „Länder-Revue“

Vietnam

Zwischen begrenzten Reformen und ausufernden Problemen?

Wie geht es weiter mit Vietnam? In der Reihe „Länder-Revue“ befasste sich die Katholische Akademie diesmal wieder mit einem Land, das nicht in den Schlagzeilen auftaucht, das aber auf Grund seiner Bevölkerungszahl, seiner Wirtschaftsdynamik und seiner gesellschaftlichen Situation als Beispiel für viele Schwellenländer dienen kann. Experten fragten am

26. Juni 2010 auf der Tagung mit dem Titel „Vietnam. Zwischen begrenzten Reformen und ausufernden Problemen?“ nach der sozialen, innen- und außenpolitischen Entwicklung sowie nicht zuletzt nach der Situation der Christen im Land. Nachstehend finden Sie die überarbeiteten und leicht gekürzten Referate der Tagung.

Geschichte und Erinnerungspolitik in Vietnam

Martin Großheim

Im Oktober dieses Jahres feiert die vietnamesische Hauptstadt Hanoi ihre Gründung vor 1000 Jahren. Die Millenniumsfeiern unter dem Motto „Thăng Long“ – der aufsteigende Drache – so der frühere Name für Hanoi – „Tausend Jahre traditioneller Kultur“ werden bereits seit längerem mit großem Aufwand vorbereitet und sollen die zentrale Rolle der Hauptstadt in der vietnamesischen Geschichte betonen – von ihrer Gründung bis heute. Damit sind die Feiern auch eine Bühne für die Präsentation der Meistererzählung der vietnamesischen Nation, wie sie in Hanoi seit den 1950er Jahren propagiert wird.

Kernelemente

Im Folgenden sollen die Kernelemente dieser Geschichtsversion vorgestellt werden. Im zweiten Teil meines Vortrages gehe ich dann auf Debatten in und außerhalb Vietnams ein, die das orthodoxe Bild der vietnamesischen Geschichte in Frage stellen:

1. Nachdem französische Historiker in der Kolonialzeit die vietnamesische Kultur als eine Kopie der chinesischen Kultur dargestellt und ihr Originalität abgesprochen hatten, betonten nach 1954 vietnamesische Historiker den einzigartigen Charakter der vietnamesischen Kultur.

Zentral für ihre Argumentation sind der Ursprungsmythos des vietnamesischen Volkes und der Beginn der vietnamesischen Geschichte mit der Hồng Bàng-Dynastie ca. 3000 Jahre v. Chr., also noch bevor Vietnam unter den Einfluss Chinas geriet, sowie die Existenz der Đông Sơn-Kultur mit ihren reich verzierten Bronzetrommeln, die als originär vietnamesisch interpretiert wurden. Vietnam ist also nicht der „Kleine Drache“, der lediglich die Kultur



PD Dr. Martin Großheim, Dozent am Lehrstuhl für Südostasienskunde II (Festland) an der Universität Passau

Chinas, des „Großen Drachen“ im Norden, kopierte.

2. Die vietnamesische Nation war von Beginn an das Opfer ausländischer Aggressoren. Die Vietnamesen konnten sich jedoch mit ihrem unbezwingbaren Widerstandsgeist immer wieder von der Fremdherrschaft befreien. Personen wie die zwei Trưng-Schwester, die 39 n. Chr. eine Rebellion gegen die Chinesen anführten, Ngô Quyền, der die chinesische Flotte 938 bei der Schlacht von Bạch Đằng vernichtend schlug, oder der Fürst Lê Lợi, der Vietnam nach einem zehnjährigen Guerillakampf die Unabhängigkeit von China zurückbrachte

und die Lê-Dynastie gründete, werden als Nationalhelden verehrt.

3. Nach der zweiten Reichsgründung im Jahre 939 – so der vietnamesische Historiker Phạm Huy Thông – und dem Ende der 1000-jährigen chinesischen Herrschaft über Vietnam breitete sich die homogene vietnamesische Kultur kontinuierlich nach Süden aus. Erst im 18. Jahrhundert kamen die Vietnamesen schließlich im Mekong-Delta an. Dass bei dieser territorialen Expansion das Königreich Champa, das über das heutige Zentralvietnam herrschte, zerstört wurde und die Khmer, die bei der Ankunft der Vietnamesen bereits Teile des Mekong-Deltas besiedelten, zurückgedrängt wurden, spielt in dieser Geschichtsversion nur eine marginale Rolle. Der Ausgangspunkt dieses linearen Prozesses ist Hanoi als einziges legitimes Machtzentrum mit dem Delta des Roten Flusses, dem auch die Funktion als „Wiege der vietnamesischen Kultur“ zugeschrieben wird. Die andersartigen kulturellen Ausprägungen in Zentral- und Südvietnam werden hier als Abweichungen von einem Standard gewertet.

4. Ab Mitte des 19. Jahrhunderts wurde Vietnam schrittweise von Frankreich erobert. Seit 1884 an war Vietnam mit Tonkin im Norden, Annam im Zentrum und Cochinchina im Süden Teil von Französisch-Indochina. Als einziger legitimer Erbe der vietnamesischen Widerstandstradition setzte sich die Kommunistische Partei Vietnams an die Spitze der antikolonialen Bewegung. Die offizielle Geschichte der KP Vietnams und einzelnen Etappen des Befreiungskampfes sind dabei eng mit den Lebensabschnitten Hồ Chí Minh's verzahnt. In der kanonisierten, gesäuberten Version der Parteihistoriographie war Hồ Chí Minh der „Vater der Nation“, der sein ganzes Leben zielgerichtet für den Kampf um die Unabhängigkeit seines Landes kämpfte und jegliche persönliche Interessen hintanstellte. Hồ Chí Minh hatte einen „Masterplan“ zur Befreiung Vietnams aus der Kolonialherrschaft und setzte diesen als Führer der Kommunistischen Partei Vietnams kontinuierlich um. Er dominierte die revolutionäre Bewegung Vietnams von ihren Anfängen bis zu seinem Tod im September 1969.

5. Nach der sogenannten August-Revolution, einem landesweiten Aufstand der Việt Minh, der 1941 von Hồ Chí Minh gegründeten Einheitsfrontbewegung, im August 1945, erklärte er am 2.9.1945 auf dem BaĐinh-Platz Vietnam für unabhängig und rief die Demokratische Republik Vietnam (DRV) aus. Als Frankreich aber versuchte, wieder seine Kolonialherrschaft über Indochina zu etablieren, brach Ende 1946 der erste Vietnamkrieg aus.

6. Nach acht Jahren entbehrungsreichen Kampfes erlangten die Việt Minh im Mai 1954 in der Schlacht von Điện Biên Phủ einen historischen Sieg über die Franzosen, die sich nun endgültig aus Indochina zurückziehen mussten.

7. Die Việt Minh konnten nun zwar siegreich in Hanoi einziehen, doch mit dem Genfer Friedensabkommen, das die provisorische Teilung Vietnams am 17. Breitengrad vorsah, war bereits die Saat für einen neuen Konflikt gelegt. Nachdem sich die DRV zunächst noch auf den Aufbau des Sozialismus im Norden konzentriert hatte, schenkte sie ab Ende der 1950er Jahre der Frage der Wiedervereinigung wieder mehr Aufmerksamkeit zu. Nach der Gründung der Südvietnamesischen Befreiungsfront im Dezember 1963 geriet das von den



Auf dem Podium: der Missionswissenschaftler Dr. Georg Evers (li.) mit Akademiendirektor Dr. Florian Schuller, der bei der Tagung moderierte.

USA gestützte südvietnamesische Regime immer mehr in die Defensive.

8. Als 1964 der zweite Vietnamkrieg ausbrach sahen sich Nordvietnam und die NLF mit einem scheinübermächtigen Gegner konfrontiert – der Supermacht USA. Die Fronten in diesem Konflikt waren klar, es gab keine Grauzonen: auf der einen Seite standen die „Guten“ (Nordvietnam, die Befreiungsfront Südvietnams), auf der anderen Seite die „Bösen“ (das südvietnamesische „Marionettenregime“, die „US-Imperialisten“). Dieses dichotomische Weltbild, das von der nordvietnamesischen Propaganda propagiert wurde, hatte bis in die Nachkriegsjahre Gültigkeit.

9. Auch durch die Anlehnung der Widerstandstradition war Hanoi jedoch am Ende siegreich – am 30.4.1975 marschierten reguläre nordvietnamesische Einheiten siegreich in Saigon ein – die dritte Reichsgründung. Ein Jahr später wurde das Land als Sozialistische Republik Vietnam wiedervereintigt.

Brüche und Diskontinuitäten in der vietnamesischen Geschichte, vor allem in der Geschichte der Kommunistischen Partei, werden in dieser „Meistererzählung der vietnamesischen Nation“ ausgeblendet.

Erinnerungspolitik in Vietnam

Für die KP Vietnams stellt die Geschichte nach wie vor eine wichtige Legitimationsquelle dar, obwohl sie ihre Herrschaft seit Beginn der Reformen 1986 zunehmend auch durch die erfolgreiche Wirtschaftspolitik legitimiert.

Die Führung in Hanoi bemüht sich nach wie vor, ein heroisierendes und teleologisches Geschichtsbild aufrechtzuerhalten, das die „glorreiche revolutionäre Vergangenheit“ und den erfolgreichen Kampf des vietnamesischen Volkes unter Führung der kommunistischen Partei Vietnams gegen die französische Kolonialmacht und die USA beschwört.

Gleichzeitig lässt sich im heutigen Vietnam vermehrt die Tendenz beobachten, die von der Partei sanktionierte teleologische Version der vietnamesischen Geschichte zu hinterfragen. Dies wird durch die größeren intellektuellen Freiräume ermöglicht, die die vietnamesische Bevölkerung seit der Öffnung des Landes Ende der 1980er Jahre und der Lockerung der Kulturpolitik genießt.

Als Forum für diese „Erinnerungsdebatten“ dienen im Allgemeinen Literatur,

Filme und autobiographische Schriften. Sie finden jedoch noch keinen nennenswerten Niederschlag in den offiziellen Geschichtsbüchern.

So waren es Romane wie „The Sorrow of War“ von Bảo Ninh, die kurz nach Beginn von doi moi erschienen, die eine neue, differenzierte Darstellung der Kriegserfahrung bieten und Bewegung in die erstarrte orthodoxe Erinnerungskultur brachten.

Die Führung in Hanoi bemüht sich nach wie vor, ein heroisierendes und teleologisches Geschichtsbild aufrechtzuerhalten.

7Bảo Ninh und andere Autoren wie Dương Thu Hương lehnen sich nicht mehr an die Maximen des sozialistischen Realismus an, sondern stellen die offizielle Präsentation des Krieges als „heldenhaften Kampf des vietnamesischen Volkes gegen die amerikanischen Imperialisten“ in Frage und schildern auch die „dunklen Seiten“ des Krieges.

Im Mittelpunkt dieses Romans, der sich auch aus eigenen Erlebnissen des Verfassers speist, steht der gebrochene Veteran Kiên, der schließlich dem Alkohol verfällt.

In der tristen Nachkriegszeit wird der desillusionierte Kiên von den Erinnerungen an die Schrecken des Krieges heimgesucht. Vom heldenhaften Kampf ist hier nicht mehr die Rede. Die nordvietnamesischen Soldaten nehmen Drogen – von der Hanoi Propaganda eigentlich als Laster für die Soldaten der südvietnamesischen Marionettenregierung und die amerikanischen GIs reserviert – die Versorgung ist schlecht, Desertierungen sind an der Tagesordnung – während des Krieges ein absolutes Tabuthema in der nordvietnamesischen Öffentlichkeit.

Außerdem bricht der Roman mit der strengen dichotomischen Aufteilung der Kriegsparteien durch die nordvietnamesische Propaganda. Kiên erinnert sich an einen Tag, an dem er und seine Kameraden im Zentralen Hochland eine unpolitische südvietnamesische Pflanzfamilie treffen, die in einer „friedlichen Oase im Meer des Krieges lebt“. Nach anfänglichem gegenseitigem Zögern werden die nordvietnamesischen Soldaten von der Familie eingeladen und sind von ihrer Gastfreundschaft überwältigt. Die verhärteten Fronten

und gegenseitigen Vorurteile weichen auf. Einer der Soldaten hat aber böse Vorahnungen: „I am horrified to think of what will happen to that couple. They'll soon learn what the new order means.“

Diese neue Ordnung, die von den Siegern aus Hanoi nach 1975 errichtet wurde, bedeutete:

1. Auch in Südvietnam wurde der Sozialismus aufgebaut.
2. Statt wie versprochen, eine Wiederversöhnungspolitik mit den früheren Feinden einzuleiten, schickten die neuen Machthaber viele Südvietnamesen in Umerziehungslager.

Diese Politik hatte zur Folge, dass ein großer Teil der südvietnamesischen Bevölkerung desillusioniert wurde und viele ihr Heil in der Flucht über das Südchinesische Meer suchten. Außerdem führte die fehlgeleitete Wirtschaftspolitik Ende der 1970er Jahre zu einer schweren Wirtschaftskrise.

Die „verlorenen zehn Jahre“, wie die entbehrungsreiche Zeit vom Kriegsende 1975 bis zum Beginn der Reformpolitik 1986 heute genannt wird, sind mittlerweile auch zum Gegenstand von Erinnerungsdebatten geworden. Die Wiederversöhnung aller Vietnamesen wurde z.B. von dem früheren, mittlerweile verstorbenen, ehemaligen vietnamesischen Ministerpräsidenten Võ Văn Kiệt angemahnt. Die gut besuchte Ausstellung „Hanoi in Zeiten der Subventionswirtschaft“ im Ethnologischen Museum in Hanoi zeigte, mit welchen wirtschaftlichen Problemen Vietnam nach 1975 konfrontiert war und wie die Bevölkerung der Hauptstadt diese meistern konnte.

Die neue Offenheit in der Aufarbeitung der vietnamesischen Geschichte stößt jedoch dann an ihre Grenzen, wenn es um dunkle Flecken in der Geschichte der kommunistischen Partei wie der radikalen Landreform in Nordvietnam in den 1950er Jahren geht, die stark maoistisch beeinflusst war und der eine bislang unbekannte Anzahl von Personen zum Opfer fielen.

Ebenso ist die sogenannte „Anti-Partei-Affäre“ von 1967 tabu: Bei dieser Affäre waren Hunderte von Intellektuellen und Kadern ohne Gerichtsverfahren in mehreren Wellen 1967 verhaftet und bis Kriegsende in entlegenen Lagern interniert worden. Die Mehrzahl von ihnen hatte Anfang der 1960er Jahre die militante und „pro-chinesische“ Linie der Parteiführung unter Lê Duẩn in der Wiedervereinigungsfrage kritisiert. Die Opfer der Affäre sind bislang nicht rehabilitiert worden und es ist auch in nächster Zukunft kein offenerer Umgang der Parteiführung mit diesem dunklen Kapitel ihrer Geschichte abzusehen. Zwei Romane, die die bisher einzige literarische Aufarbeitung der Affäre lieferten, wurden kurz nach ihrem Erscheinen in Vietnam verboten.

Neubewertung

Ausländischen Historikern sind weniger Beschränkungen auferlegt. Seit der Öffnung Vietnams haben sie einen besseren Zugang zu den vietnamesischen Archiven, nehmen Korrekturen an der „Meistererzählung“ vor und stellen vermehrt Akteure in den Vordergrund, die in der von der offiziellen Historiographie in Vietnam verbreiteten „Meistererzählung“ keine oder nur eine marginale Rolle spielen. Hier sollen nur vier Beispiele genannt werden.

1. Der amerikanische Historiker Keith Taylor stellt die Darstellung des Zugs nach Süden als einen kontinuierlichen Prozess, bei dem eine homogene vietnamesische Kultur von der Haupt-

stadt Hanoi aus in andere Landesteile getragen wurde, in Frage. Er macht klar, dass Vietnam im Laufe seiner Geschichte neben Hanoi noch eine Reihe anderer konkurrierender Machtzentren hatte.

2. Andere Historiker betonen die Heterogenität der vietnamesischen Kultur und weisen nach, dass sich bei der territorialen Expansion durch die Assimilierung von Elementen der Cham- und der Khmer-Kultur im Süden eine multiethnische Kultur herausbildete, die eben nicht als Abweichung von einem Standard abqualifiziert werden kann.

3. Ebenso bieten neuere Arbeiten eine Neuinterpretation der jüngsten vietnamesischen Geschichte jenseits der teleologischen, reduktionistischen „Meistererzählung“ der orthodoxen Parteihistoriographie in Vietnam. Neben der allgegenwärtigen Kommunistischen Partei Vietnams betreten so andere historische Akteure wieder die Bühne, die zwar nicht zu den Gewinnern der Geschichte gehörten, die aber dennoch eine wichtige Rolle spielten. Das monumentale Werk des US-Historikers David Marr zum Jahr 1945, einem Schlüsseljahr in der vietnamesischen Geschichte, revidiert die These, wonach die Machtübernahme durch die Viet Minh bei der sogenannten Augustrevolution wohl geordnet nach einem „Masterplan“ ablief. Stattdessen – so Marr – war der Sieg der Viet Minh sehr viel mehr dem Zufall und der Improvisation zu verdanken.

4. Auf der Grundlage von Komininternquellen kommt die US-Historikerin Sophie Quinn-Judge zu dem Ergebnis, dass Hồ Chí Minh die kommunistische Bewegung in Vietnam keineswegs so dominierte und auch in der Komintern nicht die zentrale Rolle spielte, die ihm gemeinhin zugeschrieben wird. Neuere Hồ Chí Minh-Biographien von William Duiker und Pierre Brocheux nehmen weitere Korrekturen vor und stellen Brüche im Leben des Revolutionärs in den Vordergrund.

Als ein großer staatlicher vietnamesischer Verlag William Duiker anbot, seine Hồ Chí Minh-Biographie in Vietnam zu veröffentlichen, war dies mit der Forderung verbunden, bestimmte Passagen, die Tabuthemen behandelten und nicht dem offiziellen Dogma entsprachen, zu streichen. Duiker lehnte dankend ab.

Die Partei versucht also weiter, die Deutungshoheit über die vietnamesische Geschichte zu behalten. Ob es ihr gelingt, die orthodoxe „Meistererzählung“ auch in Zukunft gegen neue Interpretationen zu immunisieren, wird sich zeigen.

Unlängst offenbarte Phan Huy Lê, einer der führenden Historiker Vietnams, dass die Geschichte von Lê Văn Tám, einem Kind, das sich 1946 mit Benzin übergossen, angezündet und dann als lebendige Fackel ein Munitionsdepot der Franzosen in die Luft gesprengt hatte, eine Erfindung von Trần Huy Liệu, dem damaligen Propagandaminister gewesen sei. Die Geschichte von Lê Văn Tám war über Jahrzehnte den Schulkindern in Vietnam als leuchtendes Vorbild für den Heldenmut eines Kindes im Kampf gegen die französischen Kolonialisten präsentiert worden. Viele Schulen, Straßen, Plätze etc. tragen den Namen von Lê Văn Tám.

Nachdem Vietnam die Kriegszeit endgültig hinter sich gelassen hat und der Wohlstand der Bevölkerung nunmehr erstrangiges Ziel der Reformpolitik ist, sind Helden wie Lê Văn Tám nicht mehr von so hochrangiger Bedeutung. Die Neubewertung der vietnamesischen Geschichte hat also auch in Vietnam eingesetzt. □

Viet Nam vor dem 11. Parteitag: Die aktuelle politische und wirtschaftliche Situation

Jörg Wischermann

I. Zur sozioökonomischen Entwicklung

Vietnam hat, dies wurde bereits in der Einladung zu dieser Tagung erwähnt, in sozio-ökonomischer Hinsicht in der Tat eine teilweise atemberaubende Entwicklung hinter sich: Ende 2008 verkündete das *General Statistics Office* zu Recht stolz, dass das Land die Schwelle zu einem „middle income country“ überschritten habe – man hatte also ein jährliches Pro-Kopf Einkommen von mehr als US\$ 1000 erreicht (tatsächlich trat dies aber erst 2009 ein). Das ist nach südostasiatischen Maßstäben nicht allzu viel, aber man muss sehen, von welchem Niveau aus das Land gestartet war: Gegenüber 1989 hat sich das durchschnittliche Einkommen im Jahre 2009 vervierfacht (legt man die gegenwärtigen Wechselkurse zugrunde und verdreifacht, wenn man die sogenannten „purchasing power parity exchange rate“ zugrunde legt (vgl. Pincus 2009, 11). 2009 betrug das Pro-Kopf Einkommen US\$ 1064.

Nach offiziellen Angaben hat sich die Zahl derjenigen, die von weniger als 1 Dollar am Tag leben müssen, zwischen 1993 und 2009 von rund 60% der Bevölkerung auf rund 12% reduziert (ebd.). Diese Zahl ist aber wahrscheinlich zu niedrig angesetzt, denn in die offiziellen Armutsstatistiken gehen nur diejenigen ein, die einen staatlich anerkannten und festen Wohnsitz haben.

Der zweifellos imponierende ökonomische Aufschwung hat aber auch eine politische Kehrseite. Ich betrachte die sozioökonomische Entwicklung als eine Voraussetzung (und damit auch als einen Indikator) dafür, dass der „stille Konsens“ zwischen Volk und „Party/State“ weiterhin gilt und eingehalten wird.

Bei dieser Annahme gehe ich davon aus, dass der größte Teil der Bevölkerung mit dem offiziellen Beginn der Politik der Erneuerung im Jahre 1986 eine Art Tauschhandel mit den regierenden Kommunisten eingegangen ist. Dieser stille Konsens könnte von Seiten des Volkes ungefähr so beschrieben werden: „Ihr behaltet die politische Macht und könnt euch auch wirtschaftlich bereichern. Im Gegenzug tragt ihr mit dazu bei, dass wir unsere wirtschaftliche Situation Schritt für Schritt verbessern können. Über politische Mitsprache und anderes wird später gesprochen werden!“

Und bislang verlief der Tauschhandel zur beiderseitigen Zufriedenheit. Eine durchschnittliche Wachstumsrate von über 7 Prozent zwischen 1993 und 2010 ist nicht nur im südostasiatischen Maßstab beeindruckend. Es gelang, die Armut (zumindest unter den ethnischen Kinh) Jahr für Jahr zu reduzieren. Den BäuerInnen, ArbeiterInnen und den städtischen Mittelschichten ging es dank sehr harter Arbeit Jahr für Jahr immer ein wenig besser und sie verdienen immer ein bisschen mehr.

Heute und wohl auch in der nahen Zukunft wird die Armut das Gesicht eines Angehörigen einer so genannten ethnischen Minderheit haben und sie wird weiblichen Geschlechts bleiben. Armut ist aber nicht nur nach wie vor im Nordwesten und im Zentralen Hochland und Teilen Zentralvietnams verbreitet, sondern auch in einer der



Dr. Jörg Wischermann, German Institute of Global and Area Studies / Institute of Asian Studies, Berlin

beiden Reiskammern Vietnams, dem Mekongdelta. Dort leben numerisch immer noch die meisten Armen, und es sind überproportional Angehörige der ethnischen Khmer, die unter die Armutsgrenze fallen. Die Anstrengungen, diese und andere Formen der Armut weiter zu reduzieren, werden aber größer sein müssen als die, die man aufgewendet hat, um zu dieser beeindruckenden Reduzierung der Armutsrate zu gelangen.

Der Tauschhandel funktionierte weitgehend reibungslos, so lange bis die wirtschaftliche Entwicklung zum ersten Mal nach den 80er Jahren ernsthaft in Schwierigkeiten kam. Das war 2007/8. Die wirtschaftlichen Probleme hatten nichts mit dem Beitritt Viet Nam zur WTO im Jahr 2006 zu tun.

Vielmehr war die Inflation von im Jahresdurchschnitt rund 25 Prozent das Ergebnis handwerklicher Fehler beim Management der Wirtschaft, aber auch vom ungebremsten Bereicherungsdrang vieler Kader und ihnen Nahestehender. Im November 2008 trat Premier Nguyen Tan Dung vor die Presse und räumte ein, dass nicht nur relativ unkontrolliert Unmengen von Dollars ins Land geströmt seien, sondern, dass man auch die Notenpresse angeworfen hatte und um der Erzielung höherer Wirtschaftswachstumsraten wegen Geld gedruckt und dieses allzu freigebig in Form von Krediten ausgegeben habe. Ökonomen ergänzten fachkundig, dass man schlicht „vergessen“ habe, dieses zur weiteren Konjunkturankurbelung notwendige Geld zu „sterilisieren“ (das heißt wieder aus dem Kreislauf zu ziehen).

Die Folge der Geldentwertung waren unter anderem Streiks – es gab so viele Streiks vor allem in den auslandsinvestierten Unternehmen wie in all den Jahren zuvor nicht. Offiziell gelten solche Streiks als illegal, weil sie, nicht wie im Gesetz vorgesehen, 4 Wochen vor Streikbeginn angemeldet und genehmigt worden sind. Diese Streikwelle hatte nichts mit revolutionärer Stimmung oder gar Gesinnung zu tun: Bei gestiegenen Preisen für einzelne Güter von 60 und

mehr Prozent reichte das verdiente Geld einfach nicht mehr – weder um den Lebensstandard zu halten, noch um etwas davon beispielsweise nach Hause zu schicken oder Geld für den eigenen Hausbau, Anschaffungen und teure Feste (wie beispielsweise die eigene Hochzeit) auf die Seite zu legen. In einem Satz: 2007/8 wurde die überwiegende Zahl der Streiks geführt, um eine Anhebung der Löhne zu erreichen. Die Streiks, vor allem in den auslandsinvestierten Betrieben, traten an die Stelle von Tarifverhandlungen, die es in Vietnam nicht gibt.

Es kam hinzu: Bauern, die enteignet worden waren, weil ihr Land für neue Investitionsprojekte gebraucht wurde und die man mit wenig Geld abzufinden versucht hatte, sie und andere protestierten, teilweise reisten sie nach Ha Noi, um sich Gehör zu verschaffen. Die Polizei und andere Sicherheitskräfte reagierten in diesen und in den allermeisten anderen Fällen sehr zurückhaltend.

Die öffentlichen Proteste gegen nicht gezahlte oder zu niedrige Löhne, geringe Entschädigungen u.a.m. brachten einmal mehr zum Ausdruck, dass es dem politischen System Viet Nams an Institutionen fehlt, die geeignet sind, solche Anliegen zu behandeln und unabhängig von politischen Vorgaben zu entscheiden.

Aber die Regierung wurde in wirtschaftspolitischer Hinsicht durch den Ausbruch der Weltfinanzkrise (2008/2009) gerettet, denn fortan strömten immer weniger Dollars ins Land und nach dem Eingestehen der eigenen Fehler fand auch eine Politik des knappen Geldes allseits Zustimmung. Im Zuge der Weltfinanz- und globalen Wirtschaftskrise gewannen diejenigen die Oberhand, die im Sinne einer keynesianischen Wirtschaftspolitik eine aktive Rolle des Staates zur Ankurbelung einer ermatteten Konjunktur befürworteten.

Fortan fand bei in- und ausländischen Bankern und bei den Donors eine wenn gleich ungleich stärker kontrollierte Politik der Konjunkturförderung in Viet Nam starke Unterstützung – und erneut stieg die Zahl und der Umfang der staatlichen Kredite und erneut zog die Inflation deutlich an. Auch die öffentliche Verschuldung schien weiter zuzunehmen. Dennoch erklärte die Regierung unbeirrt, und die im Mai 2010 tagende Nationalversammlung bestätigte einmal mehr und hielt solches auch in Form eines Beschlusses fest: Das wichtigste Ziel ist das Erreichen eines Wirtschaftswachstums von mindestens 6,5%, während die Inflation 7% nicht übersteigen dürfe (was eher ein frommer Wunsch denn Realität ist). Das Kreditwachstum will man auf das Niveau von 2008 zurückführen.

Nimmt man sich die Zahlen beispielsweise vom März 2010 etwas genauer vor, so wird deutlich, wer die Rechnung bezahlt, wenn die Förderung des Wirtschaftswachstum um nahezu jeden Preis verfolgt wird (die wiederum die zentrale Legitimationsquelle der KPV ist): Wenn das Bruttoinlandsprodukt im März 2010 um 5,7% wuchs, die Inflation aber 9,5% betrug und dabei Nahrungsmittel: +10,8%, Elektrizität +7% und Transportkosten +20,6% teurer wurden, so werden vor allem diejenigen geschädigt, deren Einkommen dazu reicht „über die Runden zu kommen“. Und wenn sie noch so hart arbeiten, sie verlieren.

Zu diesen Zusammenhängen einige wenige Zahlen (siehe Tabelle).

Bei den erwähnten Sitzungen der Nationalversammlung im Mai/Juni diesen Jahres wurde die Wirtschaftsentwicklung dann auch überaus kontrovers diskutiert. Dies nicht nur, weil die Regierung ein äußerst ambitioniertes

Jahr	Wirtschaftswachstum	Inflation	Zahlungsbilanzdefizit	Kreditwachstum
2007	8,6%	12,7%		53,4%
2008	6,4%	24,2%	17,5% des GDP 12,8 Milliarden US\$	27,6%
2009	5,3%	26,5% [^]	12,2% des GDP 13 Milliarden US\$	37,3%
2010	6,5% (Beschluss der Nationalversammlung)	27% (Beschluss der Nationalversammlung)	13,3% des GDP (angestrebt)	25% (angestrebt)

Tabelle zur Wirtschaftsentwicklung

Infrastrukturprojekt vorschlug, nämlich den Bau einer Trasse für und den Kauf eines Hochgeschwindigkeitszuges der zwischen Ha Noi und Sai Gon verkehren soll(te). Dieser würde zwar die Reisezeit von jetzt rund 30 auf 5 bis 6 Stunden verkürzen, aber dem Land, seinen Haushalt und zukünftige Generationen auch einen riesigen Schuldenberg hinterlassen. Der Zug bzw. die für seinen Betrieb nötige Infrastruktur würde 56 Milliarden US\$ kosten, was ungefähr die Hälfte des GDP des Landes im Jahre 2009 entspricht. Am 18. 6. 2010 lehnte die Nationalversammlung dieses ehrgeizige Projekt ab (37% der Abgeordneten sprachen sich dafür, 41% dagegen aus. Die Ablehnung erfolgte auch mit Hinweis darauf, dass ein solches Projekt den Schuldenberg Viet Nams weiter vergrößern würde.

Denn man muss in diesem Zusammenhang wissen, dass Viet Nam bereits Schulden angehäuft hat, anders wäre die enorme wirtschaftliche Entwicklung zwischen 1990 und 2010 und auch das Wiederbeleben der Konjunktur nach 2008 nicht zu bewerkstelligen gewesen.

Die Schulden wachsen aber auch weiter: Betrug die Staatsverschuldung im Jahre 2009 noch rund 27% des GDP, so wird sie 2010 geschätzte 33% des GDP erreichen, schätzt Frau Dr. Schmitt von „German Trade and Invest“ in Ha Noi (GTAI). Offiziell liegen die Zahlen dieser öffentlichen Verschuldung sogar noch höher: Hier nennt man 41,2% des GDP. Zum Vergleich: der Maastricht-Vertrag verpflichtet die Staaten der Europäischen Union dazu, dass diese öffentliche Verschuldung 60% des GDP nicht übersteigen darf. Die entsprechenden Zahlen lauten für Deutschland: 76%, und im Falle Griechenlands sind es 123% (Angaben von Dr. Hai/GTZ).

Diese Schulden sind über die Jahre aufgelaufen. Wenn man sich die Verschuldung des Staates während eines Jahres, also das jährliche Defizit im Staatshaushalt betrachtet und in Beziehung zum GDP setzt, so war dieses Defizit im Staatshaushalt für vietnamesische Verhältnisse ebenfalls ziemlich hoch – dies jedenfalls in den Jahren 2007, 2008 und 2009, und es wird auch für 2010 relativ hoch, vielleicht sogar sehr hoch sein: 2007: 1,9%; 2008: 3,7%; 2009: 8,4%, 2010: 6,9%, wie die offizielle Angabe lautet, der IWF rechnet aber mit 9%, weil er die Schattenhaushalte der Regierung mit einrechnet (Angaben Dr. Hai/GTZ).

Führt man sich jedoch vor Augen, dass von Wirtschaftswissenschaftlern als „magische Grenze“ eine 10 Prozent-Marge angesetzt wird, so muss man den Analytikern des „Consultative Group Meetings“ zustimmen, die ein Defizit im Staatshaushalt von knapp 10 Prozent für nicht besorgniserregend halten und dabei auch anführen, dass es durchaus hätte sehr viel höher ausfallen können! Die ExpertInnen halten Vietnams Schulden für tragbar, und sie raten dazu, verschiedene Bezugsgrößen sorgfältig auseinander zu halten.

Das taten die Abgeordneten der Nationalversammlung, die Ende Mai 2010 tagte, nicht alle. Viele erregten sich über Staatsverschuldung, öffentliche Schulden, große Investitionsvorhaben und dergleichen. Munter gingen die Bezugsgrößen in der Debatte durcheinander. Während einzelne Abgeordnete der Nationalversammlung kritisierten, dass „Government’s debts hitting nearly 42% of GDP in 2009“. Andere Abgeordneten wiesen darauf hin, dass 2009 „state budget deficit equaled to 6,9% of GDP“. Alarmistisch fragte ein Zeitungsartikel sogar: Vietnam – das nächste Griechenland?

Ein solcher Vergleich ist sicherlich ebenso überzogen wie irreführend. Dennoch: Der Schuldenberg ist ein Schwachpunkt der vietnamesischen Wirtschaft. Ein anderer Schwachpunkt ist die äußerst negative Handelsbilanz. 2009 waren 91% oder rund 11 Milliarden US\$ der negativen Handelsbilanz dem Handel mit China geschuldet. Derzeit wächst das Zahlungsbilanzdefizit weiter, was den Handlungsspielraum nicht nur, aber vor allem gegenüber China in wirtschafts- wie außenpolitischer Hinsicht einschränkt.

Ob es gelingt, wie angestrebt, das Handelsbilanzdefizit unter dem Rekordhoch von 2008 zu halten, ist fraglich. Dies deshalb, weil die Landeswährung, der „dong“, weiter unter Abwertungsdruck steht (die *Economist Intelligence Unit* rechnet für 2010 mit einer weiteren Abwertung um 5%), die Inflation kein Anzeichen zeigt, auf ein Niveau, das man auch nur annähernd als Preisstabilität bezeichnen könnte, zurückzugehen, und die Importe mit dem Anziehen der Konjunktur und relativ hohem Wirtschaftswachstum weiter steigen werden. In den ersten 4 Monaten dieses Jahres waren sie jedenfalls höher als im Vergleichszeitraum 2009.

Die negative Handelsbilanz (Vietnam importiert wesentlich mehr als es exportiert) führt wiederum zu einem substantiellen Leistungsbilanzdefizit: Dieses betrug 2008 11,9% des GDP, 2009: 8,0% des GDP, und für 2010 werden 9,1% des GDP erwartet.

Gegen eine kritische Bewertung dieser Fakten wird jedoch angeführt, dass dieses Leistungsbilanzdefizit in all den genannten Jahren mehr als ausgeglichen wurde durch die überaus positive Kapitalbilanz. Die wiederum bewog die ExpertInnen des „Consultative Group Meetings“ dazu, die Lage mehr oder minder uneingeschränkt positiv einzuschätzen: „Vietnam is doing well“. Aber man beeile sich hinzuzusetzen: „Still, Vietnam could be doing better.“

Welche Zahlen und Relationen auch immer richtig sind, es ist unbestreitbar, dass Vietnam auch ein Schuldenproblem hat. Und es ist ebenfalls unbestritten, dass ein solcher Schuldenberg, wie hoch er auch immer sein mag, den Handlungsspielraum der Regierung einengt und in der öffentlichen Wahrnehmung nicht nur der Abgeordneten Grund zur Besorgnis ist. Vor allem engt der Schuldenberg die Möglichkeiten des

Staates ein, die soziale Lage der allermeisten VietnamesInnen mit öffentlichen Mitteln zu verbessern.

In diesem Zusammenhang muss man wissen, dass derzeit rund 80% aller Beschäftigten im so genannten informellen Sektor beschäftigt sind. Dies bedeutet, dass sie allenfalls zwei Drittel dessen verdienen, was ein vergleichbarer Job im „formellen“ Sektor bringen würde und, noch wichtiger, dass sie nicht sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind. Folglich erhalten sie auch keine oder allenfalls geringe Sozialleistungen und später auch nur sehr geringe Renten.

Durch die Politik der „Sozialisierung“ sind überdies viele ehemals staatliche Leistungen im Gesundheits- und Bildungssektor kostenpflichtig geworden. Derzeit haben nur rund 10 Millionen der 86 Millionen VietnamesInnen eine Krankenversicherung. Man kann zugespitzt formulieren, dass Bildung und Gesundheit sich vor allem nur diejenigen leisten können, die solche Leistungen auch bezahlen können.

Dass sich bei der rasanten wirtschaftlichen Aufholjagd die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter öffnet, ist für ein sozialistisches Land ein besonderes Problem. Offiziell will man ja zumindest große soziale Ungerechtigkeiten vermeiden beim Weg zu den lichten Höhen des historisch unvermeidlichen Sozialismus. Die KPV und die von ihr alleine gestellte Regierung muss also unter Beweis stellen, dass sie eine Wirtschaftsordnung entwickeln kann, die zunehmend frei ist von kapitalistischer Ausbeutung und in der soziale Gerechtigkeit (wie immer man eine solche definieren möchte) zumindest perspektivisch entwickelt wird.

Man findet beispielsweise bei weitem nicht genügend junge Frauen, welche als Näherinnen in den exportorientierten Fabriken arbeiten wollen.

Entgegen dem Anspruch darauf, eine sozial gerechte Gesellschaftsordnung zu entwickeln, nimmt die Polarisierung zwischen Armen und Reichen aber seit Jahren zu. Ein Ansteigen des so genannten Gini-Koeffizienten (der die Armut misst), wie er seit 1990 stetig zu beobachten ist, bedeutet, dass immer weniger Menschen (vor allem die oberen 20 Prozent) immer mehr und immer mehr Menschen (die unteren 20 Prozent) immer weniger besitzen. In konkreten Zahlen: Den oberen 20 Prozent fiel 1990 noch 42,7% des Nationaleinkommens zu, 2006 besaßen sie bereits 49,3% des Nationaleinkommens. Umgekehrt ergab es den unteren 20 Prozent: Fiel diesen 1990 noch 8% des Nationaleinkommens zu, so waren es im Jahr 2006 nur noch 5,6%.

Schon vor dem Ansteigen der Inflationsrate im Jahre 2007 stieg die Inflationsrate an: Betrug sie im Jahre 2002 noch 3,8%, so betrug sie im Jahre 2006 schon 7,5%. Das Wirtschaftswachstum betrug dagegen seit 2001 durchschnittlich 6,0%. Die Inflation reduzierte also bereits vor und erst recht nach dem Krisenjahr 2008 nicht nur die Realeinkommen, sondern trug auch dazu bei, dass sich die Schere zwischen Arm und Reich weiter öffnete, fasste An Hodgson bereits 2007 die Entwicklung treffend zusammen.

Deutlich zu erkennen ist, wer die Hauptlast in Zeiten der Krise trägt, wenn man sich die hohe Zahl „offener Stellen“ im Mekongdelta und anderswo vergegenwärtigt, was die ausländischen

Investoren mit großem Wehklagen zur Kenntnis geben. Man findet beispielsweise bei weitem nicht genügend junge Frauen, welche als Näherinnen in den exportorientierten Fabriken arbeiten wollen. Diese hohe Zahl an „Offenen Stellen“ hat nichts mit Facharbeitermangel zu tun – die sonst hoch geschätzten jungen Näherinnen wollen deswegen nicht Arbeit in der Fabrik annehmen, weil die gezahlten mageren Löhne nicht ausreichen, die Kosten für Miete, Essen, Transport, Geld für die Familie zu Hause und/oder die eigene Hochzeit aufzubringen und Verluste durch die Inflation auszugleichen. Da mutet es schon eigenartig an, wenn man liest, dass ausländische Investoren meinen, dass die jungen Frauen wohl das harte Arbeitsregime in der Fabrik scheuten und die Arbeit in der Landwirtschaft und anderswo vorziehen würden.

Die Sicht der Beschäftigten steht in gewissem Kontrast zu der öffentlich und halböffentlich geführten Debatte darüber, wie die gegenwärtige Wirtschaftslage einzuschätzen ist.

Die ExpertInnen sind der Meinung, die Regierung habe das Allermeiste richtig gemacht und die Gesamtentwicklung sei positiv einzuschätzen. Die Lage sei vergleichsweise gut und die Perspektiven seien sogar sehr gut.

Abgeordnete der Nationalversammlung, Publizisten und mutmaßlich auch die Meinung der so genannten Öffentlichkeit (die man wohlweislich dazu nicht befragt) haben dagegen weniger Grenzwerte und einzelne wirtschaftliche Kennziffern im Auge, wenn sie die Wirtschaftslage einschätzen. Diejenigen, die das vietnamesische Wirtschaftswunder erarbeiten, kümmern sich nicht darum, ob unter dem Gesichtspunkt bestimmter „Grenzwerte“ vom wirtschaftswissenschaftlichen Standpunkt aus betrachtet alles „im Lot“ ist. Sie interessiert „was hinten rauskommt“ (um einen Jubilar dieser Tage zu zitieren). Die Mehrheit der ArbeiterInnen und BäuerInnen und der Mittelschicht sieht einfach auf das, was am Ende des Wirtschaftsjahres oder des Monats übrig bzw. nicht übrig bleibt; was im nächsten Jahr auf sie zukommt; was ihre Kinder und Enkel für Lasten werden tragen müssen und ähnliches. Und da fällt die Bewertung, subjektiv wie sie ist, möglicherweise bei allem grundsätzlichen Optimismus skeptischer aus, und bei manchen mag man sogar aufsteigenden Zorn vermuten. Denn, wie erwähnt, für die Mehrheit der VietnamesInnen ist der derzeitige Wirtschaftskurs (Wirtschaftswachstum bei gemäßigter Inflation) mit Einbußen verbunden – wie dies in jedem kapitalistischen Land zu Zeiten einer Krise der Fall ist.

Und so mag man mehr verdienen als früher, und so ist es auch in vielen Fällen, aber das Empfinden von Ungerechtigkeit nimmt darauf keine Rücksicht. Und Ungerechtigkeit wird immer dann als besonders schlimm empfunden, wenn man gleichzeitig ein Ansteigen der Korruption bzw. die Ausweitung immer ausgefeilterer Formen der Korruption beobachtet; wenn man sich entrechtet fühlt, weil man gegen die Enteignung des eigenen Bodens und die unzureichende Kompensation keine rechtlichen Möglichkeiten hat und seinem Protest nur in Form höchst riskanter ungenehmigter Demonstrationen Ausdruck verleihen kann; und wenn man sieht, dass das politisch-administrative System keine systematische und wirksame Interessenvertretung und den Schutz derjenigen gewährleistet, die das vietnamesische Wirtschaftswunder erarbeitet haben.

Abschließend meine These zur aktuellen wirtschaftlichen Lage: Wachsender wirtschaftlicher Wohlstand und soziale Gerechtigkeit (letztere ein anspruchsb-

zogener Restbestandteil sozialistischer Ideologie) sowie die Bewahrung der nationalen Unabhängigkeit waren und sind die zentralen Legitimationsressourcen der Herrschaft der KP.V. Sie werden knapp.

II. Die innenpolitische Entwicklung

Auch hier zunächst eine Gesamteinschätzung, verbunden mit einem kurzen Überblick über Grundtatsachen des politisch-administrativen Systems der Sozialistischen Republik Viet Nam.

In Vietnam haben auch mehr als 25 Jahre nach der offiziell bestätigten Einleitung von Reformprozessen (*doi moi*) keine grundlegenden Reformen des nach wie vor von marxistisch-leninistischen Grundsätzen geprägten politischen Systems stattgefunden. Die Kommunistische Partei Vietnams (KP.V) herrscht nach wie vor alleine. Ihren Führungsanspruch hat sie in der Verfassung (von 1992) in Artikel 4 festgeschrieben. Auf allen Ebenen des politisch-administrativen Systems existieren als Parallelstruktur Parteikomitees, die auf entsprechende Entscheidungen und deren Durchführung Einfluss nehmen.

De jure ist die Nationalversammlung in Vietnam das höchste und das Volk repräsentierende Staatsorgan, *de facto* ist jedoch die KP.V die alleinige Inhaberin der politischen Macht. Sie definiert sich als über den verschiedenen Staatsorganen stehend, diese leitend und führend, und insofern auch jenseits der Verfassung verortet. Die wichtigsten politischen Entscheidungen werden nach wie vor im Zentralkomitee und Politbüro getroffen, in Form von „Dokumenten der Autorität“ (*chinh sach*) verlautbart, anschließend von der Regierung (deren wichtigste Mitglieder wiederum im Politbüro sind) handlungspraktisch interpretiert und in Gesetze, Dekrete und Erlasse übersetzt, von der Nationalversammlung beschlossen und dann den weiteren Ebenen des politisch-administrativen Systems zur Umsetzung überantwortet. Gesellschaftliche Akteure, seien es Massenorganisationen, berufständische Organisationen, lokale Nichtregierungsorganisationen oder Selbsthilfegruppen, haben im Allgemeinen wenig Einfluss auf die politischen Entscheidungen.

Die politische Macht der KP.V stützt sich auf die Kontrolle des politisch-administrativen Apparates, des Sicherheitsapparates, die Kontrolle von und den Zugang zu dem immer noch im Staatsbesitz befindlichen Land und zu großen Mengen an Kapital (in Form der staatseigenen Betriebe und Banken) und nicht zuletzt auf die Macht der „Stempel“ (also Genehmigungen aller Art, beispielsweise für den Bau eines Wohnhauses oder bei der Bestätigung des Wohnsitzes). Die enge formelle wie informelle, personelle und institutionelle Verflechtung von immer noch die Wirtschaft dominierenden SOEs mit Ministerien, Ämtern und politischen Wahlinstitutionen (Volkskomitees) als (Mit-)Eigentümern hilft, die Machtposition der KP.V auch in wirtschaftlicher Hinsicht abzusichern. Militär, Staatssicherheit und Polizei anerkennen traditionell das politische Primat der Partei und sind zentrale Stützen des Herrschaftssystems.

Grundlegende demokratische Rechte wie das Versammlungsrecht und das Recht auf freie Meinungsäußerung sind zwar in der Verfassung garantiert, sie werden aber durch entsprechende Zusätze eingeschränkt. Je nach politischer Großwetterlage und nach Brisanz des politischen Themas gelten enge bzw. weite Grenzen für grundlegende Bürger- und Menschenrechte. Der Staat (die Autoritäten) „gewährt“ (gewähren) Rechte, sie stehen den Bürgern nicht als ein natürliches Recht zu. Und können



Foto: dpa

Lieferverkehr mit Mopeds auf der Landstraße: Trotz des von der internationalen Finanzkrise nur zeitweise gestörten

Wirtschaftsaufschwungs sind immer noch Klein-Unternehmer eine wichtige Säule der vietnamesischen Wirtschaft.

entsprechend eingeschränkt und sogar aufgehoben werden. Diese Unsicherheit ist ein Kennzeichen jedes autoritären Regimes.

Ferner ist von großer Bedeutung, wie gut oder schlecht man in formelle und informelle machtvolle Netzwerke eingebunden ist.

Der Sicherheitssektor, insbesondere das Ministerium für Öffentliche Sicherheit, versteht sich weiterhin als „Schild und Schwert der Partei“. Eine Orientierung an rechtsstaatlichen Maßstäben ist nicht vorhanden. Ausdruck einer solchen Haltung ist auch der mangelnde Respekt vor dem Recht auf körperliche Unversehrtheit im Falle von Verhaftungen und Inhaftierungen.

Die Nationalversammlung, das höchste Staatsorgan, wird zwar in geheimen Wahlen vom Volk gewählt, doch werden die Wahlen auf allen Ebenen von der KP.V dominiert und gelenkt. Dies geschieht durch die „Vaterländische Front“, eine Dachorganisation der so genannten Massenorganisationen und verschiedener anderer Organisationen unter der Führung der KP.V. Gegenüber der KP.V kritisch eingestellte Kandidaten haben bislang keine Chance, für die Nationalversammlung oder die Provinz- bzw. Kreisräte auch nur nominiert zu werden. Die Nationalversammlung hat zwar in den letzten Legislaturperioden national wie international an Ansehen gewonnen (beispielsweise durch im Fernsehen übertragene Diskussionen, in denen der Korruption beschuldigte Minister „gegrillt“ wurden), nicht jedoch an Einfluss. Politische Richtungsentscheidungen treffen nach wie vor die obersten Parteigremien. Danach werden beispielsweise Mitglieder des Staatsapparates und/oder der Nationalversammlung tätig. Ein Beispiel für diese Reihenfolge ist das Antidiskriminierungsgesetz, das Menschen, die mit HIV/AIDS leben, schützen soll. Eine ZK-Direktive im Jahre 2005 stand am Anfang dieses höchst lobenswerten Gesetzes – ohne diesen Anstoß und das „OK“ von „oben“ hätte es dieses Gesetz nicht gegeben, darf man vermuten. Danach aber konnten verschiedene Akteure im Staatsapparat ihre Vorstellungen zum Schutz dieser Menschen durchsetzen und im Gesetz verankern.

Im Rahmen eines unitarischen Staatsverständnisses kommt den unterschiedlichen Staatsorganen jeweils eine bestimmte Aufgabe zu. Die unterschiedlichen „Arme“ sollen sich unterstützen, nicht gegenseitig kontrollieren oder gar gegeneinander arbeiten. Die Vorstellung eines Systems von *checks and balances* und einer Gewaltenteilung wird unter

Bezug auf dieses alternative Modell abgelehnt. Dieses „alternative“ Modell setzt auf Konsens. Konflikte und Strukturen, die die Austragung und Regelung solcher Konflikte ermöglichen, sind nicht vorgesehen.

Eine implizite Voraussetzung solchen konsensorientierten Denkens ist, dass sich Interessen immer miteinander versöhnen und Konflikte auf diese Weise vermeiden lassen. Diese Ansicht teile ich nicht.

Ich sehe Konflikte vielmehr als im gesellschaftlichen und politischen Leben unteilbar an. Und ich folge dem liberalen Soziologen Ralf Dahrendorf, der in der Aversion gegen Konflikte einen „Grundzug autoritären politischen Denkens“ (siehe, JW), dessen Praxis allemal nicht nur mit der Kontrollierbarkeit des Wandels, sondern auch mit der Freiheit der Bürger bezahlt wird“. Ähnlich, wenn auch im Grundsatz anders begründet, argumentiert die marxistische Politikwissenschaftlerin Chantal Mouffe. Sie weist darauf hin, dass, wer die dem Politischen grundsätzlich innewohnenden Gegensätze leugnet, solche

Im Rahmen eines unitarischen Staatsverständnisses kommt den unterschiedlichen Staatsorganen jeweils eine bestimmte Aufgabe zu.

nur durch autoritäre Mittel miteinander „versöhnen“ oder scheinbar „ausgleichen“ kann.

Genau dies ist in Viet Nam zu beobachten: Wenn Interessensgegensätze im politischen und gesellschaftlichen Streit sichtbar werden, wenn Konflikte aufbrechen und diese in geeigneten Strukturen und Institutionen offen ausgetragen werden müssten, dann geschieht solches meistens nicht. Vielmehr weicht man Konflikten aus oder versucht sie zu unterdrücken und schlussendlich wird dann „oben“ oder jedenfalls durch diejenigen, die „Verantwortung tragen“ eine Entscheidung getroffen und diese dann zumindest versucht mit aller Kraft auch durchzusetzen.

„Oben“ wie „unten“ wird dabei im Kollektiv und im vorgegebenen Konsens entschieden. „Kollektive Führung, individuelle Verantwortlichkeit“ heißt dieses Führungs- und Entscheidungsprinzip des Demokratischen Zentralismus. Die Minderheit hat danach zu schweigen, in der Partei wie außerhalb, so

schreibt es der Demokratische Zentralismus, der nach wie vor die innerparteilichen und andere Entscheidungsprozesse beherrscht, vor. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass nach unseren Erhebungen rund 60% der Hanoi-NGOs diese Art der Entscheidungsfindung praktizieren. Dies müssten sie nicht, aber es zeigt, dass solche Mechanismen autoritärer Entscheidungsfindung nicht nur im Partei- und Staatsapparat weite Verbreitung finden.

Die Justiz ist weder unabhängig noch fühlt sie sich an das Rechtsstaatsprinzip gebunden. Sie orientiert sich in ihrem Handeln weitgehend an politischen Vorgaben. Die Gerichte setzen weder Recht noch greifen sie auf die Verfassung zu oder wollen diese korrigieren. Es gibt weder eine explizite Anerkennung der Verfassung als höchste Norm noch eine sich daraus ableitende klare Normhierarchie in der Gesetzgebung. Bisher gibt es kein Oberstes Verfassungsgericht und keine Verwaltungsgerichte.

Seit Anfang der 90er Jahre herrschen Kommunistische Partei und Regierung mittels Gesetzen, was eine gewisse Rechtssicherheit mit sich bringt. Das *rule of law* steht aber nicht zur Debatte und für das *rule by law* fehlen vielfach die Voraussetzungen: Vielfach mangelt es sowohl an der nötigen Kompetenz bei der Ausarbeitung der Gesetze als auch an einem Verwaltungsapparat, der die Regelungen zuverlässig umsetzt. Allgemein ist die Gesetzeslage sehr unübersichtlich, es gibt eine Konkurrenz von Rechtssetzern und es fehlt an Regeln für solche Fälle, in denen es zu Kollisionen wegen Überschneidungen kommt.

Nach einem spektakulären mafiaähnlichen Fall im Jahre 2003 und dessen strafrechtlicher Ahndung 2004 ist keine öffentlich gewordene Verstrickung von Teilen der Exekutive in organisierte Kriminalität mehr bekannt geworden. Der Kampf gegen die epidemische und das Regime bedrohende Problem der Korruption steht ganz oben auf der Agenda der Mitte 2007 neu gewählten Regierung von Premierminister Nguyen Tan Dung.

Dem Bericht von Transparency International zufolge rangiert Vietnam im Jahre 2009 auf Rang 120 (von 180), 9 Plätze schlechter als 2006, aber immerhin 3 Plätze besser als 2007. Allerdings wird auch diese Regierung nicht das Kernproblem aller Korruption in Viet Nam lösen wollen bzw. können: die letztlich unkontrollierte Macht der KP.V.

Frauen sind zwar de jure Männern gleichgestellt, jedoch sind sie im wirtschaftlichen Bereich, hinsichtlich der Erziehung und Ausbildung sowie im privaten und häuslichen Bereich faktisch benachteiligt. Der Trend zur privaten bzw. Familienwirtschaft verstärkt die Benachteiligung der Frauen weiter. Vielfach werden Frauen in der Gesellschaft als nicht gleichrangig angesehen. In bis zu 40 Prozent der Familien gilt häusliche Gewalt als „normal“ und in den jüngst stark angestiegenen Scheidungsklagen ist Gewalt der meistgenannte Grund für das Scheidungsbegehren. Die Regierung bemüht sich um eine Verbesserung der Situation der Frauen. So wurde 2008 ein Gesetz für die Gleichheit der Geschlechter in Kraft gesetzt. Ein Gesetz gegen häusliche Gewalt trat wenig später in Kraft.

Nach einer Phase der inneren Entspannung (2005/06) und dem WTO-Beitritt (Januar 2007) sind inzwischen wieder drakonische und exemplarische Bestrafungen für öffentlich vorgetragene und politische Unterstützung suchende abweichende Meinungen an der Tagesordnung. Nach Schätzungen von „Human Right Watch“ sitzen derzeit über 400 Menschen ein, nach Schätzungen des US Department of State (in seinem 2009 Human Rights Reports: Vietnam March 11, 2010) sind Ende 2009

mindestens 60 Menschen inhaftiert, denen man nichts anderes als die gewaltfreie Artikulation ihrer politischen Meinung vorwerfen kann.

Seit Anfang 2007 (dem erfolgreich verlaufenen Beitritt zur WTO und dem Besuch George W. Bushs in Viet Nam) haben verschiedene Verhaftungswellen in aller Deutlichkeit klar gemacht, dass der „Party/State“ keinerlei Widerspruch duldet, der sich in welcher Form auch immer artikuliert oder gar friedlich organisiert, sich medial global verbreitet und auch im eigenen Land vor allem über das Internet mitteilt. Das Internet ist in Viet Nam eine wichtige Informationsquelle geworden: Derzeit haben rund 24 Millionen Menschen in Viet Nam Zugang zum Internet.

Als „8406“ zum Boykott der Wahlen zur Nationalversammlung aufrief und Mitglieder der Gruppe begannen, Kurse für Studenten zum Thema Menschenrechte anzubieten, schritten Staatsmacht und Sicherheitsapparat ein.

Besonders abgesehen haben es Zensoren und Staatsschützer auf diejenigen, welche im Internet oder anderswo die Praxis der Regierung kritisieren. Besonders erzürnt hat offensichtlich die Kritik derjenigen, die der Regierung Nachgiebigkeit gegenüber der Volksrepublik China vorwerfen. Bei den Kritikern handelt es sich zumeist um Menschen, die man im weitesten Sinne als Angehörige der Mittelschicht, der „Intelligentia“ und /oder als ehemalige Stützen des Regimes (besonders Militärangehörige,) bezeichnen kann.

Wenn Andersdenkende verhaftet werden, so werden keine Massenverhaftungen im Stile einer burmesischen Junta durchgeführt. Auch verschwinden (in den allermeisten Fällen jedenfalls) keine Menschen in irgendwelchen Geheimgefängnissen oder werden in Nervenheilanstalten eingeliefert. Vielmehr wird, in Ermangelung einer unabhängigen Justiz und effektiver Mitwirkungsmöglichkeiten des Volkes, zum Mittel der exemplarischen und abschreckenden Bestrafung gegriffen.

Bereits Ende 2006, sehr entschieden aber dann Anfang 2007 wurde zunächst das kritische Netzwerk „Block 8406“ verfolgt. Benannt nach ihrem Gründungsdatum am 8. April 2006, wurden von dieser Gruppe verschiedene Petitionen und Aufrufe mit dem Ziel einer Demokratisierung des bestehenden politischen Systems verfasst, zwei (im Internet erscheinende) Zeitschriften herausgegeben sowie im Herbst 2006 zwei neue Parteien und eine unabhängige Gewerkschaft gegründet. Als „8406“ zum Boykott der Wahlen zur Nationalversammlung aufrief und Mitglieder der Gruppe begannen, Kurse für Studenten zum Thema Menschenrechte anzubieten, schritten Staatsmacht und Sicherheitsapparat ein. In meist nur wenige Stunden dauernden Prozessen sind bislang mindestens 26 Mitglieder unter Berufung auf §88 Strafgesetzbuch („Propaganda gegen die Sozialistische Republik Vietnam“) zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt worden.

Es mag der hier zum ersten Mal sehr deutlich gewordene ausdrücklich friedliche Widerstand und das Verlangen nach Reformen und Schritten hin zu einer Demokratie, die diesen Namen verdient und dabei ein Bündnis von „Intelligentia“, verschiedenen Religions-



Foto: dpa

Eine Straßenszene in Hanoi: Starker Verkehr ist ein Begleitumstand der wirtschaftlichen Entwicklung.

fühnern und anderen Angehörigen von Religionen (vor allem des Buddhismus und Christentums) sowie die Form der Organisation (ein Netzwerk, gestützt auf das Internet und andere Mittel der neuen Technologien) gewesen sein, welche die Alarmglocken in den Ohren der Herrschenden klingen ließen.

Danach kamen im Jahre 2008/9 solche Kritiker ins Visier der Staatsschützer, die sich in neuen Parteien und Gewerkschaften (letztere zumeist virtueller Art) organisierten (hier vor allem der „Demokratischen Partei Vietnams“) und dabei auch die Kooperation mit Exilvietnamesen (hier vor allem mit „Viet Tan“, einer ehemals Gewalt als Mittel des politischen Kampfes nicht ausschließenden, seit einigen Jahren aber ausdrücklich sich gewaltfrei verstehenden Organisation, die ihre Mitglieder und SympathisantInnen Methoden Ghandis einüben lässt) und deren Unterstützung suchten.

In diesem Zusammenhang sind die Fälle des ehemaligen Anwalts von Angeklagten von „8406“ (beispielsweise von Le Thi Cong Nhan, Nguyen Van Dai) und des Bloggers Dieu Cay, Le Cong Dinh, und der Fall des ehemaligen Internetunternehmers, Tranh Huynh Duy Thuc, besonders erwähnenswert. Dies deshalb weil beide (wie ihre Mitangeklagten) keine „Dissidenten“ sind, sondern Reformer, die ihrem Land bis dato treu gedient hatten. Le Cong Dinh hatte Vietnam zum Beispiel gegenüber den USA in einem Handelsstreit vertreten; Tranh Huynh Duy Thuc war ein verdienter Armeeingehöriger. Beide Herren und ihre MitstreiterInnen wurden im Juni 2009 verhaftet und mit dem erwähnten Paragraph 88 des Strafgesetzbuches bedroht. Im August wurde unter anderem das „Geständnis“ von Le Cong Dinh zur besten Sendezeit landesweit im Fernsehen ausgestrahlt. Im Zuge weiterer so genannter Ermittlungen wurde die Anklage im Dezember 2009 jedoch mit Artikel 79 des Strafgesetzbuches begründet. Im Mittelpunkt dieses Artikels steht die Gefährdung der nationalen Sicherheit durch Organisatoren,

durch Leute, die zu solchen Aktivitäten anstacheln und durch andere aktive Teilnehmer an solchen Aktionen. Bedroht wird jeder, der dagegen verstößt mit Haftstrafen von 12 – 20 Jahren oder sogar dem Tode.

Eine an Absurdität kaum zu übertreffende und von staatlichem Kontrollzwang geprägte Entscheidung brachte das Dekret 97 im Jahre 2009 mit sich. Dieses listete penibel exakt 317 Gegenstände auf, die von unabhängigen Forschungsinstituten bearbeitet werden dürfen.

Im Januar 2010 wurden die 4 Angeklagten zu Haftstrafen zwischen 5 und 16 Jahren verurteilt. Le Cong Dinh erhielt 5 Jahre, Tranh Huynh Duy Thuc erhielt 16 Jahren, weil er sich nicht reumütig zeigte, sondern darauf beharrte, nicht gegen die Verfassung und das Strafgesetz verstoßen zu haben.

Zuvor, im Dezember 2009, war auch schon Tranh Anh Kim, ein Blogger und ehemaliger nordvietnamesischer Repräsentant von „Block 8406“ und einer der Führer der „Demokratischen Partei Vietnams“, angeklagt wegen des Verstoßes gegen Artikel 79 und zu 5 Jahren Haft und anschließenden 3 Jahren Hausarrest verurteilt worden. Ebenso erging es Nguyen Tien Trung, einem weiteren Führer der „Demokratischen Partei“ und Mitbegründer der „Vietnamesischen Jugend für Demokratie“.

Im Oktober 2009 wurden 9 so genannten Dissidenten aus Hai Phong, Hai Duong und Ha Noi zu Gefängnisstrafen zwischen 2 und 6 Jahren verurteilt. Sie hatten in diesen Städten Banner

aufgehängt, auf denen die KPV kritisiert und eine Mehrparteiendemokratie verlangt wurde. Angeklagt wurden sie wegen Verstoßes gegen Artikel 88 des Strafgesetzbuches.

Die Blogger und die Blogs sind ein besonderes Sicherheitsrisiko in den Augen der Sicherheitsbehörden. Das Ministerium für Information und Kultur schätzt, dass es rund 1 Million Blogger in Viet Nam gibt. Im Jahre 2009 und 2010 wurden Blogger verhaftet oder zumindest vorübergehend arretiert, welche die Richtlinie aus 2008 missachtet hatten, der zufolge Blogs ausschließlich zur Mitteilung persönlicher Dinge zu benutzen sind. Auch hatten solche Blogger unter anderem Kritik an den Territorialansprüchen der VR China angemeldet und/oder chinesisch-vietnamesische Investitionsprojekte, wie den Bau der Bauxitmine im Zentralen Hochland kritisiert und dabei der vietnamesischen Regierung vorgeworfen, gegenüber der VR China in jeder Hinsicht zu nachgiebig zu sein.

Großer Beliebtheit erfreute sich auch „Facebook“ und die im Rahmen von Facebook verfassten so genannten „microblogs“. Im November 2009 wurde der Zugang zu Facebook auf Geheiß der Regierung „geblockt“. Seit einigen Wochen gibt es ein von einem vietnamesischen Betreiber angebotenen Nachfolger dieser „site“. Sie ist wohl besser zu kontrollieren durch die Sicherheitsorgane.

Vor kurzem machte Google darauf aufmerksam, dass seit 26.4.2010 in Ha Nois Cafés, Restaurants, Büros, an öffentlichen Plätzen und überall dort, wo ein öffentlicher Zugang zum Internet angeboten wird, ein „app“, also ein Zusatzprogramm, vom Anbieter installiert werden muss, das die „Systemicherheit“ gewährleisten soll. Google vermutet, dass es darüber für die Sicherheitsdienste leicht sein wird, den Zugang zu bestimmten websites zu blockieren und, noch wichtiger, nachzuvollziehen, welche sites wer besucht und welche anderen Aktivitäten wer im Netz entfaltet. Bereits im März hatte Google darauf aufmerksam gemacht, dass auf zehntausenden PCs so genannte „Malware“ insgeheim installiert worden war. Die Nutzer hatten sich, wenn sie sich ein Programm zum Schreiben der vietnamesischen Sprache herunter geladen hatten, ohne dass sie wussten, diese software installiert, die die Aktivitäten auf dem jeweiligen PC zu verfolgen und zu dokumentieren erlaubt. Die Spur der Software führte direkt nach Vietnam, hat Google herausgefunden.

Das ist eine neue Qualität der Kontrolle des Internets in Viet Nam, denn bislang schon galten Bestimmungen, dass beispielsweise Internet Cafés für mindestens 15 Tage die logfiles mit den Netzaktivitäten seiner NutzerInnen vorrätig halten muss und dass Sicherheitsleuten Zugang zu den PCs und files und die Unterstützung ihrer Arbeit zugesichert werden muss. Dass die Internetbetreiber die Personalien der NutzerInnen festhalten sollten, ist ebenfalls schon lange Vorschrift. Natürlich werden diese Vorschriften von den allermeisten InternetbetreiberInnen nicht eingehalten – womit sie wiederum leicht ein Opfer der Staatssicherheit werden können. Denn weil sie gegen bestehende Richtlinien verstoßen, sind sie leicht unter Druck zu setzen.

Eine an Absurdität kaum zu übertreffende und von staatlichem Kontrollzwang geprägte Entscheidung brachte das Dekret 97 im Jahre 2009 mit sich. Dieses listete penibel exakt 317 Gegenstände auf, die von unabhängigen Forschungsinstituten bearbeitet werden dürfen. Kritik an Regierungsentscheidungen und Parteiweisungen waren nicht darunter. Vielmehr muss fortan

alles, was unabhängiger Forschergeist Kritisches produziert, den Behörden vor einer Veröffentlichung vorgelegt werden. Die ForscherInnen vom „Institute of Developmental Studies“, einem kleinen aber feinen „think tank“ vor allem älterer renommierter ForscherInnen und WissenschaftlerInnen erschien dies, so schrieben sie in einer längeren Erklärung, gegen den Auftrag von Wissenschaft und gegen die Suche nach Wahrheit gerichtet zu sein. Im Herbst 2009 lösten sie ihr Institut freiwillig auf.

Abschließend eine *These zur aktuellen politischen Situation*: Die KPV und der von ihr beherrschte Staatsapparat sind durch die zumindest zeitweise schwierige wirtschaftliche Entwicklung und hier besonders die Inflation sowie die dadurch ausgelösten Unruhen unter denjenigen, die das vietnamesische „Wirtschaftswunder“ hervorgebracht haben, beunruhigt. Und sie werden weiter und stärker beunruhigt, wenn zur Unruhe unter den „Werkstätigen“ noch der Widerspruch der Intellektuellen

Nichts Gutes verheißt, wenn eine Regierungspartei in einem Dialog einzelner Parteimitglieder mit BürgerInnen eine Gefahr sieht und BürgerInnen, die solches ankündigen, sogleich mit drakonischen Strafen belegt.

kommt, von diesen mehr Mitbestimmung gefordert wird und Veränderungen gewaltfrei und im Dialog mit beispielsweise stärker reformorientierten Kadern der KPV angestrebt werden. Und wenn beispielsweise Le Cong Dinh und seine MitstreiterInnen sich entschieden für schrittweise Reformen und strikte Gewaltfreiheit einsetzen und dabei auf den Beginn eines Dialogs mit reformorientierten Kadern in der KPV hinwirken wollten, dann sah die KPV möglicherweise ihre innere Einheit gefährdet. Nichts Gutes verheißt, wenn eine Regierungspartei in einem Dialog einzelner Parteimitglieder mit BürgerInnen eine Gefahr sieht und BürgerInnen, die solches ankündigen, sogleich mit drakonischen Strafen belegt. □

**BRαlpha
CAMPUS**

Mittwochs von 16 Uhr bis 16.30 Uhr
Wiederholung samstags
von 12.15 Uhr bis 12.45 Uhr

Themen der Katholischen Akademie
Bayern

1. Dezember 2010
Warum das Christentum Querdenker
braucht?

8. Dezember 2010
Mit Demenz leben

Die geostrategische Bedeutung Vietnams in Südostasien

Gerhard Will

Vietnams geographische Lage und sein historisches Verhältnis zu Südostasien

Schon ein kurzer Blick auf die Landkarte Südasiens zeigt, dass Vietnam allein aufgrund seiner geographischen Lage über eine zentrale Position in dieser Region verfügt. Der Süden der indochinesischen Halbinsel stellte schon vor mehr als 2000 Jahren einen wichtigen Kreuzungspunkt internationaler Handelsrouten zwischen West und Ost dar. Ausgrabungen, bei denen im Süden Vietnams römischen Münzen gefunden wurden, belegen dies augenfällig.

Wenn wir uns die Geschichte Vietnams während der letzten 1000 Jahre ansehen, so stoßen wir auf die erstaunliche Tatsache, dass die Vietnamesen, besser gesagt der vietnamesische Staat, mit diesem geographischen Vorteil wenig anzufangen wusste, ja dass er diese von der Natur gegebene regionale und internationale Verflechtung des Landes eher misstrauisch betrachtete. Vietnams Geschichte ist seit dem 11. Jahrhundert durch einen lang andauernden Wandlungs- und Ausdehnungsprozess gekennzeichnet. Aus ihrem ursprünglichen Siedlungsgebiet im Delta des roten Flusses und Gebieten, die heute zu den chinesischen Provinzen Guangxi und Guangdong gehören, drangen die Vietnamesen in einem mehrere hundert Jahre währenden Prozess in den Süden der indochinesischen Halbinsel vor, deren südlichste Ende Cà Mau erst Ende des 18. Jahrhunderts erreicht worden war.

In dem Maße, in dem sich der vietnamesische Staat dort etablierte, etablierte sich auch sein Staatsverständnis, das entsprechend dem chinesischen Vorbild stets binnenkonzentriert war. D.h. der Staat sieht seine Aufgabe darin, das Land und die Landwirtschaft optimal zu entwickeln und dadurch ein hohes Steueraufkommen zu erzielen. Die früheren Herrscher des heutigen Zentral- und Süd-Vietnams wie z. B. die der Chams hatten es dagegen verstanden, die Küstenlinie zu nutzen und ihre Einnahmen aus dem Überseehandel zu beziehen. Das heißt nicht, dass mit dem Vordringen des vietnamesischen Staates alle Handelsbeziehungen gekappt worden wären, aber der konfuzianisch geprägte Staat stand solchen Beziehungen mit dem Ausland sehr skeptisch gegenüber, er versuchte nach Möglichkeit zu kontrollieren, einzuschränken und war keinesfalls daran interessiert, die Verbindungen zu jenen Ländern und Kulturen zu fördern, die auf ganz anderen kulturellen Wurzeln fußten als der bürokratisch organisierte Staat der vietnamesischen Kaiser. Und bis zum heutigen Tag ist Vietnam der einzige Staat Südasiens, der mit China sehr viel mehr Parallelen aufweist als mit den anderen Staaten dieses Raumes.

Diese Kluft zu den anderen Ländern Südasiens erfuhr während der französischen Kolonialzeit eine weitere Vertiefung. Vietnam wurde in drei unterschiedliche Verwaltungszonen eingeteilt: die Kolonie Cochinchina und die Protektorate Annam und Tongking, die mit den Protektoraten Kambodscha und Laos die Union Indochinoise bildeten, die von Hanoi aus verwaltet wurden. Vietnam hatte sich an das französische



Dr. Gerhard Will, Wiss. Mitarbeiter der Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin

Mutterland zu orientieren, während die anderen Teile Südasiens unter die Herrschaft Englands, den Niederlanden sowie Spaniens bzw. der USA gerieten.

Der Ost-West-Konflikt, in den achtziger Jahren auch der chinesisch-sowjetische Konflikt, der Vietnam und seine Nachbarländer Laos und Kambodscha in einen nahezu 30 Jahre andauernden, verheerenden Krieg mit Millionen von Opfern stürzte, zementierte jene Frontlinien, die durch die Geschichte vorgegeben waren, so dass Vietnam auch nach der Niederlage der USA in Vietnam und der Wiedervereinigung beider Landesteile in seiner Region und auch auf internationaler Ebene weitgehend isoliert war. Seine Verbündeten, die UdSSR und die anderen Länder des sozialistischen Lagers, waren 10 000 km entfernt, während seine Nachbarn, die VR China und die westlich orientierten Länder Südasiens, sich gegen ein Vietnam zusammenschlossen hatten, das schlicht als Speerspitze und Werkzeug des sowjetischen Expansionismus in Südostasien angesehen wurde.

Außenpolitische Neuorientierung

Es bedurfte tief greifender Veränderungen des internationalen wie regionalen Kräfteverhältnisses, bis sich an dieser Situation etwas änderte. Im Frühjahr 1985 hatte Michail Gorbatschow das Amt des Generalsekretärs der KP der Sowjetunion übernommen. Neben Perestroika und Glasnost propagierte er – zunächst sehr viel weniger beachtet – auch eine „Ökonomisierung der Außenpolitik“. Im Klartext hieß dies: Die Sowjetunion müsse in Zukunft weit stärker als bisher ihre Außenpolitik einer Kosten-Nutzen-Überprüfung unterziehen. Solidarische Hilfe müsse sich auch für die Sowjetunion bezahlt machen, gemeint waren damit vor allem die sozialistischen Entwicklungsländer: Kuba, Mocambique, Angola und nicht zuletzt Vietnam und seine Nachbarländer Laos und Kambodscha.

Vietnam war ja zur Jahreswende 1978/79 in Kambodscha militärisch

einmarschiert, hatte in wenigen Tagen die Regierung Pol Pots aus der Hauptstadt Phnom Penh vertrieben und dort eine Hanoi-freundliche Regierung installiert. Doch die Truppen Pol Pots waren damit keineswegs besiegt, sondern formierten sich im thailändisch-kambodschanischen Grenzgebiet unterstützt von der VR China, Thailand aber auch den meisten westlichen Ländern neu und verwickelten die vietnamesischen Truppen und ihr kambodschanischen Bundesgenossen in eine kräftezehrenden Guerillakrieg. Es gehört zu den grausamen Ironien der Weltgeschichte, dass Vietnam in Kambodscha die gleiche Erfahrung machen musste, wie die USA in Vietnam: man kann nicht in einem fremden Land gegen einen Guerillarmee, zumal wenn diese von mächtigen Bundesgenossen unterstützt wird, den Sieg davon tragen. Etwa 50 000 vietnamesische Soldaten sind in Kambodscha gefallen; in etwa die gleiche Anzahl wie Amerikaner in Vietnam.

Natürlich gab es in den 80er Jahren eine Reihe von internationalen Verhandlungsinitiativen, doch diese scheiterten daran, dass weder die Sowjetunion noch ihr südostasiatischer Verbündeter Vietnam bereit waren, sich auf jene Bedingungen einzulassen, die von der Gegenseite für unabdingbar erachtet worden waren: allen voran der einseitige Abzug der vietnamesischen Truppen aus Kambodscha. Als im Herbst 1989 Vietnam sich schließlich mit diesem Abzug einverstanden erklärte und ihn auch sehr medienwirksam in Szene setzte, wurde dies zunächst als Propagandacoup abgewertet. Erst allmählich setzte sich die Einsicht durch, dass es sich tatsächlich um einen vietnamesischen Abzug gehandelt hatte und dass nun die Zeit für ernsthafte Verhandlungen gekommen waren, die im Oktober 1991 mit der Unterzeichnung internationaler Vereinbarungen über die Beendigung des Kambodschakonflikts erfolgreich abgeschlossen werden konnten. Zehn Jahr lang hatte Vietnams militärisches Engagement in Kambodscha sein Verhältnis zu seinen Nachbarn belastet und seine Isolation auf internationaler Ebene perpetuiert, doch dieses Hindernis war nun aus dem Weg geräumt.

Eng mit der Entscheidung zum Rückzug aus Kambodscha war ein anderer Faktor verknüpft, der Hanois Außenpolitik erheblich in Zugzwang brachte und sie zu Schritten veranlasste, die wenige Jahr zuvor noch undenkbar waren: der Zusammenbruch des sozialistischen Lagers. In kaum mehr als zwei Jahren, von 1989 – 1991, hatte Vietnam seine wichtigsten Bundesgenossen, Hilfsgeber und Handelspartner verloren. Während seine Nachbarn die VR China und die Länder Südasiens mit einem erstaunlichen Wirtschaftswachstum aufwarten konnten, kamen die ab 1986 auch in Vietnam nun offiziell proklamierten Wirtschaftsreformen nur zögerlich voran. Wollte sie nicht das Schicksal der osteuropäischen Länder und deren Führungsmacht die Sowjetunion erleiden, musste die KP Vietnams einen Kurswechsel um 180° vornehmen. In Kambodscha hatte man ja bereits den ersten wichtigen Schritt getan, dem nun weitere folgen mussten.

Die VR China, die während des Krieges das südliche Nachbarland mit immensen Hilfsleistungen unterstützt hatte, war nach dem Sieg im Jahre 1975 mehr und mehr von Vietnam abgerückt, da sich dieses Land immer stärker mit der Sowjetunion solidarisierte, die von Peking des „Sozialimperialismus“ bezichtigt und damit als wesentlich gefährlicher als der US-Imperialismus eingeschätzt wurde. Vietnams Einmarsch in Kambodscha beantwortete die chinesische Führung mit einem „Straffeldzug“, in dem chinesische Truppen die

Nordprovinzen Vietnams verwüsteten. Die gesamten 80er Jahre herrschte zwischen Peking und Hanoi eine Art „Kalter Krieg“, in dem China all seine ökonomischen wie politischen Ressourcen einsetzte.

Es entsprach durchaus dem traditionellen Selbstverständnis Chinas, das Vietnam stets als kleinen Bruder betrachtet hatte, dass der Schritt zur Aussöhnung von Vietnam aus zu erfolgen hatte. So reiste denn die vietnamesische Partei- und Staatsführung im November 1992, gleich einer traditionellen Tributmission, von Hanoi nach Peking, um dort formell jenen Quasi-Kriegszustand zu beenden, der Vietnam im weit härteren Maße als China getroffen hatte. Der Kotau in Peking war sicherlich mit dem vietnamesischen Selbstbewusstsein schwer zu vereinbaren, andererseits sah gerade die KP Vietnams in der VR China ein Modell, mit der man die Wirtschaft reformieren und sehr viel leistungsfähiger machen konnte, ohne das Herrschaftsmonopol der Kommunistischen Partei aus den Händen zu geben. Schon vor 1992 hatte man sich mit großem Eifer an dem marktwirtschaftlichen Reformschritten Chinas orientiert, ohne dies offiziell einzugestehen. Nun konnte man ganz offen den „Erfahrungsaustausch“ zwischen zwei Bruderparteien proklamieren, der durch eine Vielzahl von Delegationen und ein ansteigen des Handelsvolumen mit Leben erfüllt wurde.

Der Normalisierung des Verhältnisses mit der VR China folgte eine Intensivierung des Verhältnisses zu Japan und zu der EU. In denen die vietnamesische Führung nicht nur Handelspartner und Quellen ausländischer Direktinvestitionen, sondern auch potente Geber von Entwicklungshilfe sah und sieht.

1995 stellte dann in der Tat den entscheidenden Wendepunkt in Hanois Außenpolitik dar, mit dem der Ost-West-Konflikt, der gerade in Vietnam Millionen von Menschenleben gefordert hatte, nun auch formell zum Abschluss gebracht wurde. Hanoi und Washington nahmen volle diplomatische Beziehungen auf. Erster amerikanischer Botschafter wurde Pete Peterson, ein ehemaliger Bomber-Pilot, der nach seinem Absturz von 1965 – 73 in Hanoi interniert war. Mit der Gewährung des Agreements für diesen Botschafter wollte Hanoi ganz bewusst ein deutliches Zeichen setzen, dass nun ein völlig neues Kapitel in der Geschichte beider Länder aufgeschlagen werden sollte.

Das zweite wichtige Ereignis in diesem Jahr war die Aufnahme in die ASEAN (Association of Southeast Asian Nations), die 1967 auf dem Höhepunkt des Vietnamkrieges als Zusammenschluss der klar antikommunistisch orientierten Länder Südostasiens ins Leben gerufen worden war. Vietnam war das erste der vier neuen Beitrittsländer, Laos, Myanmar und Kambodscha folgten. Vietnam hat derzeit den Vorsitz der ASEAN inne und wird 2013 den neuen Generalsekretär der ASEAN stellen. Nach Indonesien ist Vietnam das bevölkerungsreichste Land der ASEAN. Seine Wirtschaftskraft bleibt zwar noch weit hinter der der alten ASEAN-Länder zurück, aber es hat die höchsten Zuwachsraten zu verzeichnen.

Die vorläufige Krönung dieser außenpolitischen Erfolgsserie war schließlich die Mitgliedschaft im Sicherheitsrat der UNO, dem Vietnam – nominiert von den asiatischen Staaten – als nicht-permanentes Mitglied 2008–2009 angehörte. Schon zuvor war Vietnam von der UNO als erstes für die Umsetzung der „One-UN“-Initiative ausgewählt worden, mit der die UNO eine bessere Koordination ihrer verschiedenen Teilorganisationen unter einem gemeinsamen

Dach und unter einer gemeinsamen Strategie anstrebt.

Doch es geht ja hier nicht um eine schlichte Aufzählung der erzielten Erfolge, sondern die Position, die Vietnam auf regionaler wie internationaler Ebene errungen hat, etwas näher auszuloten und nicht zuletzt auf Probleme hinzuweisen, die sich aus dieser Integration ergeben und eventuell einer weiteren Integration im Wege stehen.

Wenden wir uns zunächst der wirtschaftlichen Ebene zu.

Außenwirtschaftliche Verflechtung

In den 80er Jahren waren Vietnams außenwirtschaftliche Beziehungen vor allem durch drei Charakteristika gekennzeichnet. Der Anteil des Außenhandels am Bruttoinlandsprodukt war relativ gering. Das hatte nicht zuletzt damit zu tun, dass die Handelspartner Vietnams etwa 10 000 km von Vietnam entfernt waren und entsprechende Transportkosten verursachten. Nach langem Zögern und auf nicht unerheblichen Druck der Sowjetunion war Vietnam 1978 dem „Rat für gegenseitigen Wirtschaftshilfe“ (RGW) beigetreten, der fortan die außenwirtschaftlichen Beziehungen des Landes koordinierte und organisierte. Was nicht zuletzt bedeutete, dass Waren nicht zu Marktpreisen importiert und exportiert wurden, sondern nach einem von den Plankommissionen der RGW-Länder festgelegten Verfahren getauscht wurden.

Dominierten noch 1990 – immerhin vier Jahre nachdem die Partei- und Staatsführung den Kurs der wirtschaftlichen Reformen proklamiert hatte – die Beziehungen zu den sozialistischen Ländern, so ergibt sich 2009 ein wesentlich ausgeglicheneres Bild. Vietnam hat seine Außenhandelsbeziehungen auf ein breites Spektrum von Ländern diversifiziert; das gilt für die Importe sicherlich im höheren Maße als für seine Exporte. Ostasien und Australien, die 1990 einen marginalen Anteil am Außenhandel Vietnams hatten, sind nun zu wichtigen Handelspartnern Vietnams geworden. Wenn wir uns die Liste der zehn größten Investoren anschauen, so wird diese Verzahnung mit den asiatischen Nachbarn noch deutlicher.

Was hat zu diesen Veränderungen während der letzten beiden Jahrzehnte geführt?

Die KP Vietnams hatte im Dezember 1986 auf ihrem 6. Parteitag eine Politik der ökonomischen Reformen verkündet, die privatwirtschaftlicher Initiative einen weit größeren Spielraum als bisher einräumte. Ein nicht unwichtiger Teil dieses Projekts der Erneuerung (Đổi Mới) war auch eine Reform der Außenwirtschaftsbeziehungen; so wurde z.B. ein neues Gesetz über ausländische Direktinvestitionen erlassen, das wesentlich großzügigere Bestimmungen enthielt, als das vorangegangene aus dem Jahre 1977.

Während man auf binnenwirtschaftlicher Ebene rasche Erfolge erzielen konnte, da viele Entwicklungen schlicht legalisiert wurden, die bereits – wenn auch illegal – praktiziert worden waren, kam man bei den außenwirtschaftlichen Beziehungen nur schleppend voran. Dies änderte sich schlagartig als 1990/91 mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion und ihrer Bundesgenossen die wichtigsten Handelspartner und Absatzmärkte Vietnams gleichsam über Nacht wegbrachen. Diese Krise erwies sich in der Tat als Chance für diejenigen Kräfte, die seit geraumer Zeit auf neue Absatzmärkte, ausländische Direktinvestitionen und nicht zuletzt auf Importe leistungsfähiger Maschinen gesetzt hatten.

In dieser ersten Phase des Umbruchs waren dies vor allem in Vietnam lebende Auslandschinesen, die mit ihrem weit

über Südostasien gespannten Beziehungs- und Handelsnetz Investitionen mobilisieren und neue Märkte erschließen konnten. Obgleich zahlreiche bürokratische Hindernisse auf staatlicher Seite diesen Prozess nicht gerade begünstigten, hat Vietnam, besser gesagt seine wirtschaftlichen Akteure, doch eine erstaunliche Fähigkeit unter Beweis gestellt, in außerordentlich kurzer Zeit, sich auf neue Gegebenheiten einzustellen und neue Chancen erfolgreich zu nutzen.

Ein wichtiges Ziel dieses Prozesses der Integration in den Weltmarkt, der natürlich immer von neuen Herausforderungen begleitet sein wird, stellte der WTO-Beitritt Vietnams im Januar 2007 dar. Diesem Beitritt waren Jahre lange schwierige Verhandlungen vorausgegangen und es ist auch sehr viel darüber spekuliert worden, ob Vietnam und seine Wirtschaft überhaupt in der Lage sein würde, diese neuen Herausforderungen zu bewältigen. Ungeachtet der schwer wiegenden binnenwirtschaftlichen Probleme (Inflation, Wachstumsrückgang), mit denen Vietnam seit 2008/9 konfrontiert ist, hat der WTO-Beitritt keineswegs zu jenen negativen Auswirkungen geführt, die vor dem Beitritt mitunter prognostiziert worden waren.

Sieht man sich die Bilanz der ersten vier Monate des Jahres 2010 an, so scheinen die drastischen Rückgänge, die auch im Außenhandel 2009 zu verzeichnen waren, weitgehend überwunden.

Sieht man sich die Bilanz der ersten vier Monate des Jahres 2010 an, so scheinen die drastischen Rückgänge, die auch im Außenhandel 2009 zu verzeichnen waren, weitgehend überwunden. Laut einer Studie der Weltbank zogen die Exporte um knapp 24 % an, bei den Importen war sogar eine Steigerung von mehr als 36 % zu beobachten. Aufschlussreicher als diese allgemeinen Zahlen sind für unser Thema die regionalen Anteile an diesen Handelströmen, da sich hier sehr deutlich zeigt, dass der Handel mit den Ländern der Region noch sehr viel stärker angestiegen ist, als mit den weit entfernten Märkten der USA und EU. So wuchsen Vietnams Exporte nach Indonesien um 117 %, die in die VR China um 44 % und die nach Korea um knapp 40 %.

Natürlich sind damit noch keineswegs alle außenwirtschaftlichen Probleme Vietnams gelöst. Nach wie vor kämpft Vietnam darum, als Marktwirtschaft anerkannt zu werden, damit es nicht permanent mit immer neuen Anti-Dumping-Verfahren überzogen werden kann, die auf einem juristischen Terrain ausgetragen werden müssen, mit dem Vietnams Konkurrenten sehr viel besser vertraut sind. Darüber hinaus ist natürlich Vietnams Wirtschaft aufgrund ihrer hohen Abhängigkeit von Importen wie Exporten von allen Schwankungen des Weltmarktes betroffen und muss versuchen, damit zurechtzukommen.

All dies ändert nichts an der Tatsache, dass Vietnam in internationale wie regionale Märkte wie auch in Länder übergreifende Produktionsketten sehr gut integriert ist und dass diese Integration Wachstumsmöglichkeiten eröffnete, die diesem Land lange Zeit verschlossen waren. Unter ökonomischen Gesichtspunkten betrachtet hat Vietnam nun seine geographische Position in der Mitte Südostasiens optimal genutzt, der es über Jahrhunderte hinweg kaum gerecht werden konnte.

Regionale Integration und Nationale Souveränität

Ein anderes Bild ergibt sich, wenn wir uns mit dem Bereich der politischen Beziehungen und Sicherheitspolitik befassen. In Südostasien hatte sich bereits im August 1967 die „Association of Southeast Asian Nations“ (ASEAN) konstituiert, die derzeit sicherlich die bekannteste Regionalorganisation im gesamten asiatischen Raum darstellt. Es hat jedoch geraume Zeit gedauert, bis die ASEAN dieses Format entwickeln konnte. Erst 1976 – fast ein Jahrzehnt nach ihrer Gründung – waren die Regierungschefs der fünf Gründungsmitglieder Thailands, Malaysias, Singapurs, Indonesiens und der Philippinen zu einer ersten Gipfelkonferenz zusammengekommen. Und gerade in der Auseinandersetzung mit Vietnam und seinem Vormachtsstreben auf der indochinesischen Halbinsel fand die ASEAN zu einer gemeinsamen politischen Linie, die ihr auch auf internationaler Ebene Statut verlieh.

Das hinderte die ASEAN jedoch nicht, nach dem Ende des Ost-West-Konflikts in Asien auf Vietnam und die anderen südostasiatischen Länder zuzugehen und sie schließlich als neue Mitglieder aufzunehmen. Vietnam (1995), Laos (1997), Myanmar (1997) und schließlich Kambodscha (1999) traten der ASEAN bei. Nachdem bereits 1984 das Sultanat Brunei ASEAN-Mitglied geworden war, konnte die ASEAN nun tatsächlich ganz Südostasien repräsentieren. Parallel zu dieser Erweiterung bemühte sich die ASEAN einerseits darum die Zusammenarbeit zwischen ihren Mitgliedern zu intensivieren und darüber hinaus, andererseits aber auch zum Motor regionaler Kooperation in Ostasien und dem Pazifik zu werden. Wichtige Stationen in diesem Prozess waren:

- 1994: Die Gründung des ASEAN Regional Forum, auf dem die ASEAN-Staaten mit ihren Dialogpartnern sicherheitspolitische Probleme und entsprechende Lösungsvorschläge erörterten.
- 2003: Die Verabschiedung des Bali-Concord, mit dem das ehrgeizige Ziel proklamiert wurde, bis zum Jahr 2020 die ASEAN in eine sicherheits-, wirtschafts- und soziokulturelle Gemeinschaft zu transformieren.
- 2007 wurde schließlich eine ASEAN-Charta unterzeichnet, mit der sich die ASEAN als völkerrechtliches Subjekt konstituierte. Statt der eher losen Zusammenarbeit des so genannten ASEAN-Way, der den Konsens aller Mitgliedstaaten unabdingbar voraussetzte, wurde eine stärkere Institutionalisierung proklamiert, die den Aufbau tragfähiger regionaler Strukturen ermöglichen würde. Darüber hinaus verpflichteten sich alle ASEAN-Mitglieder zu Prinzipien wie Demokratie, Menschenrechte und vereinbarten die Errichtung entsprechender Kommissionen.

Diese Politik war innerhalb der ASEAN-Staaten keineswegs unumstritten, auch wenn die Auseinandersetzungen meist hinter verschlossenen Türen geführt wurden. Vietnam gehörte zu den Ländern, die diesen Prozess eher blockierten, denn förderten. Vielmehr forderten seine führenden Repräsentanten, dass auch in die neue Charta jene alten ASEAN-Prinzipien wie uneingeschränkte Wahrung der nationalen Souveränität, Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen ASEAN-Mitglieds und Beibehaltung des Konsensprinzips aufgenommen werden müssten,

von denen man gerade Abstand nehmen wollte, um die ASEAN auf ein verbindlicheres und inhaltlich klar definiertes Fundament zu stellen.

Die vietnamesische Politik sieht sich hier mit einem sehr grundsätzlichen Problem konfrontiert: Integration bedeutet immer auch Abgabe von Macht und Entscheidungskompetenzen, letztlich eine Einschränkung nationaler Souveränität, um ein höheres Maß an Sicherheit zu erreichen, die wiederum eine unabdingbare Voraussetzung für wirtschaftliche Entwicklung und Wohlstand ist; ein Prinzip, das abstrakt absolut einsichtig ist, aber auf nationaler Ebene nicht immer ganz leicht zu vermitteln und umzusetzen ist. Gerade als EU-Bürger ist uns dieses Problem allzu vertraut.

Begrenzung „Nationaler Souveränität“ stößt in Vietnam auf zwei besondere Widerstände. Zum einen bildet der Kampf um die nationale Unabhängigkeit die wesentliche Herrschaftslegitimation der Führung der SR Vietnam, die ja nicht nur gegenüber den Feinden, sondern auch gegenüber den Bundesgenossen sehr rigoros verteidigt wurde. Soll man diesen hart erkämpften Grundsatz einfach aufgeben? Zum anderen hält die KP Vietnams nach wie vor an ihrem uneingeschränkten Macht- und Führungsmonopol fest, der in Art. 4 der vietnamesischen Verfassung verankert ist. Eine Einschränkung dieses Führungsanspruchs durch supranationale Institutionen lässt sich somit schwerlich mit dem Selbstverständnis der KP vereinbaren.

Statt sich am Aufbau einer tragfähigen aber eben auch einschränkenden regionalen Sicherheitsarchitektur zu beteiligen, setzt die vietnamesische Führung auf eine Strategie des „Power Balancing“ des „Gleichgewichts der Kräfte“. Sie weiß sich in diesem Versuch einig mit den Regierungen der jüngeren ASEAN-Mitglieder Laos, Kambodscha und Myanmar wie auch führenden Politikern der anderen ASEAN-Mitglieder. Etwas verkürzt gesagt, liegt dieser Strategie die Logik zugrunde: je mehr Mitspieler wir ins Boot holen, desto weniger leicht kann es kippen. Anders ausgedrückt: je breiter und vielfältiger das Netz unserer außenpolitischen und sicherheitspolitischen Beziehungen – einschließlich der Kooperation und Kontakte im militärischen Bereich ist – desto stabiler ist das regionale Umfeld und desto größer ist der eigene außenpolitische Handlungsspielraum. Wer von mehreren abhängig ist, ist schon fast wieder unabhängig.

Im Zuge dieser Strategie hat Hanoi nicht nur die wirtschaftlichen Beziehungen zu den USA stark ausgebaut, sondern auch erste Schritte unternommen, um eine militärische Zusammenarbeit in die Wege zu leiten. Schiffe der US-Marine wurden freundschaftlich in vietnamesischen Häfen begrüßt, die Verteidigungsminister beider Länder statteten sich gegenseitig offizielle Besuche ab und vietnamesische Offiziere wurden in das amerikanische IMET (International Military Education Training)-Programm aufgenommen, das ansonsten nur Angehörigen verbündeter oder zumindest befreundeter Armeen offen steht. Ähnliche Kooperationsbeziehungen nahm Hanoi mit den japanischen Selbstverteidigungsstreitkräften sowie den Armeen Australiens und Neuseelands auf.

Darüber hinaus beteiligt sich Vietnam an den verschiedenen Foren und regionalen Arrangements, die von der ASEAN zur Erörterung sicherheitspolitischer Fragen eingerichtet worden sind, allen voran das ASEAN Regional Forum, aber ASEAN +3 (China, Japan und Südkorea), den East Asian Summit und auch das erst Anfang Juni 2010 eingerichtete „ASEAN Defence Ministerial Meeting + 8 (China, USA, Russland,

Indien, Japan, Südkorea sowie Australien und Neuseeland), das zum ersten Mal im Oktober dieses Jahre in Hanoi einberufen werden wird. Diese Gremien haben durchaus Ergebnisse vorzuweisen, wenn es um den gemeinsamen Bekämpfung nicht-traditioneller Sicherheitsrisiken (wie transnationale Kriminalität, Menschenhandel, Drogenschmuggel aber auch die Eindämmung epidemischer Krankheiten) geht. Sie haben jedoch versagt, wenn es um traditionelle Sicherheitsprobleme wie z. B. territoriale Streitigkeiten und militärische Konfrontationen geht.

Folgt man offiziellen Verlautbarungen vietnamesischer Spitzenpolitiker, so strebt Hanoi eine „umfassende strategische Partnerschaft“ mit der KP Chinas an.

Für Vietnam haben hier die Konflikte um die Inseln in der südchinesischen See (Vietnam.: „Ostsee“) oberste Priorität. Zwar wurde 2002 von allen Konfliktparteien eine „Declaration of Conduct of the Parties in the South-China Sea“ unterzeichnet, in der sich alle Signaturstaaten verpflichteten, keine einseitigen Veränderungen am Status quo vorzunehmen, aber letztlich hat diese Erklärung nicht verhindert, dass es in den vergangenen Jahren nicht nur zu heftigen verbalen Attacken zwischen den Konfliktparteien, sondern auch zu gewaltsamen Auseinandersetzungen mit Todesopfern kam.

Doch der Konflikt um die Inseln in der südchinesischen See ist nur ein – wenn auch nicht unwichtiger – Aspekt des Verhältnisses zur VR China, das nach wie vor die Achillesferse der vietnamesischen Außenpolitik und damit auch der geostrategischen Position dieses Landes in Südostasien bildet. Ich will daher abschließend diese Problematik noch kurz umreißen.

Das Verhältnis zur VR China

Folgt man offiziellen Verlautbarungen vietnamesischer Spitzenpolitiker, so strebt Hanoi eine „umfassende, strategische Partnerschaft“ mit der VR China und der KP China an. In der Tat gibt es einen sehr intensiven Austausch offizieller Delegationen zwischen Vietnam und China. Angefangen von den jährlichen Gipfeltreffen der Partei- und Staatsführungen, gegenseitigen Besuchen der Regierungsvertreter der aneinander grenzenden Provinzen, der verschiedenen Berufsverbände und nicht zuletzt der Repräsentanten der Armeen beider Länder. Der bilaterale Handel zwischen beiden Ländern hat enorme Zuwachsraten zu verzeichnen und liegt derzeit bei weit über 20 Mrd. US\$. Sieht man sich die Liste der ausländischen Investoren an, so nimmt die VR China zwar keine Spitzenposition ein, aber auch hier sind in den letzten Jahren enorme Steigerungen zu verzeichnen.

Ein genauerer Blick auf die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen offenbart jedoch auch die vielfältigen Probleme dieses Verhältnisses. Da ist zunächst die mehr als unausgewogene Handelsbilanz: Der Wert von Chinas Exporten nach Vietnam ist dreimal so hoch wie der seiner Importe aus Vietnam, obgleich diese Importe in den ersten vier Monaten dieses Jahres eine Steigerungsrate von 44 % aufgewiesen hatten. Die Klagen vor allem aus dem Norden Vietnams, chinesische Billigexporte würden den Aufbau einer einheimischen

Konsumgüterindustrie massiv behindern, da diese – vor allem in ihrem Anfangsstadium – nicht mit den chinesischen Waren konkurrieren könne, lassen sich daher gut mit Zahlen belegen. Darüber hinaus haben auch chinesische Investitionsprojekte massive Proteste ausgelöst. International bekannt, da durch das Internet verbreitet, wurde der Protest gegen eine von China im Norden Vietnams betriebene Bauxitmine, an dem sich auch der Held des Befreiungskrieges General Giap beteiligte.

Noch schwerwiegender sind die territorialen Auseinandersetzungen in der südchinesischen See, um die Paracels- und Spratly-Inselgruppen. Peking und Hanoi haben zwar eine Vereinbarung über die Demarkierung der gemeinsamen Landgrenze unterzeichnet und auch umgesetzt, aber für die maritimen Gebiete ist man weit von einer derartigen Einigung entfernt. So wurden in den vergangenen Jahren wiederholt vietnamesische Fischerboote von chinesischen Marineeinheiten aufgebracht, die rücksichtslosen Gebrauch von ihren Schusswaffen machen, so dass eine Reihe von Todesopfern auf vietnamesischer Seite zu beklagen waren. Ein Schlagabtausch offizieller Erklärungen, in der die eigenen Gebietsansprüche unterstrichen und die der Gegenseite negiert werden, haben inzwischen ritualisierte Form angenommen, zumal sie kurze Zeit später wieder von gegenseitigen Freundschaftsbekundungen abgelöst werden. Mit großer Besorgnis werden dagegen von internationalen Beobachtern die Rüstungsanstrengungen bzw. Waffenkäufe beider Seiten aber auch der anderen südostasiatischen Länder beobachtet, die ebenfalls Besitzansprüche in der südchinesischen See anmelden.

Im Verhältnis zu China sieht sich so die vietnamesische Führung mit einer doppelten Herausforderung konfrontiert. Zum einem gegenüber einem China, das seine territorialen Forderungen mit sehr viel größerem Selbstbewusstsein und stärkerer Militanz vorträgt, als dies vor einigen Jahren der Fall war. Zudem verfügt China über die entsprechenden Machtmittel, um einseitig Fakten zu schaffen, gegen die Hanoi protestieren kann, ohne sie aber rückgängig machen zu können. Seine Versuche, bei seinen regionalen Partnern Unterstützung für seine Position zu mobilisieren, haben bislang nicht zu den erhofften Ergebnissen geführt. So fand Vietnams Drängen auf dem ASEAN-Gipfel im April dieses Jahres, die Situation in der südchinesischen See mit auf die Tagesordnung zu setzen, bei den anderen

ASEAN-Partnern kein Gehör.

Zum anderen sieht sich die KP Vietnams in dieser Frage auch enormen innenpolitischen Druck ausgesetzt. Hatte sie sich doch selbst in den vergangenen Jahrzehnten als Garant jener nationalen Unabhängigkeit stilisiert, die durch die Politik der VR China mehr und mehr in Frage gestellt wird. Umso lauter wird daher die Kritik, die nicht nur von exilpolitischen Gruppierungen im Ausland, sondern auch im vietnamesischen Internet vorgebracht und sogar von der buddhistischen Opposition unterstützt wird. Die zentralen Vorwürfe lauten: die KPV strebe den engen Schulterschluss mit den chinesischen Genossen an, um deren Unterstützung für die Bewältigung der wirtschaftlichen Probleme und die Sicherung des Herrschaftsmonopols der KP zu erlangen. Im Gegenzug sei die KPV bereit, vietnamesisches Territorium an die VR China abzutreten, ihr strategische Rohstoffe zu überlassen und zuzulassen, dass Zehntausende von chinesischen Arbeitskräften nach Vietnam kämen, um dort in chinesischen Projekten zu arbeiten.

Fazit

Vietnam ist es seit Beginn der 90er Jahre mit bemerkenswertem Erfolg gelungen, sich aus jener nahezu vollständigen Isolation zu befreien, in die es nach dem Kriegsende geraten war. Seine Integration in regionale wie internationale Märkte hat wesentlich zu seinem raschen wirtschaftlichen Wachstum beigetragen. Nachdem die politischen Beziehungen zu allen Nachbarländern normalisiert und intensiviert wurden, hat Vietnam nun jene Position eingenommen, die seine geographische Lage nahe legt.

Um diese Position zu verstetigen und auch jene Konflikte und Spannungen zu meistern, die sich aus dieser Position und der recht unterschiedlichen Interessenlage in der Region ergeben, bedarf es jedoch einer tragfähigen Sicherheitsarchitektur. Die Bereitschaft, diese zu errichten, ist in der gesamten Region nicht sehr groß und Vietnam gehört eher zu jenen Ländern, die gegen eine Aufgabe nationaler Souveränitätsrechte erhebliche Vorbehalte hegen. Doch gerade sein Verhältnis zur VR China zeigt, dass nur eine solche Architektur, ein wie auch immer geartetes kollektives Sicherheitssystem, jene Stabilität gewähren kann, die für eine prosperierende Entwicklung Vietnams und der gesamten Region unerlässlich ist. □



Vietnams Premierminister Nguyen Tan Dung spricht am 12. Oktober 2010 auf der Eröffnungsfeier der Tagung der ASEAN Verteidigungsminister in

Hanoi. Vietnam sieht in der Mitarbeit in der ASEAN einen wichtigen Baustein seiner Außenpolitik.

Katholische Kirche in Vietnam heute

Georg Evers

1. Blick in die Missionsgeschichte

In der Missionsgeschichte Asiens nimmt Vietnam einen besonderen Platz ein. Nach sporadischen Begegnungen mit dem Christentum im 16. Jahrhundert beginnt die eigentliche Missionstätigkeit mit der Ankunft zweier Jesuitenmissionare, Francesco Buzoni und Diego Carvalho, die im Jahr 1615 von Macau aus in den Süden Vietnams kamen. Der Jesuit Alexandre de Rhodes (1591 – 1660), der seit 1627 im Norden Vietnams als Missionar in Tonkin tätig wurde, verdankte seine außergewöhnlichen Bekehrungserfolge nicht zuletzt den einheimischen Katechisten, die er ausbildete und denen er eine eigene Lebensform gab. Noch einflussreicher auf die Kultur Vietnams wurde de Rhodes durch seine linguistischen Arbeiten zur vietnamesischen Sprache, für die er ein System entwickelte, sie mit lateinischen Buchstaben anstelle der bis dahin üblichen chinesischen Schriftzeichen wiederzugeben. Im Jahr 1650 betrug die Zahl der Katholiken schon 350 000, obschon die Verbreitung des Christentums von der vietnamesischen Regierung verboten worden war.

Das Jahr 2010 wird von der katholischen Kirche in Vietnam als ein Jubiläum in Erinnerung an die Errichtung der ersten beiden Apostolischen Vikariate Tonkin (Dang Ngoai) und Cochinchina (Dang Trong) vor 350 Jahren durch Papst Alexander VII. im Jahr 1660 und an die vor 50 Jahren erfolgte Errichtung der nationalen Hierarchie durch Papst Johannes XXIII. im Jahr 1960. Die offiziellen Feierlichkeiten fanden vom 5. – 9. April 2010 im Marienheiligtum Bai Dau in Vung Tau statt. Die gegenwärtig 6 Millionen Katholiken, die 7 % der Bevölkerung von 86 Millionen umfassen, sind in 26 Diözesen gegliedert. Nach den Philippinen und der VR China ist Vietnam zahlenmäßig die drittgrößte katholische Kirche in Asien.

Die diesjährigen Gedenkfeiern sind für die Katholische Kirche in Vietnam von großer Bedeutung, auch wenn sie in erster Linie das äußere institutionelle Gerüst der vietnamesischen Kirche betreffen. Die Einrichtung von apostolischen Vikariaten war im 17. Jahrhundert der erste Schritt, in den Ländern Asiens so etwas wie eine normale Kirchenstruktur aufzubauen. Mit dieser Maßnahme stieß die 1622 gegründete Kongregation Propaganda Fide auf den erbitterten Widerstand des spanischen Königs, der damals das uneingeschränkte Patronatsrecht über die Missionskirchen in ganz Asien besaß. Mit der Errichtung der Apostolischen Vikariate, als deren erste Bischöfe Pierre Lambert de La Motte für Cochinchina (*Dang Trong*) und Francois Pallu für Tonkin (*Dang Ngoai*) von der Missionsgemeinschaft der Pariser Missionare (*Mission Étrangères de Paris*) am 9. September 1659 ernannt wurden, begannen zugleich auch die Bestrebungen, einen einheimischen Klerus heranzubilden und einheimische Schwesterngemeinschaften aufzubauen. 1670 gründete Lambert de La Motte die erste einheimische Schwesterngemeinschaft, (*Congregation des Soeurs Amantes de la Croix*), die bis heute weiter besteht und mit 4500 Schwestern in vielen



Dr. Georg Evers, Missionswissenschaftler, Raeren/Belgien

Diözesen Vietnams in der Kindererziehung, Krankenpflege und im Sozialdienst tätig sind.

2. Die katholische Kirche in Vietnam – eine Kirche der Märtyrer

Wie die Kirchen von Japan, Korea und China rühmt sich auch die katholische Kirche in Vietnam eine „Kirche der Märtyrer“ zu sein. Als erster vietnamesischer Märtyrer wurde der Katechet Andreas im Jahre 1644 hingerichtet. Die heftigste Verfolgung erlebte die vietnamesische Kirche unter der Herrschaft des Königs Tu-Duc (1848-1883), als über 50 000 Katholiken wegen ihres Glaubens hingerichtet wurden. Insgesamt beläuft sich die Zahl der vietnamesischen Märtyrer auf mehr als 130 000. Im Jahr 1988 hat Papst Johannes Paul II. trotz scharfen Protestes der vietnamesischen Regierung 117 vietnamesische Märtyrer heilig gesprochen.

In einer offiziellen Stellungnahme der vietnamesischen Regierung hieß es, dass das Verbot der Mission und das Vorgehen der damaligen Feudalherrscher gegen die ausländischen Missionare und die von ihnen zum Katholizismus bekehrten Vietnamesen angemessen, gerechtfertigt und notwendig gewesen sei. Kritisch wurde festgestellt, dass unter den neuen 117 vietnamesischen Heiligen sich nicht nur wirklich heiligmäßige Männer und Frauen befänden, sondern auch Personen, die kriminelle Taten gegen ihr Heimatland wie z.B. Vaterlandsverrat, verübt hätten und deswegen zu Recht hingerichtet worden seien. Die Verherrlichung dieser „Handlanger der Kolonisatoren“ als „Heilige“ stelle in Wahrheit eine Kränkung der Ehre des ganzen vietnamesischen Volkes dar. Eine offizielle Beteiligung an der Heiligsprechung in Rom wurde von der Regierung unterbunden. Die Regierung befürchtete, dass die Feiern der Heiligsprechung von Auslandsvietnamesen dazu benutzt werden könnten, die kommunistische Regierung an den Pranger zu stellen.

3. Das Kirche-Staat-Verhältnis – Ort ständiger Spannungen

Die große Zahl an Märtyrern, welche die katholische Kirche Vietnams über mehrere Jahrhunderte verteilt, aufweist, macht deutlich, dass das Verhältnis der katholischen Mission und Kirche zu den jeweiligen staatlichen Autoritäten im Laufe der Geschichte immer wieder gespannt war. Es gibt eine Reihe von Gründen, warum die katholische und generell christliche Missionsanstrengungen in Vietnam in den Augen des Staates, aber auch vieler Vietnamesen, als eine vom Ausland gesteuerte Unternehmung, als eine subversive Kraft, gesehen wurden. Ein besonders kritischer Punkt war die Ablehnung der Ahnenverehrung oder des Ahnenkults durch die römische Zentrale. Wie in Japan, China und in Korea spielte und spielt die Ahnenverehrung eine große Rolle im Leben der Vietnamesen. Die Entscheidung seitens Roms, den vietnamesischen Konvertiten zu untersagen, nach der Taufe an diesen traditionellen Riten teilzunehmen, hat die missionarische Tätigkeit nicht nur in Vietnam, sondern auch in Japan, China und Korea nachhaltig behindert und in ihrer Wirksamkeit stark beschädigt. Die von den Jesuiten, aber auch von einigen Mitgliedern der Dominikaner und Franziskaner vertretene Ansicht, dass die Rituale der Ahnenverehrung keinen kultischen, sondern rein zivilen Charakter trügen, hatte sich gegen die Auffassung ihrer Gegner, dass diese Riten mit dem katholischen Glauben nicht vereinbare abergläubische Praktiken darstellten, nicht durchsetzen können. In den Augen der staatlichen Stellen in Vietnam bedeutete die Ablehnung der Ahnenverehrung und der Riten zur Ehrung von Konfuzius, dass die zu Christen gewordenen vietnamesischen Mitbürger an einer zentralen, für den inneren Zusammenhalt der Gesellschaft wichtigen Stelle sich verweigerten und damit aufhörten, loyale Bürger zu sein.

4. Die koloniale Hypothek – als Belastung für Mission und Kirche

Die große Nähe der ausländischen Missionare zu den französischen Kolonialstellen war ein weiterer Faktor, der zum negativen Image der katholischen Kirche in Vietnam beitrug. Viele Vorwürfe, dass die katholische Mission und Kirche einseitig mit der Kolonialregierung zusammengearbeitet habe, mögen übertrieben sein. Aber es bleibt in der Substanz doch unbestritten, dass die katholische Kirche während der französischen Kolonialherrschaft Privilegien genossen hat, die ihr eine über ihren Anteil an der Bevölkerung hinausgehende Stellung auf den Gebieten der Erziehung und der Krankenpflege ermöglichte. Wie in anderen asiatischen Ländern wurde das Christentum auch in Vietnam in erster Linie als eine ausländische Religion wahrgenommen, die in vielen Punkten, wie z.B. bei der Ahnenverehrung, zentrale kulturelle, religiöse und ethische Werte der vietnamesischen Tradition in Frage stellte. Dieser ausländische Charakter der katholischen Kirche wurde unterstrichen durch die Tatsache, dass die Leitungsfunktionen in der katholischen Kirche lange Zeit fast ausschließlich in den Händen von meist französischen Geistlichen und Bischöfen lagen. Zwar hatte bereits 1668 Bischof de la Motte die ersten vier Vietnamesen zu Priestern geweiht, aber es dauerte fast drei Jahrhunderte, bis mit Johannes Baptist Tong der erste vietnamesische Priester durch Pius XI. am 11. Juni 1933 zum Bischof und Koadjutor des Bistums Phat Diem geweiht wurde. Die in diesem Jahr abgehaltene Feier zum fünfzigjährigen Jubiläum der

Errichtung der vietnamesischen Hierarchie mit den drei Erzdiözesen Hanoi, Hue und Saigon (jetzt: Ho-Chi-Minh-Stadt) im Jahr 1960 können nicht verdecken, dass diese Maßnahme sehr spät und erst nach der im Jahr 1954 erfolgten Teilung des Landes in Nord- und Südvietnam erfolgte.

5. Die antikommunistische Haltung der katholischen Kirche Vietnams

Während der Zeit des Pazifischen Krieges (1941-1945) hatten eine Reihe von vietnamesischen Katholiken sich im Widerstand gegen die japanische Besatzung engagiert. Auch, als die Franzosen nach der Niederlage Japans 1945 den Versuch unternahm, ihre koloniale Herrschaft in Vietnam wiederherzustellen, beteiligten sich viele vietnamesische Katholiken im Unabhängigkeitskampf gegen die französische Kolonialverwaltung, ohne aber in den Augen ihrer Landsleute das Negative loswerden zu können, keine richtigen Patrioten zu sein. Den vietnamesischen Katholiken hing aus der kolonialen Vergangenheit immer noch das Odium an, als Mitglieder einer „ausländischen Religion“ Vaterlandsverräter und „Knechte der Franzosen“ zu sein. Anfänglich unterstützten die Mehrzahl der vietnamesischen Katholiken die von Ho Chi Minh gegründete „Liga für die Unabhängigkeit“. Erst als deutlich wurde, dass die Kommunisten nicht daran dachten, andere Gruppierungen am politischen Leben und an der politischen Macht zu beteiligen, vielmehr den einseitigen Anspruch auf die ideologische, politische und militärische Macht erhoben, zogen sich die Katholiken zurück.

Die große Nähe der ausländischen Missionare zu den französischen Kolonialstellen war ein weiterer Faktor, der zum negativen Image der katholischen Kirche in Vietnam beitrug.

Unterstützt wurde die antikommunistische Haltung der vietnamesischen Katholiken durch den damaligen Papst Pius XII., der in einem Dekret der Glaubenskongregation im April 1949 den Kommunismus als eine der katholischen Religion widersprechende Ideologie verurteilte. Darauf verbot die vietnamesische Bischofskonferenz im November 1951 bei der Strafe der Exkommunikation den Katholiken die Zusammenarbeit mit den Kommunisten. Bei der durch die Genfer Konferenz 1954 beschlossene Teilung Vietnams entlang dem 17. Breitengrad optierten 650 000 Katholiken, d.h. zwei Drittel der Katholiken und mehr als 70 % der Priester Nordvietnams, für ein Leben in Südvietnam. Die Katholiken stellten mit 75 % der Flüchtlinge den bei weitem größten Anteil der Vietnamesen, die sich für den Süden entschieden.

6. Die Kirche Südvietnams während der Teilung des Landes

Die katholische Kirche in Südvietnam dagegen erfuhr durch den Zuzug der aus Nordvietnam geflüchteten Katholiken ein sprunghaftes Wachstum. Anders als ihre Mitbrüder im Norden haben die Bischöfe Südvietnams aktiv am Zweiten Vatikanischen Konzil (1962-1965) teilgenommen und die Beschlüsse und Impulse des Konzils hinsichtlich der Liturgiereform, der Priesterausbildung, der Haltung zu den anderen Religionen, die Anstöße der

Pastoralkonstitution relativ schnell umsetzen können. Bei der Gründung der „Vereinigung Asiatischer Bischofskonferenzen“ (FABC) in Manila 1970 gehörte die vietnamesische Bischofskonferenz mit zu den Gründungsmitgliedern.

Durch die Wahl des Katholiken Ngo Dinh Diem zum Ministerpräsidenten (1955 – 1963) waren die Katholiken auch politisch die führende Kraft im Land geworden. 1960 stellten die Katholiken 66 % der Senatoren, 30 % der Parlamentsabgeordneten und 21 % der höheren Offiziere, auch waren alle Schlüsselstellungen im Kabinett mit Katholiken besetzt. Dass die Katholiken, die nur 7 % der südvietnamesischen Bevölkerung ausmachten, in der Politik und im Militär überproportional in führenden Stellungen vertreten waren, hat ihnen viel Neid und Ablehnung eingetragen. Die gegen die Buddhisten gerichtete Politik von Ministerpräsident Ngo Dinh Diem hat das Verhältnis zwischen Katholiken und Buddhisten nachhaltig belastet. Die damals vorherrschende antikommunistische Politik der Eindämmung (*containment*) des Kommunismus bestimmte weitgehend auch die politische Einstellung der südvietnamesischen Bischöfe.

7. Die Katholische Kirche im wiedervereinigten Vietnam

Als es 1975 nach dem Sieg der Vietkong gegen die südvietnamesische Armee und die US-Streitkräfte zur Wiedervereinigung des Landes unter kommunistischer Herrschaft kam, stand die katholische Kirche auf der Seite der Besiegten und zugleich als eindeutiger Gegner der kommunistischen Ideologie dar. Besonders belastet war die katholische Kirche durch ihre allzu große Nähe zum Regime des katholischen Ministerpräsidenten Diem, auf den die Kirche in der heißen Zeit des Antikommunismus sehr undifferenziert und einseitig gesetzt hatte. Die Versuche, wie sie z.B. der damalige Erzbischof Binh von Saigon, später sekundiert durch eine Reihe nationaler Hirtenbriefe, unternommen hat, der neuen Regierung des wiedervereinigten Vietnams die Unterstützung durch die Katholiken beim Aufbau eines neuen gemeinsamen Staates anzubieten, haben nicht viel daran geändert, dass das Verhältnis zwischen Partei/Staat und der katholischen Kirche lange Zeit konfliktiv und feindlich geblieben ist. Direkt nach der Wiedervereinigung kam es zu einer Reihe von Prozessen gegen Priester und katholische Laien, in denen immer wieder die grundsätzliche Gegnerschaft gegen den Kommunismus als Anklagepunkt genannt wurde. Alles in allem wurden neben kirchlichen Personal mehr als 200 000 ehemalige Angehörige des südvietnamesischen Militärs, der Polizei und des Regierungsapparats sowie Intellektuelle, Künstler und Ärzte in Erziehungslagern festgehalten und „umgeschult“.

In der Verfassung Vietnams aus dem Jahr 1980, übernommen auch in den Neufassungen von 1992 und 2001, wird der Machtanspruch der kommunistischen Partei in aller Deutlichkeit formuliert. Dort heißt im Artikel 4: „Die kommunistische Partei Vietnams, gestützt auf den Marxismus-Leninismus, ist die einzig führende Macht im Staat und in der Gesellschaft und der entscheidende Faktor, der den Erfolg der vietnamesischen Revolution sicherstellt.“ Auf die Sicherung dieses absoluten Machtanspruchs der kommunistischen Partei wurde konsequenterweise auch die Religionspolitik ausgerichtet. Im Artikel 70 der vietnamesischen Verfassung vom April 1992 wird den Bürgern grundsätzlich die freie Ausübung ihrer Religion zugesichert: „Jeder Bürger erfreut sich der Glaubens- und Religions-



Kardinal Jean-Baptiste Pham Minh Man, Erzbischof von Ho Chi Minh Stadt, weiht am 15. Juni 2010 John Mary Vu Tat zum Weihbischof in der

Diözese Hung Hoa. Der neue Weihbischof war 1987 ohne Genehmigung der Regierung zum Priester geweiht worden.

Foto: kna/Reuters

freiheit und kann sich einer Religion anschließen oder nicht. Alle Religionen sind vor dem Gesetz gleich. Die Gotteshäuser der Religionsgemeinschaften sind von Gesetzes wegen geschützt. Niemand darf die Glaubens- oder die Religionsfreiheit verletzen, noch darf jemand die Religion missbrauchen, um dem Gesetz oder der Politik des Staates zuwiderhandeln.“

Die aktuelle Religionspolitik dagegen hatte und hat als vorrangiges Ziel, die absolute Kontrolle jedweder Religions-tätigkeit auf allen Ebenen sicherzustellen. In den im Juni 2004 erlassenen Regeln für religiöse Aktivitäten werden in 41 Artikeln strenge Richtlinien festgelegt, die so gut wie jede religiöse Tätigkeit unter die Kontrolle der Regierung stellt und viele Aktivitäten von jeweils auf Antrag zu erteilenden Erlaubnissen abhängig macht. Ausgenommen von staatlicher Kontrolle sind lediglich die alltäglichen religiösen und liturgischen Handlungen in Tempeln und Kirchen. Dagegen bedürfen alle Aktivitäten, die über diesen Rahmen hinausgehen, in jedem Einzelfall eine staatliche Erlaubnis. Der Bereich, für den gesonderte Erlaubnisse eingeholt werden müssen, umfasst für die katholische Kirche einen weiten Bereich von Aktivitäten, die in anderen Ländern als selbstverständliche Ausübung der Religionsfreiheit gelten würden. Erlaubnisse müssen eingeholt werden für alle Versammlungen außerhalb von Gottesdiensten von über sieben Personen, für die Reparatur und Neubau von Kirchen, für den Eintritt in ein Priesterseminar und später für die Priesterweihe. Sitzungen der nationalen Bischofskonferenz müssen beantragt und die Tagungsordnung vorgelegt werden. Auch Firmungs- und Visitationsreisen von Bischöfen müssen jeweils beantragt und genehmigt werden. In einem Interview hat Kardinal Johannes Baptist Pham Minh Man von Ho-Chi-Minh-Stadt das ständige Einholen von Erlaubnissen kritisiert und ironisch gesagt, dass es in Vietnam kein „Recht“ auf Religionsfreiheit, sondern nur ein Recht auf die Einholung von „Erlaubnissen“ zur Ausübung einer kontrollierten Religionsfreiheit gäbe.

8. Überraschende Kontinuität in der Religionspolitik im Laufe der Geschichte

Die ursprünglich verfolgte Politik, basierend auf der marxistischen Religionskritik, die Religionen durch Restriktionen, Vorschriften und anderen Maßnahmen zum Verschwinden zu

bringen, hat sich allerdings nicht durchsetzen lassen, sondern sich als eher kontraproduktiv erwiesen. Denn trotz der restriktiven Religionspolitik hat der Einfluss der Religionen auf das alltägliche und gesellschaftliche Leben im Lande zugenommen. Die traditionellen religiösen Praktiken haben wieder einen festen Platz im Leben der Menschen, auch wenn die kommunistische Partei sie als „Aberglauben“ brandmarkte. Besonders die Ahnenverehrung hat eine Renaissance erlebt. Aus den Erfahrungen, dass der Einfluss der Religionen trotz vieler Repressionen nicht geringer wurde, sondern eher noch gewachsen ist, haben die kommunistische Partei und Regierung gelernt, oder doch zumindest Konsequenzen in Hinblick auf eine Änderung ihrer bisherigen ideologisch einseitigen Position gezogen. So wurde zwar daran festgehalten, dass Mitglieder der kommunistischen Partei keiner Religionsgemeinschaft angehören dürfen. Zugleich wird von Partei- und Regierungsseite eine Neubewertung der Rolle der Religionen im Aufbau und Erhalt der Gesellschaft vorgenommen und der Einfluss der Religionen auf diesem Gebiet zunehmend positiv gesehen. Seit Jahren mehren sich die öffentlichen Beiträge, die im Rückblick auf die Geschichte Vietnams die positiven Beiträge der Religionen herausstellen. In der großen Enzyklopädie von 1993 werden die Leistungen einiger katholischer Missionare, wie z.B. der Beitrag von Alexandre de Rhodes zur vietnamesischen Schriftsprache, gewürdigt. Wiederholt wurden Katholiken öffentlich für ihre Dienste an der Gesellschaft ausgezeichnet. Partei- und Regierungsvertreter räumen immer häufiger ein, dass die Religionen eine positive Rolle in der Gesellschaft und zur öffentlichen Moral leisten.

9. Die Religionspolitik gegenüber der katholischen Kirche

Generell werden die Belange der Religionen von den „Büros für religiöse Angelegenheiten“ wahrgenommen, die wiederum ein Organ der „Patriotischen Front“ sind, der Dachorganisation und das Verbindungsglied zwischen der kommunistischen Partei und den verschiedenen ethnischen Minderheiten und Religionen. Wegen ihrer internationalen Kontakte wurden die Katholiken Vietnams generell verdächtigt, keine echten Patrioten zu sein. 1980 wurde nach dem Vorbild des in Nordvietnams bestehenden Ordensschwern wieder begonen, in sozial schwachen Stadt- und

der Patriotischen Katholiken“ gegründet, das von den Bischöfen wegen der zu großen Nähe zur kommunistischen Partei abgelehnt wurde und in der Folge – anders als in der VR China – nur wenig Einfluss innerhalb der katholischen Kirche erlangen konnte. Eine interne Spaltung der katholischen Kirche in eine „offizielle patriotische Kirche“, die mit dem Staat kooperiert und einer „Untergrundkirche“, die jede Zusammenarbeit mit kommunistischer Partei und Staat ablehnt, wie dies in der VR China der Fall war, hat es in Vietnam nie gegeben. Die vietnamesische Regierung hat zwar die Verbindungen der Bischöfe mit der römischen Zentrale immer stark kontrolliert, aber nicht gänzlich unterbrochen, wie dies in der VR China der Fall war. So wurden die vietnamesischen Bischöfe nie grundsätzlich daran gehindert, die alle fünf Jahre fällig werdenden „Ad-Limina-Besuche“ in Rom anzutreten. Allerdings behielt sich die vietnamesische Regierung durch die Gewährung oder Verweigerung von Reiseerlaubnissen vor, in welcher personeller Besetzung und Stärke diese Besuche jeweils durchgeführt werden konnten. Auch das Recht des Papstes, Bischöfe zu ernennen, wurde nie grundsätzlich angefochten.

In der Presse wird seit einiger Zeit spekuliert, wann es zur Aufnahme von diplomatischen Beziehungen zwischen dem Heiligen Stuhl und der Regierung in Vietnam kommen wird.

Allerdings beanspruchte die vietnamesische Regierung immer ein Mitspracherecht bei Bischofsnennungen und hat sich öfter negativ gegen von Rom vorgesehene Kandidaten ausgesprochen. Ausländische Kontakte mit anderen Kirchen sind für die Bischöfe Vietnams ebenfalls möglich. Bis vor wenigen Jahren wurde der katholischen Kirche des vereinten Vietnams allerdings die Mitgliedschaft und die Mitarbeit in der „Vereinigung Asiatischer Bischofskonferenzen“ (FABC), zu der Südvietnam als Gründungsmitglied gehörte hatte, untersagt. Inzwischen ist es vietnamesischen Bischöfen aber erlaubt, in der FABC und ihren Gremien mitzuarbeiten. Auch an der Asiatischen Synode in Rom 1998 konnten vietnamesische Bischöfe problemlos teilnehmen. Nach der Wiedervereinigung wurden die katholischen Schulen, Krankenhäuser und sozialen Einrichtungen vom Staat enteignet und der katholischen Kirche die Betätigung auf diesen Sektoren untersagt. Der kommunistische Staat erhebt den Anspruch, diese Belange selber am besten abdecken zu können. Inzwischen wird die Tätigkeit von katholischen Schwestern in Kindergärten, in Heimen für Schwerstbehinderte, in Häusern für psychisch Kranke vom Staat geduldet und zunehmend auch positiv gewertet. Auch Aktivitäten für Prostituierte und Aids-Kranke seitens der Caritas und kirchlicher Einrichtungen werden als positive Beiträge gewertet. Seit einigen Jahren gibt es eine interreligiöse Zusammenarbeit auf dem Gesundheitssektor in einer 100 Betten-Klinik, die gemeinsam von Katholiken und Buddhisten in Tan Hiep in der Provinz Kien im Süden des Landes geführt wird. Die Klinik ist auf Pflanzenmedizin spezialisiert, wobei die Heilpflanzen von örtlichen Cao-Dai Mitgliedern geliefert werden. In den letzten Jahren haben Ordensschwern wieder begonen, in sozial schwachen Stadt- und

Slumbezirken kleinere Schulen einzurichten und Unterricht zu erteilen.

10. Kommt es zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Rom?

In der Presse wird seit einiger Zeit spekuliert, wann es zur Aufnahme von diplomatischen Beziehungen zwischen dem Heiligen Stuhl und der Regierung in Vietnam kommen wird. Mitte Mai 2010 konnte man in den Nachrichten von Radio Vatikan lesen, dass dieser Schritt „bald“ vollzogen werde. Damit würde auch ein Besuch des Papstes in Vietnam im Frühjahr 2011 sehr wahrscheinlich. Schon seit 1990 versuchen beide Seiten durch Verhandlungen auf Außenministerebene offene Kirchenfragen wie die Ernennung von Bischöfen, die Zahl von Priesterseminaren und Quoten für Seminaristen zu klären. Dadurch hat es sich eingespielt, dass man sich mindestens einmal im Jahr trifft, indem eine kleine Delegation des Vatikans nach Vietnam reiste. Im Verlauf dieser regelmäßigen bilateralen Gespräche hat sich ein gewisses Vertrauensverhältnis zwischen den ungleichen Partnern ergeben. Ein anderes Zeichen für die Verbesserung der gegenseitigen Beziehungen war auch die Zustimmung der Regierung, dass im Dezember 2005 der damalige Präsident der Kongregation für die Evangelisierung, Kardinal Crescenzo Sepe, offiziell Vietnam besuchen und in Hanoi 57 Diakone zu Priestern weihen konnte.

Am 17. Februar 2009 hat sich in Hanoi erstmals eine Arbeitsgruppe der vietnamesischen Regierung und des Vatikans getroffen, um die Möglichkeiten zu einer grundlegenden Verbesserung der gegenseitigen Beziehungen auszuloten. Vorausgegangen war im Januar 2007 eine Begegnung des vietnamesischen Ministerpräsidenten Nguyen Tan Dung mit Papst Benedikt XVI. im Vatikan, die als historisch bezeichnet wurde. Als weiterer Schritt zur gegenseitigen Verständigung erfolgte im Dezember 2009 ein weiterer bedeutsamer Schritt zur gegenseitigen Annäherung, als der vietnamesische Staatspräsident Nguyen Minh Triet in Zusammenhang mit einem Staatsbesuch in Italien ebenfalls im Vatikan eine Begegnung mit Papst Benedikt XVI. hatte. In einer Ansprache aus Anlass des „Ad-Limina-Besuchs“ der vietnamesischen Bischöfe in Rom im Juni 2009 hat Papst Benedikt XVI. in Hinblick auf die Rolle der Kirche in der Gesellschaft festgestellt, dass eine gesunde Zusammenarbeit zwischen Staat und Kirche möglich und realistisch machbar sei. Die Kirche stünde nicht im Wettstreit mit staatlichen Stellen, sondern wünsche nur, eine dienende Rolle zum Wohl der ganzen Gesellschaft leisten zu können. Bei der zweiten Begegnung von Vertretern der Regierung Vietnams und des Vatikans vom 24.-25. Juni 2010 im Vatikan, die vom Vize-Außenminister Nguyen Quoc Cuong und dem Untersekretär des Staatssekretariats Mgr. Ettore Balestero geleitet wurde, kam es zu einer weiteren Annäherung. Als ersten Schritt für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen dem Heiligen Stuhl und der Regierung Vietnams wurde vereinbart, dass der Papst einen nichtresidierenden Vertreter des Heiligen Stuhls für Vietnam ernennen wird und dass es ein, terminlich noch nicht festgelegtes, drittes Treffen der beiden Seiten geben wird.

Seit 2008 hat der Papst sieben neue Bischöfe in Vietnam in Übereinstimmung mit der vietnamesischen Regierung ernennen können, darunter den neuen Erzbischof von Hanoi. Die Restriktionen bei der Weihe von Priestern wurden von der Regierung stark



Foto: kna

Schon lange sind Christen als Helfer der Menschen in Vietnam tätig. Dieses Foto aus dem Jahr 1960 zeigt Vinzentinerinnen in einem Lepradorf in Saigon (Ho Chi Minh Stadt).

gelockert, sodass in den letzten Jahren mehrere Hundert Priester geweiht werden konnten. In den Jahren davor war die Zahl der Seminaristen, die in einem zweijährigen Turnus mit Zustimmung der Religionsbehörden zum Studium in den Priesterseminaren zugelassen wurden, stets sehr eingeschränkt gewesen. Viele potentielle Seminaristen hatten ohne Erlaubnis und im Verborgenen eine philosophische und theologische Ausbildung gemacht und waren ohne Erlaubnis der Regierung zu Diakonen oder Priestern geweiht worden. Seit fünf Jahren haben die Religionsbehörden diesen „illegalen“ Seminaristen, Diakonen und Priestern die Möglichkeit eröffnet, in Kurzstudien in den Priesterseminaren nachträglich die nötige offizielle Qualifikation für die Ausübung des Priesteramts zu erwerben. Die Weihe des vietnamesischen Priesters, John Mary Vu Tat, zum Weihbischof der Diözese Hung Hoa am 18. Juni 2010 erregte besonderes Aufsehen, da dessen Priesterweihe im Jahr 1987 ohne Erlaubnis der Regierung erfolgte und damit eigentlich „illegal“ war. Fr. John Mary Vu Tat hatte bis zu seiner Anerkennung durch die Regierung im Geheimen als „Arbeiterpriester“ in vielen Berufen gearbeitet.

11. Forderung der Kirche auf Rückgabe von enteigneten Gebäuden

Nach dem Exodus der Katholiken in den Süden 1954 wurden viele Klöster, Kirchen, Schulen und Hospitäler enteignet. Dasselbe geschah nach der

denen alles Land dem Staat gehört, den gewandelten gesellschaftlichen Bedingungen angepasst und verbessert werden müssen.

12. Kirche unter der Stammesbevölkerung im Hochland

Die ethnischen Gruppen im Bergland von Zentral-Vietnam, von den Franzosen „Montagnards“ genannt, sind in ihrer Mehrheit Christen geworden. Vor allem protestantische Gruppen, oft aus den USA unterstützt, haben in den Stammesgebieten der ethnischen Minderheiten eine starke Missionstätigkeit entfaltet. Die staatlichen Stellen sehen diese Aktivitäten mit Misstrauen, da es unter diesen Stämmen Bestrebungen nach Unabhängigkeit gibt, die öfter zu bewaffneten Auseinandersetzungen geführt habe. Auch die katholische Kirche ist unter den Jarai und Bana im zentralen Hochland missionarisch tätig. Viel Aufmerksamkeit hat die Arbeit des französischen Priesters Jacques Dournes gefunden, der vor der Wiedervereinigung einige Jahre in diesem Gebiet gearbeitet hat. Seine Bemühungen um Inkulturation der christlichen Botschaft in die Traditionen der Jarai hat er – noch vor dem II. Vatikanischen Konzil – in einem viel beachteten Buch „Gott liebt die Heiden“ veröffentlicht. Die Arbeit der katholischen Kirche konzentriert sich auf die Diözese Kontum, in der gut 200.000 Katholiken leben, von denen mehr als die Hälfte aus den ethnischen Minderheiten kommt. Am 29. September 2006 wurde in Dalat der aus der ethnischen Minderheit der Chau Mau stammende Pierre K'Cheoh als erster Vertreter der Stammesbevölkerung zum Priester geweiht.

13. Staat-Kirchenverhältnis in Vietnam – ein Modell für China?

Bei der Behandlung der Frage, wie die katholische Kirche in China und die chinesische Bischofskonferenz des Festlandes bessere Kontakte mit dem Ausland herstellen könne, ist es hilfreich, einen Blick auf die Nachbarkirche Vietnam zu werfen. Kann das in Vietnam entwickelte Modell des Verhältnisses zwischen Staat und katholischer Kirche für eine Weiterentwicklung der Beziehungen zwischen der Regierung und der katholischen Kirche in China sowie zwischen der politischen Führung in Beijing und dem Vatikan ein Vorbild sein? Dieser Meinung ist jedenfalls der Erzbischof von Ho-Chi-Minh-Stadt, Kardinal Johannes Baptist Pham Minh Man, der sich als Vermittler zwischen Vatikan und Beijing angeboten hat. Schließlich hat die vietnamesische Kirche viele Gemeinsamkeiten mit der chinesischen, da sie beide unter kommunistischer Herrschaft leben. Die Kontakte zwischen der Regierung Vietnams und dem Vatikan haben sich in den letzten Jahren stark verbessert. Offensichtlich hat die chinesische Regierung diese Entwicklungen aufmerksam verfolgt. Im März 2007 jedenfalls haben Angehörige einer chinesischen Delegation bei einem Staatsbesuch in Vietnam die Initiative ergriffen, ein Treffen mit Kardinal Man zu arrangieren, um mit ihm Fragen des Verhältnisses der katholischen Kirche Vietnams zum Staat zu besprechen. Kardinal Man ist daraufhin im September 2007 nach Beijing gefahren und hat mit Ye Xiaowen, dem damaligen Direktor des staatlichen Büros für religiöse Angelegenheiten und hochrangigen Vertretern der Einheitsfront Fragen des Verhältnisses von Staat und Religion besprochen. Auch wenn der Besuch unmittelbar kein vorzeigbares Ergebnis erbracht hat, so war er doch ein positives Signal seitens der chinesischen Führung, dass sie die Erfahrungen der

vietnamesischen katholischen Kirche als mögliches Modell in Betracht zieht, wenn es um die Verbesserung der Beziehungen zwischen Rom und Beijing geht.

14. Ausblick

Die katholische Kirche in Vietnam hat in den letzten Jahrzehnten in vieler Hinsicht eine Phase des Wachstums und der Konsolidierung erlebt. Das Verhältnis zwischen Kirche und Staat/Partei ist zwar weiterhin nicht spannungsfrei, hat sich aber doch zu einer weitgehend und von beiden Seiten respektierten konstruktiven Zusammenarbeit entwickelt. Die Freiräume der Kirchen, auch außerhalb der rein religiösen, pastoralen und liturgischen Tätigkeiten in die Gesellschaft hinein wirken zu können, sind größer geworden. Institutionell hat die Kirche – oft mit der Unterstützung von im Ausland zu Wohlstand gekommenen ehemaligen Flüchtlingen (boat people) und ausländische Hilfsorganisationen – neue Kirchen, Seminare und andere kirchliche Einrichtungen errichten können. Diese Konsolidierung des kirchlichen Lebens birgt allerdings auch Gefahren. Aus Vietnam kann man Stimmen hören, die davor warnen, zu sehr auf den Ausbau von Institutionen zu setzen und dabei den Geist des Evangeliums zu verraten. So beklagt der emeritierte Bischof von Long Xuyen, Bischof Johannes-Baptist Bui-Tuan, in einem offenen Brief im Februar 2009, dass die Kirche Vietnams dabei ist, den Versuchungen von Macht, Prestige und materiellen Komfort zu verfallen. Er beklagt auch, dass die Kirche immer mehr eine „Kirche der Kleriker“ geworden sei, in der die Laien ungebührlich und gegen das Kirchenrecht bevormundet und gegängelt würden.

Ausdruck des gewachsenen Selbstbewusstseins der vietnamesischen Katholiken ist die 32 Meter hohe Statue von Christkönig, die 2007 in dem Seebadeort Vung Tau errichtet wurde. Das als größte Christusstatue der Welt bezeichnete Monument ist bis zu einer Entfernung von 50 km sichtbar und zieht Tausende von Pilgern, aber auch Touristen an. Ein anderes Prestigeobjekt ist der Neubau der Kirche im nationalen Marienwallfahrtsort von La Vang, die 5000 Sitzplätze haben wird und 25 Millionen US-Dollar kosten soll. Manche blicken nostalgisch zurück zu der Zeit, als die Kirche verfolgt, viele Priester und Ordensleute in Arbeitslagern verbannt und damit nahe beim einfachen Volk waren. In einem

Interview mit Radio Vatikan nennt der Jesuit Joseph Nguyen Cong Duan die 12 Jahre, die er im Arbeitslager und Gefängnis verbrachte, eine „Zeit der Mission“, die es ihm ermöglichte, Seelsorger für die Mitgefangenen zu sein. Die relativ große Zahl an Priestern bedeutet eben auch, dass die Kleriker die Mitarbeit der Laien als weniger notwendig und damit auch weniger wert ansehen. Von Laien wird beklagt, dass Priester auf die Einhaltung von nicht länger gültigen Verpflichtungen bestehen und auf Verstöße gegen ihre Anordnung willkürlich mit kirchlichen Strafen wie Verweigerung der Kommunion reagieren, Strafen, die noch auf das alte Kirchenrecht zurückgehen und eigentlich längst aufgehoben sind. Auf dem Gebiet der Schulung der Laien im Geist des II. Vatikanischen Konzils bleibt noch viel zu tun. Das wirtschaftliche Wachstum und der damit verbundene zunehmende Reichtum macht die Weitergabe des Glaubens an die junge Generation zu einer großen Herausforderung für die Pastoral. □

zur debatte

Themen der Katholischen Akademie in Bayern

Herausgeber, Inhaber und Verleger:
Katholische Akademie in Bayern, München
Direktor: Dr. Florian Schuller
Verantwortlicher Redakteur: Dr. Robert Walser
Layout: Josef Breuer, Augsburg
Fotos: Akademie
Anschrift von Verlag u. Redaktion:
Katholische Akademie in Bayern,
Mandlstraße 23, 80802 München
Postanschrift: Postfach 40 10 08,
80710 München,
Telefon 089/381020, Telefax 089/38102103,
E-Mail: info@kath-akademie-bayern.de
Druck: Kastner AG – Das Medienhaus,
Schloßhof 2, 85283 Wolnzach.
zur debatte erscheint zweimonatlich. Kostenbeitrag: jährlich € 25,- (freiwillig). Überweisungen auf das Konto der Katholischen Akademie in Bayern, bei der LIGA Bank: Kto.-Nr. 2 355 000, BLZ 750 903 00. Nachdruck und Vervielfältigungen jeder Art sind nur mit Einwilligung des Herausgebers zulässig.

DOK.fest

Von der Freiheit im Gehorsam

Erstaufführung von „Schwester Dorothea“

Wie im vergangenen Jahr kooperierte die Akademie auch im Jahr 2010 mit den Organisatoren des „DOK.fest“ München. Im Rahmen des 25. Internationalen Dokumentarfilmfestivals München erlebten die Teilnehmer die Erstaufführung von „Schwester Dorothea“, der Abschlussarbeit von Regisseurin Maya Reichert an der Hochschule für Fernsehen und Film. Die 1975 geborene Regisseurin lebte vier Tage zusammen mit den Schwestern im Zisterzienserinnen-Kloster von Oberschönenfeld in der Nähe von Augsburg und drehte einen 72-minütigen Dokumentarfilm über das Leben einer der dort lebenden Frauen, eben Schwester Dorothea.

Die Akademieveranstaltung mit dem Titel „Von der Freiheit im Gehorsam. Erstaufführung von ‚Schwester Dorothea‘. Begegnung mit der Regisseurin Maya Reichert“ fand am 7. Mai 2010 statt. In Gesprächen auf dem Podium und in der Unterhaltung mit den Filmfreunden nach der Aufführung, schildert Maya Reichert, wie der Film entstand und welche Eindrücke die vier Tage im Kloster bei ihr als Filmemacherin und Mensch ohne Religionszugehörigkeit hinterließen. So sei ihre Bitte nach einer Dreherlaubnis zuerst sehr freundlich abgelehnt worden. Doch nach einem Besuch im Konvent, Gesprächen mit der Äbtissin Mutter Gertrud und dem Konvent, sowie einer einjährigen Entscheidungsfindung der Schwestern sei dann die Einladung ins Kloster erfolgt, erzählte Maya Reichert unter anderem.

„zur debatte“ zeigt einige Szenenfotos sowie eine Reihe von Bildern von

der Veranstaltung in der Akademie und versucht damit die Atmosphäre wiederzugeben, die an diesem Abend die Filmschaffenden, die Filmfreunde und die Schwestern aus dem Kloster zusammenführte.

Der Dokumentarfilm, „Schwester Dorothea“, der an der Akademie seine Erstaufführung erlebte, wird kurz vor Weihnachten auch im Bayerischen Fernsehen gezeigt. Der genaue Sende-termin ist Samstag, 18. Dezember 2010, um 21.50 Uhr.



Die junge Filmemacherin Maya Reichert präsentierte mit „Schwester Dorothea“ ihre Abschlussarbeit an der Hochschule für Fernsehen und Film in München.



Regisseurin Maya Reichert mit ihrer „Hauptdarstellerin“ Schwester Dorothea O. Cist und Produzentin Lucia Scharbatke (v. r. n. l.): Nach der

Premiere des Films in der Akademie gab es Blumen, Glückwünsche und zufriedene Gesichter.

Kommende Akademieveranstaltungen

Diese Terminvorschau ist vorläufig. Sie entspricht dem Stand unserer Planungen. Zu allen Veranstaltungen werden rechtzeitig jeweils gesonderte Einladungen ergehen. Dort finden Sie dann das verbindliche Datum

Junge Akademie

3. und 4. Dezember 2010

Nacht. Ein interdisziplinäres Erlebnis

Vortrag

Montag, 6. Dezember 2010

Josef - Zweifler und Vorbild.

Im Spiegel der Künste

Prof. Dr. Wolfgang Augustyn

Vortrag

Montag, 13. Dezember 2010

Wie modern ist konservativ?

Zur Aktualität einer klassischen

Denkform

Prof. Dr. Andreas Rödder

Junge Akademie

Donnerstag, 16. Dezember 2010

Engel. Mittler zwischen Himmel

und Erde

Besuch der Ausstellung im Diözesan-

museum Freising



Die Regisseurin sprach auf dem Podium mit Studienleiter Dr. Armin Riedel von der Katholischen Akademie und Sr. Carmen Tatschmurat OSB,

Priorin der Kommunität Venio in München über ihren Film und ihre Erlebnisse und Gefühle während der Dreharbeiten in Oberschönenfeld.



Foto: Verleih

Szenenfoto: Schwester Dorothea in Nahaufnahme: Der Film ist auch im Rahmen der Ausstellung „Subjektiv. Dokumentarfilm im 21. Jahrhundert“

vom 2. Dezember 2010 bis zum 20. Februar 2011 in der Pinakothek der Moderne in München zu sehen.



Foto: DOK.fest

Die Äbtissin des Kloster, M. Gertrud Pesch O. Cist, war ebenfalls zur Erstaufführung in die Akademie nach Mün-

chen gekommen. Sie ergriff die Gelegenheit, die gute Zusammenarbeit mit dem Filmteam zu loben.



Es macht sichtlich Freude, den Film über das Leben im Kloster zu sehen.



Mitschwestern aus Oberschönenfeld haben Sr. Dorothea zur Erstaufführung des Dokumentarfilms nach München begleitet. Links sitzt Andreas Range O.

Cist, der Abt des Klosters Marienstatt, der sich auch sehr lobend über den Film äußerte.



Foto: Verleih

Die tägliche gemeinsame Arbeit ist ein wichtiger Bestandteil des Klosterlebens im Schwäbischen. Der Regisseurin gelang es, auch dies im Film einzufangen.

Sommernacht der Künste

William Shakespeare „Wie es euch gefällt“

Ganz im Zeichen von William Shakespeare stand in diesem Jahr die Sommernacht der Künste. Das Ensemble des „Münchner Sommertheaters“ gastierte im 20. Jahr seines Bestehens mit einer Inszenierung der Komödie „Wie es euch gefällt“ im Park der Akademie. Die Schauspieler unter der Regie von Ulrike Dissmann, die ihre Stücke sonst im Englischen Garten präsentieren, begeisterten am 13. Juli 2010,

einem wunderschönen, warmen Sommerabend, fast 500 Gäste, die sich leger und luftig gekleidet im Park von Schloss Surennes niedergelassen hatten.

Es war ein bisschen wie zu Zeiten des William Shakespeare. Die Akteure kamen vor der wunderbaren Naturkulisse der alten Bäume im Park mit wenig Equipment aus. Auch Mikrophone gab es keine. Die Schauspieler beschränkten sich auf die Kostüme, die



Die Ensemblemitglieder des „Münchner Sommertheaters“ zeigten sich auf der Bühne, die im Park von Schloss Surennes aufgebaut war.

Insgesamt wirkten zehn junge Schauspieler, zum Teil in verschiedenen Rollen, mit.



Während die Schauspieler in Aktion waren, wurde es langsam dunkel. Scheinwerfer setzten die Szenen dann bestens ins Licht.



Fast 500 Gäste machten es sich auf den Stühlen im Park bequem und genossen den Abend.



Multimedia im Park: Es wurde nicht nur gesprochen auf der Bühne, sondern die Schauspieler gaben auch musikalische

Einlagen zum Besten, so wie diese beiden jungen nebenberuflichen Flötistinnen.

Bühne und einen Vorhang. Multimedial – auch das war ein Charakteristikum des Theaters im 16. und frühen 17. Jahrhundert – kam die aktuelle Aufführung aber dennoch daher. Denn einige der Schauspieler griffen zwischendurch immer wieder zu Musikinstrumenten. Die von diesen Instrumenten begleiteten Couplets, auch von den Darstellern gesungen, sorgten für manch spaßige Einlage. Viel Ironie, manchmal etwas Melancholie, gepaart mit einigen Dosen Weisheit, all das bekamen die Zuschauer in dieser Sommernacht geboten. Die intensive Atmosphäre des Abends wurde noch dadurch erhöht, dass die Sitzreihen sehr nah an der Bühne standen

und Mimik und Gestik der Schauspieler fast hautnah erlebbar waren.

Speis und Trank in der Pause, wie immer in der Akademie von ausgezeichneter Qualität, sorgten dafür, dass kein Magenknurren die Vorstellung störte.

„Wie gefällt es euch?“ Alle Gäste konnten diesen zu einer Frage umformulierten Titel des Stücks am Ende der Vorstellung mit einem „Sehr gut!“ beantworten. □